Betriebsbesetzungen und linker Ökonomismus S. 29



C 21734 E

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13 Nr.238 3.10.83

4 DM
Förderpr. DM 5



Die Nato zwischen Manöver und Krieg



Mittelamerika, Tschad, Libanon... — Die Nato führt Krieg rund um den Erdball. Alles keine großen Kriege, versteht sich. Mehr Drohaufmarsch als Gefecht. Mehr Probe als Ernstfall. Nur daß an jedem dieser Punkte von einem Tag auf den anderen aus Drohungen und Scharmützeln ein ,,richtiger'' Krieg werden könnte. Die Grenzen zwischen Manöver und Kriegführung sind durchlässig geworden. Das Manöver kann zum Krieg werden, und die Kriegführung kann zum Manöver werden. Der Anspruch der NATO-Mächte, an jedem Krisenpunkt der Erde militärisch aufzumarschieren und bei geeigneten Umständen auch zu intervenieren, ist kaum noch zu übersehen. Daß daraus überall ,,richtige'' Kriege entstehen können, sobald die Gegenseite nicht einfach nachgibt, wird in der westlichen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Stell dir vor, es ist Krieg — und keiner guckt hin. In vielen Zügen erinnert die Situation an die Kanonenboot-Politik, die dem Ersten Weltkrieg vorausging. Am Ende wird es irgendein bescheidener, zufälliger Anlaß sein, der als Auslöser für die totale Konfrontation dient.

Aufmarsch gegen Nicaragua

In Mittelamerika, vor beiden Küsten Nicaraguas und in Honduras, finden die längsten Manöver statt, die überhaupt jemals von den USA durchgeführt wurden. Diese Manöver begannen Anfang August und sind zum Ende hin nicht genau befristet. Bis Februar oder März 1984 sollen sie dauern, heißt es bisher. Als ein Höhepunkt der Ma-

oder März 1984 sollen sie dauern, heißt es bisher. Als ein Höhepunkt der Ma-

növer steht schon fest, daß Mitte November eine Landungsübung mit 5000 US-Soldaten an der Küste von Honduras stattfinden soll. Daß sich diese Übung als Drohung direkt gegen Nicaragua richtet, wird überhaupt nicht verheimlicht, sondern gehört zum politischen Zweck des als Langzeit-Manöver getarnten Drohaufmarsches. Zu diesem Aufmarsch gehört die Massierung zweier starker Kriegsflotten vor beiden Küsten Nicaraguas, also im Pazifik und in der Karibik. Insgesamt sollen an diesen Aufmärschen 19 Kriegsschiffe mit 16.000 Soldaten teilnehmen. In der Zahl 19 sind allerding sicher nur die großen Schiffe enthalten, die Gesamtzahl dürfte höher sein. Zu dem Flottenaufmarsch gehören Flugzeugträger mit Atom-Jagdbombern und Schlachtschiffe mit Cruise Missiles. Teile der um Nicaragua operierenden Kriegsflotten sind inzwischen vor die libanesische Küste verlegt worden. So das über eine enorme Feuerkraft und Reichweite verfügende Schlachtschiff ,,New Jersey'', das zunächst eine Flotte vor der Pazifik-Küste Nicaraguas angeführt wurde. Wie gesagt, Grenzen zwischen Manöver und Krieg lösen sich auf.

Fortsetzung S. 5

Kampf auf den Werften

Ein für die norddeutsche Küstenregion wichtiger Industriezweig, die Werftindustrie, zieht Massenentlassungen durch: 4000 Arbeiter bei HDW (Salzgitter-Konzern) in Hamburg und Kiel sollen gehen, das Hamburger HDW-Werk wird auf die Schließung zugesteuert. 2.200 Beschäftigte der AG Weser (Krupp-Konzern) sollen der Fusion zur ,,Weser-Vulkan AG'' mit der Vulkan-Werft geopfert, ihr Bremer Werk geschlossen werden. 1000 der 3.600 Arbeiter der Thyssen-Nordsee-Werke in Emden (Thyssen-Konzern) sollen gehen. Die hinter der Werftindustrie stehenden Banken und Stahlkonzerne schrumpfen ,,gesund''. Nach den Jahren stürmischen Schiffbaubooms sollen aufgebaute Schiffbaukapazitäten reduziert werden zugunsten weniger Standorte für Schiffsneubau und Spezialschiffbau. Mehr Arbeitslose für mehr Profite heißt die Devise, die durch eine rabiaten ökonomischen Kurs seitens der Regierungen in Bund und Ländern gestützt wird.

Doch es regt sich Widerstand: Neun Tage Betriebsbesetzung bei HDW Hamburg, acht Tage bei AG Weser Bremen. Diskussion um Besetzung in Emden. Warnstreiks auf fast allen norddeutschen Werften und 130.000 Stahl- und Werfarbeiter auf der Demonstration der IG Metall am 29.9. in Bonn.

Ist dies eine neue Qualität im Kampf gegen die bundesdeutsche Variante des ,,Thatcherismus'' oder sind dies die letzten Gefechte vor dem Untergang?

Fortsetzung S. 25



Von Loccum nach Bloccum

—Dialog geklaut—

Am 23. September um 18.25 Uhr war es soweit: Der Direktor der Ev. Akademie Loccum, Pastor May, erklärte die Absetzung des Klausurgesprächs ,,Konfliktaustrag und innerer Friede'', zu dem sich bekannte ,gemäßigte' Friedensfunktionäre und hochkarätige Vertreter der Polizei und Innenministerien eingefunden hatten. Auch eingefunden hatten sich etwa 150 Mitglieder ,unabhängiger' Friedensgruppen und linker Organisationen, die mit einer strikt gewaltfreien Blockade ihre Ablehnung derartiger ,,Deeskalationsgespräche'' mit Betreibern und Befürwortern der Eskalation staatlicher Gewalt deutlich machten. Daß es bei dieser gut sechsstündigen Blockade nicht nur tierisch ernst zuging, versteht sich.

Nachdem ,,Loccum'' Anstoß in der Friedensbewegung erregt hatte, war die Veranstaltungsleitung um eine ,Öffnung' bemüht gewesen: ausgewählte Pressevertreter waren eingeladen, der Klausurcharakter war faktisch aufgehoben; im Vordergrund stand nunmehr das Bemühen, der fast grenzenlosen Dialogbereitschaft der ,gemäßigten' Friedensvertreter die erwünschte Publizität zu verschaffen. Die Blockade sorgte für eine andere.

Startklar zum Dialog

,,Je zugespitzter die Situation, desto notwendiger das Gespräch.'' Nach dieser Verhaltensregel des Tagungsleiters Dr. Calließ bereitete sich die Akademie auf den erwarteten Protest vor. Die Mitarbeiter sind von Kopf bis Fuß auf Dialog eingestellt, die Blockierer werden zuvorkommend mit Eintopf und Kaffee versorgt, die Atmosphäre ist angenehm zwanglos. Ein Flugblatt ,,An alle Teilnehmer der Demonstration'' kündigt eine Diskussion an. Gewitzt durch die Erfahrungen mit einer Tagung mit Innensenator Lummer zum Demorecht im November 1981 durch 'Häuserkämpfer', setzt die Akademie alles daran, die Blockierer in Diskussionen zu verwickeln, den Protest aufzuweichen, um die Tagung mit zeitlicher Verzögerung wie geplant durchzuführen. Erkennbare Absicht war, die Blockierer so einzuwickeln, daß sie entweder in den ,,Dialog'' mit allen Teilnehmern der Tagung eintreten — oder aber faktisch provoziert werden, die Veranstaltung schlicht zu sprengen. So geschehen im November '81.

Fortsetzung auf Seite 17



Nach der zunächst erfolgreichen Abwehr der geplanten Volkszählung planen nun verschiedenen Volkszählungsboykottinitiativen einen Kongreß, auf dem über weitere Schritte gegen das ,,Computerisierte Sozialsystem,, diskutier werden soll. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf:

Die Bewegung gegen die Volkszählung 83 und die Diskussion um den maschinenlesbaren Ausweis haben schlagartig die Gefahren deutlich gemacht, die uns mit der Einführung der sog. neuen Informationstechnologien ins Haus stehen:

— das Meldewesen droht zu einer Einwohnerdatenbank ausgebaut zu werden, die auch ohne Volkszählung auskommt,

— mit der für 1984 geplanten Ein-
— einführung des maschinenlesbaren
führung des maschinenlesbaren Ausweises soll ein neues polizeiliches Überwachungssystem auf elektronischer Basis errichtet werden,

— in zahlreichen Personalinformationssystemen sind auch die intimsten Daten der Betriebsangehörigen gespeichert,

— die zahlreichen Sozialdatenbanken geben heute schon Auskunft über Krankengeschichten, Arbeitslose, Wohngeldempfänger und andere „Sozialfälle",

— mit der beginnenden Verkabelung der Republik durch die Bundespost soll eine neue Infrastruktur für staatliche Kontrolle und eine andere Form gesellschaftlicher Produktion gelegt werden.

Diese Aufzählung ließe sich noch verlängern. Allen beispielen ist gemein, daß Computer und Telekommunikationssysteme in Sekundenfrist den totalen Zugriff auf jeden Einzelnen ermöglichen. Die Auswirkungen zielen dabei nicht nur auf den von vielen beschworenen Überwachungsstaat ab, sondern auf **die Schaffung eines neuen Systems,** einer Lebens- und Maschinenwelt, in deren Mittelpunkt nicht mehr lebendige Menschen, sondern nur noch Zeichenkombinationen stehen.

Arbeitszusammenhänge werden aufgelöst durch die gezielte Vereinzelung derer, die zur Telearbeit (insbes. Heimarbeit für Frauen) unter noch brutaleren Arbeits- und Sozialverhältnissen gezwungen werden.

Die Wahrnehmung und Durchschaubarkeit von sozialen Abläufen wird durch die Zentralisierung von Einzeldaten in anonymen Computerzentralen verhindert.

Die Vieldeutigkeit der Realität und der menschlichen Kommunikation werden' ins computergerechte Schema einer angeblich neutralen Eindeutigkeit gepreßt.

Der heruntergerechnete, jederzeit verschubbare Bürger, verfügbar für Produktion und Büro, verplanbar für Freizeit und Fortpflanzung, entsteht. DIE VORDATENZEIT IST VORBEI!!!!!

Bisher sind die Auswirkungen der neuen Informationstechnologie meist nur unter Einzelaspekten
gie meist nur unter Einzelaspekten
(Datenschutz, Rationalisierungsproblem, Medienfrage ...) behandelt worden. Effektive Gegenwehr hingegen erfordert die übergreifende Diskussion und Analyse aller Bausteine des neuen COMPUTERISIERTEN SOZIALSYSTEMS!

„RATSCHLAG gegen die
SCHÖNE NEUE WELT"

vom 28.-30. Oktober in Köln, in den Räumen der Pädagogischen Hochschule, Gronewaldstr.

Neben einer Großveranstaltung zum Thema „Nach dem Volkszählungsboykott — weiter gegen Bildschirmtext und den maschinenlesbaren Personalausweis" bestehen bis jetzt folgende Arbeitsgruppen:

- Neue Technologien im Produktionsbereich:
  - Personalinformationssysteme (AK Rationalisierungen Bonn)
  - „Im Büro" (Prof. Herbert Kubicek)
  - „Im Betrieb" (Ulrich Briefs)
- Bildschirmtext, Fernsehen — Arbeit, Freizeit (Prof. Claus Eurich)
- Die Rolle der Bundespost bei der Entstehung von Kabylon (Toni Weber)
- Auszug aus Technopatria — Aufbruch ins neue Atlantis (Gruppe autonomer und grüner Frauen, Köln)
- Die Vertreibung der Frau aus Verwaltung und Dienstleistungen steht an (Barbara Böttger)
- Welche Daten will der Staat (Prof. Wilhelm Steinmüller)
- Verfassungsstaat und Neue Medien (Prof. Ulrich Mückenberger)
- Computer in Alternativbetrieben
- Neue Medien als Produkt der Militärtechnologie.

Ein Reader mit Materialien zu den einzelnen Arbeitsthemen wird bei der **Anmeldung bis zum 15.10.83** zugeschickt. **Den Unkostenbeitrag von 12,- DM** für den Kongreß bitte auf das Postscheckkonto Köln 169648-503, Rolf Spitzlei, Sonderkonto, einzahlen (Anzahl der benötigten Schlafplätze vermerken!).

Veranstalter: Vorbereitungsgruppe Köln, Asta Uni Köln, Asta PH Köln, KV der Grünen, Köln, Humanistische Union NRW, i.V.m. Grünes Bildungswerk NRW e.V.

Weitere Informationen und Kontakt:
Vorbereitungsgruppe c/o
STADT-REVUE, Zugweg 10, 5000 Köln 1, ☎ 0221/314011

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halnjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

NPD-Parteitag in Fallingbostel

Große Koalition gegen Antifaschisten

Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff hielt sein den Faschisten gegebenes Versprechen, den NPD-Parteitag unter allen Umständen statfinden zu lassen: Etwa 2.000 Polizisten aus allen Teilen Niedersachsens und aus Hamburg waren aufgeboten worden, um eine Verhinderung des NPD-Parteitags zu unterbinden. Schon bei der Anfahrt nach Fallingbostel wurden die Antifaschisten gefilzt — teilweise sogar mehrfach —, nach ,,Kalkar-Manier'' wurden Helme, Werkzeug und alles, was nach Zimmermanns Definition als Waffe gelten könnte, beschlagnahmt. Fallingbostel wurde durch Polizeisperren und Natodraht völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Erst am Vortag war die lang angemeldete Demonstration zum Ort des Geschehens verboten worden (als ,,Ersatz'' war eine völlig unakzeptable Alternative angeboten worden), mit der denkwürdigen Begründung, die Polizei brauche den Sammlungsort der Demonstration als Einsatzzentrale und die Nazis den Kundgebungsplatz als Parkplatz.

Dennoch versuchten am Samstagvormittag bis zu 2.000 Demonstranten über Stunden hinweg mit zum Teil sehr militanten Aktionen eine Blockade der Heidmarkhalle. Mit mehreren Wasserwerfern und einigen Hundertschaften wurde der Haupteingang der Heidmarkhalle für die Nazis immer wieder freigemacht. An einem Nebeneingang gar kam es zu regelrechten Schlachten mit der Polizei, die Tränengas, Hundestaffeln und Wasserwerfer einsetzte. Damit allerdings war sie noch lange nicht zufrieden: Ein ganzer Trupp militanter Antifaschisten wurde aus Fallingbostel hinaus geprügelt und durch
tanter Antifaschisten wurde aus Fallingbostel hinaus geprügelt und durch
Straßensperren sowie durch tieffliegende Hubschrauber daran gehindert, nach Fallingbostel zurückzukehren. Pünktlich um 11 Uhr (offizieller Beginn des NPD-Parteitages) sorgte die Polizei dann endgültig dafür, daß nun der Rest der insgesamt 300 Delegierten und 500 Gäste völlig ungehindert die Heidmarkhalle betreten konnte. Eine vorläufige Bilanz ergibt etwa 45-60 Festnahmen und mehrere zum Teil durch Hundebisse schwer verletzte Antifaschisten; angeblich sollen 9 Polizisten und 3 Nazis Blessuren davongetragen haben, und mehrere NPD-Autos sollen beschädigt worden sein.

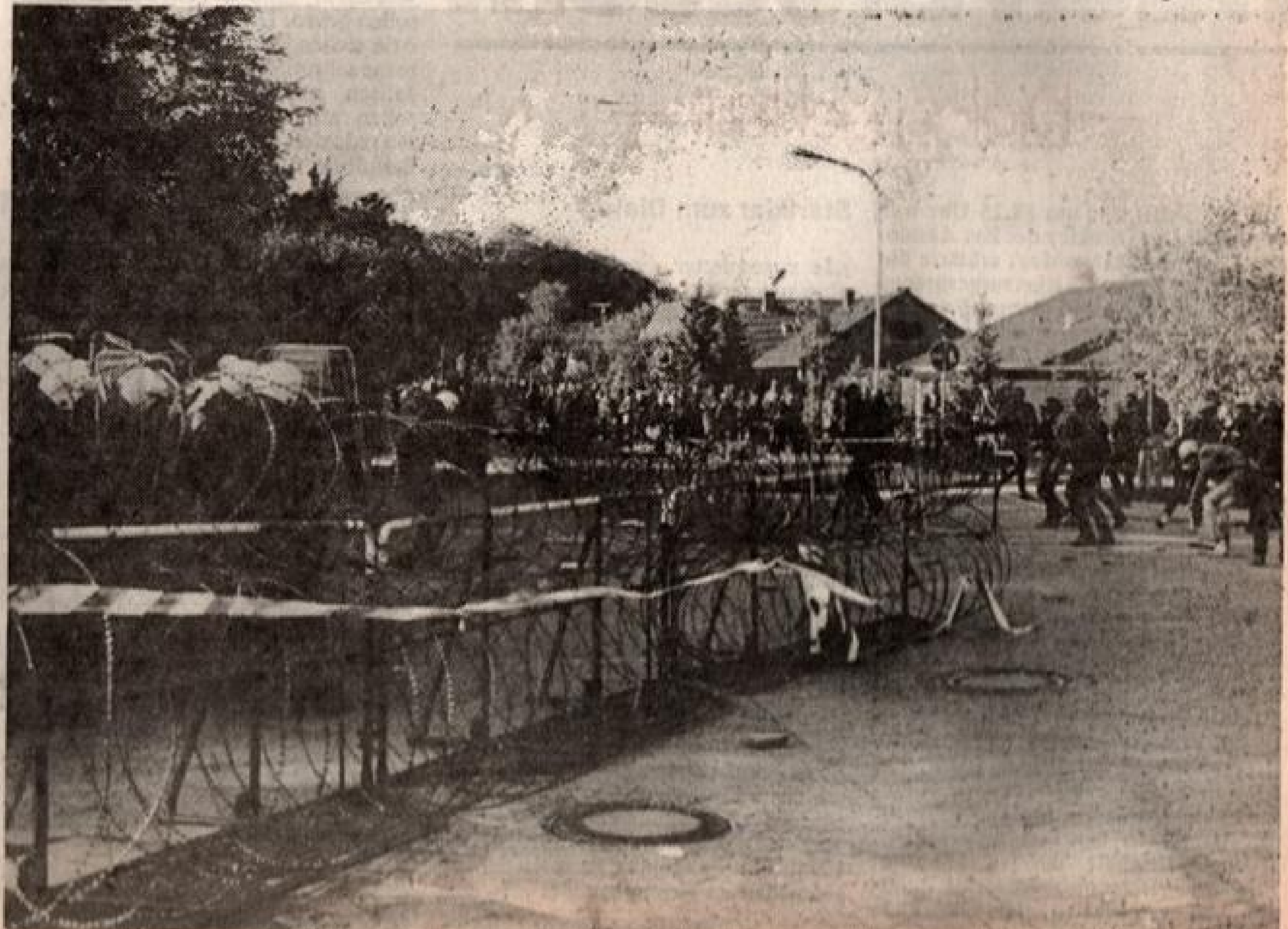
Wie sicher sich die Nazis angesichts so viel Schutz fühlten, macht auch folgender Vorfall deutlich: Am Rande der Demonstration machten 10-15 offensichtlich organisierte Jung-Nazis regelrecht Jagd auf eine Gruppe Antifaschisten, schlugen mindestens eine Frau zusammen und demolierten ein Auto. Die von Anwohnern herbeigerufene Polizei weigerte sich, das beschädigte Auto auch nur zur Kenntnis zu nehmen und hatte für den ganzen Vorfall nur den zynischen Satz parat: ,,Wer Gewalt sät, der erntet sie auch.''

Rückendeckung für diese Jagd auf Antifaschisten erhielt Innenminister Möcklinghoff durch die Politik des DGB. Hatte es noch im Frühjahr so ausgesehen, als ob SPD und/oder DGB Träger einer Demonstration in Fallingbostel sein würden, entschloß sich der DGB schließlich zu einer Kundgebung am selben Tag im 20 km entfernten Bergen-Belsen. Damit setzte er die an den Fallingbosteler Vorbereitungen beteiligten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gruppierungen (OJA Hannover, DGB Celle, DruPa-Jugend, IGM Fallingbostel) erheblich unter Druck und verhinderte eine umfassendere Mobilisierung. Auch die VVN hatte ihre Schwierigkeiten, gegen den DGB an einer Demo in Fallingbostel festzuhalten und führte wahre Eiertänze auf, bis sie sich dazu entschloß, doch noch eine Mahnwache und Kundgebung in Fallingbostel anzumelden. So war es das altbekannte Spiel, eine Aktion am Veranstaltungsort zu isolieren und zu dezimieren. Das ist aber erfreulich schlecht gelungen.

Antifa-Kommission, Hamburg/Hannover


Polizei und Nazi-Ordner sichern gemeinsam das Gelände


Tränengaseinsatz

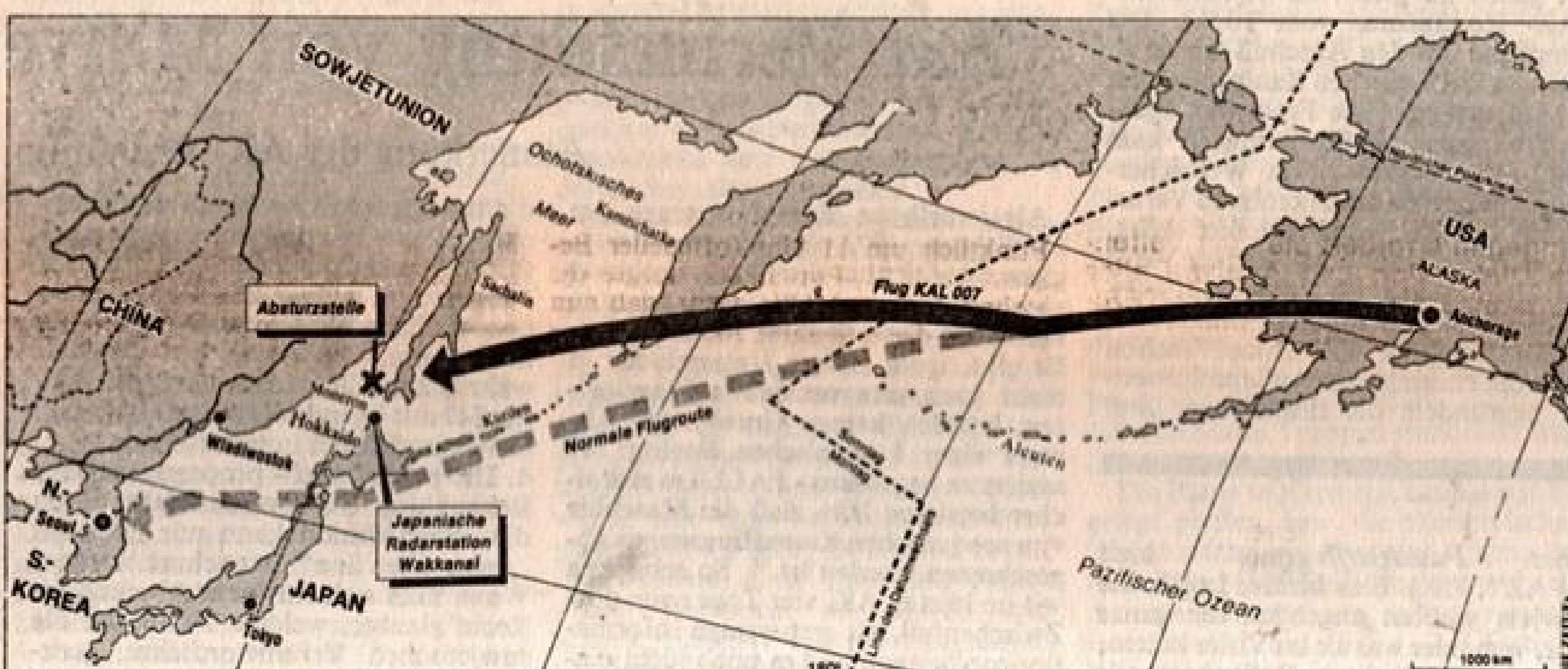
Polizeikräfte werden auf das Gelände zurückgetrieben


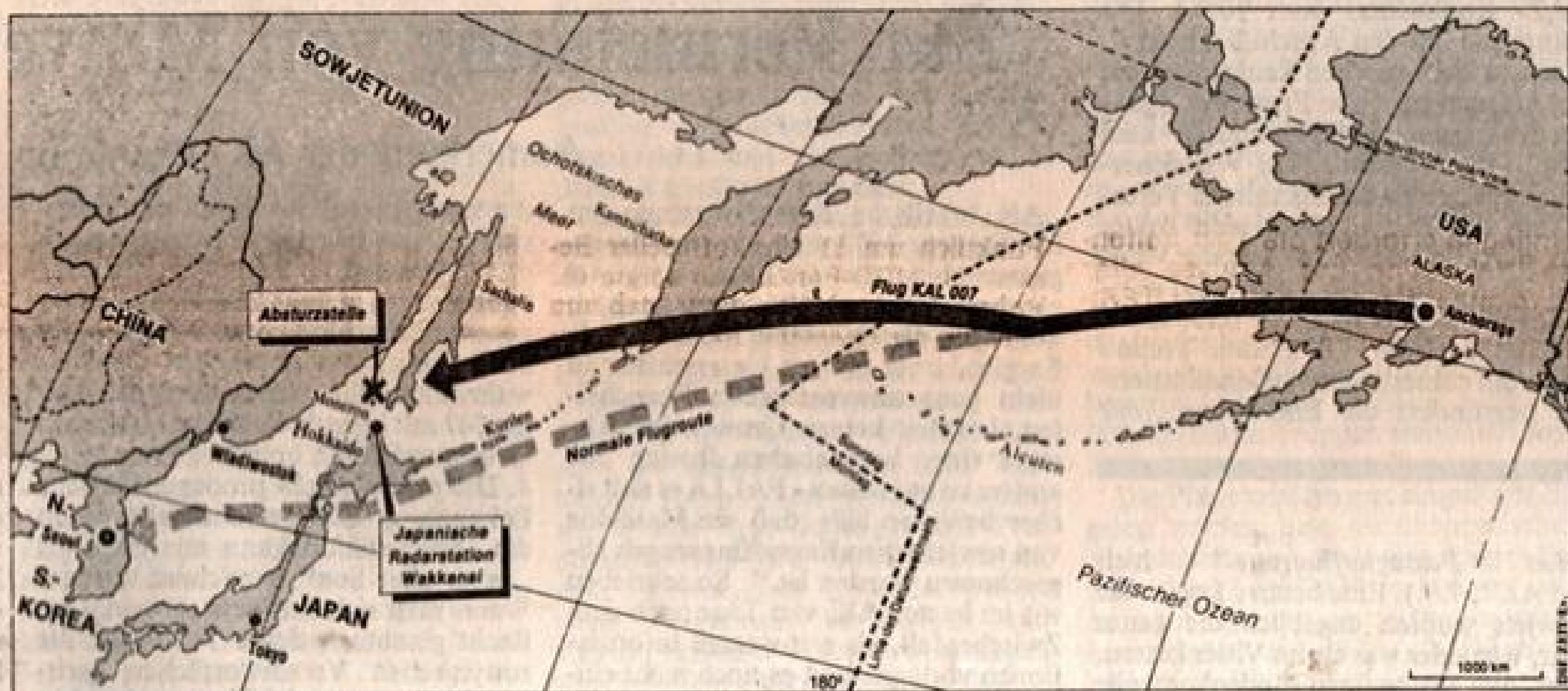
Der Jumbo-Abschuß

Ein Hauch von Sarajewo

„Wegen etlicher Toter will niemand mehr einen Weltkrieg riskieren", stellte die „Frankfurter Allgemeine" (bedauernd?) am 7. September fest. Dennoch, die Kampagne nach dem Abschuß der südkoreanischen Boeing, die vor allem von den USA und der BRD forciert wurde, hat deutlich den Charakter, Maßnahmen aller Art gegen die Sowjetunion zu legitimieren. Gleichgültig, ob und inwieweit die USA selbst in diese Geschichte verstrickt sind: Allein die Tatsache, daß sie den Tod von 269 Passagieren zur propagandistischen Vorbereitung eines Weltkrieges nutzen, verweist ihren lautstarken Humanismus in den Bereich der Demagogie. Zunehmend stellt sich heraus, daß die sowjetische Behauptung, es habe sich bei der angeblichen Irrfahrt der südkoranischen Boeing um eine gezielte Provokation gehandelt, den Tatsachen zumindest sehr nahe kommt. Während sich der Westen lautstark darüber mokiert, daß die Sowjets nur stückenweise mit der Wahrheit herausrücken würden, stellt die westliche Darstellung des Vorgangs ein Konglomerat an Halbwahrheiten und Lügen dar; täglich wird die Version geändert, verbessert, korrigiert. Dabei wird kaum verheimlicht, daß man in der NATO heilfroh ist über den Abschuß, weil er erstklassige Munition liefert gegen die Defätisten im eigenen Lager und die Friedensbewegung. Einer dieser Gralshüter des Humanismus, der US-Senator Jesse Helms, frohlockte: „This is the best chance we ever had to paint these bastards into a corner"; gemeint ist die Sowjetunion („time", 37/83). Tatsächlich verfing diese Kampagne besser als der Versuch anläßlich des polnischen Kriegsrechtes.

Die zur Schau gestellte „Mäßigung" bei den Sanktionen, die demonstrative „Besonnenheit" Reagans stehen nicht im Gegensatz zu den aggressiven Zielen der Kampagne. Umgekehrt! Weil die NATO-Zentralen wissen, daß das Massenbewußtsein im Moment äußerst sensibel auf die Kriegsgefahr reagiert, weil sie wissen, daß sie erheblich an Vertrauen verloren haben, darum muß diese Kampagne in dem Doppelsinne geführt werden, daß einerseits gegen die Sowjetunion mobilisiert, ein militanter Antisowjetismus gestärkt, und andererseits herausgestellt wird, daß man aus Interesse am Frieden nicht so handelt, wie man e i g e n t l i c h müßte. Diese Kampagne zeigt, daß die Propagandisten der NATO sich auf die veränderten Bedingungen einstellen und nach einem Konzept suchen, mit dem sie ihre ideologische Dominanz erhalten und ausbauen können, nachdem die Friedensbewegung einen Einbruch auf Massenebene erzielte. Diese Kampagne hat daher Premierencharakter und verdient besonderes Interesse.




SOWJETUNION
Ochotskisches Meer
Kamtschatka
Sachalin
CHINA
Absturzstelle
Hokkaido
Wladiwostok
Kurilen
Normale Flugroute
N.-
Seoul
S.-
KOREA
JAPAN
Tokyo
Japanische Radarstation Wakkanai
Flug KAL 007
USA
ALASKA
Anchorage
Aleuten
Pazifischer Ozean
180°
1000 km

Stationen einer Legende

Am 1. September verschwand eine südkoreanische Boeing 747 (Jumbo) auf der Route New York — Seoul nach dem Zwischenstop in Anchorage (Alaska) in Alaska. Noch am selben Tag teilte Außenminister Shultz mit, die US-Regierung habe *„Informationen, daß die südkoreanische Maschine von sowjetischen Jagdflugzeugen abgeschossen"* worden sei. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, das Verteidigungsministerium *„habe den sowjetischen Funkverkehr überwacht und gehört, wie sowjetisches Personal die Erlaubnis zum Abschuß des Passagierflugzeuges gegeben habe"* („FAZ", 2.9.). Die japanische Nachrichtenagentur Jiji behauptete am selben Tag, ihre Luftwaffe habe einen sowjetischen Funkspruch aufgefangen: *„Ziele auf südkoreanisches Flugzeug. Feuere Rakete ab."* (ebd.). Mit diesen Meldungen begann die Kampagne, wobei anzumerken ist, daß der von den Japanern angeblich aufgefangene Funksatz später nicht wieder auftauchte, obwohl er wichtig für die Beweisführung gewesen wäre: ginge aus ihm doch immerhin hervor, daß die Sowjets das Flugzeug als südkoreanisches behandelten. Dazu später.

In dieser Phase, dem Anfang der Kampagne, schien es so, als könne es gar keinen Zweifel geben, daß die Sowjets ein vollbesetztes Passagierflugzeug abgeschossen hätten, nur weil es sich im Kurs irrte. *„Das Pentagon lieferte denn auch die Übersetzung des abgefangenen Sprechfunkverkehrs zwischen dem sowjetischen Einsatzflughafen und der Jagdgruppe, welche die Boeing fast zwei Stunden verfolgte."* („FAZ", 3.9.). Veröffentlicht wurden allerdings nur die Funksprüche der sowjetischen Piloten (und auch von diesen nur ein ganz kleiner Teil), also nicht die angeblich kompromittierenden Aussagen der Bodenstation.

Bereits einen Tag nach dem Abschuß der Boeing rief die USA den Weltsicherheitsrat der UN an, wurde bereits über Sanktionen öffentlich nachgedacht, stand die Linie der Kampagne fest: gröbstes Kaliber auf der ideologischen Ebene, „Besonnenheit" auf der praktischen. Daß die Genfer Verhandlungen von dem Vorfall unberührt bleiben sollten, wurde von Anfang an klar gemacht. Dieser Blitzstart der NATO-Koryphäen war bitter notwendig, denn schon begannen Widersprüche und, sagen wir, Merkwürdigkeiten, die Kampagne zu gefährden. Die „Washington Post", eine der einflußreichsten Zeitungen in den USA, berichtete nach Nachrichtendienstquellen, *„daß die Sowjets die Boeing vielleicht mit einer KC 130 verwechselten"*, d.h. einem US-amerikanischen Aufklärer; und: *„Der ‚Sukhoi'-Pilot* (der sowjetische Schütze — Anm. AK) *habe seine Rakete aus rund zwei Kilometer Entfernung abgefeuert, wobei ihm visueller Kon-*

den Aussagen der Bodenstation.

Bereits einen Tag nach dem Abschuß der Boeing rief die USA den Weltsicherheitsrat der UN an, wurde bereits über Sanktionen öffentlich nachgedacht, stand die Linie der Kampagne fest: gröbstes Kaliber auf der ideologischen Ebene, „Besonnenheit" auf der praktischen. Daß die Genfer Verhandlungen von dem Vorfall unberührt bleiben sollten, wurde von Anfang an klar gemacht. Dieser Blitzstart der NATO-Koryphäen war bitter notwendig, denn schon begannen Widersprüche und, sagen wir, Merkwürdigkeiten, die Kampagne zu gefährden. Die „Washington Post", eine der einflußreichsten Zeitungen in den USA, berichtete nach Nachrichtendienstquellen, *„daß die Sowjets die Boeing vielleicht mit einer KC 130 verwechselten"*, d.h. einem US-amerikanischen Aufklärer; und: *„Der ‚Sukhoi'-Pilot* (der sowjetische Schütze — Anm. AK) *habe seine Rakete aus rund zwei Kilometer Entfernung abgefeuert, wobei ihm visueller Kon-*

takt, zumal in der Dunkelheit, nicht möglich gewesen wäre." (nach „FAZ", 5.9.).

Verwundern mußte auch die FAZ-Mitteilung: *„Die Zeitung* (Asahi Shinbun) *berichtete, über die Hälfte der von Shultz mitgeteilten Informationen über den Angriff seien von den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften gekommen. Dazu gehörten auch die Daten, durch die die Sowjets wegen des Raketenangriffs belastet würden.* **Die japanische Regierung habe zunächst einer Veröffentlichung zögernd gegenübergestanden."** (ebenfalls 5.9.). Dieses Zögern ist unseres Wisens nie begründet worden. Warum zögerte die japanische Regierung, wenn die Daten derart eindeutig waren, wie behauptet wird? Es ist zumindest merkwürdig, daß die japanische Regierung den Fall den USA überließ. Interessanterweise wurde nie behauptet, daß die Hauptbetroffene, nämlich die südkoreanische Regierung, als erste konsultiert worden wäre. Die Sowjets schwiegen zu dem Vorfall zunächst ganz.

Dieses Schweigen half der Kampagne, sich trotz schreiender Ungereimtheiten festzusetzen.

Die Legende beginnt zu bröckeln ...

Die südkoreanische KAL-Maschine drang am 1. September zweimal in den sowjetischen Luftraum ein, zunächst über der Halbinsel Kamschatka und dann über der Insel Sachalin. Dieser Raum ist einer der sensibelsten der UdSSR, was auch allgemein bekannt ist. In den Flugkarten wird ausdrücklich gewarnt, daß bei Luftraumverletzungen in diesem Gebiet geschossen werden könnte: *„Warning: Aircraft infringing upon Non-free Flying Territory may be fired on without warning."* („time" 37/83). In diesem Gebiet liegen militärische Flughäfen und Atom-U-Boote. Außerdem testet dort die SU angeblich eine Rakete, die zur Vernichtung der neuen US-Raketen vom Typ MX in den Silos gedacht sein soll. Auf Sachalin befindet sich das Leitkommando der sowjetischen Pazifikflotte.

Die Flugroute „Red 20", auf der die KAL mit Flugnummer KE 007 hätte bleiben sollen, führt direkt an sowjetischem Territorium vorbei. Trotz d r e i f a c h e r Routensicherung durch Trägheitsnavigationssysteme (INS), und obwohl die KAL-Maschine laut Reglement **alle halbe Stunde die eigene Position mit Angaben der Koordinaten zu melden hat"** („FAZ", 7.9.), verließ die Boeing die Flugroute. Den US-Streitkräften war das von Anfang an bekannt, weil ein Aufklärer vom Typ RC 135 zu diesem Zeitpunkt zugegebenermaßen in der Nähe der südkoreanischen Maschine war.

Es ist viel gerätselt worden, ob vielleicht, was für sehr unwahrscheinlich gehalten wird, die INS versagt hätte. Aber fast zwei Wochen nach dem Abschuß fand sich — auf der letzten Seite! — folgende Meldung:

„Die koreanische Luftverkehrsgesellschaft KAL hat inzwischen bestätigt, daß der von den Sowjets abgeschossene Jumbo-Jet auf dem ersten Abschnitt seines Fluges — von New York nach Anchorage in Alaska — sowohl Schwierigkeiten mit dem Funkverkehr als auch mit der sogenannten Trägheitsnavigationsanlage hatte. Allerdings heißt es bei der Korean Air Lines ausdrücklich, beide Defekte seien während der Zwischenlandung in Anchorage behoben worden" („FAZ", 13.9.83).

Auf dem US-Flughafen in Anchorage wurden die Geräte also gewartet und repariert. Erstaunlich genug, sie funktionierten dennoch nicht. Ein anderer Flugkapitän erklärte, er habe versucht, die später abgeschossene KAL-KE 007 wegen einem Austausch der Wetterberichte zu erreichen, und zwar auf dem Stück Anchorage-Seoul: *„Aber diesmal, sagte Yang, konnte er keinen Kontakt zu Flug 007 herstellen. Yang sagte weiterhin, daß er mithörte, daß der Flughafen Anchorage Kommunikationsschwierigkeiten mit dem Flugzeug hatte"* („newsweek" 37/83). Das ist natürlich reiner Zufall. Daß Navigationsgeräte, die für fast narrensicher gelten und noch dazu in dreifacher Ausführung an Bord waren, um sich gegenseitig zu bewachen („FAZ", 7.9.), auf dem ersten Flugabschnitt Störungen aufweisen und nach einer Reparatur auf einem US-Flughafen dann erst recht nicht mehr funktionieren — Schicksal?

In Anchorage wurde außerdem routinemäßig die Mannschaft gewechselt. Der Kapitän Chun Byung In war kein Anfänger, sondern laut „time" verfügte er über weit mehr als 10.000 Flugstunden Erfahrung.

Die Sowjetische Version

Das Verhalten der Sowjetunion nach dem Abschuß der KAL-Boeing war, gelinde gesagt, sehr ungeschickt. Vom „Wir wissen nichts" über „Wir haben den Jumbo mal gesehen" bis schließlich zum Eingeständnis, ihn abgeschossen zu haben. Am Tag des Abschusses selbst erklärte die Sowjetunion zunächst, sie wisse von nichts. Einen Tag später hieß es in der PRAWDA, ein *„Flugzeug unbekannter Herkunft"* sei in den Luftraum der SU eingedrungen. Man habe versucht, es zur Landung zu zwingen, doch es *„setzte seinen Weg in Richtung des Japanischen Meeres fort"*. Von Schüssen kein Wort! In der Tass-Erklärung vom 4. September wurde der Abschuß immer noch verschwiegen. Es hieß nur lapidar: *„Etwa zehn Minuten lang war es* (die KAL-Boeing) *noch innerhalb der Beobachtungszone der Ortungsgeräte. Dannach wurde es nicht mehr wahrgenommen"*. In dieser Tass-erklärung war wie zuvor die Rede von einem „nicht identifizierten Flugzeug". Tass erläuterte, sowjetische Abfangjäger hätten versucht, Funkkontakt herzustellen, hätten Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgegeben, aber das Flugzeug habe alle Versuche der Kommunikation ignoriert. Tass schlußfolgerte, daß es sich um eine „im Voraus geplante Aktion" handelte. *„Es gibt Grund zu der Annahme, daß diejenigen, die diese Provokation organisierten, vorsätzlich eine weitere Verschärfung der internationalen Lage wünschten ..."*. Diese Darstellung wurde einen Tag später von Generaloberst Romanov, dem Kommandierenden des Hauptstabes der Luftwaffe, bestätigt.

Romanov ergänzte den Tass-Bericht eigentlich nur in zwei Punkten: die sowjetischen Piloten hätten versucht, „Sichtkontakt" zu dem eingedrungenen Flugzeug herzustellen; und: *„Das Flugzeug flog ohne Lichter, und seine Umrisse erinnern an amerikanische Aufklärer RS-135. Der Pilot konnte nicht feststellen, welche Funktionen der Luftraumverletzer erfüllte."* (nach „FAZ", 6.9.). Erst am 6. September, also fast eine Woche nach dem Vorfall, gab die Sowjetunion öffentlich bekannt, daß sie den Flug der Boeing 747 „unterbunden" habe.

Diese Informationspolitik hat natürlich nicht dazu beigetragen, die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion zu stärken. Es hat wenig Sinn darüber zu spekulieren, w a r u m die SU so lange schwieg. Die Thesen, es habe sich um Spannungen zwischen der „Andropow-Fraktion" und „Falken" des Militärapparates gehandelt und dergleichen, lassen sich — zumindest bislang — überhaupt nicht durch Fakten decken.

Die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 7. September schildert zunächst den Flug der KAL-Boeing und hält fest, daß sich *„ein anderes, dem Luftraumverletzer ähnliches Spionageflugzeug der Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten vom Typ RC-135"* im selben Luftraum aufhielt. Nachdem alle Versuche, mit dem Flugzeug Kontakt aufzunehmen, gescheitert seien, und dieses *„zu entkommen versuchte, führte der Abfangjäger der Luftverteidigung den Befehl der Kommandostelle zur Unterbindung des Fluges aus"*. Man habe nicht wissen können, *„daß es sich um ein ziviles Flugzeug handelte."* — Die sowjetische Regierung warf den USA vor, für diese **„großangelegte Spionageoperation unter Benutzung eines Zivilflugzeuges"** verantwortlich zu sein. *„Die Kalkulation lief daraus hinaus, daß es gelingen werde, die erwähnte Spionageoperation ungehindert zu erfüllen, sollte sie aber beendet werden, sie dann in eine großangelegte politische Provokation gegen die Sowjetunion umzuwandeln. (...) Sie erfolgte gerade jetzt, da die Frage entschieden wird, ob das Wettrüsten zum Stehen gebracht ... wird. (...) Opfer des neuen Verbrechens (der USA) sind Menschen geworden, die sich in dem Flugzeug befanden, das von den amerikanischen Geheimdiensten für ihre schmutzigen Zwecke benutzt wurde."* (nach „FAZ" vom 8.9.).

Die Sowjetunion ließ etwas später den Generalsstabschef Ogarkov auf einer Pressekonferenz den gesamten Vorfall ausführlichst schildern, und kurz darauf wurde auch der Pilot mit seinem Bericht vorgestellt. Ogarkov zeigte noch einmal die Flugroute der KAL-Boeing, wies darauf hin, daß sie systematisch die militärisch interessanten Bereiche der SU überflog und dabei auf ihrer „Irrfahrt" den Stellungen der Boden-Luft-Raketen auswich. Der sowjetische Pilot, der die Boeing abschoß, schilderte den Hergang sehr detailliert. Das Flugverhalten der Boeing sei typisch für amerikanische Aufklärer gewesen: *„Sie hat genau wie eine RC 135 reagiert, die Querruder ausgefahren und gebremst. Doch ich bin nicht in die Falle gegangen."*

Der Pilot erläuterte das Verhalten amerikanischer Aufklärer in ähnlichen Situationen: *„Sobald ich mich auf seiner Höhe befinde, macht er eine Finte. Diese besteht darin, daß er sämtliche Querruder ausfährt und plötzlich bremst, sodaß ich ihn überhole, da mein Flugzeug erheblich schneller ist als seins."* (nach „FAZ", 14.9.). Die SU-15 ist zwar ein älteres Modell, macht aber immerhin Mach 2.3, d.h. mehr als zweifache Schallgeschwindigkeit.

Fast alle sowjetischen Angaben zu dem Vorgang lassen sich mittlerweile durch die von den USA vorgelegten Beweise decken.

1. Mittlerweile haben die USA anerkannt, daß die Sowjets Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgaben.
2. Das von dem Piloten angegebene Manöver der Boeing wird durch das von den USA publizierte Funkprotokoll bestätigt. *„*805: Das Ziel verlangsamt seine Geschwindigkeit. — Ich fliege um es herum, ich bin schon dabei, mich vor das Ziel zu setzen. — Ich habe die Geschwindigkeit vermindert. —*

Situationen: *„Sobald ich mich auf seiner Höhe befinde, macht er eine Finte. Diese besteht darin, daß er sämtliche Querruder ausfährt und plötzlich bremst, sodaß ich ihn überhole, da mein Flugzeug erheblich schneller ist als seins."* (nach „FAZ", 14.9.). Die SU-15 ist zwar ein älteres Modell, macht aber immerhin Mach 2.3, d.h. mehr als zweifache Schallgeschwindigkeit.

Fast alle sowjetischen Angaben zu dem Vorgang lassen sich mittlerweile durch die von den USA vorgelegten Beweise decken.

1. Mittlerweile haben die USA anerkannt, daß die Sowjets Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgaben.
2. Das von dem Piloten angegebene Manöver der Boeing wird durch das von den USA publizierte Funkprotokoll bestätigt. *„*805: Das Ziel verlangsamt seine Geschwindigkeit. — Ich fliege um es herum, ich bin schon dabei, mich vor das Ziel zu setzen. — Ich habe die Geschwindigkeit vermindert. —*

Nein, das Ziel fliegt langsamer. — Es hätte es früher tun sollen. Wie kann ich es jagen, wenn ich schon vor dem Ziel bin?" (dokumentiert in der „FAZ" vom 8.9.).
3. Die Behauptung der Sowjets, sie hätten den Abschußbefehl erst erteilt, als die Boeing zu fliehen versuchte, ist glaubwürdig, denn von den Amerikanern wird der Abschußpunkt mehr oder weniger an der Grenze der Sowjetunion „über internationalem Gewässer" angegeben („FAZ", 7.9.).
4. Die Behauptung, die Sowjets hätten nicht versucht, mit der Boeing in Funkkontakt zu kommen (über die Notfrequenz I.F.F.), wird selbst von dem US-amerikanischen Funkprotokoll widerlegt. Da funkt der sowjetische Pilot 805, der später auch schoß, an die Bodenstation: **„Das Ziel antwortet nicht auf I.F.F.".**

Es spricht bislang n i c h t s gegen die sowjetische Behauptung, sie hätten zwei Stunden lang mit den verschiedenen Methoden versucht, Kontakt zu dem Flugzeug herzustellen; sie hätten versucht, es zum Landen zu zwingen, und erst geschossen, als es floh. Was man den Sowjets vorwerfen könnte, wäre eigentlich nur, daß sie ein Flugzeug abschossen, das zivile Passagiere an Bord hatte. Aber wußten die Sowjets das überhaupt? Die SU bestreitet dies, und es gibt bislang keinen Beweis, daß sie es wußten. Und die Sowjets können durchaus zurecht dem zivilen Aussehen von Flugzeugen über ihrem Territorium mißtrauen. Während des Vietnam-Krieges fingen sie eine zivile Maschine über dem sowjetischen Territorium ab, zwangen sie zur Landung — und fanden 200 amerikanische Soldaten! („FAZ", 13.9. — allerletzte Seite). Nun kann man natürlich so argumentieren, daß doch die Sowjets in der aktuellen internationalen Lage alles vermeiden müßten, was irgendwie den Atomkriegsprotagonisten Munition verschafft. Und die Konsequenz heißt

Fortsetzung nächste Seite

Kampf im Zwielicht

Statt der erfahrungsgemäß wenig wirksamen Wirtschaftssanktionen setzt die Kampagne nach dem Abschuß der südkoreanischen Boeing auf die moralische Isolierung der Sowjetunion: *„Der Zwischenfall war kein Zusammenstoß der beiden Supermächte, sondern international. Er betrifft die gesamte Völkergemeinschaft oder in Reagans Worten »die Sowjetunion gegen die ganze Welt«"* (FAZ, 7.9.83). Was die USA von Anfang an zu vermeiden suchten, war ein Gerangel mit den EG-Staaten um die Sanktionen, wie es schon mehrmals antisowjetische Kampagnen lahmlegte.

Das diesmal eingeschlagene Konzept führte erwartungsgemäß zu massiver Kritik seitens der „Ultrakonservativen". In den USA forderte Senator Jesse Helms die Revidierung der gesamten amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Andere propagierten glatt den Abbruch der Genfer Verhandlungen. In der FAZ wurde der Vorschlag ausgebreitet, *„als Antwort auf den sowjetischen Abschuß im Fernen Osten den afghanischen Widerstandskämpfern mehr und bessere Waffen zukommen zu lassen"* (20.9.). Während das Gerangel anläßlich früherer Sanktionskampagnen der ideologischen Durchschlagskraft herben Abbruch tat, unterstützt die Kritik von rechts die Wirkung der Kampagne.

Nach einer Meinungsumfrage der »newsweek« (no. 38) empfinden 52 Prozent der US- Bürger Reagans Reaktion als zu lasch. Für Wirtschaftssanktionen gibt es nach der Umfrage in den USA eine Zweidrittelmehrheit, aber nur 24 Prozent sind für den Abbruch der Rüstungskontrollgespräche. Satte 86 % sind überzeugt, daß die Sowjets vorher wußten, daß sie ein Passagierflugzeug abschossen.

Konkret wurde lediglich die zweiwöchige Aussetzung des Flugverkehrs in die UdSSR als Sanktion beschlossen, was gewährleistete, daß sich mit wenigen Ausnahmen „die ganze Welt", d.h. die NATO und ihre Verbündeten, daran beteiligen. Die entscheidende Seite der Kampagne liegt nicht auf dieser praktischen Ebene, sondern auf der ideologischen. Einstimmig beschloß das amerikanische Repräsentantenhaus: *„Dieser kaltblütige, barbarische Angriff auf ein vom Kurs abgekommenes Verkehrsflugzeug ist einer der schändlichsten und verwerflichsten Akte der Geschichte"* (FAZ, 16.9.). Das Europa- Parlament verabschiedete mit 128 zu 19 Stimmen, die *„kaltblütige Zerstörung"* zeige *„die völlige Mißachtung aller von der Völkergemeinschaft anerkannten und respektierten Grundsätze"* (ebd.). Zugleich wird mit der praktischen „Besonnenheit" und „Mäßigung" zweigleisige Politik gemacht. Zum einen wird herausgestellt, wie berechenbar und verantwortungsbewußt der nachrüstende Westen sei; zum andren wird diese „Mäßigung" selbst wieder zur Begründung weiteren Aufrüstens genutzt: *„Doch der Ideologe Reagan paart sich mit dem kühlen Pragmatiker ... Daraus ergibt sich sein Kurs: ein sein militärischer Stärke wieder bewußteres Amerika durch das strategische Modernisierungsprogramm in die Lage zu bringen, mit der anderen Supermacht von gleich zu gleich zu verhandeln"* (FAZ- Kommentar vom 10.9.). Die Kampagne um den Abschuß wurde so zu einem ideologischen Kampfplatz um die Aufrüstung. Eine Front der „ganzen Welt gegen die Sowjetunion" kam dabei nicht zustande. Im Weltsicherheitsrat, der eine amerikanische Verurteilung der SU verabschieden sollte, was aufgrund des sowjetisches Vetos ohnehin nur ein symbolischer Akt war, enthielten sich Nicaragua, Simbabwe, Guyana und die VR China. Tschou Nan vom chinesischen Außenministerium begründete die Enthaltung *„mit der Zugehörigkeit Chinas zur Dritten Welt, die nach Meinung Pekings in einer Kontroverse der beiden Supermächte nicht Partei ergreifen sollte"* (FAZ 15.9.). Das linkssozialdemokratisch regierte Griechenland blockierte eine gemeinsame Stellungsnahme der EG- Staaten, was vor allem seitens der BRD zu heftigen Beschwerden führte, die man nur als unterschwellige Drohungen auffassen kann. Da ist die Rede von Vertrauensverlusten, von Griechenlands Verlassen der gemeinsamen Grundlage und dergleichen mehr.

„Wir können ferner mit den Vorbereitungen für den — wie Präsident Kennedy sagte — langen Kampf im Zwielicht beginnen." (Reagan)

Wie weit die USA in dieser Kampagne zu gehen bereit sind, zeigt sich an ihrer Weigerung, *„der Aeroflot- Maschine Gromykos eine Sondergenehmigung zur Landung auf dem New Yorker Flughafen zu erteilen"* (FAZ 20.9.). Stattdessen bot man Gromyko an, auf irgendeinem Militärflughafen zu landen. Eine derartige Demütigung würde keine Bananenrepublik der Welt hinnehmen. Für die Sowjetunion war das Maß voll: Gromyko sagte seine Teilnahme an der UN-Vollversammlung in New York ab. Völlig zurecht warf die SU in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob die USA der geeignete Sitz für die UN sind.

Die ganze Kampagne wird von den USA und den Kernländern der NATO in einer Art vorangetrieben, die darauf hinausläuft, ein internationales Klima zu schaffen, das jede Verständigung mit der Sowjetunion als aberwitzig erscheinen lassen soll. Die bürgerlich- liberale Kritik an dieser Politik als einem Wiederaufleben des Kalten Krieges ist eine schamlose Untertreibung. Hier geht es um Vorbereitungen für einen heißen Krieg, den die USA in Mittelamerika und im Nahen Osten bereits begonnen haben.

Nachtrag:

Der sowjetsiche Luftmarshall Kirsanow hat am 19. September eine wesentlich erweiterte Darstellung des Vorfalls gegeben. Nach dieser Darstellung handelte es sich um eine abenteuerlich klingende Großaktion der USA:

1. Sei der Jumbo mit dem US- Spionagesatelliten Ferret-D synchronisiert worden.
2. Hätten mehrere RC-135- Aufklärer sowie AWACS-Aufklärer und die US-Fregatte „Badger" an der Aktion teilgenommen.
3. Seien an Bord der Boeing statt der üblichen 18 Besatzungsmitglieders 29 gewesen, deren Funktion nicht geklärt sei.

Kirsanow führte dazu aus: *„Die Verletzung der Luftgrenze veranlaßte die sowjetischen Funksysteme dazu, die Intensität ihrer Tätigkeit nahezu zu verdoppeln. (...) Zu diesem Zeitpunkt nahm er (der Satellit Ferret-D) ... die Tätigkeit aller zusätzlich eingeschalteten elektronischen Geräte unserer Luftwaffenverteidigungsanlagen auf Sachalin, auf den Kurileninseln und im Seegebiet auf."* (FR und FAZ, 21.9.). Belege für diese Behauptungen nannte Kirsanow nicht.

Die Regeln des Spiels

„Seit letztem Januar haben 77 sowjetische Flugzeuge die American Air Defense Identification Zones (ADIZ, amer. Luftverteidigungszonen) auf ihrem Direktflug von der UdSSR nach Kuba verletzt. Ihr Ziel war es, US-amerikanische Radarfrequenzen aufzunehmen und zu testen, wie lange es dauert, bis US-Jagdflugzeuge (fighters) antworten. Aufklärungsflugzeuge der USA taten dasselbe nahe der UdSSR-Grenze und lösten dadurch mehr als 900 Abschüsse von sowjetischen Boden- Luft- Raketen aus, bisher ohne einen Treffer."

aus: The Rules of the Game, „time" 37/83

„Death of a Hard- Liner"

Nach Einschätzung der »time« stärkte der Abschuß der Boeing die hardliner in den USA und *„gab Reagan eine bessere Chance, die abschließende Kongreßdabatte über die Entwicklung der MX-Rakete zu gewinnen"*. Von den militantesten Kräften der US-Politik wurde ganz besonders der Tod des Senators L.P.McDonald ausgeschlachtet. Er war ein *„Führer der ultrakonservativen John Birch Gesellschaft und wahrscheinlich der radikalste Antikommunist im Kongreß"* („newsweek"). Einer seiner Mitstreiter erläuterte pietätvoll: *„Vielleicht wird sein Tod mehr Leute erziehen, als er es im Leben vermochte"* (ebd.). McDonald war zufällig in der abgeschossenen Boeing; eigentlich wollte er eine andre Maschine nehmen. In jener anderen Boeing reiste eine Delegation unter Leitung von Jesse Helms nach Korea, die die USA *„auf einer Konferenz aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Gegenseitigen Verteidigungspaktes zwischen Südkorea und den USA"* in Seoul repräsentieren sollten („time"). Diese Leute machten sich die Situation sofort zunutze. Wie das in den USA so üblich ist, bekommen Ehefrauen in solchen Fällen politisches Gewicht. (Auch die BILD-Zeitung liebt es, Walesas Frau Danuta zu allen Aspekten der Politik zu zitieren). Kathy McDonald brachte es in der »newsweek« auf den Punkt: *„Das war eine typische Aktion der Kommunisten und der Sowjetunion. Genau gegen solches Verhalten hat mein Mann so laut und so lange sich ausgesprochen."* (doch, das steht da wörtlich: „so loudly and for so long").

Zur Vermeidung von Mißverständnissen

Anmerkung der AK- Redaktion

„Als israelische Kampfflugzeuge am 21. Februar 1973 eine libysche Passagiermaschine über der Sinai- Halbinsel abschossen (es gab 106 Tote), nannten wir das in dieser Zeitung Massenmord. Es gibt, trotz einiger Unterschiede in nicht ganz unwesentlichen Einzelheiten, letztlich keinen Grund, den Absturz einer koreanischen Boeing 747

dann fragen" — bleibt verbrecherisch, auch wenn diejenigen nicht weniger verbrecherisch handelten, die einer Provokation zuliebe 269 Menschen einem tödlichen Risiko aussetzten. Und auch wenn, was inzwischen wohl als wahr unterstellt werden darf, die Boeing 747 mit irgendwelchen militärischen Geheimaufträgen unterwegs war.

US- Regierung publizierten Funkaufzeichnungen der sowjetischen Piloten wichtige Übersetzungs- bzw. Interpretationsfehler enthalten waren, wurde erst einige Tage später von den US-Stellen selbst korrigiert. Die sowjetischen Verantwortlichen hatten es offensichtlich nicht für nötig befunden, ihrerseits sofort darauf hinzuwei-

rem Direktflug von der UdSSR nach Kuba verletzt. Ihr Ziel war es, US-amerikanische Radarfrequenzen aufzunehmen und zu testen, wie lange es dauert, bis US-Jagdflugzeuge (fighters) antworten. Aufklärungsflugzeuge der USA taten dasselbe nahe der UdSSR-Grenze und lösten dadurch mehr als 900 Abschüsse von sowjetischen Boden- Luft- Raketen aus, bisher ohne einen Treffer."

aus: The Rules of the Game, „time" 37/83

(FAZ- Kommentar vom 10.9.). Die Kampagne um den Abschuß wurde so zu einem ideologischen Kampfplatz um die Aufrüstung. Eine Front der „ganzen Welt gegen die Sowjetunion" kam dabei nicht zustande. Im Weltsicherheitsrat, der eine amerikanische Verurteilung der SU verabschieden sollte, was aufgrund des sowjetisches Vetos ohnehin nur ein symbolischer Akt war, enthielten sich Nicaragua, Simbabwe, Guyana und die VR China. Tschou Nan vom chinesischen Außenministerium begründete die Enthaltung „mit

Zur Vermeidung von Mißverständnissen

Anmerkung der AK- Redaktion

„Als israelische Kampfflugzeuge am 21. Februar 1973 eine libysche Passagiermaschine über der Sinai- Halbinsel abschossen (es gab 106 Tote), nannten wir das in dieser Zeitung Massenmord. Es gibt, trotz einiger Unterschiede in nicht ganz unwesentlichen Einzelheiten, letztlich keinen Grund, den Absturz einer koreanischen Boeing 747 anders zu beurteilen - FALLS es sich sicher beweisen läßt, daß die Maschine von sowjetischen Kampfflugzeugen abgeschossen worden ist." So schrieben wir im letzten AK, vier Tage nach dem Zwischenfall, als erst wenige Informationen vorlagen und es noch nicht einmal eine sowjetische Bestätigung des Abschusses gab. Manchem erschien und erscheint diese Beurteilung als allzu hart und ungerecht. Durch die inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen über den Vorgang sehen sie sich in dieser Kritik noch bestärkt. Das klingt auch in dem Artikel von J. in diesem AK an. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist es vermutlich nicht überflüssig, unseren Standpunkt noch einmal kurz darzustellen.

1. Wenn die verantwortlichen sowjetischen Stellen die ganze Zeit im festen Glauben operiert haben, das eingedrungene Flugzeug habe irgendeinen Spionage- oder Provokationsauftrag, so bleibt unerklärlich, warum es nicht sofort am folgenden Tag eine scharfe Protesterklärung der sowjetischen Regierung gegeben hat.
2. Wenn die vor Ort agierenden sowjetischen Militärs sich sicher waren, es mit einem Aufklärungsflugzeug zu tun zu haben (das ist die offizielle sowjetische Version), so bleibt unerklärlich, warum in den ersten sowjetischen Meldungen von einem „nicht identifizierten" Flugzeug die Rede war.

Diese offensichtlichen Widersprüche legen den Verdacht nahe, daß sich die agierenden und kommandierenden sowjetischen Militärs ihrer Sache eben keineswegs 100%ig sicher waren. In dem Ablauf der Ereignisse drückt sich auch ein militärisch- technologisches Defizit der Sowjetunion aus: sich in der Identifizierung eines mehr als zwei Stunden lang beobachteten und verfolgten Flugzeugs unsicher zu sein oder gar zu irren, ist keine Glanztat.

3. Spionage-Unternehmen der Großmächte gegeneinander gehören zum politischen Alltag. Daß auch die Sowjetunion manche derartige Aktionen zivil abtarnt, darf man ruhig voraussetzen. Es würde eine Kette von Massakern geben, wenn im internationalen Umgang miteinander jedesmal verdachtsweise auf „abgeirrte" Flugzeuge oder Schiffe geschossen würde. Die Western-Moral — „Im Zweifelsfall lieber erst schiessen und dann fragen" — bleibt verbrecherisch, auch wenn diejenigen nicht weniger verbrecherisch handelten, die einer Provokation zuliebe 269 Menschen einem tödlichen Risiko aussetzten. Und auch wenn, was inzwischen wohl als wahr unterstellt werden darf, die Boeing 747 mit irgendwelchen militärischen Geheimaufträgen unterwegs war.
4. Die publizistisch- propagandistische Behandlung des Zwischenfalls durch die Sowjetunion kann nur noch als „unter aller Sau" bezeichnet werden. Wenn man sich mit dem Abschuß im Recht glaubte, welcher Teufel hat die sowjetischen Verantwortlichen geritten, in den ersten Meldungen den Abschuß völlig zu verschweigen und ihn erst nach mehreren Tagen zuzugeben?! Wie kann die Regierung einer Großmacht so albern agieren wie ein 10jähriger, der seinen Eltern verschweigen möchte, daß er mit dem Fußball eine Schaufensterscheibe zertrümmert hat?! Was hat die sowjetsiche Führung dazu veranlaßt, wichtige Pluspunkte in der nach dem Abschuß einsetzenden Propaganda-Schlacht einfach zu verschenken? Beispiel: Daß in den von der US- Regierung publizierten Funkaufzeichnungen der sowjetischen Piloten wichtige Übersetzungs- bzw. Interpretationsfehler enthalten waren, wurde erst einige Tage später von den US-Stellen selbst korrigiert. Die sowjetischen Verantwortlichen hatten es offensichtlich nicht für nötig befunden, ihrerseits sofort darauf hinzuweisen. Und was hätte die Sowjetunion dabei zu verlieren gehabt, den gesamten Funkverkehr - der der US-Regierung ohnehin vorlag, aber von dieser nur ganz selektiv publiziert wurde - einfach zu veröffentlichen?

Sowohl die sichtbar gewordenen militär-technologischen Unzulänglichkeiten wie auch das erschreckend schwache Bild der Sowjetunion auf der publizistisch- propagandistischen Ebene lassen für die Zukunft weitere unangenehme Überraschungen befürchten. Und das hat Folgen auch für uns, weil wir in der Konfrontation mit den USA und der NATO gewissermaßen in einem Boot mit der Sowjetunion sitzen.

AK- Redaktion
(in Absprache mit J.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

dann eben, jede amerikanische Provokation hinzunehmen, weil sie sonst im Westen ausgenutzt wird.

Die sowjetische Regierung dürfte völlig recht haben mit ihrer Annahme, daß genau dies das Kalkül der USA war. Daß also die Sowjetunion vor die Wahl gestellt werden sollte, entweder einen militärischen Preis zu bezahlen, indem sie der Spionage freien Lauf ließ, oder einen propagandistischen, indem sie Reagan und Konsorten willkommene Argumente für die Kriegshetze lieferte. Das Argument, sie habe nun dem Antikommunismus und der Kriegshysterie Vorschub geliefert, übersieht einfach die Tatsachen. Die NATO-Kampagne wegen des Abschusses steht auf so schwachen Beweisen, daß es unmöglich an diesen „Fakten" liegen kann, wenn ihre Versionen von den westlichen Medien einfach geschluckt und verbreitert werden. Daß so widersprüchliche Storys den NATO-Strategen geglaubt werden, liegt einmal an einem irrationalen Antisowjetismus, der den Sowjets sowieso alles zutraut, und zum anderen an dem nicht minder irrationalen Glauben, daß doch die amerikanische Demokratie nicht einfach dreihundert Leute für einen Propagandacoup opfert.

In diesem Klima merken Jounalisten nicht einmal mehr, wie peinlich ihre Argumente sind; wenn da gesagt wird, die USA hätten doch solche Spionage nicht nötig, weil sie das mit ihren Satelliten viel besser könnten! Das spricht doch erst recht dafür, daß es sich bei der Irreleitung der Boeing um eine Provokation handelte, die auf den Tod der Passagiere bewußt setzte. Die „newsweek" fragt sich dann ganz objektiv, *„warum die US-Behörden nicht versuchten, das verirrte koreanische Flugzeug zu warnen"* (37/83). An anderer Stelle fragt sich die newsweek" ebenso zu Recht, warum auch die Japaner die KAL-Maschine nicht warnten. Aber keinem dieser Journalisten kommt es in den Sinn, deshalb etwa die offizielle Version des Vorgangs anzuzweifeln. Man erklärt einfach, die Sowjets hätten doch sofort sehen müssen, daß es sich um eine mit Menschen vollgestopfte, harmlose Passagiermaschine handelte; aber man findet es völlig normal, daß die japanische Luftwaffe die koreanische Boeing für *„ein sowjetisches Passagierflugzeug"* hielt („FAZ", 7.9.). Eine bizarre Logik: die Sowjets wußten angeblich die ganze Zeit, wen oder was sie im Visier hatten, aber der zuständigen Bodenkontrolle *„könnte auch seine Identität unerkannt geblieben sein, bis er sich schließlich Tokyo Control zu erkennen"* gab („FAZ", 7.9.). KE 007 gab sich Tokyo Control um 20.15 MESZ zu erkennen, elf Minuten vor dem Abschuß.

Mehrere Wochen nach dem Abschuß kommen *„Geheimdienstkreise in den USA ... zu einer neuen Einschätzung"*, nämlich daß *„die sowjetischen Piloten tatsächlich während der ganzen zweieinhalb Stunden dauernden Verfolgung geglaubt haben, ein US-Spionageflugzeug vom Typ RC-135 vor sich zu haben"* („FR", 19.9.). Dem Pentagon war angeblich davon nichts bekannt. Eine ähnliche Meldung brachte auch die „newsweek" vom 19. September. Da wird sogar erläutert: *„In einer Kommunikation, kurz bevor Flug 007 abgeschossen wurde, informierten sowjetische Luftverteidigungsoffiziere die lokalen SAM-2 Anti-Flugkörper-Raketen Batterien, daß eine RC-135 in sowjetischen Luftraum eingedrungen sei"* („newsweek", 38/83). Dort spekuliert man nun, ob nicht immerhin der Pilot wußte, was er abschoß, aber er es der Basis verschwieg.

Je länger diese Kampagne anhält, umso wackeliger wird die US-Version. Tatsächlich wird eigentlich die Version der UdSSR peu à peu bestätigt.

Es sieht ganz so aus, als wenn die UdSSR tatsächlich davon ausgehen mußte, einen Aufklärer vor sich zu haben, der systematisch Kamschatka und Sachalin abflog. Diese Seite des Vorfalls ist mittlerweise recht klar. Was dagegen nicht klar ist, sind die Vorgänge an Bord der südkoreanischen Boeing, deren Mannschaft angeblich über zwei Stunden lang nicht auffiel, daß sie auf falschem Kurs war, daß sie mit Leuchtspurmunition gewarnt und von mehreren Abfangjägern beschattet wurde.

Die Forderung, diese Mysterien lückenlos aufzuklären, ist sicher richtig, nur ist dafür die Sowjetunion die falsche Adresse.

J./ Hamburg

Die Nato zwischen Manöver und Krieg

Fortsetzung von S. 1

Zu den Aufgaben der Langzeit-Manöver in Mittelamerika gehört auch die kriegsmäßige Herrichtung von Honduras als Basis für einen Überfall von US-Truppen auf Nicaragua. Offiziell ist dazu bekannt, daß in Puerto Castillo an der Ostküste von Honduras ein großes Material- und Ausbildungslager angelegt worden ist, das mit den Notwendigkeiten der Manöver begründet wird, aber ebenso auch Teil der Strukturen für eine Militärintervention sein könnte. Zugleich soll im Dreieck zwischen Honduras, El Salvador und Nicaragua eine neue Radarstation errichtet werden, und die Landepisten in Honduras werden für große Militärtransporter ausgebaut und instandgesetzt. Nach einem Bericht der „Washington Post" befaßt sich die US-Regierung darüber hinaus mit Plänen, ein ganzes Netz von US-Stützpunkten in Honduras anzulegen. Das **„würde ein sofortiges Eingreifen der Amerikaner in 'dringenden Situationen' ermöglichen"** („Frankfurter Rundschau", 8.8.).

Nicht zuletzt bieten die Langzeit-Manöver auch Möglichkeiten, völlig unauffällig und unkontrollierbar große Mengen an Waffen und Material nach Honduras zu schaffen und dort den gegen Nicaragua operierenden „Contras" zu übergeben. Zudem wird damit gerechnet, daß die Amerikaner nach dem Abschluß der Manöver einen großen Teil ihrer Ausrüstung zur Weiterverwendung in Honduras lassen werden.

Probe für den Krieg am Golf

Es ist die Zeit der Rekorde. In Mittelamerika das bisher längste US-Manöver. Und im Mittleren Osten und Nordostafrika immerhin das bisher größte US-Manöver in dieser Region. Das Manöver fand im August und September statt und war überhaupt das erste Manöver der USA, das dort in der heißesten Jahreszeit durchgeführt wurde; bisher hatten US-Truppen dort nur im November und Dezember geübt. Schauplätze des regionalen Großmanövers waren Ägypten, Somalia und der Sudan — sowie ein bißchen klammheimlich auch Oman auf der arabischen Halbinsel.

— In Ägypten waren nach offiziellen Angaben 5.500 Soldaten der USA an dem Manöver beteiligt. Ferner unter anderem strategische Bomber des Typs B-52, Kampfflugzeuge und Jagdbomber sowie AWACS-Aufklärungsflugzeuge. Geprobt wurde

dem Manöver beteiligt. Ferner unter anderem strategische Bomber des Typs B-52, Kampfflugzeuge und Jagdbomber sowie AWACS-Aufklärungsflugzeuge. Geprobt wurde

unter anderem das Einfliegen einer kriegsfähigen Interventionstruppe (Einheiten der „Schnellen Eingreiftruppe" RDF waren beteiligt). Außerdem gab es Panzermanöver in demonstrativer Nähe zur libyschen Grenze.

— In Somalia fand ein Landungsmanöver statt, bei dem 2.800 US-Marineinfanteristen eingesetzt wurden.

— Im Zusammenhang mit den Manövern im Sudan wurde vor allem auf die Bedeutung dieses Landes als Frontstaat gegen Libyen hingewiesen. Beteiligt waren 450 Mann der RDF und 800 Marineinfanteristen.

— Das Manövergeschehen in Oman, wo die USA sich schon einen Stützpunkt gesichert haben, wurde sehr diskret abgewickelt, da die Staaten der arabischen Halbinsel Wert darauf legen, sich nicht allzu offen an die Supermacht USA anzubinden. Laut Presseberichten sollten in Oman im Rahmen des US-Regionalmanövers eine Übung für die Luftverteidigung sowie Anti-Guerilla-Übungen stattfinden. Außerdem begannen fast direkt nach Abschluß der US-Manöver dreiwöchige Manöver des Staatenbundes der arabischen Halbinsel, dem Oman, Saudiarabien, Kuweit, Bahrein (wo es gleichfalls einen US-Stützpunkt gibt), Qatar und die Vereinigten Emirate angehören. Das Manöver soll angeblich die a u t o n o m e Rolle dieser Staaten auch gegenüber den USA unterstreichen, bildet aber in Wirklichkeit eher einen verkappten Teil der US-Manöver. Als Teil des Regionalmanövers wurden Flottenaufmärsche der USA im Mittelmeer und im Indischen Ozean deklariert, beide unter Anführung von großen Flugzeugträgern. Es soll sich — noch so ein Rekord! — um das bisher größte Flottenmanöver der USA im Indischen Ozean gehandelt haben.

Daß auch hier die Grenzen zwischen Manöver und Krieg fließend sind, zeigt der Blick auf die NATO-Intervention im Tschad und auf die direkte Einmischung von US-Kriegsschiffen im Libanon. Als Hintergrund des Manövers ist außerdem die Drohung der USA erkennbar, „um jeden Preis" die „Sicherung der freien Schiffahrt" (= Öl-Transport) im Persisch-Arabischen Golf militärisch sicherstellen zu wollen. Eine Drohung, die sich, wie alle Welt weiß, direkt gegen den Iran richtet.

Kalte Intervention im Tschad

Am Rande des Regionalmanövers im Mittleren Osten bot sich Gelegenheit zur Einmischung der USA im Tschad. Schnell waren zwei AWACS-Aufklärungsflugzeuge, begleitet von einem Verband Kampfflugzeugen, Tankflugzeugen und einigen weiteren Spionageflugzeugen im Sudan, in nächster Nähe zum Kriegsschauplatz, stationiert. Daß die USA die meisten dieser Maschinen sowieso schon zum Manöver in der Region konzentriert hatten, bot sich als günstiger Zufall dar. Zugleich konnte die als Manöverteil im Mittelmeer operierende Kriegsflotte mit dem FLugzeugträger „Eisenhower" als Drohung gegen Libyen eingesetzt werden. Verstärkt wurde diese Flottenmassierung noch durch den Flugzeugträger „Coral Sea", der vom Langzeit-Manöver aus der Karibik abgezogen wurde.

Der Sinn der amerikanischen Flugzeug-Konzentration im Sudan, speziell der beiden AWACS, konnte nur in einer technischen Unterstützung für Frankreich bestehen, falls dieses im Tschad direkt militärisch aktiv werden wollte. Daran war der französischen Regierung anscheinend — im Gegensatz zur amerikanischen — wenig gelegen, und es erwies sich vorerst auch gar nicht als notwendig. Die bloße Anwesenheit einer kriegsfähigen französischen Truppe im Tschad, inklusive Kampfflugzeuge, hat bisher ausgereicht, die Bürgerkriegsfront im Tschad zu stabilisieren. In der Provozierung eines Krieges gegen Libyen scheint zwischen den NATO-Mächten bisher keine volle Übereinstimmung zu bestehen.

Von der „Friedenstruppe" zur Interventionsarmee

Von der „Friedenstruppe" zur Interventionsarmee

Im Libanon ist die NATO seit der israelischen Aggression im Vorjahr unter dem Titel einer „Friedenstruppe" präsent. Die NATO-Truppe (MNF) ist offiziell 5.400 Mann stark. Davon 1.200-1.600 US-Soldaten, ferner Franzosen, Briten (mit einem allerdings eher symbolischen Kontingent von 100 Mann) und Italiener.

Seit Ende August/Anfang September wird über die NATO-MNF eine direkte Militärintervention im Libanon entwickelt. Als Begründung mußte anfags der Schutz der MNF vor Feuerüberfällen herhalten; inzwischen haben vor allem die amerikanischen Militäraktionen sich von diesem engen Zusammenhang völlig losgelöst.

Die direkte Intervention wurde Ende August eingeleitet mit der Verlegung des Flugzeugträgers „Eisenhower" vor die libanesische Küste. Das Schiff war ursprünglich als Teil des großen US-Regionalmanövers in Mittelost deklariert worden und war anschließend der Kern einer Flottenkonzentration gegen Libyen. Insgesamt wurden schließlich 14 US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste massiert, zum Teil gerade vom Manöver im Indischen Ozean kommend, zum Teil vom Langzeit-Manöver in Mittelamerika abgezogen. Aufgabe der Kriegsflotte: Eingreifen in die Kämpfe im Libanon mit weitreichenden Bordgeschützen (maximal 30 km) und trägergestützten Jagdbombern. Darüber hinaus wird eine Landeeinheit mit mindestens 2.000 Marineinfanteristen und einem großen Waffenvorrat (Panzer, Geschütze, Panzerabwehrraketen, Hubschrauber u.a.) bereitgehalten.

Neben den USA beteiligt sich auch Frankreich an dieser Eskalation der Intervention. Es wurde der Flugzeugträger „Foch" vor der libanesischen Küste stationiert, von dem aus französische Kampfflugzeuge („Supereten-dard") auch schon zu Angriffen gegen den Libanon starteten, jedoch in deutlich geringerem Umfang als die USA.

Großbritannien hat inzwischen seine Flugzeugträger „Hermes" und „Illustrious" mit 1.000 Marineinfanteristen ins östliche Mittelmeer geschickt. Sie sollen dort an einem 18tägigen NATO-Manöver vor Zypern teilnehmen. Mit dem Libanon-Krieg habe das nichts zu tun, wird beteuert. Tatsächlich ist die Neigung Großbritanniens, sich in eine Libanon-Intervention an der Seite der USA (und Frankreichs) zu begeben, wohl nicht sehr stark.

Im Libanon scheint bisher, ähnlich wie im Tschad, der bloße Drohaufmarsch im wesentlichen auszureichen, um ein politisches Diktat im Sinne westlicher Großmachtsinteressen auszuüben.

Aus der Sicht der NATO ist gleichfalls als wichtiger Pluspunkt zu verbuchen, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu früheren internationalen Krisen kaum noch Anstalten macht, durch e i g e n e militärische Aufmärsche und Drohgebärden die Aktionen der NATO zumindest dem äußeren Anschein nach zu kontern. Für keinen ihrer Verbündeten — weder für Nicaragua und Cuba, noch für Libyen, noch für Syrien — scheint die Sowjetunion derzeit einen Kräftepoker mit dem Westen riskieren zu wollen. Die Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten der NATO zeigt Wirkung.

Zur Geschichte der Schnellen Eingreiftruppe

Nach dem 2. Weltkrieg haben die USA in verschiedensten Konflikten mit eigenen Truppen interveniert, die überall in der Welt stationiert sind. Gleichzeitig profitierten sie aufgrund ihrer Stärkeposition vom abbröckelnden Einfluß Frankreichs und Großbritanniens in deren ehemaligen Kolonien.

Bereits Ende der 50er Jahre wurden m o b i l e Interventionstruppen gefordert. General Taylor erklärte 1959, daß die Strategie der ‚massiven Vergeltung' nicht *„örtlich begrenzte Kriege, wie z.B. den chinesischen Bürgerkrieg, den Guerilla-Krieg in Griechenland und Malaysia, in Vietnam, Taiwan, Ungarn, im Nahen Osten und Laos"* verhindert habe. Unter Kennedy (1961) wurde eine neue Strategie zum Programm. Mit 6 Mrd. Dollar wurde mit dem Aufbau einer „mobilen Feuerwehr" begonnen, die überall und schnell (mittels Transportflugzeugen und Schiffen) einsetzbar sein sollte.

Es wurde die Theorie einer „2 1/2-Kriegs"fähigkeit entwickelt. Die beiden großen Kriege waren für Europa und Ostasien reserviert, der „halbe" sonst irgendwo auf der Welt. Tatsächlich führten die USA dann insbesondere den „halben" Krieg in Vietnam.

den großen Kriege waren für Europa und Ostasien reserviert, der „halbe" sonst irgendwo auf der Welt. Tatsächlich führten die USA dann insbesondere den „halben" Krieg in Vietnam.

Seit Beendigung des Vietnam-Krieges galt die Nixon-Doktrin der "1 1/2 Kriege". Aufgrund der Annäherung zwischen den USA und China galt Ostasien nicht mehr als „ganzer" Kriegsschauplatz. Im Mittleren Osten sollten insbesondere der Iran und Saudi-Arabien Stellvertreter-Funktionen übernehmen.

Diese „begrenzte" Kriegsstrategie gilt heute als Zeit des „Vietnam-Syndroms". Bereits 1974 (nach dem Öl-Embargo) trat erneut General Maxwell Taylor mit einem Artikel auf den Plan (in „Foreign Affairs"), in dem es hieß: *„Als führende Macht der reichen Länder müssen wir damit rechnen, unsere nationalen Reichtümer gegen arme Länder verteidigen zu müssen. ... Wir werden mobile, einsatzbereite Truppen brauchen, um in den unruhigen Gegenden Konflikte zu verhindern oder zu unterdrücken, bevor sie sich zu einer größeren Gefahr ausweiten."* Ein Bericht der RAND-Corporation malte ein ähnliches Szenario einer Konfrontation zwischen 3. Welt und Industriestaaten, die die bisherige „Weltordnung" bedrohen würde. Kissinger schloß 1975 einen Einsatz der US-Militärmacht nicht aus, *„wenn es tatsächlich um die Erdrosselung der Industriestaaten"* gehe. Präsident Ford stützte am 23.1.75 trotz weltweiter Proteste diese Haltung. Es folgte eine Erörterung aller möglichen militärischen Interventionspläne im Nahen Osten, um die Ölversorgung von Kuweit bis Khatar, wo 50% der Ölreserven liegen, unter direkte US-Kontrolle zu bringen.

In einer Untersuchung schrieb der Chefredakteur von „Newsweek" 1975 dazu, daß es ein großer Irrtum sei, daß die Ölfelder „relativ einfach von den USA erobert werden können". 700 Bohrlöcher seien auf einem Gebiet von der Größe Westeuropas verstreut und durch 7000 Meilen (großenteils überirdischer) Pipelines verbunden; hinzu kämen 150 Verarbeitungsanlagen und Pumpstationen. Zerstörungen durch Sabotage könnten nicht verhindert werden. Allein dadurch würde es *„Jahre — nicht Monate — dauern, sie wieder herzustellen"*. *„Eine Intervention würde genau das heraufbeschwören, was sie verhindern soll: die ökonomische Strangulierung der westlichen Industriegesellschaft"*. Diese Ansicht wurde durch offizielle Untersuchungen bestätigt. Zudem müßten mehr als 100.000 Mann Truppen stationiert werden.

Die Pläne mußten erst einmal auf Eis gelegt werden, bzw. die ökonomischen Voraussetzungen, über eine längere Periode vom OPEC-Öl unabhängig sein zu können, erst geschaffen werden. Insbesondere seit 1979 („2. Ölkrise") sind solche Pläne in großem Umfang in Gang gesetzt worden.

Der RDF (Schnelle Eingreiftruppe) wurde schließlich von Carter der Durchbruch verschafft. 1977 beauftragt er den Nationalen Sicherheitsrat mit einer entsprechenden Studie. Es folgte die geheime Carter-Direktive

wurde schließlich von Carter der Durchbruch verschafft. 1977 beauftragt er den Nationalen Sicherheitsrat mit einer entsprechenden Studie. Es folgte die geheime Carter-Direktive

(Nr.18), ein „spezielles Kontingent einzurichten, um Unterholzbrandkriege in der 3. Welt zu führen".

Als mit dem Schah Anfang 1979 die „Stellvertreter"-Theorie der Nixon-Doktrin einstürzte, wurden diese Pläne der Öffentlichkeit präsentiert. Brzezinski erklärte dazu: *„Dieses Land ist infolge des Krieges in Vietnam durch eine tiefe philosophisch-kulturelle Krise gegangen ... Es taucht jetzt aus dieser Krise auf."*

Anfangs wurden 6 Mrd. Dollar für 50 Transportflugzeuge vom Typ CX und 3 Mrd. Dollar für 15 Marine-Vorauslagerschiffe (die Munition und Waffen für 3 Marine-Corps à 16.000 Mann einlagern) angefordert. 100.000 Mann waren für die Truppe vorgesehen. Angesichts der Geiselaffaire in Teheran und der Intervention von sowjetischen Truppen in Afghanistan (Ende 1979) wurden der Umfang und der Auftrag der RDF erheblich ausgeweitet. Im Januar 1980 wurde die Carter-Doktrin verkündet, die die Ölversorgung aus dem Golf zu den „vitalen Interessen" der USA zählt, deren Beeinträchtigung mit militärischen Mitteln beantwortet würde.

Neben „leichten" Verbänden wurden auch „schwere" Ausrüstungen ins Programm genommen und sogar der Einsatz von Atomwaffen geplant, um einen solchen Krieg auch in direkter Konfrontation mit der SU führen zu können. Die Truppenstärke wurde auf 200.000 Mann plus 100.000 Reservisten aufgestockt (inzwischen sind 400.000 in der Debatte). Der Ende 79 zum Oberkommandierenden ernannte General Kelley verkündete stolz am 10.10.80: *„Es wäre mir recht, morgen einen Krieg anzufangen."* In knapp 3 Jahren war die RDF von der Reißbrettplanung zu einer kriegsfähigen Truppe aufgebaut worden, die auf ihren ersten großen Einsatz drängt.

Nachdem unter Carter die mangelnde Interventionsbereitschaft der USA von Politikern wie Schlesinger, Haig, Zumwalt und Kissinger angegriffen worden war, wurde unter Reagan die „2 1/2-Kriege"-Theorie wieder eingesetzt. Neben den „großen" Kriegsschauplätzen Europa und Mittelost sollen alle Konflikte im globalen Militärinteresse der USA betrachtet werden. Die Counterinsurgency der Kennedy-Ära erlebt einen neuen Aufschwung. *„Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann"*, erklärte der Stabschef aller Waffengattungen, David C. Jones, Anfang 82 vor dem Kongreß: Die USA bräuchten *„eine umfassende strategische Vorstellung ... die regionalen Auseinandersetzungen in einem größeren globalen Rahmen sieht"*. „Feindseliges sowjetisches Vorgehen" müsse auch in anderen Gegenden beantwortet werden, forderte Weinberger: *„Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gege-*

ren globalen Rahmen sieht". „Feindseliges sowjetisches Vorgehen" müsse auch in anderen Gegenden beantwortet werden, forderte Weinberger: „Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gege-

noffensiven in anderen Regionen in Gang zu setzen", erklärte er am 5.5.81, *„und darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden."*

Literaturhinweise:

1. Militärpolitik-Dokumentation Nr.26, Haag + Herchen, Frankfurt, „Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA"
2. Blätter des iz3w Nr.105, Nov.82 „Bereit zum Krieg um die Ölquellen"

AK-Artikel zum Thema:

AK 36, S. 1: Panikmache ums Öl, was steckt dahinter?
AK 39, S. 1: Krieg gegen die 3. Welt! — zur Ölkampagne der Bourgeoisie
AK 39, S. 3: Der Schah und Feisal: Die Gendarmen des Mittleren Ostens
AK 176, S.48: Rapid Deployment Force: US-Invasionstruppe
AK 185, S.10: 500.000.000 Dollar für die Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung
AK 197, S.40: Kriegs- und Krisenvorbereitung des Imperialismus — Energie- und Rohstoffbevorratung in der BRD und den USA
AK 203, S.13: USA horten Rohstoffe für den Krieg
AK 210, S. 6: Was hat die Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun? Teil 1
AK 211, S. 6: Teil 2
AK 212, S. 6: Teil 3





Kriegsvorbereitung der RDF in Ägypten beim Manöver „Operation Bright Star", November 1981

Christopher Paine

Die Eingreiftruppe — Eckpfeiler im Atomkriegsplan Washingtons

In der amerikanischen Verteidigungskonzeption gibt es zwei Arten von Strände. Die erste ist die der Küstenlinie, die die US-Marines bei einer wirklichen oder geprobten militärischen Intervention tatsächlich stürmen. Die zweite gehört in den Bereich der Atomstrategen. Wenn ihre Spiele eines „begrenzten" Atomkriegs schieflaufen und eine Eskalation zu einem alles zerstörenden Krieg simulieren, dann nennen die Strategen dieses Ergebnis unter sich einen „Strand", nach dem Titel des populären Romans Nevil Shutes über den atomaren Weltuntergang „Am Strand".

In diesem Zeitalter, in dem zwei militärische Supermächte mit der Reichweite ihrer Kernwaffen die gesamte Welt umspannen, stellt sich jedoch unausweichlich die Frage: Ist es möglich, daß die Schnelle Eingreiftruppe die Strände am Persischen Golf stürmt, ohne daß wir alle am Strand der atomaren Vernichtung zurückbleiben?

Diese Metapher vom Strand beinhaltet die beiden Hauptdimensionen der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung der USA — die Fähigkeit zu „schneller" Intervention, hauptsächlich mit dem Ziel Naher und Mittlerer Osten, und das sowjetisch-amerikanische atomare Wettrüsten. Die Verbindungen zwischen diesen beiden Größen sind beträchtlich, doch werden sie im allgemeinen von den Gegnern der gegen-

dimensionen der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung der USA — die Fähigkeit zu „schneller" Intervention, hauptsächlich mit dem Ziel Naher und Mittlerer Osten, und das sowjetisch-amerikanische atomare Wettrüsten. Die Verbindungen zwischen diesen beiden Größen sind beträchtlich, doch werden sie im allgemeinen von den Gegnern der gegen-

wärtigen US-Politik nicht erkannt. Die meisten US-Bürger schauen auf das atomare „Gleichgewicht" und sehen nur das wachsende Potential moralisch unbegreiflicher Zerstörung. In den Augen derjenigen aber, die auf hoher Ebene Politik machen, fällt die seit den späten 60er Jahren eingetretene Verlagerung von der eindeutigen amerikanischen Überlegenheit hin zu einem ungefähren atomaren Gleichgewicht (Parität) zusammen mit der zunehmenden Instabilität in den strategischen Schlüsselregionen der Welt.

„Westeuropa, unsere asiatischen Verbündeten und die Vereinigten Staaten haben ihre Abhängigkeit von den anderen Teilen der Welt gerade in der Zeit erhöht, als diese Gebiete in zunehmendem Maße durch feindlichen Einfluß verwundbar wurden", schrieb Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 1983 an den Kongreß.[1]

„Einen Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen"

Diese erkannte Bedrohung bildet den Hintergrund für die Entscheidungen der Carter- und Reagan-Administration eine Schnelle Eingreiftruppe für Interventionen aufzubauen. Die strategischen Überlegungen im Umfeld der amerikanischen Pläne für militärische Interventionen sind ihrerseits eine Haupttriebkraft für die Anhäufung von Atomwaffen.

Der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General David C. Jones, befürwortete 1979 die MX-Raketen (interkontinentale Atomraketen; d. Red.) mit folgender Begründung: „Da die Aufgabe unserer strategischen Streitkräfte über die bloße Abschreckung eines Angriffs auf unsere Städte hinaus auch die amerikanischen Interessen und alliierten Streitkräfte in Übersee einschließt", sagte er gegenüber dem Air-Force Magazin, „könnte es eine Umkehrung der kubanischen Situation (der Raketenkrise von 1962) geben, in der (die Sowjets) einen strategischen Vorteil verbunden mit einem lokalen Vorteil konventioneller Streitkräfte haben könnten."

In einer derartigen Situation könnten die USA gezwungen sein, sich ohne Rücksicht auf das, was auf dem Spiel steht, zurückzuziehen. Um dieser Möglichkeit vorzubauen, befürwortete D.C. Jones eine verstärkte „Modernisierung der strategischen Streitkräfte", wobei die „silozerstörende" MX äußerste Priorität haben sollte.

Die Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion in Schlüsselgebieten wie dem Nahen und Mittleren Osten (Südwestasien oder SWA im Sprachgebrauch des Pentagon), könnte nur durch eine Steigerung der sowjetischen Angst vor einer amerikanischen atomaren Eskalation ausgeglichen werden. „Der Schwerpunkt muß darauf liegen, daß diese Nation die Fähigkeit besitzt, einen länger andauernden Atomkrieg auch tatsächlich zu führen", schloß General Jones, „mit allen damit verbundenen Konsequenzen."[2]

Erst vor kurzem haben Spitzenpolitiker der Reagan-Administration die amerikanische Atomkriegsstrategie ausdrücklich mit der auf den Nahen und Mittleren Osten ausgerichteten Fähigkeit zur Intervention in Verbindung gebracht. „Unsere Programme für die Haushaltsjahre 1983-87 legen ein verstärktes Gewicht auf unsere Fähigkeit, Truppen schnellstens

Erst vor kurzem haben Spitzenpolitiker der Reagan-Administration die amerikanische Atomkriegsstrategie ausdrücklich mit der auf den Nahen und Mittleren Osten ausgerichteten Fähigkeit zur Intervention in Verbindung gebracht. „Unsere Programme für die Haushaltsjahre 1983-87 legen ein verstärktes Gewicht auf unsere Fähigkeit, Truppen schnellstens

nach Südwestasien transportieren zu können", stellte C.W. Weinberger in seinem Jahresbericht fest.[3]

Doktrin des atomaren Erstschlags

An anderer Stelle im gleichen Bericht schrieb er: „Insbesondere für die Region am Persischen Golf basiert unsere Strategie auf dem Konzept, daß die Aussicht auf einen Kampf mit amerikanischen und befreundeten Streitkräften, verbunden mit der Aussicht, daß wir den Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen könnten, die effektivste Abschreckung gegenüber einer sowjetischen Aggression darstellt."[4]

Die strategische „Parität" mit der Sowjetunion und die daraus resultierende Abschwächung der Wirksamkeit amerikanischer Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, war ein Grund für den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe (RDF).

In gewisser Hinsicht stellt die RDF eine Reorganisation der bestehenden konventionellen Streitkräfte dar, indem diese für einen „Machtvorsprung" im Nahen und Mittleren Osten einsetzbar gemacht werden.

Es wäre jedoch ein Fehler, den Aufbau der RDF als Alternative zu einer Strategie zu sehen, die auf atomarer Eskalation basiert. Ihr kommt vielmehr eine Schlüsselposition in einer Gesamtstrategie zu, die mehr als jemals zuvor auf einer Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen beruht. Dies gilt für verschiedene Ebenen:

Erstens wird das Vorhandensein einer Schnellen Eingreiftruppe es den USA wesentlich erleichtern, in eine Situation militärisch einzugreifen, die sie sonst mit politischen und diplomatischen Mitteln hätten lösen müssen. Somit nimmt die Wahrscheinlichkeit, daß sich Washingtons Drang zur Intervention in bewaffnetes Eingreifen umsetzen wird, eher zu als ab. Solche Interventionen sind die wahrscheinlichsten ersten Schritte zu einer Konfrontation, die schnell eine atomare Dimension annehmen könnte.

Zweitens besteht die RDF aus bereits vorhandenen bewaffneten Einheiten, die selbst schon „integriert" und „doppelt einsetzbar" sind: d.h. sie sind sowohl mit taktischen Atomwaffen als auch mit nichtatomaren Waffen ausgerüstet.

Drittens ist die RDF als „Stolperdraht" angelegt — sie soll die Entschlossenheit der USA signalisieren, sowohl Atomwaffen einzusetzen als auch es mit konventionellen gegnerischen Streitkräften direkt aufzunehmen. Die RDF kann als eine Art „Auslöser für den Weltuntergang" dienen, die ein Gegner nur unter dem Risiko anzugreifen vermag, einen ge-

Drittens ist die RDF als „Stolperdraht" angelegt — sie soll die Entschlossenheit der USA signalisieren, sowohl Atomwaffen einzusetzen als auch es mit konventionellen gegnerischen Streitkräften direkt aufzunehmen. Die RDF kann als eine Art „Auslöser für den Weltuntergang" dienen, die ein Gegner nur unter dem Risiko anzugreifen vermag, einen ge-

genseitigen Vernichtungskrieg auszulösen.

Vor allem aber ist die Schnelle Eingreiftruppe eine Geisteshaltung, ein Stück ideologischen Hintergrundes, der den Einsatz amerikanischer Streitkräfte im Ausland ermutigt, sei es in Form kleiner Gruppen von Militärberatern, die mit Gewehren und Granatwerfern bewaffnet sind, oder in Form von B-52-Bombern, die mehr Explosivkraft an Bord haben, als im ganzen 2. Weltkrieg eingesetzt wurde. Neben „vorgeschobenen Stützpunkten" in Europa und anderswo, einer Marine von mehr als einem Dutzend Flugzeugträger-Kampfverbänden und Luftbrücken über weite Strecken trägt die Schnelle Eingreiftruppe zu der Fähigkeit bei, militärische Stärke auf globaler Ebene einzusetzen, um das, was Eugene Rostow (inzwischen abgelöster Abrüstungsdirektor R. Reagans; d. Red.) „öffentliche Weltordnung" (Erhalt „einer progressiven und einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft") nennt, aufrechtzuerhalten. (...)



Kriegsrat mit dem RDF-Oberkommandierenden, Generalleutnant Robert Kingston (l.)

In einige Teile der Welt können US-Streitkräfte jedoch nicht

Fortsetzung nächste Seite

(Erstveröffentlichung in: "Merip Reports, Middle East Research & Information Project", No. 111, Jan. 83
Deutsche Übersetzung durch: „Antiimperialistisches Informationsbulletin")

problemlos „transportiert" werden. Insbesondere in Europa und im Nahen und Mittleren Osten ist die Sowjetunion in der Lage, aufgrund ihrer konventionellen militärischen Stärke und ihrer geographischen Nähe ein Gegengewicht zu schaffen.

Einige US-Strategen erkennen an, daß die Sowjetunion vielleicht gar nicht die größte Bedrohung für die US-Interessen in der Dritten Welt darstellt. Der frühere Verteidigungsminister Harald Brown warnte in seinem „Lagebericht" für das Finanzjahr 1981 davor, daß Unruhen, die ihre Wurzeln in „der explosiven Ungleichheit zwischen Reichtum und Hunger" haben, „der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion an Schärfe fast gleichkommen" könnten.[5]

Für die Reagan-Administration hingegen scheint dies ein und dasselbe zu sein. (...) In einem Wahlkampfinterview im Juni 1980 sagte Ronald Reagan, daß „die Sowjetunion hinter der ganzen herrschenden Unruhe steht. Wären sie nicht in dieses Dominospiel verwickelt, gäbe es keine Krisenherde auf der Welt."[6] (...)

Wie auch immer die Frage der angemessenen Größe und Zusammensetzung der konventionellen US-Streitkräfte diskutiert wurde, sie stand immer im Zusammenhang einer „integrierten" Anordnung von konventionellen und atomaren Streitkräften.

Die RDF – ein „tragbares Dienpienphu"

Das wesentliche Element dieser Strategie ist, daß die Initiative zur atomaren Eskalation jeglichen Konflikts, falls sie notwendig ist, bei den Vereinigten Staaten bleibt – um, wenn möglich, Bedrohungen abzuschrecken und mit den Bedrohungen, die dennoch auftreten, fertigzuwerden. (...)

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Oberster Befehlshaber des US-Militärapparats wurde R. Reagan gefragt, ob die USA Schritte der Sowjetunion, den Ölhahn am Persischen Golf zuzudrehen, militärisch verhindern könnten.

„Nein", antwortete er, fuhr aber fort, seinen Ruf nach US-Militär„präsenz" in der Region zu wiederholen: „Präsenz bedeutet, daß wir dort stark genug vertreten sind, um zu wissen und die Sowjets wissen zu lassen, daß sie, unternähmen sie einen leichtsinnigen Schritt, eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten riskieren."

Wäre dies nicht eine leere Drohung? fragte ein Reporter.

„Nein, das wäre es nicht. Man hißt ja nicht nur eine Fahne, geht weg und läßt es dabei bewenden. Es würden Amerika-

Wäre dies nicht eine leere Drohung? fragte ein Reporter.

„Nein, das wäre es nicht. Man hißt ja nicht nur eine Fahne, geht weg und läßt es dabei bewenden. Es würden Amerika-ner dort sein ... so wie das gerade jetzt mit der Marine im Indischen Ozean der Fall ist. Aber ich denke, daß wir auch eine Präsenz zu Lande brauchen... Dies beruht auf der Annahme – und wie ich glaube richtigen Annahme –, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, sich auf eine solche Konfronta-



Die Superwaffe der USA: MX-Interkontinentalrakete

tion, aus der ein 3. Weltkrieg werden könnte, einzulassen... Sie werden das in ihre Berechnungen einbeziehen müssen."[7]

Mit anderen Worten, jeder sowjetische Angriff auf eine amerikanische Expeditionstruppe würde für Washington Anlaß genug sein für den Ersteinsatz von Atomwaffen.

Es ist genau diese Möglichkeit, die Daniel Ellsberg veranlaßt hat, die RDF als „tragbares Dienbienphu" zu bezeichnen. Er stellt damit den Bezug zu der im Jahre 1954 belagerten französischen Festung in Vietnam her, die nur durch die Androhung oder den tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen hätte „gerettet" werden können. (US-Außenminister John Foster Dulles hat – wie bekannt wurde – dem französischen Premierminister George Bidault drei taktische Atomwaffen angeboten, um die Belagerung zu beenden. Frankreich lehnte das Angebot jedoch ab.)

„Ihre Hauptfunktion bestünde vielleicht darin, Beweis für die reale und sichtbare Entschlossenheit zum möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die Vereinigten Staaten zu sein."[8]

Die RDF ist keine neue oder konventionelle Spezialtruppe. Sie ist eine Zusammenfassung von Elementen, die in den vier Waffengattungen bereits vorhanden sind.

Als solche ist sie mit ihrem Anteil an Waffensystemen ausgerüstet, die „doppelt einsetzbar" sind, d.h. sie ist in der Lage, sowohl atomare als auch konventionelle Gefechtsköpfe abzufeuern. Der RDF steht ein bestimmtes Quantum der ca. 17.000 taktischen atomaren Gefechtsköpfe zur Verfügung, die Teil der Gesamtstruktur der US-Streitkräfte sind.

Eine solche Austauschbarkeit ist, laut Armee-Generalmajor Louis Wagner, wesentlich im Hinblick sowohl auf die Kosten als auch auf die verfügbaren Soldaten. „Wir setzen die gleichen Truppen ein und verwenden die gleichen Kanonen, um den atomaren wie den konventionellen 'job' zu erledigen", sagte er vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses im März 1980. „Wir möchten Truppen für unvorhergesehene Fälle in Bereitschaft haben. Dies ist heute sehr wichtig, und wenn wir 'doppelt einsetzbare' Truppen haben, insbesondere bei unseren 155-mm- und 203,2-mm-Geschützen, können alle Einheiten, die in Schnellen Eingreiftruppen sind, über diese Dinge verfügen, so daß sie eine doppelte Einsetzbarkeit haben."[9]

Präsident Reagan hat in dieser Hinsicht keine Vorbehalte. „Für mich ist der Neutronensprengkopf konventionell", sagte er während der Wahlkampagne von 1980. „Ich befürwortete die Entwicklung und den Einsatz des Neutronengefechtsköpfes für US-Einsatztruppen, einschließlich ballistischer Raketen, Marschflugkörper, Artillerie und Bomben."[10]

Der Präsident glaubt, daß die Eskalation zu einem umfassenden Atomkrieg vermieden werden kann. „Ich könnte mir vorstellen, daß es zu einem Einsatz von taktischen Atomwaffen gegen Fronttruppen kommen könnte, ohne daß deswegen eine der Großmächte auf den Knopf drückt", bemerkte er im Oktober 1981.[11]

Verteidigungsminister C.W. Weinberger verlieh der Bereitschaft Ausdruck, Atomwaffen sogar gegen Gegner einzusetzen, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Auf die ihm während seines Bestätigungsverfahrens gestellte Frage, ob er „den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam empfohlen" hätte, antwortete C.W. Weinberger: „Ich glaube, es ist immer noch möglich, gewisse Kriege mit konventionellen Streitkräften, ohne Einbeziehung von Atomwaffen, zu führen... Aber ich bin der Ansicht, daß, wenn man potentiellen Gegnern von vornherein zu verstehen gibt, man beabsichtige nicht, gewisse Grenzen zu überschreiten, man fast sicher ein neues Vietnam haben wird... Immer, wenn man in einen Krieg eintritt, muß die Möglichkeit des Einsatzes aller verfügbaren Waffen offengelassen werden."[12]

Als ob damit die atomare Dimension der Schnellen Eingreiftruppe hervorgehoben werden solle, bildet ein Geschwader von 28 strategischen Bombern B-52H, mit Auftank- und Aufklärungsflugzeugen vom Strategischen Luftkommando, einen ihrer charakteristischen Bestandteile. Als Strategische Stoßtruppe bezeichnet, stellt sie – so der Leiter des Strategischen Luftkommandos, Richard Ellis, im Jahre 1980 – „eine billige, kurzfristige Lösung eines nationalen Problems" dar.[13]

Im Arsenal: B-52, Cruise Missiles, Neutronenwaffen

Im Arsenal: B-52, Cruise Missiles, Neutronenwaffen

„Die Flugzeuge des Strategischen Luftkommandos gewährleisten auch über weite Entfernungen einen schnellen Truppentransport zu konventionellen und atomaren Kriegsschauplätzen", bezeugte R. Ellis. Und an anderer Stelle führte er aus, daß die Strategische Stoßtruppe sowohl „bis zu 200 Tonnen an konventionellen Sprengstoffen pro Tag" als auch eine Reihe von thermonuklearen Sprengköpfen abfeuern kann. „Die Truppe kann innerhalb von 24 Stunden Gefechtsstellung beziehen und innerhalb von 12 Stunden nach der Landung auf einem vorgeschobenen Stützpunkt Kampfeinsätze fliegen", behauptete R. Ellis.

Das schwache Glied in diesem Plan waren die „vorgeschobenen Stützpunkte". (...) Während der Kriegsmanöver „Heller Stern" (im Oktober 1980; d. Red.), die auf die Ermordung Anwar Sadats folgten, inszenierte das Pentagon ein B-52-Bomber-Rennen von Luftkommando-Stützpunkten in Norddakota in die ägyptische Wüste.

In dieser Region und ihrem Einzugsbereich werden Flughäfen für die Unterbringung von B-52-Bombern errichtet oder ausgebaut. Dazu gehören Diego Garcia im Indischen Ozean und Ras Banas an der ägyptischen Küste des Roten Meeres. Thamrit in der omanischen Provinz Dhofar „verfügt über eine der längsten Startbahnen der Welt".[14]

Die B-52-Bomber gehören praktisch zu den Atomwaffen, die sich bereits in unmittelbarer Reichweite der Golfregion befinden. Die drei Flugzeugträger-Kampfverbände, die im Indischen Ozean und im östlichen Mittelmeer stationiert sind, haben Hunderte der folgenden Waffen an Bord:

Leichte Atombomben B-61 mit vier Gefechtsköpfen von 100-500 Kilotonnen (kt) Sprengkraft; leichte atomare Wasserstoffbomben B-57 mit vier Gefechtsköpfen von bis zu 20 kt Sprengkraft; mittelschwere Atombomben B-43 mit wenigstens fünf Gefechtsköpfen; W-44-Gefechtsköpfe von ca. 1 kt Sprengkraft für Anti-U-Boot-Raketen, die von Schiffen abgefeuert werden; W-55-Gefechtköpfe von mehreren kt Sprengkraft für U-Boot-gestützte Anti-U-Boot-Raketen; und W-45-1-Gefechtsköpfe von 1 kt Sprengkraft für Boden-Luft-Luftabwehrraketen.[15]

Die Anti-U-Boot-Aufklärungsflugzeuge P-3 von Loekheed, die heute von Diego Garcia und der zu Oman gehörenden Masirah-Insel starten, sind mit der leichten atomaren Wasserstoffbombe B-57 ausgerüstet. Eine neue mittelschwere Atombombe mit hoher Sprengkraft, die B-83, wird die gegenwärtig auf Flugzeugträgern eingesetzte B-43 ersetzen. Landgestützte Flugzeugabwehrraketen werden mit neuen W-81-Gefechtsköpfen mit geringerer Sprengkraft bestückt. 1984 könnten möglicherweise die im Indischen Ozean patrouillierenden Schiffe und U-Boote die seegestützte Cruise Missile mit W-80-Gefechtsköpfen von 200 kt Sprengkraft an Bord haben. Auch die auf Sizilien stationierten Cruise Missiles werden den Nahen und Mittleren Osten erreichen können.

Das Marineinfanteriekorps hat seine atomare Schlagkraft enorm erhöht. Die Luft-Boden-Einsatztruppe der Marine bildet einen weiteren wichtigen Bestandteil der Schnellen Eingreiftruppe.

Alte Kriegsflugzeuge Phantom F-4, die für das Abfeuern von Atomwaffen nicht „zugelassen" waren, werden durch atomar „zugelassene" F/A-18 Hornets ersetzt. Die nichtatomaren senkrecht startenden und landenden Nahversorgungsflugzeuge AV8-A Harrier werden durch atomar einsetzbare AV8-B ersetzt. Die nichtatomar einsetzbare 105-mm-Artillerie wird durch die doppelt einsetzbaren 155-mm-Geschütze ersetzt, wodurch sich das atomare Artilleriepotential der Marineinfanterie fast verdoppelt.[16]

Es gibt ungefähr acht Typen atomar einsetzbarer 155-mm-Geschütze, die die ungefähr 3.300 taktischen Atomgeschosse des Typs W-48 abfeuern können, welche die USA gelagert haben. Eine typische Wasser-Land-Truppe der Marine ist auch mit ca. einem Dutzend 203,2-mm-Haubitzen ausgerüstet, die sowohl die älteren W-33-Atomgeschosse als auch die neueren W-79-Neutronengefechtsköpfe abfeuern. Ursprünglich für den Einsatz in Europa konzipiert, werden 800 dieser Neutronenwaffen zunächst für einen möglichen Kriseneinsatz auf Vorrat in den USA produziert.

Ein strategisches Gleichgewicht, das für eine bloße Abschreckung atomarer Angriffe auf die Territorien der USA und der Sowjetunion genügen würde, wurde nach den Worten des Exdirektors der Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, „immer als völlig ungenügende Richtlinie für Verhandlungen auf atomarem Gebiet zurückgewiesen"[17] (...)

Henry Kissinger, dessen erstes Buch den Titel „Atomwaffen und Außenpolitik" trug und der nach wie vor als inoffizieller Berater der Reagan-Administration für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten tätig ist, verkündete vor kurzem, daß „die Golfstaaten erkennen müssen, daß wir bereit sind, sowohl ihre Binnenstruktur als auch ihre Grenzen zu schützen. Und man muß bei ihnen Vertrauen schaffen in die Mittel, die wir einsetzen werden."[18] H. Kissinger fuhr fort: „Wir müssen eine glaubwürdige Fähigkeit zur schnellen Unterstützung bei inneren Unruhen entwickeln." Amerikanische Lebensinteressen schließen unter diesem Blickwinkel den Schutz der herrschenden Familien der Golfstaaten und der Arabischen Halbinsel ein.

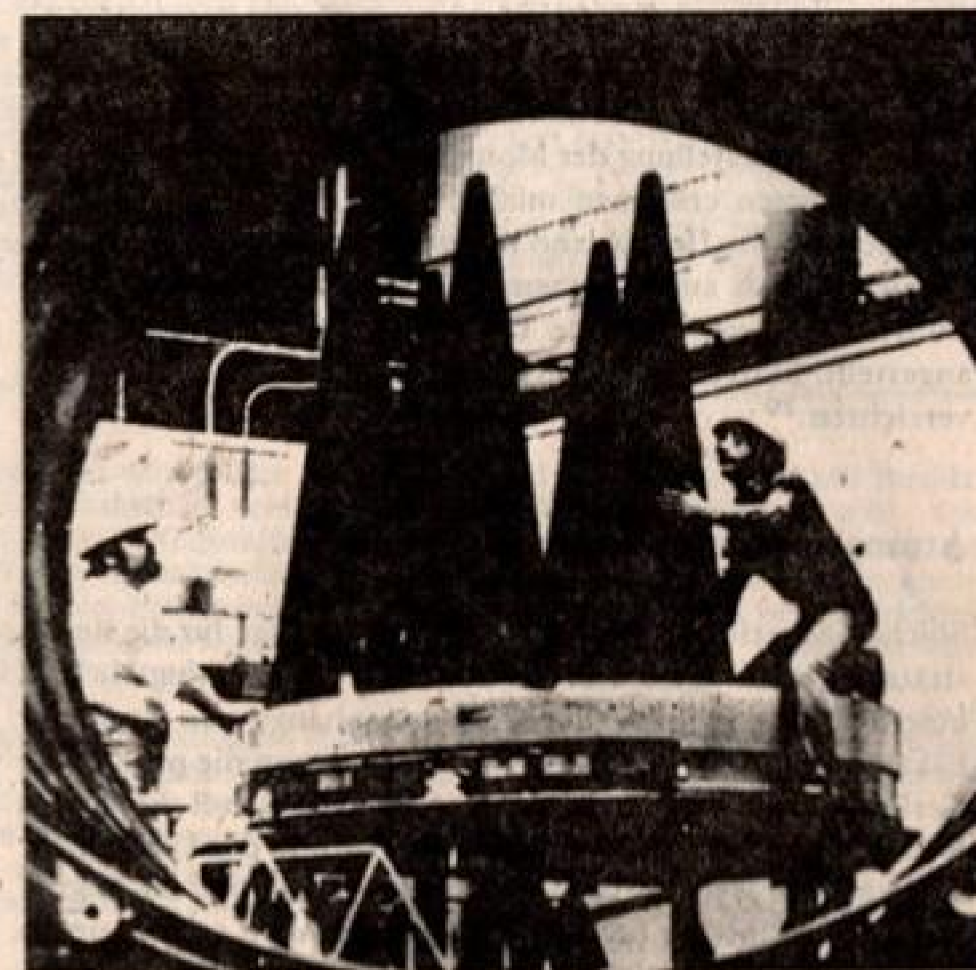
Dies unterstrich auch Präsident Reagan im Oktober 1981, als er erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß aus Saudi Arabien ein Iran wird."[19] Die meisten US-Militärbera-

der Arabischen Halbinsel ein.

Dies unterstrich auch Präsident Reagan im Oktober 1981, als er erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß aus Saudi Arabien ein Iran wird."[19] Die meisten US-Militärbera-ter halten nicht eine sowjetische militärische Intervention für die wahrscheinlich ernsteste Bedrohung, die einem langen Leben der herrschenden Familien am Golf entgegensteht.

Die Neigung, hinter jeder lokalen Erhebung „eine sowjetische Subversion" und „sowjetische Stellvertreter" zu sehen, macht es jedoch schwer, militärische Maßnahmen gegen lokale sowjetische Verbündete und Interessen auszuschließen. (...)

Es besteht, mit anderen Worten, die sehr große Gefahr einer US-Militärintervention, die zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion führen könnte, welche schnell atomar zu werden droht. Die vorherrschende militärische Logik gebietet, daß eine Drohung, die den Prozeß der atomaren Eskalation einleiten soll, durch die regionale und letztlich interkontinentale Fähigkeit, das gegnerische Atomwaffenarsenal präventiv zu zerstören, „glaubwürdig" gemacht werden muß. Abgesehen davon ist es das Ziel, einem Gegner alle Möglichkeiten zu einer Antwort zu nehmen, die auch nur im entferntesten der Ausgangsprovokation angemessen wäre.



Atomare Gefechtsköpfe der MX-Raketen

Das zwingt den Gegner, zwischen potentieller selbstmörderischer Eskalation oder Rückzug zu wählen. Das Bauen der USA auf eine Strategie des atomaren Erstschlags führt in Washington unausweichlich zu einer intensiven Sorge um das gesamte Gleichgewicht von atomaren Präventivkapazitä-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

ten auf der strategischen interkontinentalen Ebene und um das atomare Gleichgewicht auf verschiedenen Schauplätzen mit unterschiedlicher Intensität.

Diese bizarre und apokalyptische Vision bildet eine nur zu einleuchtende Verbindung zwischen der künftigen Stabilität des Hauses Saud und der Entscheidung der Reagan-Administration, MX-Raketen zu produzieren und einzusetzen. Dies ist die reale Konsequenz von Verteidigungsminister Weinbergers Mahnung, daß „die Möglichkeit des Einsatzes jeder zur Verfügung stehenden Waffe offen gelassen werden muß".

Bei einer Überprüfung des militärischen Gleichgewichts in Südwestasien kann ein amerikanischer Militärplaner erkennen, daß die US-Bedrohung der sowjetischen Panzer- und Luftlandedivisionen, die in der Golfregion intervenieren könnten – z.B. der atomar bestückten A-6-Kampfflugzeuge auf Trägern im Arabischen Meer – durch die Drohung eines sowjetischen Präventivschlags auf diese Flugzeugträger mit atomar bestückten Backfire-Bombern und U-Booten aufgehoben wird.

„Begrenzter" Atomkrieg von Südwestasien her?

Um die ursprüngliche Drohung glaubhaft zu machen, müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Sowjetunion von Angriffen auf die in dem Gebiet konzentrierten US-Streitkräfte abzuschrecken. Dies bringt die militärische Notwendigkeit mit sich, die präventive Zerstörung aller sowjetischen Luftbrücken und Bomberbasen, Kommandoposten und Reservedepots für den Kriegsfall, die eine sowjetische militärische Operation im Nahen und Mittleren Osten unterstützen könnten, anzudrohen – also mit einem „begrenzten" Erstschlag, bei dem in Europa, im Indischen Ozean und Westpazifik stationierte Raketen und Flugzeuge eingesetzt werden.

Aber die sowjetischen Strategen haben SS-20-Mittelstreckenraketen, um die US-Stützpunkte und Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten und die Zugänge zu diesem Gebiet gleichermaßen zu bedrohen. Um diese potentielle Eskalation abzuschrecken, zählen die US-Strategen auf die Pershing II und andere landgestützte Raketen, um die sowjetischen Frühwarn-, Befehls- und Kontrollsysteme zu bedrohen und damit die sowjetischen Interkontinentalraketen lahmzulegen. Das sowjetische Waffenarsenal wäre dann durch die neuen MX- oder Trident-II-Raketen verwundbar, oder sogar durch die „silozerstörenden" Sprengköpfe der schon existierenden Minuteman II und III.

Spinnt man dieses Konfliktszenario weiter, so müßten die Sowjets mit allen ihren U-Booten, die einen präventiven Raketenangriff auf ihre Stützpunkte überstanden hätten, amerikanische Städte oder Industrien oder US-„hunterkiller"-U-Boote angreifen. Unsere Strategen sagen uns, daß die Sowjets aus Angst, ihre eigenen Städte dem riesigen atomaren Zerstörungspotential der noch vorhandenen U-Boote und Bomber der USA auszusetzen, diesen Schritt wahrscheinlich nicht wagen würden.

Der sowjetische Generalstab, so argumentieren US-Strategen, würde diese Kette von Ereignissen im voraus berücksichtigen und der sowjetischen Führung mitteilen, daß das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht den Vereinigten
gen, würde diese Kette von Ereignissen im voraus berücksichtigen und der sowjetischen Führung mitteilen, daß das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht den Vereinigten
Staaten die Annahme gestattet, daß sie glaubhaft mit einer atomaren Eskalation drohen könnten. Da dies eine solche Eskalation seitens der USA wahrscheinlicher machen dürfte, könnte die Sowjetunion nicht in Erwägung ziehen beispielsweise in Saudi Arabien einzugreifen, um dort einer neuen und bedrängten revolutionären Regierung zu helfen und eine Wiederherstellung der Monarchie zu verhindern. (...)

Da die Russen erkennen müßten, daß eine Eskalation den Schaden für ihr Heimatland nur vergrößerte, würden sie aufgeben und sich zurückziehen. Oder im noch günstigeren Fall würden sie, weil sie diese Überlegungen bereits im voraus angestellt hätten, von Anfang an auf jegliches Eingreifen verzichten.[20]

Atomare Überlegenheit als Freibrief...

Solche Szenarios bilden die logische Grundlage für die neuen strategischen Waffen wie die MX und die Pershing II. Und innerhalb dieses speziellen Zusammenhangs von atomarer Eskalation und Erstschlag sieht das Pentagon die potentielle Verletzbarkeit der silogestützten Minuteman-Raketen als ernste „Schwäche" in der atomaren Position der USA an.

Viele andere Kernwaffen würden einen sowjetischen Angriff auf die Vereinigten Staaten überstehen. Aber, so behaupten Militärplaner, die Verletzbarkeit der Minuteman-Raketen vermindere die Glaubwürdigkeit der atomaren Bedrohung der Sowjetunion durch die USA in einer Krise, die die amerikanischen „Lebensinteressen" in Übersee berühre. (...)

Der (von den Befürwortern der neuen US-Interkontinentalrakete MX behauptete; d. Red.) „Verlust" der amerikanischen atomaren Überlegenheit ist eine in sich selbst schon anfechtbare Behauptung. Noch weitaus zweifelhafter ist der Gedanke, daß die „Gleichheit" es der UdSSR „freistelle", ihre konventionellen oder taktischen Atomwaffen in bestimmten Regionen einzusetzen, ohne Angst vor „kontrollierten" atomaren Angriffen der USA auf die Sowjetunion selbst.

Dies ist eine Theorie, die kaum eine empirische Bestätigung finden wird, doch glauben ihre Befürworter – die in der Regierung der USA im Bereich der nationalen Sicherheit höchste Positionen bekleiden – fest daran.

Sie schreiben ihr die vielfältigen Rückschläge für die US-Interessen in der Dritten Welt während des letzten Jahrzehnts zu, von Afghanistan und Angola bis Nikaragua und El Salvador. Und dies geschieht trotz der Tatsache, daß die Sowjetunion nichts derart „Abenteuerliches" mehr gewagt hat, wie den Versuch im Jahre 1962, als zwischen ihr und den USA noch keine solche nukleare Parität bestand, auf Kuba Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Diese Überlegungen übertragen amerikanische Pläne und Fähigkeiten spiegelbildlich auf die sowjetische Seite zu einem Zeitpunkt, da die USA nicht mehr jede nur erdenkbare Möglichkeit zur Eskalation völlig „dominieren" können. (...)

Die Unfähigkeit der USA zu einer ernsthaften atomaren Eskalation bei gleichzeitiger Kontrolle dieser Eskalation durch einen militärischen Gegenschlag steht hinter dem irreführenden Ruf der Reagan-Administration nach einer „Zweitschlagskapazität" und einer „Sicherheitszone". Mit einer solchen Wiederherstellung der Stärkeposition, so der Chefunterhändler Ronald Reagans bei Waffenkontrollverhandlungen, General Edward Rowny, „könnten wir kleine Risiken eingehen, ohne daß aus ihnen große würden".[21]

Um effektiv zu sein, muß die amerikanische Androhung des Einsatzes von Atomwaffen auch angesichts gleichwertiger sowjetischer Gegendrohungen glaubwürdig sein. Die Aufgabe, diese Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, ist zum einen technischer Art und beruht in dieser Hinsicht auf gewissen „rationalen" Berechnungen. Dennoch basiert sie in erster Linie auf einer psychologischen Kampagne des Bluffens und der Einschüchterung.

...für US-Intervention in der Dritten Welt

„Modernisierung" der atomaren Kapazitäten, Verbesserung der Präzision und „Überlebensfähigkeit" (von Raketen!) und die Minderung unerwünschter „Nebeneffekte" (wie etwa die Sprengung von Ölfördereinrichtungen durch Druckwellen, radioaktiver Niederschlag auf die eigenen Truppen) erhöht die tatsächliche militärische Nützlichkeit dieser Waffen.

Militärplaner rechnen damit, daß diese „Verbesserungen" die „rationalen" Erwartungen des Gegners anwachsen lassen, daß diese Waffen zur Verteidigung amerikanischer „Lebensinteressen" am Persischen Golf[22] und überall sonst auf der Welt auch tatsächlich eingesetzt würden. Ständige Modernisierung ist grundlegend, um bei Gegnern wie bei Verbündeten den falschen Eindruck zu vermeiden, daß die US-Führung ihre „Entschlossenheit" zum Einsatz von Atomwaffen verloren habe.

Verteidigungsminister Weinberger und andere hohe Beamte der gegenwärtigen Administration behaupten nachdrücklich, ihre Atomkriegspolitik stelle keine radikale Abkehr von derjenigen der bisherigen Regierungen seit dem Weltkrieg dar. C.W. Weinberger könnte Dokumente wie das Memorandum 68 des Nationalen Sicherheitsrates vom April 1950 im Kopf
jenigen der bisherigen Regierungen seit dem Weltkrieg dar. C.W. Weinberger könnte Dokumente wie das Memorandum 68 des Nationalen Sicherheitsrates vom April 1950 im Kopf
haben, das feststellt, daß „uns unsere gegenwärtige Schwäche daran hindern würde, an irgendeinem der verschiedenen lebenswichtigen Punkte wirkungsvollen Widerstand zu leisten. Das einzige Abschreckungsmittel, das wir dem Kreml entgegensetzen können, ist die Bereitschaft, die wir erkennenlassen, jeden der kritischen Punkte, den wir halten können, als Anlaß für einen globalen Vernichtungskrieg zu nehmen."[23]

„Kritischster Punkt" der RDF: die Golfregion

Für die 80er Jahre wurde als „kritischster Punkt" das Gebiet Persischer Golf/Arabische Halbinsel gesichtet. So wurde am 1. Januar 1983 die mit Atomwaffen ausgerüstete und abgesicherte Schnelle Eingreiftruppe (RDF) formal als gesondertes „Vereinigtes Kommando für Südwestasien" gebildet.

Nach Aussage von Generalleutnant Robert Kingston, dem Befehlshaber der RDF, wird das neue Kommando eine „klare Autorität und Verantwortung für die militärischen Aktivitäten der USA in der Golfregion und Südwestasien" haben. Die RDF gewinnt auf allen Ebenen rasch an Umfang: Der Beitrag der Armee in Höhe von drei Divisionen wurde auf fünf ausgedehnt, die fünf taktischen Kampfgeschwader der Luftwaffe wurden auf zehn verdoppelt, und das Personal des Hauptquartiers wuchs von 260 Personen im März 1982 auf 960 im Januar 1983.

Die US-Informationsbehörde schickte einen Beamten, um die Propagandaanstrengungen zu beaufsichtigen. Das neue Kommando ist das erste, das einen eigenen Geistlichen als Berater für über 200 Geistliche der verschiedenen Einheiten in seiner Führung haben wird. Dieser übergeordnete Kaplan wird auch „die Einsatzbefehle, wenn sie herauskommen, auf ihre Moral überprüfen", schreibt der Reporter der New York Times, Richard Halloran. „Wir wollen hier keine neuen My Lais", wird ein Offizier zitiert. Weitere Hiroshimas liegen wohl außerhalb der Moral.[24]

In dem sogenannten „Verteidigungs-Leitlinien"-Dokument für 1984-88 des Verteidigungsministers heißt es: „Es ist von grundlegender Bedeutung, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen größeren Konflikt konfrontiert ist, sollte sie danach trachten, die Ölquellen am Golf in den Griff zu



bekommen. Da die Sowjets lokale politische Instabilität fördern oder ausnutzen könnten, könnten sich ihre Streitkräfte auch auf andere Art als durch eine direkte Invasion in dem Gebiet breit machen. Wir sollten unter allen Umständen darauf vorbereitet sein, amerikanische Streitkräfte direkt in die Region zu bringen, sollte sich zeigen, daß die Sicherheit des Zugangs zum Persischen Golf gefährdet ist..."[25]

Da weniger als 13% des Ölbedarfs der Vereinigten Staaten und nur 5% ihres gesamten Energiebedarfs aus der Golfregion gedeckt werden, ist die Frage des Zugangs nicht mit den Öllieferungen als solchen verbunden. Jedes Regime, ganz gleich welcher ideologischen Richtung, sähe sich auch weiterhin mit der unausweichlichen Notwendigkeit konfrontiert, für den internationalen Markt, besonders für die US-Verbündeten in Europa und Asien, Öl zu fördern und auf den Markt zu bringen.

Was den „Bedarf" der Sowjetunion (sie ist einer der größten Ölexporteure; d. Red.) an Öllieferungen aus der Golfregion angeht, so sind diese rein hypothetisch. Und der zweifellos riesige Bedarf der UdSSR nach Getreideimporten hat Moskau nicht dazu veranlaßt, mit einer Invasion in Argentinien oder Saskatchewan zu drohen.

Es scheint somit, daß die Frage der „Sicherung des Zugangs" auf den Erhalt der Herrschaft der US-Energiegesellschaften im Bereich der Förderung und weltweiten Vermarktung von Öl aus dem Persischen Golf hinausläuft.[26]

Deshalb haben US-Militärplaner auch den saudischen Thron und den anderer Herrscher-Familien in der Region zu einem atomaren Stolperdraht zusammengeschlossen. (...)

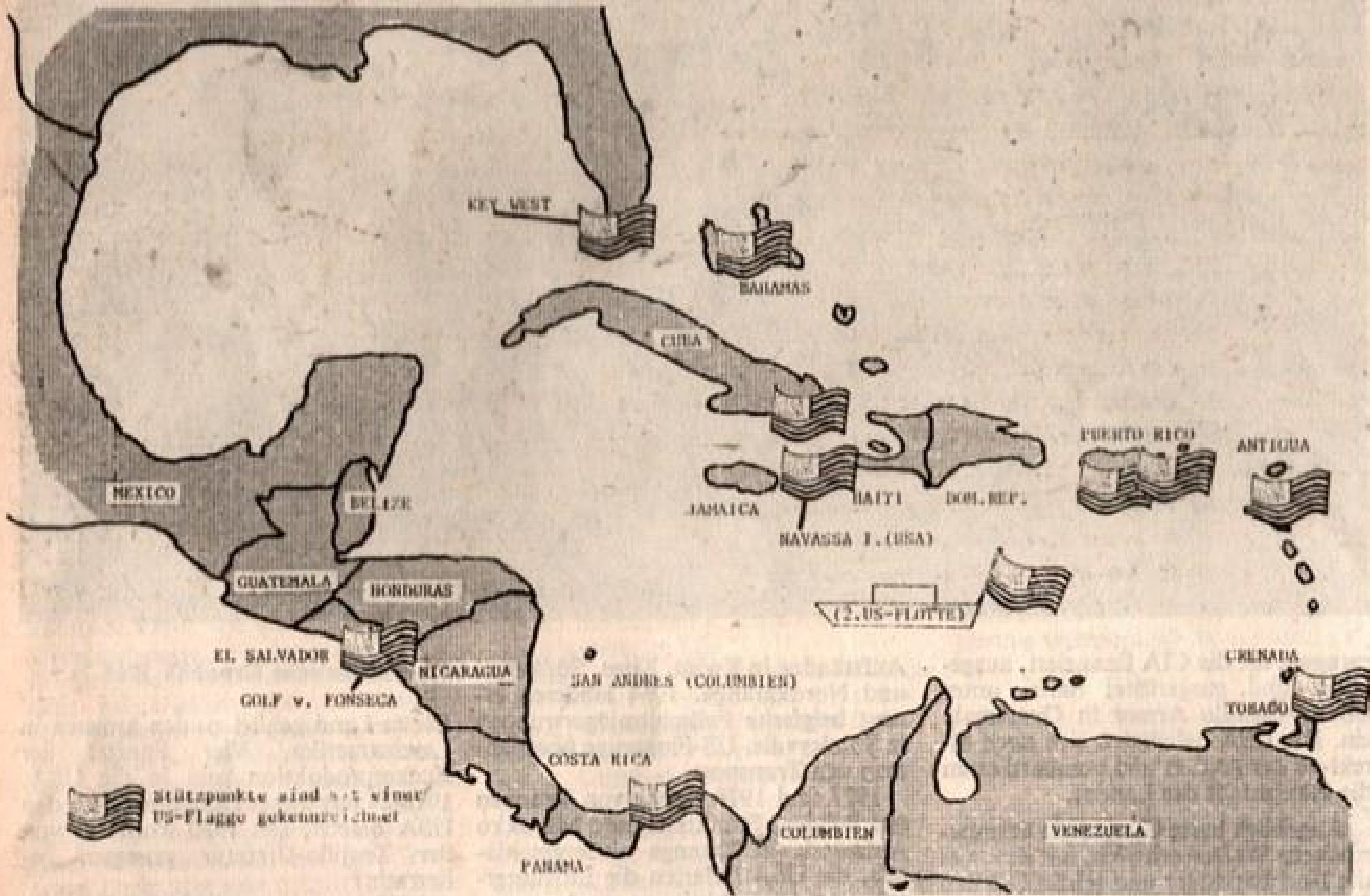
(Quelle: Merip Reports, London, Nr. 111/1983, S. 3-11)

Anmerkungen:
1) C.W. Weinberger, Jahresbericht an den Kongreß, Haushaltsjahr

Anmerkungen:

1) C.W. Weinberger, Jahresbericht an den Kongreß, Haushaltsjahr 1983, Washington 1982, S. II-13
2) Interview mit General David C. Jones, in: Air Force Magazine, Mai 1979, S.26
3) C.W. Weinberger, a.a.O., S. III-101
4) C.W. Weinberger, a.a.O., S. I-14
5) Zit. nach: M.T. Klare, The Brown Doctrine, in: The Nation, 8.3.1980
6) Interview mit The Wall Street Journal, New York, 3.6.1980
7) New York Times, 3.2.1981
8) Siehe Daniel Ellsbergs Einleitung, in: E.P. Thompson und Dan Smith, Protest and Survive, Monthly Review Press, New York 1981
9) Zeugenaussage vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses, 11.3.1980, in: FY 1981, Teil 4, Buch 2, S. 2299-2301
10) Boston Globe, 30.3.1980; 31.1.1980 politische Erklärung, Washington Post, 24.4.1980
11) Washington Post, 22.10.1981
12) Die Aufstellung Caspar Weinbergers als Verteidigungsminister, Streitkräfteausschuß des Senats, Washington, 6.1.1981, S.45
13) Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses, Authorization for FY 1981, Hearings Teil I, S. 10-11
14) Time, New York, 25.10.1982
15) Preparing für Nuklear War. President Reagan's Program, The Defense Monitor, Bd. 10, Nr. 8, Washington 1982, S. 12-13
16) Interview mit William Arkin, Mitherausgeber des The Nuclear Weapons Databook (in Vorbereitung), Ballinger Press 1983
17) Die Ernennung Eugene V. Rostows, Auswärtiger Ausschuß des Senats, Hearings, 22.-23. Juni 1981, Washington, S.11
18) Interview mit dem Economist, London, 13.11.1982
19) New York Times, 18.10.1981
20) Interview mit einem hochrangigen Berater des Verteidigungsministers, April 1980
21) Ernennung von Edward L. Rowny, Hearings, Auswärtiger Ausschuß des Senats, 9.-10. Juli 1981, Washington 1981
22) Zum Zugriff der USA auf die Golfregion siehe: AIB 1/1983, S. 35-38; d. Red.
23) Auswärtige Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1950, Bd 1, Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit, Washington 1977 S. 264
24) New York Times, 25.9.1982
25) Ebenda
26) Siehe ausführlich in: AIB 3/1980, S. 10-15; d. Red.

Zentralamerika/Karibik Revolutionäre Zeitbombe im Hinterhof



Honduras: 300 Militärberater, 2 Ausbildungslager, 1 Horchposten, 4 Flugstützpunkte
El Salvador: 55 Militärberater, 206 Mio. Dollar Militärhilfe (für 84)
Golf von Fonseca: Errichtung eines Flottenstützpunktes auf Amapala
San Andres: Verhandlungen mit Kolumbien über den Bau eines Militärstützpunktes
Cuba: Stützpunkt und Ausbildungslager
Puerto Rico: 1 Marinebasis, 1 Luftbasis, 3 Forts des Heeres
Key West, Florida: Ausbau des Luftwaffenstützpunktes McDill, Errichtung eines militärischen Oberkommandos für die Karibik
Bahamas: Forschungs- und Testzentrum der Marine für Unterseekriegsführung
Panama: 1 Marinebasis, 2 Luftbasen, 6 Forts des Heeres, US-Hauptquartier Süd, Ausbildungszentrum „School of the Americas"

Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Charakter der zentralamerikanisch/karibischen Region grundlegend geändert. Jahrzehntelang befand sich dieses Gebiet wie kein anderes auf der Weltkarte unter der vollständigen politischen und militärischen Kontrolle des US-Imperialismus. Einzig die cubanische Revolution von 1959 konnte diese Totalhegemonie an einem Punkt aufbrechen. Allerdings gelang es den USA, Cuba ziemlich erfolgreich zu isolieren, so daß die Wirkungen der Revolution mittelfristig auf die Insel begrenzt blieben.

Tatsächlich hat der Imperialismus dort einiges zu verteidigen. Das karibische Becken ist der wichtigste Umschlagplatz für Rohstoffe aus der westlichen Hemisphäre; so gelangt z. B. 40 % allen importierten Öls durch die Karibik in die USA und wird zu einem großen Teil dort raffiniert. Die Haupthandels„partner" sind Mexico (der fünftgrößte der USA überhaupt) und Venezuela, das aufgrund seiner strategischen Rohstoffe (u.a. Erdöl, Eisenerze, Silber, Quecksilber, Antimon, Zink) bedeutend ist (1). Rein ökonomische Interessen an den übrigen Staaten sind zwar vorhanden, jedoch untergeordnet. Allerdings kann sich dies wegen vermuteter Ölbestände in der Karibik noch ändern.

Einen zweiten Aspekt bildet die verkehrsmäßige und geostrategische Lage Zentralamerikas und der Karibik. Der Panama-Kanal als „Binnenwasserstraße der USA" ist noch immer als Verbindungsweg zwischen nordamerikanischer Ostküste und Pazifik wichtig. Darüber hinaus wird die Karibik insgesamt als „Offenes Tor zum Atlantik" verstanden und benutzt (2).

Lange Zeit blieb der 'Hinterhof' eine Bastion, über die als weitgehend gesichertes Mittel und Instrument verfügt werden konnte. Dieser Zustand existiert heute nicht mehr.

1972 war die Regierung Manley auf Jamaica, die einen Kurs größerer Unabhängigkeit und sozialer Reformen steuerte, neben Cuba noch die Ausnahme. Der spektakulärste Schlag, der das Bild nachhaltig veränderte, war der Sturz Somozas in Nicaragua und die Festigung der sandinistischen Revolution. Bereits im März 79 konnte die langjährige Gairy-Diktatur auf Grenada durch einen Putsch beendet werden. Es folgten die Karibikinseln St. Lucia, St. Vincent und der Putsch in Surinam, wo seitdem außenpolitisch eine antiimperialistische Orientierung verfolgt wird. Hinzu kommen die Volksbewegungen in Guatemala und vor allem in El Salvador, wo die Machtfrage bereits gestellt wird und damit die imperialistische Herrschaft über die Region als Ganzes ins Wanken gerät. **Zentralamerika selbst ist zum Problem für die USA geworden.**

Das deutlichste Beispiel dafür ist Nicaragua. Mit Somoza verloren die USA ihren zuverlässigsten und in der Region einflußreichsten Verbündeten. Bis 1979 galt Nicaragua als der Polizist dieser Weltgegend (3). Doch das Bollwerk des Antikommunismus und der Reaktion fiel. An seine Stelle trat die sandinistische Revolution, die — wenn auch die materielle Hilfe z. B. für die Guerilla El Salvadors nur gering ausfallen kann — durch ihre bloße Existenz und Konsolidierung eine der entscheidenden Bedingungen für die Revolution in ganz Zentralamerika darstellt (4).

Vor diese — neue — Situation gestellt ergibt sich für die USA eine zweiseitige Orientierung in ihrer Bündnis- und Militärpolitik. Das eine ist nach wie vor die Sicherung ihrer regionalen Interessen in Gestalt eines verzweigten Systems von Stützpunkten und militärischen Einrichtungen, deren Bedeutung über Zentralamerika hinausgeht; das andere ist die während der letzten zwei Jahre aufgebaute Frontstellung gegen Nicaragua und El Salvador/-Guatemala.

Zunächst zum ersten Punkt:

— Am wenigsten bekannt sind der US-Stützpunkt und das Ausbildungslager Guantanamo auf Cuba, die nicht nur nach der Revolution beibehalten wurden, sondern wo mit einiger Regelmäßigkeit auch noch Truppenübungen durchgeführt werden. Weitere Ausbildungsaktivitäten werden in den drei Forts des Heeres auf Puerto Rico unternommen. Außerdem befinden sich auf der Insel noch eine Marine- und eine Luftbasis.

— Vom Luftwaffenstützpunkt McDill an der Südspitze Floridas aus kann der gesamte Luftraum Zentralamerikas und der Karibik kontrolliert werden.

— Auf den Bahamas befindet sich das Navy's Atlantic Underseas Evaluation Center (AUTEC), das wesentlich der Weiterentwicklung in der Anti-U-Boot-Kriegsführung dient.

— In der Karibik ist dauerhaft die 2. US-Flotte stationiert.

— Insgesamt bilden sämtliche karibischen Stützpunkte wichtige Zwischenstücke im US-Horchpostensystem SOSUS und beobachten Schiffs- und U-Bootbewegungen im Atlantik und auf dem Weg in die Karibik. Kleinere Kommunikations-, Meß- und Navigationseinrichtungen gibt es überall in der Region, besonders auf den östlichen Inseln.

— Die wichtigste und bekannteste US-Militärbasis befindet sich auf dem praktisch von den USA kontrollierten Territorium entlang der Panama-Kanalzone. Neben einer Marine- und zwei Luftbasen ist dort das US-Hauptquartier Süd untergebracht. Daneben stellt diese Zone eine der zentralen Drehscheiben für den militärischen Nachschub der USA auf der ganzen Welt dar. Kontinentale, sogar weltweite Bedeutung hat die Kanalzone als Ausbildungszentrum für US- und lateinamerikanische Militärs. Es gibt in der Tat kaum einen Offizier in Lateinamerika, der nicht wenigstens für kurze Zeit in Fort Gulick, genannt „School of the Amerikas", ausgebildet worden ist. Bewiesenermaßen finden dort die Kurse in besonderen Counterinsurgency- und Foltertechniken statt. Nachgewiesen ist weiterhin, daß dort neben Lateinamerikanern auch Militärs aus anderen Ländern der 3. Welt, z. B. von den Philippinen, „unterrichtet" werden (5).

Diese in Jahrzehnten ausgebaute und vornehmlich logistische Funktion Zentralamerikas/Karibik im Rahmen der weltweiten Unternehmungen des US-Imperialismus kann nur dauerhaft aufrechterhalten werden, wenn die Region selber stabil ist.

aufrechterhalten werden, wenn die Region selber stabil ist.

Daraus erklärt sich das überaus aggressive Vorgehen der USA, keine weiteren „Cubas" zuzulassen. Mittlerweile ist offensichtlich, daß die revolutionäre Volksbewegung El Salvadors nur zerschlagen werden kann, wenn parallel, möglicherweise zuvor, die Revolution in Nicaragua beseitigt wird. Folglich wird seit nunmehr drei Jahren die konsequente Frontstellung gegen Nicaragua betrieben.

— Honduras stellt in diesem Zusammenhang das Aufmarschgebiet der Konterrevolution dar (siehe auch AK 235). Entlang der Grenze zu Nicaragua sind über 5000 somozistische Söldner stationiert, deren Zahl nach Meldungen der „Washington Post" noch verdoppelt werden soll. Ausgebildet und trainiert werden die Contras von 100 Militärberatern aus den USA, Chile, Argentinien und Israel. Die Finanzierung erfolgt über die CIA. Weiterhin betreiben die USA zwei neue Ausbildungszentren im Norden von Honduras. In einem, Puerto Castilla, werden demnächst Spezialeinheiten der salvadorenischen Armee aufgebaut, die mit ihrem bisherigen Vorgehen nicht in der Lage war, die Guerilla zu schlagen. Insgesamt verfügt die US-Armee über einen landgestützten Horchposten, sowie vier Luftwaffenstützpunkte in Honduras, von denen aus ständig Spionageflüge nach Nicaragua unternommen werden.

— Gegenwärtig wird ein Flottenstützpunkt im Golf von Fonseca errichtet, einer strategisch enorm wichtigen Bucht mit den Anrainerstaaten El Salvador, Nicaragua und Honduras. Ferner stehen die USA mit Kolumbien in Verhandlungen über den Bau eines Militärstützpunktes auf der Insel San Andres, nahe der Ostküste von Nicaragua. Hierbei handelt es sich um eine besondere Provokation, denn Nicaragua beansprucht diese Insel, die noch formal zum kolumbianischen Staatsgebiet gehört.

— Auf politisch/strategischer Ebene wird die Bildung einer in der Behandlung Nicaraguas geschlossenen Front betrieben, der Guatemala, El Salvador und Honduras angehören. Der alte „Zentralamerikanische Verteidigungsrat" (CONDECA), ein bis zum Sturz Somozas funktionierendes regionales Militärbündnis, das noch der 'Allianz für den Fortschritt'-Ära entsprang, kann diese Aufgabe wegen innerer Widersprüche nicht übernehmen.

— Offenbar in der Erwartung, sich auf längere kriegerische Auseinandersetzungen in Zentralamerika einzulassen, errichten die USA zur Zeit in Key West, Florida (neben dem Luftstützpunkt McDill) ein „Militärisches Oberkommando für die Karibik" (7).

Daß die Imperialisten es ernst meinen, belegen die gerade stattfindenden See- und Landemanöver, die die größten ihrer Art sind, die je in Lateinamerika vorgeführt wurden.

Anmerkungen:

1) Nach: „El Salvador — Kämpfen und Verhandeln?". Übrigens eine sehr brauchbare Analyse der Entwicklung des Widerstandes in El Salvador. Hrsg: Magazin-Verlag Kiel.

2) Der Botschafter Venezuelas bei der OAS erklärte im März 1980: „Wer die Karibik kontrolliert, hat auch die Herrschaft über den Zugang zum Atlantik und könnte von da aus die venezolanischen Öllieferungen in die Vereinigten Staaten blockieren. (Nach: "US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika", Hrsg. LAK Duisburg).

3) So nahm die berüchtigte „Schweinebucht-Invasion" gegen Cu-

3) So nahm die berüchtigte „Schweinebucht-Invasion" gegen Cuba ihren Ausgang im (damaligen) Puerto Somoza an der Atlantikküste Nicaraguas. 1954 starteten Militärbomber zur Unterstützung des Sturzes der national-fortschrittlichen Regierung Arbenz in Guatemala von Flugplätzen in Nicaragua. Die somozistische „Guardia Nacional" galt bis zu ihrer Vernichtung als die schlagkräftigste Armee Zentralamerikas und wurde zur Aufstandsbekämpfung mehrfach in Honduras und Guatemala eingesetzt.

4) Nicaragua steht für die reale Durchführbarkeit des bewaffneten Aufstandes der Massen gegen ein diktatorisches Regime. Nach der katastrophalen Niederlage der Guerillabewegungen der 60er Jahre und dem gescheiterten Versuch der Unidad Popular in Chile spielt diese Tatsache eine große Rolle für den Aufschwung der salvadorenischen Bewegung. Die Sandinisten beweisen weiterhin, daß es möglich ist, nicht nur militärisch zu siegen, sondern auch eine revolutionäre Volksmacht aufzubauen.

5) siehe AK 219: „Philippinen — vorgeschobener Stützpunkt der USA in Asien".

7) Alle Angaben zur militärischen Entwicklung entstammen: „Mittelamerika-Magazin" Nr. 20, Juni 82; AK 180, „Sturmböen in der Karibik"; „Zeit" Nr. 25, Juni 83; „Stern" Nr. 33, August 83; Broschüre des LAK Duisburg: „US-Außenpolitik", April 81. Karte aus MM Nr. 20.

Das war der Vietnam-Krieg

Bis zu 500.000 Mann Kampftruppen und 200 Milliarden Dollar haben die USA im Vietnam-Krieg eingesetzt. Verwüstete Landstriche und zwei Millionen getötete Vietnamesen ließen sie zurück; noch heute werden aufgrund der chemischen Kriegsführung der USA in Vietnam Kinder verkrüppelt geboren. Die Sprengkraft der über Vietnam abgeworfenen Bomben war dreimal größer als die des 2. Weltkrieges.

Der Schock, den dieser grausame Krieg des „freien Westens" auslöste, soll nach Wunsch der Herrschenden endlich überwunden werden. Bei den jetzt laufenden Vorbereitungen neuer US-Interventionsabenteuer in großem Stil wird es zunehmend wichtig, die bisherigen Verbrechen des US-Imperialismus stärker ins Gedächtnis zu rufen.

1945 - 1954: der französische Indochina-Krieg

Im 2. Weltkrieg war Vietnam von japanischen Truppen besetzt. Als Mitte August 1945 die japanischen Truppen kapitulierten, rief die im Widerstand entstandene „Demokratische Kampffront für ein unabhängiges Vietnam" die Republik Vietnam aus.

Im September 1945 fielen 90.000 französische Söldner in Vietnam ein, um „ihre" im 19. Jahrhundert eroberte Kolonie wieder in Besitz zu nehmen.

Nach der Befreiung Chinas begann 1950 das US-Engagement in diesem Krieg. 80 % der Kosten dieses Krieges wurden von den USA getragen. Als 1954 mit der Einschließung von 20.000 Mann französischer Truppen bei Dien-Bien-Phu ihre endgültige Niederlage drohte, kündete US-Vizepräsident Nixon die Entsendung von US-Truppen an. Britische, neuseeländische, australische, philippinische und thailändische Truppen sollten ebenfalls beteiligt werden, wie es dann später im Vietnam-Krieg der USA (ohne britische Beteiligung) verwirklicht wurde. Der Vorsitzende der US-Stabschefs schlug den Einsatz taktischer Atomwaffen vor. Die neugewählte französische Regierung unter Mendes-France hatte allerdings die Beendigung des Krieges innerhalb von 30 Tagen versprochen.

Auf den Genfer Verhandlungen wurde die Teilung Vietnams (am 17. Breitengrad) beschlossen, Laos und Kambodscha wurden zu unabhängigen Staaten erklärt. Bis zum 20.7.56 sollten in ganz Vietnam gemeinsame Wahlen stattfinden.

1955 - 75: der US-Krieg in Vietnam

Präsident Eisenhower nahm an, daß Ho Chi-Minh bei diesen Wahlen 80 % der Stimmen erhalten würde. Mit US-Hilfe wurde der Diktator Diem eingesetzt, die Bestimmungen des Genfer Abkommens wurden nicht verwirklicht. Von 1961 an wurde Vietnam Testfeld für eine neue Anti-Guerilla-Strategie der USA. Nach dem „Stanley-Taylor-Plan" wurde die Bevölkerung in KZ-ähnliche „strategische Dörfer" eingepfercht, womit gleichzeitig „free fire zones" geschaffen wurden, wo auf alles geschossen wurde. 1964 inszenierte die US-Marine einen „Zwischenfall" im Golf von Tongking. Der vorgebliche Angriff auf ein US-Schiff wurde benutzt, um den Krieg auf Nordvietnam auszudehnen; wie sich später zeigte, handelte es sich dabei um ein Propagandamanöver der Johnson-Regierung. Wir werden Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben", erläuterte General Westmoreland das Bestreben der US-Militärs, in Vietnam nur noch verbrannte Erde zu hinterlassen: Chemische Waffen zur Entlaubung der Wälder wurden eingesetzt, damit die Pfade des Ho-Chi-Minh-Pfades unter Feuer genommen werden könnten. „Search all - destroy all - kill all", war die Devise. Auf dem Höhepunkt des Krieges waren 500.000 Mann

Fortsetzung nächste Seite

US-Interventionen in der 3. Welt

Am Zweiten Weltkrieg waren 60 Staaten beteiligt. 40 Staaten waren selbst Kriegsschauplatz. Die Zahl der Opfer dieses Krieges überstieg 30 Millionen Menschen, die Schätzungen reichen bis 50 Millionen.

Seither gab es zwar nur noch wenige Kriege in Europa, dem zentralen Schauplatz des Zweiten Weltkrieges, aber weltweit gab es nur 26 Tage seither ohne Krieg, die alle in den Monat September 1945 fallen. Inzwischen gab es 150 Kriege. Addiert man die Kriegsdauer, so kommt man auf über 400 Jahre Krieg. Im Durchschnitt wurden 11-12 Kriege gleichzeitig geführt, die durchschnittliche Dauer betrug drei Jahre mindestens. 25 Millionen Tote waren die Opfer dieser Kriege.

Die grausamsten und längsten Kriege waren diejenigen, die eine Befreiung vom ehemaligen kolonialen Joch gegen imperialistische Mächte zum Ziel hatten. An vierzig Prozent dieser Kriege waren imperialistische Mächte selbst beteiligt. Während Frankreich und Großbritannien aufgrund ihrer ehemaligen Kolonialreiche in den 40er und 50er Jahren die Liste anführten, hatten die USA als neokoloniale Weltmacht Nr. 1 bereits in den 60er Jahren die Spitze übernommen. Die Zahl der Kriege hat in dieser Zeit einen Höhepunkt erreicht. Aufgrund des Desasters der USA in Vietnam wurde seither auf direkte US-Interventionstätigkeit verzichtet — von Militärhilfe, CIA- und Beratertätigkeit und zahllosen Putschbeteiligungen einmal abgesehen.

Genauso wie der Aufbau der Green Barrets und 'Special Forces' als Stoßtrupps zur Antiguerilla-Bekämpfung in den 60er Jahren zu verstärkter Interventionstätigkeit geführt hatten, dürfte der Aufbau der ,,Schnellen Eingreiftruppe'', begleitet von der Propaganda zur Überwindung des Vietnam-Schocks zu verstärkten und neuen Interventionsabenteuern in den 80er Jahren führen. Ersten Interventionsdrohungen ist die Verwicklung von US-Truppen in die Kriege im Libanon und im Tschad gefolgt.

Wir geben hier eine Übersicht und kurze Beschreibungen von US-Interventionen seit dem Zweiten Weltkrieg.



Griechenland 1946-49

Als Ende 1944 der Zweite Weltkrieg in Griechenland endete, hatte die Nationale Befreiungsfront mit mehreren Millionen Mitgliedern das Land unter Kontrolle, führend waren die Kommunisten. Das in Griechenland einziehende britische Militär gab den Befehl, die Antifaschisten zu entwaffnen. Am 12.2.1945 mußten die Antifaschisten vor der britischen Armee kapitulieren.

Die Monarchisten an der Regierung setzten im Staatsapparat die unter den Nazis ,,bewährten'' Kräfte wieder ein. Die Wiedereinsetzung der Monarchie führte 1946 erneut zum Bürgerkrieg.

Als 1947 Großbritannien vor dem Bankrott stand, informierten sie die USA, daß sie ihre Truppen in Griechenland nicht halten könnten.

Dies war der Anlaß der Verkündung der Truman-Doktrin, die die Welt in den ,,freien'' Westen auf der einen und kommunistischen ,,Terror'' auf der anderen Seite einteilte. Dies war gleichzeitig der Auftakt, um mit finanziellen und militärischen Mitteln Großbritannien beizuspringen, um den Bürgerkrieg in Griechenland niederzuschlagen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Invasionstruppen eingesetzt. Die Bombardierungen erreichten 1972 alle fünf Tage die Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe. Zwei Millionen Tote (= 4 % der Bevölkerung) in Vietnam, 150.000 Gasvergiftete, 700.000 ha verseuchtes Gebiet waren das Ergebnis.

der Bevölkerung) in Vietnam, 150.000 Gasvergiftete, 700.000 ha verseuchtes Gebiet waren das Ergebnis.

Bereits 1968 nach der Tet-Offensive hatten Verhandlungen in Genf begonnen. Erst 1973 konnte jedoch ein 9-Punkte-Abkommen verabschiedet werden, das den Abzug aller US-Truppen vorsah.

Der Versuch einer Vietnamisierung des Krieges scheiterte sehr schnell. 1975 war ganz Vietnam befreit, die letzten Amerikaner flohen Hals über Kopf aus dem Land.

Kambodscha/Laos

Die Regierung des Prinzen Shihanouk hatte lange Zeit eine ,,neutrale'' Rolle eingenommen. Da Befreiungskämpfer auch von kambodschanischem Gebiet aus operierten, wurde auch dieses Land seit 1966 bombardiert. 1970 putschten in Kambodscha reaktionäre Generäle (Lon Nol und Sirik Matak) mit ,,freundlicher'' Hilfe des CIA.

Ende April 1970 fielen südvietnamesische und US-Truppen in Kambodscha ein. Auch nach der Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens und noch bis zum 15.8.73 wurde Kambodscha weiter bombardiert.

Laos war 1954 ,,unabhängig'' erklärt worden, die USA unterstützte die Zentralregierung Katys, die Pathet Lao hatten sich vereinbarungsgemäß auf zwei Nordprovinzen zurückgezogen. Nach weiteren Kämpfen und einem Vordringen der Befreiungskämpfer gab es erneute Verhandlungen und den Beschluß einer Dreiteilung 1962 in Genf. Doch auch Laos galt als ,,Aufmarschgebiet'' des 'Vietcong'. Seit 1964 wurden Teile von Laos regelmäßig bombardiert, als die Pathet-Lao-Kräfte die strategisch wichtige Ebene der Tonkrüge eroberten. 1.000 US-Flugzeuge sind bis 1969 allein über Laos abgeschossen worden.

Nach der Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens konnten die Pathet Lao sehr bald die Herrschaft über das Land erreichen.

Philippinen 1946-54

Als 1947 die Philippinen von den USA die Unabhängigkeit erhielten, wurde es gleichzeitig zum zentralen Militärstützpunkt der USA in Asien ausgebaut. Strategische Bomberkommandos und Basen für Atom-U-Boote sind u.a. dort angesiedelt. Für 99 Jahre mußten diese Stützpunkte den USA überlassen werden.

1958 erklärten die USA, daß ein Angriff auf die Philippinen einem Angriff auf die USA gleichkomme. So verwundert es wenig, daß die USA für die dortige Armee nicht nur die Ausbildung und Beratung im Kampf gegen Guerilleros und nationale Minderheiten übernahmen, sondern verschiedentlich direkte militärische Unterstützung leistete.

Nach verstärkten bewaffneten Kämpfen in den letzten Jahren und dem derzeitigen Aufruhr im Lande dürfte es in nächster Zeit zu einem internationalen Krisenherd werden.

Korea 1950-53

Korea 1950-53

Korea war 1945 von sowjetischen und US-Truppen besetzt worden und wurde am 38. Breitengrad geteilt. Im Süden wurde Syngman Rhee Präsident, der 37 Jahre in den USA gelebt hatte. 1950 kam es dann zum bewaffneten Kampf zwischen Syngman Rhees Truppen und denen Nordkoreas. In den ersten Wochen waren drei Viertel Südkoreas überrannt.

Am 27.6. gaben die USA ihr Eingreifen bekannt und ließen sich das als UNO-Auftrag genehmigen. 14 Staaten, darunter alle Kolonialmächte, waren an diesem Unternehmen direkt beteiligt.

Innerhalb von 14 Tagen wurden die nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad zurückgedrängt. General McArthur erhielt den Befehl, die nordkoreanischen Truppen insgesamt zu vernichten und in Nordkorea einzumarschieren. Daraufhin trat China mit Freiwilligen in den Krieg ein. Ein Großteil der ,,UNO''-Truppe wurde aufgerieben. Beim Rückzug wurde die Strategie der ,,verbrannten Erde'' angewandt und erstmals Napalm eingesetzt. US-Senatoren und US-Militärs verlangten den Einsatz von Atomwaffen gegen China.

Als Ergebnis dieses Krieges wurde die alte Teilungsgrenze wieder gezogen. 2,5 - 4 Millionen Tote waren Opfer dieses Krieges, d.h. etwa 10% der Bevölerung.

Guatemala 1954

Guatemala ist eine der Kaffee- und Bananenrepubliken der United Fruit Company. Soweit 1944 wuchs der Widerstand gegen die Ubicos-Diktatur. 1950 erhielt bei den Wahlen Oberst Jacobo Arbenz Guzman eine überwältigende Mehrheit. Im Juni 1952 wurde durch ein Bodenreformgesetz jeder Besitz über 90 ha mit Enteignung bedroht.

Nach 40 vergeblichen Putschversuchen gegen Guzman fiel 1954 eine ,,Befreiungsarmee'' aus Honduras und Nicaragua, die die CIA finanziert, ausgebildet und ausgerüstet hatte, unter Oberst Castillo Armaz in Guatemala ein. Die USA beteiligten sich auch direkt an der Aktion und bombardierten die Hauptstadt des Landes.

Angeblich hatte Guatemala kommunistische Waffen erhalten, mit denen es die Nachbarländer und schließlich den Panamakanal überfallen und erobern wollte. Auf der Interamerikanischen Konferenz setzte US-Außenminister Dulles eine Erklärung durch, wonach Institutionen eines lateinamerikanischen Landes nicht vom ,,internationalen Kommunismus'' beherrscht werden dürften.

Libanon 1958

Am 15.7.1958 begann die Landung von 14.000 Mann US-Truppen im Libanon, zwei Tage später fielen britische Fallschirmjäger in Jordanien ein. Diese Aktion zur Unterstützung prowestlicher Regimes hatte mehrere Hintergründe: Sie erfolgte unmittelbar nach dem Sturz des prowestlichen Regimes im Irak; die Planung dieser Aktion geht aber bereits auf 1957 zurück, ihre Ankündigung erfolgte im Mai 1958. Zu Beginn des Jahres hatte sich Syrien mit Ägypten unter Nasser zur ,,Vereinigten arabischen Republik'' zusammengeschlossen. Der prowestliche libanesische Politiker Chamoun war nur durch

arabischen Republik'' zusammengeschlossen. Der prowestliche libanesische Politiker Chamoun war nur durch

Wahlschiebungen und Terror ins Präsidentenamt gelangt. Nach der Ermordung eines Anti-Chamoun-Journalisten am 8.5.58 brachen offene Aufstände aus, Chamoun forderte die Hilfe seiner auswärtigen Freunde an. Ende Juni kam es zur Neuwahl, die der General Chehab gewann, Mitte August begann der Abzug der US-Truppen, der Ende Oktober beendet war.

Chamoun war in diesem Jahre einer der zentralen Befürworter der Präsidentschaft der Gemayels nach der Invasion Israels. Heute stehen wiederum US-Truppen als ,,Friedenstruppe'' im Libanon in Aktion, um Gemayel zu stützen.

Kongo 1960-64, 1967 und 68

Am 4.1.1959 brach in der Hauptstadt Leopoldville ein Aufstand aus, den belgische Kolonialtruppen blutig niederschlugen. Als bei den ersten Wahlen zur Unabhängigkeit am 30.6.60 der Antiimperialist Lumumba gewann, besetzten am 8.7.60 10.000 Mann belgischer Truppen alle wichtigen Punkte des Landes, ihre Marionette Tschombe proklamierte die Abtrennung Katangas, wo reichhaltige Kupfervorkommen lagern, mit denen 60% der Staatseinnahmen finanziert wurden.

Auf Ersuchen Lumumbas wurden am 14.7.60 dann 20.000 Mann UNO-Truppen gegen die von Belgien inszenierte Lostrennung eingesetzt, darunter auch US-Truppen, obwohl diese bereits die Belgier eingeflogen hatten. Die UNO-Truppen besetzten auch nicht die abgefallene Provinz, sondern den Restkongo.

Als Lumumba selbst den Vormarsch gegen die abtrünnige Provinz Kaisai anordnete, wurde er am 2.12.60 von Mobutu verhaftet und mit Hilfe der CIA in die Hände der Tschombe-Rebellen gebracht und ermordet.

Inzwischen verwaltet Mobutu die Geschäfte des Kongo (heute Zaire). Die USA und Belgien teilen sich heute das Geschäft. 1963 kam es wiederum zu Aufständen in Kwisu, Kiwu, Südkassai und Nordkatanga. 1964 landeten erneut belgische Fallschirmjägertruppen in Stanleyville. US-Flugzeuge übernahmen den Transport.

1977 und 1978 wurde von Truppen aus Belgien, Frankreich und Marokko Aufstände in Katanga niedergeschlagen, die USA lieferten die Luftunterstützung. Diese Aktionen wurden unter den Imperialisten gemeinsam abgestimmt, auch die BRD war mit Flugzeugen beteiligt.

Kuba 1961/62

Von 1898-1934 war Kuba Protektorat der USA gewesen, anschließend verwalteten diverse US-Statthalter das Land, der letzte war (von 1952-58) Batista. Drei Jahre nach der Landung der Granma in Kuba zogen Fidel Castro, Che Guevara und Camilo Cienfuegos mit ihren Revolutionstuppen unter dem Jubel der Massen in Havanna ein.

Seit 1960 wurde von den USA in Florida, Lousiana und Texas sowie in Nicaragua und Haiti ein Heer von 5.000 Exilkubanern ausgebildet. Am 15.4.61 bombardierten US-Flugzeuge Havanna, am 17.4. landete das Invasionsheer in der ,,Schweinebucht'' an der kubanischen Südküste. Die Invasoren waren mit 15 Bombern, fünf Landungsschiffen und zahlreichen Transportmitteln ausgerüstet. Dennoch mußten sie eine

mit 15 Bombern, fünf Landungsschiffen und zahlreichen Transportmitteln ausgerüstet. Dennoch mußten sie eine

vernichtende Niederlage hinnehmen. Von 1.325 Mann waren 1.200 getötet oder gefangen genommen und neun Flugzeuge abgeschossen worden. 15-30.000 Mann US-Truppen hatten einsatzbereit gestanden, um der ,,provisorischen Regierung'' der Invasoren militärisch zu Hilfe eilen zu können.

1962 brachte die Sowjetunion atomare Mittelstreckenraketen nach Kuba. Am 22.10.62 verhängten die USA eine totale Seeblockade über Kuba. Die Sowjetunion habe ,,das Gleichgewicht in der Welt'' gestört, erklärte der amerikanische UNO-Botschafter Stevenson. Chruschtschows Angebot, die Raketen von Kuba abzuziehen, wenn die USA ihrerseits die Atomraketen aus der Türkei abzögen, wurde zwar offiziell nicht angenommen, der Abzug der Raketen aber durchgeführt. Gegen die Zusicherung, die USA würden künftig von Interventionen in Kuba absehen, wurden die sowjetischen Raketenstellungen zurückgezogen.

Kolumbien 1962, 1964-70

Traditionell wird Kolumbien von 100 aristokratischen Großgrundbesitzerfamilien beherrscht. Seit den 30er Jahren gibt es Aufstände und Guerilla-Kämpfe, die bis heute andauern, verschiedentlich waren liberale Regierungen im Amt.

1962 kommt es zum Angriff gegen die berühmte ,,unabhängige Republik Marquetalia'' und nach dessen Abwehr zu weiteren Ausrottungsfeldzügen. 1963 bestehen zwei Prozent des Landes aus solchen ,,unabhängigen Republiken'', in denen ein Prozent der Bevölkerung lebt. 1966 fällt Camilo Torres (ein Priester und Vorbild für Che Guevara).

In diesem Krieg ist Kolumbien Versuchsgebiet im ,,Antisubversiven Kampf'' der USA, die Spezialeinheiten, Spezialwaffen, Spezialberater und Spionage- und Agentennetze einsetzen, um die Guerilla von den Bauern spalten zu können.

Dominikanische Republik 1965

Dieses Land gehört zu den ärmsten in Lateinamerika. Vier Fünftel der Zuckerproduktion geht in die USA. 1916-24 war dieses Land direkt von den USA besetzt, seit 1930 wurde es von der Trujillo-Diktatur grausam beherrscht.

1959 kam es zu Aufständen gegen diese Diktatur, die 1961 zusmmenbrach. Als Juan Bosch (ab 1963) Sozial- und Agrarreformen durchführte, putschte gegen ihn das Militär. Protestaktionen und Partisanenkämpfe wurden durch Militär und Bombenterror blutig unterdrückt.

Am 25.4.65 putschten Teile des Offizierkorps gegen diese Politik. Am 30.4.65 fielen daraufhin 40.000 Mann US-Truppen in das Land ein, um ,,US-Bürger und deren Eigentum'' zu schützen. Man werde ,,kein zweites kommunistisches Regime in der westlichen Hemisphäre dulden'', erklärte US-Präsident Johnson. 4.000 Dominikaner waren die Opfer dieses US-Überfalles.

Bolivien 1967

1952 kommt nach einem Aufstand bewaffneter Bergarbeitermilizen die ,,Nationalrevolutionäre Bewegung'' an die Macht. Die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Bergwerke und die Abschaffung des

Macht. Die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Bergwerke und die Abschaffung des

Militärs werden verfügt. Nach zwölfjähriger Regierungszeit von Paz Estensore ist davon kaum etwas übrig geblieben. 1964 kommt Barientos durch einen Putsch des wiedereingeführten Militärs an die Macht. 1967 gelingt es diesem Mestizen, ein Bündnis von Militär und Bauernschaft (Pacto Militar — Campesinos) gegen die streikenden Bergarbeiter herzustellen und die Streikbewegung niederzuschlagen. Im gleichen Jahr wird die Guerillo-Bewegung mit Che Guevara aufgerieben. Che wird von der CIA getötet, das Foto von seiner Leiche wird der Weltöffentlichkeit vorgeführt. Bei dieser Aktion waren US-Rangereinheiten und Antisubversionsspezialisten beteiligt.

• • •

Nachdem der US-Regierung noch 1975 eine Beteiligung am Angola-Konflikt vom Parlament untersagt wurde, gibt es heute bereits eine Fülle von Konflikten, die sich sehr schnell zu US-Interventionen ausweiten könnten.

Dazu ist der kläglich mißglückte Versuch der Geiselbefreiung im Iran 1980 zu zählen und die Drohung der US-Regierung noch unter Carter, bei einer Sperrung des Golfes von Hormuz für das Öl militärisch zu intervenieren.

Das Eingreifen der USA im Libanon als ,,Friedenstruppe'' steht in diesem Zusammenhang wie die verschiedenen Interventionsdrohungen der USA gegen Libyen und der Abzug der Öltechniker aus diesem Land. Dieser Drohung ist inzwischen eine Beteiligung am Tschad-Konflikt gefolgt.

Dazu gehören die Interventionsdrohungen gegen Kuba und Nicaragua und die Stützung der Reaktionäre in El Salvador, die vom Aufbau von Söldnerheeren in Honduras und Guatemala begleitet wird. Inzwischen haben diese Truppen verschiedenste Invasionsversuche in Nicaragua unternommen und haben auch in El Salvador eingegriffen.

Libanon unter amerikanisch-israelischem Diktat

Kaum zog sich die israelische Armee hinter den Awali-Fluß zurück, wurde ein kleines Berggebiet südöstlich von Beirut, der Chouf, zu einem Tummelplatz des sowjetischen Expansionismus. So jedenfalls die Version der US-Administration. Als Folge des Jumbo-Abschusses betreibe die Sowjetunion eine noch aggressivere Politik, und die Zunahme der Spannungen in der Region würde sich günstig auf den Einfluß der Sowjetunion auswirken (1). Reagan behauptet, daß die Sowjetunion dort einen „feindlichen Einfluß" besitze, vergleichbar mit Zentralamerika (2).

Diesem Einfluß muß Einhalt geboten werden: Die 6. Flotte der US-Marine bezog Stellung vor der libanesischen Küste und wurde durch das Schlachtschiff New Jersey verstärkt; auch französische Kriegsschiffe nahmen Kurs auf die libanesische Küste und griffen mit Schiffgeschützen und Flugzeugen in die innerlibanesischen Auseinandersetzungen ein. Zur Zeit herrscht Waffenstillstand, und zynisch könnte man kommentieren, wie gut doch die Abschreckungsstrategie der NATO funktioniert. Sieht man davon ab, daß mit dem militärischen Eingriff mehrere NATO-Staaten eine gefährliche Eskalation im gesamten arabischen Raum in Kauf genommen wurde und daß die USA den Nahen Osten als ihr militärisches Aufmarschgebiet betrachten, dann demonstrierten die amerikanischen Geschütze sehr deutlich, daß die USA willens sind, den Nahost-Konflikt nach ihren Vorstellungen zu lösen.

Auch wenn der gegenwärtige Waffenstillstand als Kompromiß erscheint, ist er ein neuer Schritt auf dem Weg zu einem imperialistisch-zionistischen Diktat. Die Kriegsziele der israelischen Invasion (Vernichtung der PLO, Errichtung eines Marionettenstaates in Libanon, Rückzug der syrischen Armee) haben sich nicht in einem Zuge durchsetzen lassen.

Der Rückzug der israelischen Armee hinter den Awali-Fluß hat wieder Bewegung in die festgefahrene Situation gebracht. Israel konsolidiert seine Macht im Süden und bereitet eine langdauernde Besetzung vor. Die „Friedenstruppe" mehrerer NATO-Staaten, insbesondere der USA, muß nun ihrerseits stärker im Libanon eingreifen.

Ausbruch der Kämpfe

Ausbruch der Kämpfe

Nach der israelischen Invasion sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen nicht schwächer geworden, im Gegenteil. Zum Teil geschürt durch die israelische Besatzungsmacht, die die im Libanon bestehenden Widersprüche ausnutzte, wurden von verschiedenen Gruppierungen und Parteien bewaffnete Konflikte ausgetragen. Vor allem wollten die in der ersten Phase des libanesischen Bürgerkriegs unterlegenen rechten und faschistischen Kräfte alte Rechnungen begleichen. Die sozialen und politischen Ungleichheiten, die zum libanesischen Bürgerkrieg gegen die herrschende christliche Oberschicht geführt hatten, waren keineswegs aufgehoben.

Teile der heutigen Opposition, wie z.B. die schiitische Organisation AMAL, hatten die israelische Invasion sogar mehr oder minder offen begrüßt, da sie sowohl im Widerspruch zur palästinensischen bewaffneten Präsenz als auch gegen die relativ starken kommunistischen libanesischen Parteien waren. Andere, z.B. der Führer der fortschrittlichen Nationalen Front und Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP), der Drusenchef Walid Jumblatt, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Libanons, Haoui, konnten der Einsetzung des Faschistenchefs Amin Gemayel als Staatspräsident zumindest positive Seiten für die nationale Einheit des Libanon abgewinnen (3).

Amin Gemayel wurde allerdings nicht, wie versprochen, „der Präsident a l l e r Libanesen". Selbst der faschistischen Kataeb-Partei seines Vaters Pierre Gemayel angehörend, ließ er von der — inzwischen von amerikanischen Beratern ausgebildeten — libanesischen Armee zunächst die fortschrittlichen Milizen entwaffnen, während die Milizen der Kataeb-Partei nicht angerührt wurden. Das Einflußgebiet der libanesischen Regierung blieb im wesentlichen auf Beirut beschränkt. Nördlich von Beirut übten weiterhin die faschistischen Milizen Macht und Kontrolle aus (siehe Karte 1).

Die israelische Armee, die zeitweise auch Westbeirut besetzt hatte, das bis dahin eine Hochburg der palästinensischen Organisationen und der libanesischen fortschrittlichen Kräfte gewesen war, hatte Westbeirut schließlich ganz der Kontrolle der NATO-„Friedenstruppe" überlassen (siehe Karte 2). Bis zum 4.9.83 hatte sie aber noch den gesamten südlichen Teil Libanons, einschließlich des Chouf-Gebirges und eines Teils der Straße nach Damaskus, besetzt gehalten (siehe Karte 1). In das Chouf-Gebirge, dem Hauptsiedlungsgebiet der Drusen, hatte die israelische Armee faschistische Milizen vorrücken lassen (es gibt im Chouf eine Anzahl

gebiet der Drusen, hatte die israelische Armee faschistische Milizen vorrücken lassen (es gibt im Chouf eine Anzahl

christlicher, nicht faschistischer Dörfer), aber die drusischen Milizen der Progressiven Sozialistischen Partei nicht entwaffnen lassen. Zwischen beiden fanden schon unter israelischer Besatzung Kämpfe statt, da die faschistischen Milizen ein möglichst großes Gebiet des Chouf erobern und alte Rechnungen begleichen wollten. (Auf den Drusenführer Jumblatt wurden mehrfach Anschläge verübt, er ging schließlich ins Exil nach Damaskus.)

Ohne daß es zu einer Übereinkunft zwischen drusischen Milizen, Faschisten und der Regierung Gemayel gekommen wäre, zog sich die israelische Armee hinter inzwischen befestigte Linien südlich des Awali-Flusses zurück (siehe Karte 1). Die libanesische Armee versuchte sofort, die von den israelischen Truppen verlassenen Gebiete zu besetzen, ohne auf Forderungen der drusischen Minderheit einzugehen. Die Drusen wußten, was das zu bedeuten hatte: freie Hand für die faschistischen Milizen, Entwaffnung und ein weiterer Schritt auf dem Weg des von Gemayel angestrebten Ein-Parteien-Staates. Sie setzten sich bewaffnet zur Wehr und konnten den faschistischen Milizen und der libanesischen Armee empfindliche Niederlagen bereiten. Als die Drusen kurz vor der Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Souk al-Gharb standen, griff die amerikanische Flotte mit ihrer Artillerie ein. Der Zerfall der libanesischen Armee und der Sturz der Regierung Gemayel schienen nahe.

„Teilrückzug" der israelischen Armee

Die israelische Armee hatte die drusischen Milizen während der Besatzung nicht entwaffnet. Grund dafür war zum einen die Rücksicht auf die drusische arabische Bevölkerung in Israel, die in der Vergangenheit gern für spalterische Zwecke eingesetzt worden war. Zum anderen gab es einen israelischen Plan, einen drusischen Pufferstaat zu errichten. (Israel ist keineswegs an der Einheit des Libanon interessiert, solange nicht sicher ist, daß es dort eine funktionsfähige Marionettenregierung gibt.) Das Angebot wurde aber auch nicht von dem mit dem Jumblatt-Clan rivalisierenden Arslan-Clan angenommen, der immerhin den Einmarsch Israels begrüßt hatte (4). Jetzt bekundete der israelische Kriegsminister Arens „Verständnis" dafür, daß die Drusen ihre Dörfer verteidigen; nur vor Beirut hätten sie nichts zu suchen. Er gab darüberhinaus Gemayel die Schuld an den Auseinandersetzungen, da er nicht rechtzeitig mit den Drusen eine Übereinkunft angestrebt habe (5). Den Weg für einen erneuten militärischen Vormarsch Israels ließ Arens aber offen:

rechtzeitig mit den Drusen eine Übereinkunft angestrebt habe (5). Den Weg für einen erneuten militärischen Vormarsch Israels ließ Arens aber offen:

Israel werde gegen Verbände der PLO nördlich des Awali vorgehen, wenn sie versuchten, mit den Drusen vorzudringen.

Arens erklärte unmittelbar nach dem „Teilrückzug", daß Israel den Wunsch der USA abgelehnt hätte, den Abzug ein drittes Mal zu verschieben (6). Das hat sicher einen Grund darin, daß Israel die Lasten der Besetzung des Libanon schon aus innenpolitischen Gründen (Proteste gegen den Libanonkrieg und die Opfer der fortdauernden Belastung) nicht länger allein tragen will. Zum anderen will Israel den Süden des Libanon bis zum Awali-Fluß dauerhaft besetzt halten. (Der israelische Kommandeur von Sidon brachte eine Fünf-Jahres-Periode ins Gespräch.) Israel bereitet — angesichts der Angriffe, denen seine Armee dort von palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräften ausgesetzt ist — größere Säuberungsaktionen vor.

Die dauerhafte Besatzung des Südlibanon ist die israelische Auslegung des libanesisch-israelischen Abkommens. Nach dem bekannten Muster zionistischer Expansionspolitik, deren Grundlage die Schaffung vollendeter Tatsachen ist, spielen Verhandlungsergebnisse nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle.

Einflußzonen im Libanon — Beirut ist von der multinationalen Truppe besetzt und „Einflußgebiet" der libanesischen Regierung

Das israelisch-libanesische Abkommen

Wochenlang hatten Israel und Libanon sowie die USA über die Beendigung des Kriegszustands zwischen beiden Staaten, die Verbindung zwischen ihnen, und über den vollständigen Abzug der israelischen Truppen im Zusammenhang mit der Evakuierung aller fremden Truppen verhandelt. Dabei wurde von der israelischen Regierung kritisiert, daß die libanesische Regierung zuviel Rücksicht auf andere arabische Staaten nimmt. Der damalige Kriegsminister Sharon wurde gegenüber dem Vater des heutigen Staatspräsidenten und Chef der Kataeb-Partei, Pierre Gemayel, sehr deutlich: Wenn die Verhandlungen erfolglos blieben und die libanesische Regierung weiter Befehle aus Saudi-Arabien, von den Syrern und den Palästinensern entgegennehmen würde, statt selber zu entscheiden, würde dreierlei geschehen: Israel würde seine Truppen zurückziehen und die Kontrolle in der 45 km tiefen Südzone dem eng mit Israel kooperierenden Major Haddad übergeben; Israel würde die libanesischen Gemeinschaften einander zerfleischen lassen und auch zulassen, daß die Palästinenser und Syrer die Christen bedrohten; Israel würde die libanesischen Christen nicht mehr unterstützen (7).

Multinationale Truppe in Westbeirut

Herausgekommen bei den Verhandlungen ist ein Abkommen, das den israelischen Vorstellungen eigentlich voll Rechnung tragen müßte: Beendigung des Kriegszustandes; unverletzbare Grenzen; Abzug der israelischen Truppen acht bis zwölf Wochen nach Inkrafttreten des Abkommens; Einrichtung einer 45 km breiten Sicherheitszone, die von gemeinsamen israelisch-libanesischen Patrouillen kontrolliert wird und in der nur zwei Brigaden der

ne, die von gemeinsamen israelisch-libanesischen Patrouillen kontrolliert wird und in der nur zwei Brigaden der

libanesischen Armee mit leichten Waffen stationiert werden dürfen; der Wirkungsradius von Radaranlagen darf israelisches Gebiet nicht erfassen, Israel darf den Luftraum Libanons uneingeschränkt überfliegen. Alle Abkommen und Arrangements sind hinfällig, die Aktionen und Präsenz von feindlich gesinnten Kräften zulassen. (Das bedeutet eine Annulierung des Kairoer Abkommens von 1969, das den Palästinensern Bewegungsfreiheit im Libanon und bewaffnete Aktionen gegen Israel erlaubte.) In geheimen Zusatzabkommen zwischen Israel und den USA wurde die Rolle Haddads im Südlibanon und das „Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriffe von Terroristen" (d.h. unbeschränktes israelisches Recht auf Präventiv- und Vergeltungsschläge) festgelegt. Israel darf seinen Abzug außerdem bis zum Abzug der Syrer und der PLO aus dem Libanon hinauszögern (8).

Selbstverständlich wurde dieses Abkommen sowohl von den Syrern als auch von den fortschrittlichen, den nationalen libanesischen Kräften und der PLO zurückgewiesen.

Israel konzentrierte sich auf die Umsetzung des Abkommens südlich des Awali, denn solange die Syrer und die PLO im Libanon stehen, braucht es seine Truppen im Einverständnis mit den USA nicht abzuziehen (siehe Karte 3). Unterdessen arbeitet die Zeit für Israel. Entsprechend den Ankündigungen Sharons wird dem „Zerfleischen" der verschiedenen libanesischen Parteien zugesehen, und unterdessen zieht sich Israel einen weiteren Faschisten heran, Dani Chamoun. Zwischen den beiden mächtigen christlichen Clans Gemayel und Chamoun gibt es nämlich handfeste Differenzen, seit der 1982 bei einem Sprengstoffanschlag getötete Beshir Gemayel zwangsweise 1979 die Milizen Chamouns seinen Kataeb-Milizen unterordnete. Es gab 500 Tote, und Dani Chamoun flüchtete nach West-Beirut. Inzwischen ist er fast ständiger Besucher in Israel. Bei seinem letzten Besuch wurde er sowohl von dem neuen Ministerpräsidenten Shamir als auch von Kriegsminister Arens empfangen. Er, Chamoun, stimme völlig mit den israelischen Vorstellungen überein (9).

Noch unmittelbar vor dem Rückzug Israels hinter den Awali-Fluß leistete sich die israelische Regierung gegen die Gemayel-Regierung einen weiteren Affront: Kriegsminister Arens reiste ohne Einladung der libanesischen Regierung nach Beirut, ließ sich von faschistischen Milizen umjubeln und führte Gespräche mit dem Kataeb-Chef Pierre Gemayel und dem Nachfolger Beshir Gemayels bei den Kataeb-Milizen, Fadi Frem (10). Offensichtlich will Israel die Gemayel-Regierung nicht unterstützen. Eine Aufforderung Amin Gemayels, die drusischen Milizen vor dem „Teilrückzug" zu entwaffnen, schlug Israel aus (11).

Die libanesische Opposition

Als sich abzuzeichnen begann, daß die Regierung Gemayel weder imstande noch willens zu einem nationalen Ausgleich ist, sondern daranging, die libanesische Opposition blutig zu unterdrücken, formierte sich die Opposition im Libanon.

Zwangsläufig mußte sie sich dabei auf die syrischen Besatzertruppen stützen. Im nordlibanesischen Tripolis wurde Ende Juli unter syrischem Schutz die „Front der Nationalen Errettung" gegründet. Ihr gehören an: Walid Jumblatt (PSP), der rechte Suleiman Frangieh (ehemaliger Staatspräsident, der bis zur Ermordung seines Sohnes durch die Faschisten der „Libanesischen Front" zusammen mit Pierre Gemayel und Camille Chamoun angehört hatte, sich dann den Syrern zuwandte, der ehemalige sunnitische Ministerpräsident Karame sowie die Gruppen und Parteien der aufgelösten „Nationalen Front". Die einflußreiche schiitische Organisation AMAL gehört nicht dazu.

Die „Front" setzte sich zum Ziel, in den von Syrern besetzten Gebieten eine eigene Regierung zu bilden, wendete sich gegen die israelische Besatzung, das Abkommen mit Israel und die Hegemonie der Faschisten (12).

In einer Erklärung vom 13.8. heißt es, die Aufnahme eines Bürgerkriegs sei unvermeidlich, wenn Gemayel nicht *„die Verbindungen zu seiner Partei, den Falangisten, abbricht und in einen Dialog mit dem libanesischen Volk eintritt"* (13).

„die Verbindungen zu seiner Partei, den Falangisten, abbricht und in einen Dialog mit dem libanesischen Volk eintritt" (13).

Friedensplan für Libanon

Abkommen zwischen Israel und Libanon vom 17.5. 1983

Dieses Gesprächsangebot schlug Gemayel aus und beharrte — trotz eines Vermittlungsvorschlages der USA und Saudi-Arabiens, entsprechend syrischen Vorstellungen den status quo zu berücksichtigen (14) — auf einer Ausweitung des Machtbereiches der Regierung. Nach den Siegen der drusischen Milizen und nach ihrer vorläufigen Rettung durch die amerikanischen Kriegsschiffe mußte sich die Regierung Gemayel jetzt einem amerikanisch-saudischen Vermittlungsvorschlag beugen: Waffenstillstand und Versöhnungskonferenz.

Es muß allerdings betont werden, daß trotz der massiven Kämpfe die libanesische Opposition und auch die Drusen (die ja zum fortschrittlichen Teil gehören) immer nur einen Kompromiß mit der libanesischen Regierung angestrebt haben. Das trifft besonders für die schiitische AMAL zu, deren Milizen sich noch vor dem israe-

lischen Rückzug in Westbeirut mit der libanesischen Armee heftige Gefechte geliefert hatten, die im wesentlichen auf Provokationen der Armee zurückzuführen waren. In einem Gespräch mit „Le Monde" (20.9.) sprach sich der zweite Mann von AMAL, Akef Haydar, gegen die Rückkehr der bewaffneten Palästinenser aus. „*Um jeden Preis will man der Welt glauben machen, daß wir unter uns bewaffnete Palästinenser verstecken, um den Angriff zu rechtfertigen, den man gegen unsere Bezirke vorbereitet.*" Eigene Angriffe würden deshalb vermieden werden. „*Wir könnten das leicht machen, und das würde das Ende der libanesischen Armee bedeuten, aber wir wünschen, daß diese Armee nicht unser Feind ist, und wir hoffen immer, daß die Staatsmacht verstehen wird, daß es notwendig ist, mit jedem zu diskutieren.*" AMAL würde nicht alle Ziele der „Front" teilen, insbesondere nicht die Verbindungen Jumblatts zu Libyen und der „Front" zu Syrien. (15).

Ein AMAL-Funktionär im Südlibanon ging noch weiter: „*Anstatt mit AMAL in einen fruchtbaren, sicherheitspolitischen Dialog zu treten, setzten sie* (die Israelis) *aus purem Unverständnis auf die Falangisten, die im Süden nie ein Faktor waren, und auf Major Haddad, der keine ernstzunehmende Kraft repräsentiert. AMAL wäre ein Partner gegen die Rückkehr der PLO gewesen, hätten die Israelis eine Ahnung von den Machtstrukturen im Süden gehabt.*" „*Israels Probleme werden erst beginnen, wenn die Besatzer im südlibanesischen Druckkochtopf kochen. Nach dem Rückzug* (hinter den Awali-Fluß) *sind sie nicht mehr auf Friedensmission, sondern Besatzungsarmee. Der Rückzug auf den Awali scheint uns kein erster, sondern ein letzter Schritt gewesen zu sein.*" (16).

Auch der „Front" geht es nicht in erster Linie um den Abzug der israelischen Truppen, sondern um die Beteiligung an der Macht und die Verhinderung eines faschistischen Staates. Drusenführer Jumblatt hatte zwar angesichts des Einsatzes der Artillerie der US-Flotte gegen drusische Stellungen im Chouf erklärt, das Eingreifen der USA könnte ihn jeder Selbstbeschränkung bezüglich seiner Bündnispartner entheben; dabei hatte er auch auf ein Bündnis mit palästinensischen Kämpfern angespielt (17). In einem Interview mit Radio France internationale kritisierte er die USA: „*Sie wollen nicht verstehen, daß die libanesischen Probleme nicht mit Gewalt gelöst werden können; wir können zu einem Kompromiß gelangen, aber stellen Sie die Hilfe für die Armee und die Regierung Amin Gemayels ein ... Ich würde es nicht erlauben, daß der Libanon zu einem Staat der christlichen Falangisten wird, selbst wenn das das Ende des Libanon bedeutet.*" Er sprach sich dabei jedoch gegen eine Unterstützung durch die PLO und die Libyer aus. „*Ich habe nichts mit der PLO zu tun. Wir haben genügend Kämpfer und ich will keine Kämpfer der PLO.*" (18). Drusenführer Mucheiba gab als Kriegsziel die Ver-

bedeutet." Er sprach sich dabei jedoch gegen eine Unterstützung durch die PLO und die Libyer aus. „*Ich habe nichts mit der PLO zu tun. Wir haben genügend Kämpfer und ich will keine Kämpfer der PLO.*" (18). Drusenführer Mucheiba gab als Kriegsziel die Ver-

treibung der Falangisten aus dem Chouf, nicht aber die Zerstörung der libanesischen Armee und ihre Vertreibung aus Beirut an (19).

Jumblatts Forderungen vor dem Rückzug der israelischen Armee waren: nationale Versöhnung und Abzug der faschistischen Milizen v o r Einrücken der libanesischen Armee (20).

Die Rolle der Imperialisten

In Paris hatten vor dem israelischen Rückzug Geheimgespräche stattgefunden, an denen u.a. auch Vertreter der libanesischen Regierung und Jumblatt teilgenommen hatten (22). Zeitgleich mit dem Beginn des israelischen Rückzuges verlegten die USA 2.000 Marines vor die libanesische Küste, und der französische Flugzeugträger Foch lief ins östliche Mittelmeer aus (23). Sollte es auch dabei keinerlei Absprachen zwischen den USA und Frankreich gegeben haben, wie die französische Regierung im Falle der Intervention im Tschad glauben machen wollte? Allerdings: wiederum preschten die USA vor und übernahmen mit ihren Kriegsschiffen „Feuerschutz" für die gesamte „Friedenstruppe" (24). Mitte September wurden außerdem Kriegsschiffe Großbritanniens, darunter zwei Flugzeugträger, ins östliche Mittelmeer geschickt. Italien sprach von Luftwaffen- und Artillerie-Unterstützung (25).

Differenzen scheint es zwischen den NATO-Staaten hauptsächlich auf verbaler Ebene zu geben, die sich auch daraus ergeben, daß die USA — wie schon im Tschad — mehr oder minder über die Köpfe der anderen ihre Entscheidungen treffen. Die französische Marine bombardierte jedenfalls bereits mit Flugzeugen Stellungen bei Aley zur „legitimen Verteidigung" französischer Truppen (26).


Drusische Milizsoldaten im Schuf-Gebirge

Die USA griffen ein, um die Regierung Gemayel vor dem Sturz zu bewahren und den drohenden Zerfall der libanesischen Armee (aus der während der Kämpfe drusische und moslemische Soldaten haufenweise desertierten) aufzuhalten. Nach einigem Hin und Her hat der amerikanische Kongreß Präsident Reagan zunächst für 18 Monate freie Hand gelassen, was den militärischen Einsatz amerikanischer Truppen in Libanon angeht. Der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen im Libanon, General Kelley, hat zugegeben, daß die amerikanische Einheit größer ist als die offiziellen 1.200 Mann, und daß sie von den Kriegsschiffsbesatzungen verstärkt wird (26). Daß die USA militärisch jederzeit in der Lage sind, größere Landeoperationen vorzunehmen und auch über Beirut hinaus einzugreifen, liegt auf der Hand. Vorerst allerdings setzen sie auf Verhandlungen unter dem Druck ihrer Kriegsflotte.

Der amerikanische Kriegsminister Weinberger erklärte in „US News and World Report", daß sich die NATO-„Friedenstruppe" nicht mit der libanesischen Armee verbinden werden, um die verschiedenen Fraktionen zu bekämpfen (was die amerikanischen Truppen just getan hatten). „*Wir hoffen gegenwärtig eine Feuereinstellung zu erreichen*"; eine Regierung der nationalen Aussöhnung unter Einschluß aller Fraktionen solle gebildet werden, und letztlich solle ein Abkommen über den Abzug der Syrer erreicht werden. Dann könnten die Marinesoldaten Beirut verlassen (27).

„*Wir hoffen gegenwärtig eine Feuereinstellung zu erreichen*"; eine Regierung der nationalen Aussöhnung unter Einschluß aller Fraktionen solle gebildet werden, und letztlich solle ein Abkommen über den Abzug der Syrer erreicht werden. Dann könnten die Marinesoldaten Beirut verlassen (27).

Die Rolle der Syrer

Mit den Syrern wird augenscheinlich schon fleißig verhandelt. Die von den USA und Saudi-Arabien vorgelegten Vorschläge für einen Waffenstillstand und eine nationale Versöhnungskonferenz waren mit Syrien abgestimmt. Die Syrer, die bei den israelisch-libanesischen Verhandlungen über den Abzug aller Truppen ausgeschlossen worden waren, sind, ebenso wie Saudi-Arabien, Teilnehmer der nationalen Versöhnungskonferenz.

Die Vorschläge zunächst im einzelnen: Es wird eine Waffenstillstandskommission gebildet, die sich aus den wichtigsten Kampfparteien zusammensetzt: libanesische Armee, faschistische Milizen, Milizen der PSP (Drusen) und AMAL. Die Tagesordnungspunkte lassen vermuten, daß sich letztlich die libanesische Regierung, unter dem Schirm der USA, durchsetzen wird: Abzug aller fremden bewaffneten Truppen aus dem Chouf (das betrifft vor allem die Palästinenser, insbesondere die PFLP), Verschwinden aller Milizen von den Straßen (was vermutlich auf eine Entwaffnung hinausläuft), Festigung des Waffenstillstandes und Ausdehnung der Herrschaft der Armee bis an den Awali, der Gendarmerie bis Kharroub (Gebiet weiter östlich, in dem sich syrische und israelische Truppen gegenüberstehen, siehe Karte 1) (30).

Mit Beginn des Waffenstillstandes reichte die libanesische Regierung ihren Rücktritt ein (eine Forderung der Drusen), bleibt aber vorerst im Amt. Gleichzeitig bildet Staatspräsident Gemayel eine Versöhnungskonferenz, der als Vertreter der Opposition Suleiman Frangieh, Raschid Karame und Walid Jumblatt, als Vertreter der Faschisten Camille Chamoun und Pierre Gemayel angehören, als „Unabhängige" Raymond Edde, Saeb Salem und Adel Osseirane. Syrische und saudische Vertreter und eine Delegation der Regierung werden ebenfalls teilnehmen.

Von der alten Nationalen Front, die sich vor Beginn des libanesischen Bürgerkrieges gebildet hatte, ist einzig Jumblatt vertreten. Alle anderen gehören der herrschenden Klasse oder direkt der Kataeb an, gegen die mit größten Opfern der Krieg geführt worden war. Die Einsetzung der Kommission bedeutet nur eine Atempause für die libanesische Regierung und die Faschisten, die sie dringend brauchen, um ihre Macht zu festigen.

Syrien hat sich damit ebenfalls auf den Verhandlungsweg begeben. Syrische Truppen hatten in die letzten Kämpfe nicht aktiv eingegriffen, allerdings die Drusen mit Nachschub versorgt. Ein syrisches Eingreifen hätte mit Sicherheit zu sofortigen israelischen Gegenreaktionen geführt (wie z.B. ein israelischer Luftangriff auf eine vermeintlich syrische Panzerkolonne zu Beginn der Auseinandersetzungen zeigte (32)). Verhandlungsbereit war Syrien schon immer. Trotz der verbalen Attacken gegen das israelisch-libanesische Abkommen hatte Syrien von vornherein eine Änderung seiner Haltung von ganz konkreten Punkten abhängig gemacht, die stark an die Camp-David-Abkommen erinnern: das Abkommen beendet nur den Kriegszustand und darf nicht zu einer Normali-

balen Attacken gegen das israelisch-libanesische Abkommen hatte Syrien von vornherein eine Änderung seiner Haltung von ganz konkreten Punkten abhängig gemacht, die stark an die Camp-David-Abkommen erinnern: das Abkommen beendet nur den Kriegszustand und darf nicht zu einer Normali-

sierung der Beziehungen oder zu einem Friedensvertrag führen; syrische Interessen im Nordosten müssen entsprechend den israelischen Interessen im Süden berücksichtigt werden; die USA müssen schriftlich versprechen, Verhandlungen über Westbank, Gaza und Golan in Gang zu bringen; die USA leisten Ersatz für syrische Verluste während der israelischen Invasion; ein arabischer Gipfel soll diese Punkte billigen (33). Zwar spricht sich Syrien gegen einen Friedensvertrag zwischen Libanon und Israel aus; dabei handelt es sich aber eher darum, das Image als Konfrontationsstaat gegen Israel nicht ganz so schnell zu verlieren.

Während der israelischen Invasion hatte die syrische Armee nur einen vorsichtigen Abwehrkampf geführt und sich schnell auf einen Waffenstillstand eingelassen. Bei den jetzigen Auseinandersetzungen hat Syrien ebenso sorgsam jeden Zusammenstoß mit der NATO-„Friedenstruppe" vermieden und sogar den Einsatz der französischen Luftwaffe nur gemeldet, nicht kritisiert (34). Syriens Präsident Assad wollte offenbar nicht beim Wort genommen werden, nachdem er nach dem ersten amerikanischen Angriff wortradikal getönt hatte, die syrische Armee werde jede Stellung bombardieren, die syrische Stellungen *„zu Boden, zu Wasser und aus der Luft"* angreift (35).

Die Beschuldigung des amerikanischen Außenministers Shultz, Syrien blockiere alle Friedensregelungen, nachdem es von der Sowjetunion wichtige Waffenlieferungen und 7.000 Militärberater erhalten habe, scheinen nicht zuzutreffen (36). Die Sowjet-

Die Beschuldigung des amerikanischen Außenministers Shultz, Syrien blockiere alle Friedensregelungen, nachdem es von der Sowjetunion wichtige Waffenlieferungen und 7.000 Militärberater erhalten habe, scheinen nicht zuzutreffen (36). Die Sowjet-

union hat sich jedenfalls vollständig aus dem Konflikt herausgehalten und die amerikanischen Angriffe nur sehr maßvoll kritisiert.

Und die Palästinenser?

Die verschiedenen Palästinenserorganisationen haben zwar immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, auf Seiten der Drusen in die Kämpfe einzugreifen. Dieses Angebot ist aber offiziell immer zurückgewiesen worden, wenn man auch davon ausgehen kann, daß einzelne kleine Gruppen mitgekämpft oder Unterstützung geleistet haben (37).

Arafat hat sich während der Kämpfe nach Tripolis (Hochburg Arafat-loyaler Kämpfer) begeben. Über seinen Reiseweg werden verschiedene Vermutungen angestellt: Seeweg oder mit Billigung der Syrer auf dem Landweg, wobei zweiteres wahrscheinlicher ist (38). Nimmt man hinzu, daß Syrien gerade nach dem Waffenstillstand die Arafat-loyalen Kämpfer (etwa 1.000) Mann g e z w u n g e n hat, aus dem Bekaa-Tal in den Norden zu ziehen (mit dem nicht sehr nachdrücklichen Versuch, sie mitsamt den schweren Waffen in einem abgeschlossenen Tal im Hermel-Gebirge festzuhalten) (38), wird deutlich, daß Syrien erneut seine „Ordnungsfunktion" gegenüber den Palästinensern wahrnehmen will und möglicherweise selbst darangeht, die palästinensischen Kämpfer aufzureiben. Syrien hatte jedenfalls sehr geschickt die Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah für seine Zwecke ausgenutzt.

Arafat scheint auf die syrische Karte nicht mehr zu setzen, wie eine Äußerung in einem „Zeit"-Interview (16.9.) deutlich macht: „*Ich ließ Präsident Gemayel wissen, daß wir abziehen, sobald er sein Problem mit den Syrern gelöst hat. Wir benötigen jedoch libanesische Schutzgarantien für unsere 400.000 Flüchtlinge, für unsere Spitäler, Schulen, Kindergärten, die wir im Lande zurückließen.*"

Nahost-Kommission

Anmerkungen:
1) „SZ", 24./25.9.83
2) „taz", 21.9.83; Reagan in „Newsweek"
3) vgl. ausführlich AK 230, S.28/29
4) „SZ", 22.9.83
5) „SZ", 20.9.83
6) „SZ", 6.9.83
7) „NZZ", 3.2.93
8) „NZZ", 22./23.5.83; „SZ", 18.5.83; „taz", 16.5.83
9) „Le Monde", „LM", 12.8.83
10) „SZ", 20./21.8.83
11) „NZZ", 14./15.9.83
12) „SZ", 26.7.83
13) „LM", 16.8.83
14) „SZ", 17./18.9.83
15) „NZZ", 20.9.83; „taz", 19.8.83
16) „SZ", 6.9.83
17) „NZZ", 22.9.83
18) „LM", 20.9.83
19) „taz", 14.9.83
20) „SZ", 25.9.83
21) entfällt
22) „SZ", 30.8.83
23) „SZ", 3./4.9.83
24) „SZ", 15.9.83
25) „SZ", 19.9.83, 22.9.83
26) „SZ", 24./25.9.83
27) „LM", 20.9.83
28) „FR", 24.9.83
29) „taz", 5.9.83, Interview mit dem PFLP-Sprecher Bassam Abu Sharif
30) „NZZ", 30.9.83
31) „FR", 27.9.83; „NZZ", 28.9.83
32) „SZ", 6.9.83
33) „FAZ", 1.6.83

26) „SZ", 24./25.9.83
27) „LM", 20.9.83
28) „FR", 24.9.83
29) „taz", 5.9.83, Interview mit dem PFLP-Sprecher Bassam Abu Sharif
30) „NZZ", 30.9.83
31) „FR", 27.9.83; „NZZ", 28.9.83
32) „SZ", 6.9.83
33) „FAZ", 1.6.83

34) „NZZ", 25./26.9.83
35) „FR", 20.9.83
36 „LM", 23.9.83
37) die „taz" berichtete das wiederholt
38) „taz", 30.9.83



Ein „Ledernacke" auf Posten in Beirut

Auf nach Bremerhaven und Nordenham

„Es ist 5 vor 12: In wenigen Wochen will die US-Regierung Pershing II und Marschflugkörper in unserem Land stationieren. Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, soll mit diesen Erstschlagwaffen insbesondere die Bundesrepublik zu einer atomaren Abschußrampe aufgerüstet werden.

Das muß verhindert werden!

Deshalb wollen wir im Herbst mit unseren Aktionen uns dieser menschenverachtenden Politik dort in den Weg stellen, wo ein möglicher Anlandepunkt für die neuen Atomwaffen ist: in Bremerhaven und Nordenham. Hier werden große Mengen von Militärmaterial bis hin zu atomaren Waffen umgeschlagen. Darüber hinaus befindet sich in Bremerhaven der Sitz des „Military Sealift Commands", das für die US-Streitkräfte den Nachschub organisiert."

Mit diesen Sätzen beginnt der Aufruf für die vom 13. bis 15. Oktober geplanten Aktionen in Bremerhaven und Nordenham. Als Ziel der Aktivitäten wird formuliert: *„den Alltagsablauf in dieser zentralen militärischen Drehscheibe kurzfristig zu unterbrechen, um zu zeigen, daß wir eine Politik, die die Vernichtung der halben Menschheit einkalkuliert, nicht widerstandslos hinnehmen".*

Mit der Herausgabe dieses Aufrufs, der Verbreitung von Plakaten, Infos, usw. gehen jetzt die Vorbereitungen für die Auftaktaktion der herbstlichen Aktionswoche der Friedensbewegung in die heiße Phase. Manchen Unkenrufen zum Trotz, die die Entstehung dieses Projektes begleiteten, und im Wesentlichen unbeinträchtigt von den zähen Positionskämpfen, die die Diskussion in den zur Vorbereitung geschaffenen Gremien über weite Strecken bestimmten, ist damit — nicht zuletzt aufgrund der praktischen Vorarbeit der Initiativen vor Ort — eine Aktion in Gang geschoben, mit der von vielen Seiten hohe Erwartungen verknüpft werden.

„Für den 13. - 15. Oktober streben wir eine Kombination verschiedenster Widerstandsebenen an, die in einem Gesamtkonzept zusammengefaßt sein sollen. Dabei wollen wir sowohl neu gewonnene oder noch zu gewinnende Mitstreiter — etwa aus der Gewerkschaftsbewegung — einbeziehen, als auch Raum geben für die massenhafte demonstrative Praktizierung unseres Widerstandsrechts," heißt es im Aktionsrahmen. Ob diese Ansprüche auch eingelöst werden, das steht allerdings noch nicht so ganz fest. Der Teufel steckt auch hier natürlich im Detail. So wird gegenwärtig von DKP-Kreisen ein Heidetheater um die Blockade in Nordenham veranstaltet, wo sie auf keinen Fall „länger als 1, 2 Stunden" blockieren wollen, weil das „nicht mehr zu vermitteln" sei, denn dort würde ja
ren wollen, weil das „nicht mehr zu vermitteln" sei, denn dort würde ja
nicht nur Munition umgeschlagen. Das auch von KOFAZ-Kreisen im Zusammenhang mit der „Nachrüstung" gern verwandte Motto von der notwendigen „Intensivierung des Widerstands" droht im Lichte solcher Abwiegelei zur einen Sprechblase zu verkommen. Es ist durchaus möglich, daß bei einer verstärkten Pressekampagne gegen die Aktionen in Bremerhaven und Nordenham — vgl. etwa ein Spiegel mit seiner skrupellos zusammengerührten Autonomen-Story — die Zahl der Wankelmütigen noch zunimmt ... Das gilt auch für die Demonstration in Bremerhaven, wenn behördlicherseits mit Restriktionen und Verboten daran gegangen wird, die Konfliktpunkte in den Griff zu bekommen. Aber selbst wenn sich trotz aller Bermühungen einzelne Abspaltungen nicht verhindern lassen sollten, gilt doch insgesamt die alte Brokdorf-Erfahrung, daß die Pressehetze und staatliche Einschüchterungsmaßnahmen die Mobilisierung eher stimulieren als abschwächen.



Was läuft wo, wann, wie?

Bremerhaven

13.10.	7 Uhr	Beginn der Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Weddewarden
14.10.		Fortsetzung der Blockade
15.10.	9 - 11 Uhr	Sammeln auf dem Wilhem-Kaisen-Platz (Stadthalle) Musikprogramm
	11 Uhr	Sammeln bei der Anne-Frank-Schule in Weddewarden für die Teilnehmer der Weddewarden-Route
	11 Uhr	Kundgebung. Es sprechen: — ein Vertreter der BIFA (Begrüßung) — ein Vertreter der Unterweser-Initiativen — ein Vertreter des Regionalausschusses-Nord — zwei Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen (PLO und Kurdistan)
	12 Uhr	Abmarsch der Demonstration zur Carl-Schurz-Kaserne
	17 Uhr	Rückmarsch zur Stadthalle

Die Routen der Demonstration:
A Stresemannstraße — Wurster Straße
b Hafenstraße — Wiener Straße — Bgm.-Smidt-Straße — Roter Sand — Hafen
C Durch Weddewarden

Sammelpunkte (außer Wilhelm-Kaisen-Platz):
Bahnhof Lehe: für alle, die per Bahn anreisen.
Parkplatz Schiffahrtsmuseum: für alle, die von der westlichen Weserseite kommen.
Anne-Frank-Schule, Weddewarden: für Teilnehmer aus dem Landkreis Cuxhaven und aus Schleswig-Holstein (Fährbenutzer).

Die Teilnehmer, die über Bahnhof Lehe und Schiffartsmuseum eintreffen, begeben sich von dort zum Wilhelm-Kaisen-Platz und nehmen an der Kundgebung teil.
Die in Weddewarden Versammelten demonstrieren „autonom" zur Kaserne.

Nordenham

13.10.	10 Uhr	Beginn des Aktionstages
14.10		Blockade des Midgard-Hafens. Die genaue Dauer wird noch festgelegt.

Was läuft?

In Bremerhaven beginnen die Blockaden am 13.10. um 7. Uhr an allen Toren der Carl-Schurz-Kaserne, eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn der GIs und der deutschen Zivilangestellten. Es soll rund um die Uhr im Schichtsystem blockiert werden. Die einzelnen Schichten entscheiden dabei autonom — innerhalb des Aktionsrahmens — über die Ausgestaltung ihrer Blockadeschicht. Ein Entscheidungsmodus für Beschlüsse, die alle Blockadeure betreffe, muß noch gefunden werden. Wie im einzelnen auf Polizeieinsätze reagiert wird, ist ebenfalls noch nicht ausdiskutiert — klar ist allerdings, daß eine weiträumige Absperrung der Kaserne durch die Polizei gleichzeitig die Lahmlegung des Container-Terminals bedeuten würde — das bringen einfach die Verkehrsverhältnisse mit sich.

Die Blockade des Munitionshafens in Nordenham wird aller Voraussicht nach nur an einem Tag, dem 14.10., stattfinden, wobei die Dauer noch umstritten ist. Am 13.10. soll ein vorbereitender Aktionstag in Nordenham stattfinden. Blockiert werden soll das Haupttor sowie die Bahnhofsausfahrt des Midgard-Hafens, wobei diskutiert wird, dort Beschäftigte durchzulassen und sich auf den Versuch der Blockade des Güterverkehrs zu beschränken.

Die **Demonstration am 15.10. in Bremerhaven** beginnt um 11.00 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz, danach wird in zwei Zügen zur Carl-Schurz-Kaserne
zwei Zügen zur Carl-Schurz-Kaserne
demonstriert, die per Umzingelung total blockiert werden soll. Ein zusätzlicher Zug führt von Weddewarden aus zur Kaserne (siehe dazu die nebenstehende Skizze).

Konkretere Absprachen über das Geschehen an der Kaserne gibt es bisher nicht und wird es auch nicht geben — falls Orientierungshilfe gebraucht wird, ist der Aktionsrahmen zu Rate zu ziehen. Auf Polizeisperren soll durch Umgehen und/oder eigene Blockaden reagiert werden, zusätzlich werden dezentrale Aktionen an militärischen Einrichtungen angedroht. Ob auch der Einsatz von eigenen Materialblockaden zulässig sein soll, darüber wird noch eifrig gestritten. Ebenso wie bei der Blockade ist aber auch hier deutlich ausgesprochen, daß weiträumige Polizeiabsperrungen zwangsläufig zur Totalblockade des gesamten Hafens führen werden.

Mobilisierung auch in den Gewerkschaften

Daß der DGB-Vorstand die Aktionen in Bremerhaven und Nordenham nicht unterstützt, weil sie seinem Diktat der Aktionsformen wie der Inhalte entzogen sind, ist bekannt.

Bemerkenswerter ist die Haltung örtlicher und regionaler Gewerkschaftsgliederungen. Hier gibt es zur Zeit lebhafte Diskussionen und einige erfreuliche Beschlüsse. Richtig in Gang gebracht hat diese Diskussion übrigens der Bremerhavener ÖTV-Kreisvorstand mit einer großformatigen Anzeige zum Anti-Kriegstag, in der die Nichtbeteiligung der ÖTV an den Aktionen in Bremerhaven/Nordenham bekanntgemacht wurde.

Daß diese Aussage der Stimmung an der Basis nicht entsprach, sollte sich bald zeigen:

— Der Vertrauensleutekörper des Zentralkrankenhauses Reinkenheide forderte den ÖTV-Vorstand auf, die für den 15.10. angesetzte Kreisdelegierten-Konferenz zugunsten einer Beteiligung an der Demonstration zu verschieben. Eine ähnliche Forderung erhob auch der Arbeitskreis Soziales in der ÖTV.
— 50 Unterzeichner wandten sich in einem scharf gehaltenem Leserbrief gegen die Distanzierung ihres Vorstands.
— Zur Zeit läuft eine Unterschriften- und Geldsammlung in der ÖTV für eine größere Anzeige mit einem Aufruf zu den Herbstaktionen.

Die GEW Bremen und Bremerhaven ruft inzwischen zur Demonstration am 15.10. auf und begrüßt die Blockaden an den Tagen zuvor. Darüberhinaus sind eine Reihe gewerkschaftlicher Gremien in den jeweiligen örtlichen Friedensbündnissen vertreten und so in die Mobilisierung eingebunden. Alles in allem keine so schlechte Ausgangsbasis dafür, eventuellen weiteren Störmanövern und Distanzierungen aus dem Bereich der ÖTV, in der ja auch die Bediensteten der US-Army erfaßt sind, zu begegnen.

KB-Gruppe Bremerhaven

Alle Informationen sind bezogen auf den Zeitpunkt der Abfasssung des Artikels. Für alle aktuellen und weitergehenden Informationen empfehlen wir, das Info des Unterweserausschusses zu bestellen, von dem bisher 2 Ausgaben erschienen sind (Nr. 1 ist vergriffen). Das 3. erscheint in der Woche, in der auch diese Zeitung herauskommt. Alle Nachfragen und Bestellungen an
Infobüro Herbstaktionen c/o
FKK Roter Sand
Bürger 209
2850 Bremerhaven
0471/412340

Eine spezielle Informationsstelle für Nordenham ist

Ruth und Alwin de Buhr
Wartfelder Str. 54
2890 Nordenham
04731/7483

Der Fünf-Minuten-Coup des DGB

Mit seinem Beschluß, die bundesdeutschen Arbeiter und Angestellten am 5. Oktober in der Zeit von 11.55 Uhr bis 12 Uhr zur Arbeitsniederlegung unter dem Titel „5 Mahnminuten für den Frieden" aufzufordern, versucht der DGB-Bundesvorstand noch einmal elegant die Kurve zu kratzen. Ihm lagen bereits Beschlußanträge der Gewerkschaften Druck und Papier sowie der GEW vor, in denen eine 15-minütige „Arbeitspause" gegen die Nato-„Nach"rüstung gefordert wurde und zwar nicht in Konkurrenz, sondern in terminlicher Übereinstimmung mit der Friedensbewegung, die bekanntlich im Rahmen ihrer Aktionswoche den 19. Oktober als Widerstandstag der Betriebe bestimmt hat.

Die Anträge von der IG-DruPa und der GEW griffen den einige Wochen zuvor vom zukünftigen IGM-Vize Steinkühler in die Diskussion gebrachten Streikvorschlag auf und zeigen, daß es innerhalb des DGB hierfür eine Basis gibt. Die jüngsten Landesparteitagsbeschlüsse aus der SPD in Sachen „Nach"rüstung hätten hier noch für eine weitere Dynamik gesorgt.

Zum Handeln gedrängt soll der jetzige Fünf-Minuten-Beschluß ein Ventil öffnen mit dem Kalkül seiner Initiatoren, die Diskussion um politische Streiks gegen die Raketenstationierung wieder vom Tisch zu bekommen.

Einen Erfolg kann der DGB-Vorstand mit Sicherheit schon jetzt für sich verbuchen: Einzelgewerkschaften oder namhafte DGB-Funktionäre werden nunmehr kaum den Alleingang versuchen, neben dem 5. auch noch zu gesonderten betrieblichen Streikaktionen für den 19. Oktober aufzurufen.

Den betrieblichen Friedensinitiativen, die am 10. September zu ihrem ersten Kongreß nach Dortmund gekommen waren, ist somit ein erfolgversprechendes Konkurrenzunternehmen entgegengesetzt worden. Die noch vor dem Bundesvorstandsbeschluß datierte Aufforderung der IGM-Führung zur Einberufung von Vertrauensleute-, Jugendvertreter- oder Betriebsversammlungen zum gleichnamigen Thema am 19. Oktober läßt hier zwar noch gewisse Ausgestaltungsmöglichkeiten, kann die neugeschaffene Situation grundsätzlich aber kaum verändern.

Dies könnte sich allerdings dann ändern, wenn der DGB-Aktion von den Kapitalisten dicke Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Von dieser Seite ist allerdings schon im Vorfeld signalisiert worden, daß sie an einer Eskalation am 5. Oktober nicht interessiert ist. Die Bundesregierung will den DGB ebensowenig im Regen stehen lassen. Sie stellt sogar *„mit Genugtuung"* fest, daß der DGB-Aufruf zum 5. Oktober die *„typische politische Einäugigkeit von Apellen der sogenannten Friedensbewegung"* nicht mitmacht. Nun ist diese Ausgewogenheit erstens keine allzu neue Feststellung, zum anderen dürfte klar sein, daß der Streitpunkt, um den es geht, derzeit nicht am DGB-Aufruf ausgefochten wird. Die großbürgerliche Presse begrüßt besonders, daß der DGB mit der Festlegung seines eigenen Termins *„einen Trennungsstrich"* zur Friedensbewegung gezogen hat. Gleichzeitig wird allerdings befürchtet, daß die *„Machtprobe"* („FAZ", 9.9.) innerhalb der Gewerkschaften mit dem *„Fünf-Minuten-Kompromiß"* keineswegs beendet sei. Als Gefahr wird weiter gesehen, daß der *„Betriebsfrieden"* in Gefahr geraten und damit eine Ent-

Fortsetzung nächste Seite



5 MAHN-MINUTEN FÜR DEN FRIEDEN
MITTWOCH, 5.OKT.1983 11.55 UHR - 12.00 UHR

Schluß mit dem Rüstungswahnsinn!

Forts. von vorheriger Seite

wicklung eingeleitet werden könnte, deren Ende *„nicht absehbar"* ist.

Momentan muß man den DGB wohl gewähren lassen, so der gegenwärtig gemeinsame Nenner der Herrschenden, um Weitergehendes am 19. Oktober zu verhindern und um den gemäßigten Gewerkschaftsfunktionären den Rücken zu stärken. Rappe, Keller, Döding oder alle die anderen Gewerkschaftsrechten vom Nato-Fanclub, für die der Fünf-Minutenbeschluß bereits ein Alptraum sein dürfte, müssen momentan schon einiges schlucken.

Vielleicht sind die absolut dämlichen Versuche des gemäßigten Flügels, den Fünf-Minuten-Streik als eine völlig harmlose Sache darzustellen, auch als Trost an sie gedacht. All die anderen „Vergleiche" mit zurückliegenden politischen Streikaktionen, die allsamt unter dem Banner strammen Antikommunismus und zur Stärkung der Kalten-Kriegspolitik Adenauers dienten (wobei der Streik gegen das erste Nachkriegs-Betriebsverfassungsgesetz geflissentlich ausgelassen wird!), muß der Gewerkschaftsrechten doch als Wehrmutstropfen erscheinen. Bei Kapitalisten und Regierung dürften diese Versuche, sich als Gralshüter politischer Unschuld und Vorkämpfer des Antikommunismus aufzuspielen, ein müdes Lächeln hervorrufen, denn — so fragt man sich — was haben Beispiele für eine Politik der Unterstützung der Herrschenden mit der aktuellen Auseinandersetzung zu tun, wo es — wenn auch nur für fünf Minuten — doch darum geht, g e g e n eine, und zwar existenzielle poltische Frage für die Herrschenden, Stellung zu beziehen?

DGB-Schulterschluß mit der Friedensbewegung?

Eigentlich hatten es die DGB-Oberen sich mit der Friedensbewegung ganz anders vorgestellt.

Gerade zwei Jahre ist es her, als der DGB-Jugend verboten wurde, als Mitveranstalter der Bonner Großdemonstration am 10. Oktober 1981 aufzutreten. Und auch noch 1982 hatte die Gewerkschaftsspitze betont, daß sie es gar nicht nötig haben, sich an andere Aktionsbündnisse und Gruppen „anzuhängen", schließlich seien ja die Gewerkschaften seit jeher die größte Friedensbewegung.

Dieser Kurs strikter und selbstherrlicher Abgrenzungspolitik hätte vor dem Hintergrund der großen Mobilisierungserfolge und breiten Sympathie der Friedensbewegung, der sich inzwischen längst, vorwiegend jüngere Gewerkschaftsmitglieder, angeschlossen hatten, zu einer weiteren Isolierung des DGB beigetragen. Dies war dann auch der Anlaß einer ersten zaghaften Öffnung des DGBs zu Teilen der Friedensbewegung.

Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete die DGB-Jugend einen Kongreß in Köln, zu dem erstmals — wenn auch die Teilnehmerliste seinerzeit auf Intervention von Oben noch rigoros zurechtgestutzt worden war — Spitzen-

Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete die DGB-Jugend einen Kongreß in Köln, zu dem erstmals — wenn auch die Teilnehmerliste seinerzeit auf Intervention von Oben noch rigoros zurechtgestutzt worden war — Spitzen-

funktionäre der Gewerkschaft mit Vertretern verschiedener Strömungen in der Friedensbegung zusammengebracht wurden.

Im Juni 83 sah die offizielle Beschlußlage im DGB dann folgendermaßen aus: Schwerpunkt gewerkschaftlicher Friedensaktivitäten sollten dezentrale Aktionen und Veranstaltungen auf Orts- und Kreisebene am 1. September, dem traditionellen Antikriegstag, sein.

Am 4. und 5. Oktober sollte dann eine internationale Friedenskonferenz stattfinden und schließlich wollte der DGB sich an den am 22. Oktober von der Friedensbewegung geplanten Großdemonstrationen in Bonn und Stuttgart unter bestimmten Bedingungen beteiligen (eigene Redner, strikte Gewaltabsage). Für die Hamburger Demo wurde ein entsprechender Beschluß zunächst ausgesetzt, da die Veranstalter dem DGB keine Garantie für absolute Gewaltfreiheit hatten geben können. Die in der Zwischenzeit erfolgte Zusage wurde nun in der vorletzten Woche unter einem nichtigen Vorwand wieder zurückgezogen. Eine Unterstützung der dezentralen Aktivitäten während der Friedensaktionswoche lehnte der DGB ab, da diese praktisch seinen Einflußmöglichkeiten entzogen sind.

Mit den Beschlüssen vom Juni hatte der DGB inzwischen offiziell die Linie der Abgrenzung und des Führungsanspruchs gegenüber der Friedensbewegung aufgegeben, natürlich nicht vorbehaltlos, sondern zugunsten der staatsloyalen Strömungen. Wichtig in der politischen Diskussion dieser Zeit innerhalb der Gewerkschaften war der Generalstreikvorschlag La Fontaines, der zu zahlreichen positiven Beschlüssen auf unterer DGB-Ebene führte.

Die DGB-Führung — von den Herrschenden immer wieder zu einer strikten Ablehnung dieses Vorschlags gedrängt — hielt sich zunächst im Hintergrund. Sie ging offenbar davon aus, daß sich die Diskussion aufgrund der für jeden offensichtlichen Undurchführbarkeit eines Generalstreiks in der jetzigen Situation von selbst ad absurdum führt.

Als schließlich weitere Gliederungen der Gewerkschaften (IG Druck und Papier, IG Metall, HBV) und sogar der Gewerkschaftskongreß Kunst Generalsreikbeschlüsse verabschiedet hatten, erklärte der Bundesausschuß des DGB den Generalstreik einstimmig als *„völlig abwegig"*. Die IG Druck und Papier erklärte zwischenzeitlich noch, man dürfte sich die Waffe des Generalstreiks nicht aus der Hand nehmen lassen („druck und papier", 12/83), aber so richtig los ging die Debatte um politische Streiks erst wieder mit dem Steinkühler-Vorstoß für eine 10 bis 15 minütige Arbeitsniederlegung am 19. Oktober. Diesmal war es nicht der *„ungebetene Ratschlag von außen"*, sondern ein bekannter Funktionär, der von innen die Arbeitsverweigerung als gewerkschaftliches Kampfmittel in politischen Streitfragen in die Debatte einbrachte. Kein Vorschlag zum Generalstreik zwar, aber eine gewerkschaftliche Protestform von erheblicher Signalwirkung und im Gegensatz zu diesem aktuell durchaus realisierbar.

Vor dem Hintergrund der Beschlüsse für diesen Steinkühler-Vorschlag sah sich die DGB-Führung ein weiteres mal veranlaßt, ihren ursprünglichen Fahrplan vom Juni um einen weiteren Punkt, den Fünf-Minuten Vorschlag, zu erweitern, um diese Angelegenheit erst einmal vom Tisch zu bekommen.

Von Kurzstreiks zum Generalstreik?

Der mit den Strategiedebatten der Gewerkschaften recht gut vertraute Müller-Vogg von der „FAZ" vertritt die Einschätzung, daß die Rechnung der DGB-Führung, durch Demonstrationsaufrufe die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um Generalstreiksbeschlüsse zu beenden, nicht aufgegangen sei. Vielmehr fühlten sich die Funktionäre des linken DGB-Spektrums (Mahlein, Steinkühler, Götz oder Hensche) durch den „Schulterschluß" des DGB mit der Friedensbewegung weiter ermuntert. Ihr Drängen im DGB auf Aktionen in Übereinstimmung mit dem Zeitplan der Friedensbewegung diene der Demonstration der Gemeinsamkeit mit dieser, *„um den Aufbau eines 'fortschrittlichen Bündnisses' außerhalb des traditionellen Parteienspektrums"* voranzutreiben. Die „Kurzstreik-Befürworter" — zu diesem Zeitpunkt waren damit die Befürworter des Steinkühler-Vorschlags gemeint — hätten deshalb auch nicht aus prinzipiellen Erwägungen — wie etwa die DGB-Spitze — in der Generalstreikdebatte nach dem Vorschlag La Fontaines verhältnismäßig schnell nachgegeben, sondern weil sie reali-

aus prinzipiellen Erwägungen — wie etwa die DGB-Spitze — in der Generalstreikdebatte nach dem Vorschlag La Fontaines verhältnismäßig schnell nachgegeben, sondern weil sie reali-

stisch genug seien zu erkennen, daß derzeit dafür die Basis nicht vorhanden ist.

Deshalb wollten diese nun, wie Hensche sich äußerte, eine *„lange Stufenfolge des Protests"* absolvieren, bis der Generalstreik eine Mehrheit finde. Eine erste Stufe sollte nun am 19. Oktober genommen werden. Eine formaljuristische Begründung, so Müller-Vogg, *„wird als Begründung der Ablehnung des Steinkühler/Mahlein-Plans nicht ausreichen"* („FAZ", 7.9.83), vielmehr müsse der DGB-Vorstand hier laut und deutlich Position beziehen. Was er — zwar nicht laut, aber auch nicht minder deutlich — inzwischen mit seinem Konkurrenzunternehmen am 5. Oktober auch gemacht hat.

Mit dem Fünf-Minuten-Kompromiß, so derselbe Müller-Voggjetzt in der „FAZ"-Ausgabe vom 9. September, sei zwar ein erfreulicher Trennungsstrich gezogen worden, jedoch könnten jene Gewerkschaftsfunktionäre, *„die so etwas wie ein 'Transmissionsriemen' zwischen 'Friedensbewegung' und Gewerkschaften bilden"*, gleichwohl zufrieden sein: *„Immerhin sind sie inzwischen stark genug, daß der DGB an ihrem Verlangen nach Aktionen nicht mehr vorbeikommt und lediglich noch die Termin-und Wortwahl beeinflussen kann"*. Inwieweit dieser — von Müller-Vogg sicherlich etwas überzeichnete — Druck jetzt anhält, wird u.a. auch vom Gelingen des 19. Oktobers abhängen. Zündstoff innerhalb des DGB an der Friedensfrage wird es in nächster Zeit also noch genug geben, z.B. an der Frage der Volksbefragung.

Vo.

Mitten in Frankfurt:
Pershing-Montage

Am 21.9. teilte die Fraktion der GRÜNEN im Frankfurter Römer in ihrer Presseerklärung Nr. 54/1983 mit:

„In Frankfurt-Hausen, Rossittenerstr., befindet sich ein US-Militärgelände, dem eine weit größere Bedeutung zukommt, als gedacht.

Das US-Gelände ist das „Hausener Pershing-Gelände". Auf diesem Gelände werden — ohne Wissen der Öffentlichkeit — seit Jahren in einer fabrikmäßigen Einrichtung und einem Depot Montage-, Wartungs- und Aufbewahrungsarbeiten für die Pershing I durchgeführt.

Mit in Hausen, auf dem Hausener Pershing-Gelände werden Raketenteile gelagert.

Wir haben nicht nur feststellen müssen, daß mitten in Frankfurt seit Jahren Pershing I gewartet werden, sondern daß: mitten im Ballungsraum Rhein-Main sich in Frankfurt auf dem „Hausener Pershing-Gelände" ein Montage-, Ausrüstungs- und Depot-Gelände für Pershing II befindet; und daß: Pershing-Teile über den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen eingeflogen werden.

Schlußfolgerungen der GRÜNEN IM RÖMER:

Mitten im Rhein-Main-Ballungsgebiet liegt ein Pershing-Gelände, auf dem seit Jahren Pershing I gewartet werden. Die dazu gehörigen Pershing-Teile kommen aus den USA über die US-Air-Base auf dem Rhein-Main-Flughafen.

Aus unseren Unterlagen geht hervor, daß auf dem Hausener Gelände nun auch Wartungs- und Montagearbeiten für die Pershing II stattfinden werden. Das Gelände wurde in den letzten Monaten intensiv darauf vorbereitet: innerhalb des durch Mauer und Stacheldraht gesicherten US-Geländes wurde ein innerer Sicherheitsring in Form eines zweiten Stacheldrahtzaunes gezogen. Nachts gehen mit Maschinenpistolen bewaffnete Wachen in dem Sicherheitsstreifen zwischen den zwei Umzäunungen Streife unter Scheinwerferlicht.

Alle unsere Belege — so z.B. die deutlich adressierten Pershing-Kisten für das „Hausener Pershing Modification-Zentrum" deuten darauf hin, daß Frankfurt durch dieses Hausener Pershing-Gelände eine zentrale Funktion im Rahmen der Nato-„Nach"rüstung in Bezug auf die Pershing II hat. Frankfurt bekommt eine Drehscheibenfunktion:

Von Frankfurt aus können die Pershing II auf M.A.N- 10-Tonnern zu jedem beliebigen (Stand)ort in der Bundesrepublik transportiert werden und sie können von diesen M.A.N.-10-Tonnern als Abschußrampe aus von jedem beliebigen vermessenen Punkt aus — sei es ein Waldweg oder ein Fußballplatz — abgeschossen werden. Pershing II sind auf keine Weise „stationierungsgebunden".

Es ist nicht nur so, daß alle Menschen in Frankfurt genau wie alle anderen Menschen in der Bundesrepublik von der Nato-„Nach"rüstung bedroht sind.

tionierungsgebunden".
Es ist nicht nur so, daß alle Menschen in Frankfurt genau wie alle anderen Menschen in der Bundesrepublik von der Nato-„Nach"rüstung bedroht sind.

Sondern direkt in Frankfurt, in einem dicht besiedelten Gebiet, befindet sich ein Montage-, Ausrüstungs- und Depot-Gelände für Pershing II. Dort wird montiert, gewartet, was später hunderttausende von Menschen töten soll.

Die Genfer Verhandlungen haben für die US-Militärs keine reale Funktion. Die Verhandlungen überdecken, daß die Nato-„Nach"rüstung bereits begonnen hat. Der Zeitablauf richtet sich nicht nach den Abrüstungsverhandlungen, sondern nach dem technologischen Stand der Waffentechnik und den Interessen der Militärs.

30 m entfernt vom Kleingartenverein Schönhof e.V., 300 m entfernt von der Straßenbahnhaltestelle am Industriehof (Linie 18, 21, 22) und 3000 m entfernt vom Hauptbahnhof befindet sich das Hausener Persing-Gelände."



Besichtigung und Umrundung Vor dem US-Pershing Gelände US-Pershing

Die Belege, die die GRÜNEN zur Untermauerung ihrer Behauptungen vorlegten, waren von der Art, daß sie der Gegenseite die Lust am Dementieren raubten: Fotos des Geländes aus verschiedenen Perspektiven; Fotos von Transportkisten z.B. mit der Aufschrift „Pershing Cylinder Assembly"; Fotos von Kisten mit Liefer- bzw. Frachtscheinen unter Angabe des Vertriebsweges (via Rhein Main Flughafen); Fotos von im Gelände befindlichen MAN-Raketen-Transportern einschließlich des exakten Nachweises, daß es sich um denjenigen Typ handelt, der für die Pershing II entwickelt wurde; Fotos von neuen Bau- und Sicherungsmaßnahmen auf dem Gelände; Vergleichsfotos vom Firmengelände von Marietta in Florida; Firmendokumente von Marietta, und schließlich sogar die Zeugenaussage eines Besuchers in Hausen.

Aber den besten Beweis liest man häufig aus der Art und Weise heraus, wie die verantwortlichen Politiker dementieren. Führen wir sie der Reihe nach — von unten nach oben — vor. Schiere Verzweiflung mußte beispielsweise den Frankfurter Oberbürgermeister und gescheiterten CDU-Spitzenkandidaten der Hessenwahl, Walter Wallmann, gepackt haben, als er erklärte, erstens wisse er von der Pershing-Montage in „seiner". Stadt nichts, und zweitens w o l l e er auch gar nichts darüber wissen. Dies machte sich in der Fernseh-Sendung „Vier Tage vor der Wahl" besonders gut. Wir kennen eine derartige Reaktion bereits aus Hattenbach, derjenigen osthessischen Gemeinde im Fulda-Gap, die in amerikanischen Atomkriegs-Manövern als „Ground Zero" ausersehen ist.

ge vor der Wahl" besonders gut. Wir kennen eine derartige Reaktion bereits aus Hattenbach, derjenigen osthessischen Gemeinde im Fulda-Gap, die in amerikanischen Atomkriegs-Manövern

Dort brachte der einheimische Bürgermeister den klassischen Spruch: *„Einem Schwein, das geschlachtet werden soll, sage ich doch auch nicht, daß es zur Schlachtbank geführt wird"*. Diese nicht nur politisch, sondern auch psychologisch interessante Reaktion (**no future**) hören wir uns noch in einer weiteren Variante an und zwar von Erich Helmensdorfer, seines Zeichens Chef des Frankfurter Lokalteils der „FAZ" (Ausg. v. 23.9.) und eine der größten Knalltüten im bundesdeutschen Pressewesen seit Boenischs Weggang von „BamS". Helmensdorfer will Wallmanns Statement ausführen und bemüht, um Selbstsicherheit zu demonstrieren, einen luftig-leichten Schreibstil:

„Die letzte Enthüllung ist der angebliche Standort einer amerikanischen Raketenwerkstatt in Hausen. Na und? Schließlich ist die Bundesrepublik Mitglied der NATO und irgendwo werden Raketen und anderes scheußliches Kriegsgerät schon lagern. Für diese Erkenntnis muß man nicht, wie die Grünen es taten, in das „Haus des Straßenverkehrs" widerrechtlich eindringen, sich auf der Damentoilette einschließen, um von dort aus nach Spionenmanier Fotos zu machen. Selbst wenn irgendwo Atomwaffen verwahrt sind, ist das kein Grund, sich zu erregen. Wie die Grünen aus der Hiroshima-Broschüre sicher wissen, ist die Wirkung derart verheerend, daß es völlig gleichgültig ist, wo sie abgelegt sind. Nebenbei gibt es Zeitgenossen, die lieber auf einer Atombombe schlafen würden als einen bombenbastelnden Terroristen zum Wohnungsnachbarn zu haben".

Der hessische Ministerpräsident Börner, bereits im Besitz negativer Erfahrungen mit volksmundigem Sprachgebrauch („Dachlatte"), schätzte diesmal besser ein, was er seinem Wahlvolk schuldig war. Er erklärte sich für unwissend, verlangte aber umgehend „volle Aufklärung" von den Amerikanern und der Bundesregierung. So richtig der besorgte und energische Landesvater, den man sich wünscht. Börner kam damit besser an, ist aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit der größere Heuchler. Frecher lügt doch derjenige, der Wissensdurst vortäuscht über eine Sache, die ihm in Wirklichkeit längst bekannt ist, als derjenige, der sich zur Verdrängung bekennt und mit eingekniffenem Schwanz hinzufügt, er habe ja bisher noch gar nichts verdrängen müssen, da er (angeblich) nichts wußte.

Sache, die ihm in Wirklichkeit längst bekannt ist, als derjenige, der sich zur Verdrängung bekennt und mit eingekniffenem Schwanz hinzufügt, er habe ja bisher noch gar nichts verdrängen müssen, da er (angeblich) nichts wußte.

Nun ja, diese Dementis lassen tief blicken, nicht zuletzt in die Persönlichkeitsstruktur der Dementeure. Wie schön dagegen, daß bei diesem unserem Bundeskanzler Helmut Kohl die Dinge immer ganz einfach liegen. Wie der Mann über die eigenen Beine stolpert, ist unübertroffen. Kohl sagte „seinen Soldaten" beim Manöverbesuch im Oberhessischen: was die GRÜNEN da behaupten, sei alles erstunken und erlogen. Witzig wird die Sache jedoch erst dadurch, daß sich sein Regierungssprecher Jürgen Sudhoff vor der Bundespressekonferenz durchaus a n d e r s ausdrückte. Demnach würden z u r Z e i t weder Pershing Z w o im Bundesgebiet montiert noch befänden sich bereits Teile der Raketen im Land. Eine Erklärung wird als Dementi verkauft, die gar kein Dementi ist. Was die GRÜNEN beweiskräftig darlegten, war, daß auf dem Hausener Gelände alles startklar für die Montage gemacht worden ist. Ob damit bereits begonnen wurde, ob morgen oder in zwei Wochen damit begonnen wird — das wissen sie nicht, das können sie als kleine Oppositionspartei wohl auch kaum in Erfahrung bringen, und das ist in Wirklichkeit auch nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, daß mitten in Frankfurt ein Nervenzentrum der Pershing-Stationierung sitzt, und daß dieses Nervenzentrum Ende dieses Jahres seine Aufgaben wahrnehmen wird, falls das durch die Friedensbewegung und alle vernunftbegabten Menschen nicht verhindert wird. Nicht ein einziger Politiker hat nur einen halbwegs ernsthaften Versuch gemacht, diesen Kern der grünen Enthüllung zu bestreiten. Demnach weiß die kritische Öffentlichkeit, woran sie ist.



Halle und Gelände für Pershing in Frankfurt (September 1983)

Wie weiter nach den Herbstaktionen?

Am Wochenende des 8./9.10. soll in Bonn (in den Rheinterrassen ab 11 Uhr) ein Treffen aller Koordinationsausschüsse (Nord/Süd/Bonn) mit Interessierten stattfinden, auf dem die nächste Aktionskonferenz (am 29./30.10.) vorbereitet werden soll. Es wird also ein erstes Diskussionstreffen über weitere Planungen der Friedenskräfte sein.

Schon im August erschien aus dem Spektrum gewaltfreier Kräfte im BAF („Bundeskongreß autonomer Gruppen") ein Papier dazu („Rosa Bloch-Papier"), das wir hier dokumentieren wollen. (s. Anmerkung dazu). Darin wird eine Dauerblockade an einem Raketenstationierungsort (oder mehreren) vorgeschlagen und gleichzeitig dazu aufgerufen, dem Staat durch vielfältige Aktionen die „Loyalität aufzukündigen". Zur Diskussion darum hat es zwei Treffen im unabhängigen Spektrum gegeben, das letzte Arbeitsgruppentreffen fand am vergangenen Wochenende statt. Dort wurde beschlossen, eine überarbeitete Fassung auf dem Bonner Treffen vorzulegen.

Zum einen soll angesichts der Planung der Raketenbetreiber, auf jeden Fall mit der Stationierung beginnen zu wollen, ein ergänzender Katalog inhaltlicher Forderungen hinzukommen. Zum anderen trat der Kreis nach verschiedenen Diskussionen dafür ein, am besten einen zentralen Ort in Bonn zu besetzen, von wo aus verschiedenste Aktionen unternommen werden könnten.

Erst zum geplanten Stationierungsbeginn hin sollten Beobachtung und Blockade an den Stützpunkten ausgeweitet werden. Ausschlagegebend dafür war die Einschätzung, daß eine Blockade am Standort nicht dauerhaft durchzuhalten wäre, zumal für ein solch zentrales Unternehmen mit polizeilicher Räumung zu rechnen wäre.

Im weiteren geben wir eine Stellungnahme zum ‚Rosa Bloch-Papier' wieder, die wir der „FriZ", „Antimilitaristischen Allgemeinen" entnehmen (einer Zeitung aus den Reihen der Hamburger Friedenskoordination). Einzelne Kritikpunkte zum Rosa Bloch-Papier sollen in dem überarbeiteten Entwurf Eingang finden.

Anmerkung: Vom Rosa Bloch-Papier gibt es verschiedene Versionen: Die ursprüngliche Fassung ist in gekürzter Fassung in der FriZ Nr. 0 wiedergegeben, eine gemeinsam überarbeitete Fassung eines größeren Kreises wurde dann inzwischen zur Grundlage genommen. Diese Fassung erschien leicht gekürzt in der „taz", die wir hier übernehmen.

Massenhaft Loyalität aufkündigen!

Mit den vielfältigen Aktionen bis zum 22. Oktober wird sich die Friedensbewegung abermals verbreitern und an politischer und moralischer Autorität gewinnen. (...)
Es ist allerdings schon jetzt absehbar, daß diese Aktionen, weil sie alle zeitlich limitiert und daher für die Herrschenden kalkulierbar sind, nicht ausreichen werden, die selbstherrliche Parlamentsmehrheit und die Bundesregierung von ihren mörderischen Absichten abzubringen. (...) Parlamentarische Spielräume zur Verhinderung der Raketenstationierung sind bei einer realistischen Einschätzung wohl auf Null reduziert, eine Legitimationskrise der Herrschenden ist kaum erreichbar. (...)
Die physische Verhinderung der Raketenstationierung wird die Friedensbewegung nicht durchstehen können. Eine solche Strategie würde obendrein keineswegs Radikalität in die Friedensbewegung und in die Bevölkerung hineintragen, sondern den radikalen Teil vom übrigen Teil der Friedensbewegung und erst recht von der Bevölkerung trennen und ihn in die Isolation treiben. Wir brauchen nicht die Isolation, sondern die Verbreiterung der Radikalität.
Wenn es stimmt, daß der Versuch einer physischen Vehinderung der Raketenstationierung uns von unserem Ziel eher entfernt, ein unbefristeter Generalstreik ein frommer Wunsch bleibt und die vorhandenen systemimmanenten Widerstandsspielräume nicht ausreichen werden, um die drohende Atomkriegsgefahr zu bannen und einen wirklichen Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen, dann bleibt der Friedensbewegung einzig und allein der Weg offen, sich neue Spielräume zu schaffen.
Die breit verankerte Aufkündigung der Loyalität gegenüber den Herrschenden in unserem Lande wird unvermeidlich zu jener Widerstandsform, die geeignet ist, den unerschütterlichen Willen von Hunderttausenden, ja Millionen von Menschen gegen die Raketenstationierung und für wirkliche Abrüstung unter Beweis zu stellen. (...)

Große Euphorie ist unangebracht und hinderlich. Für die Herbeiführung einer von den Herrschenden spürbaren Loyalitätskrise gibt es keinerlei Garantie. Als ermutigend wirken allerdings Tendenzen in der Bundesrepublik, die den politischen Handlungsspielraum der Friedensbewegung nachhaltig positiv beeinflussen. Das aufrüstungpolitische Bündnis von Reagan, Kohl, Genscher hat für einige Klarheit zwischen den Fronten gesorgt. Die Stationierungentschlossenheit dieses Bündnisses hat vielen Zweiflern die Illusion genommen. Unverbesserliche Aufrüster innerhalb der Sozialdemokratie sind gegenwärtig in der Defensive. Sozialdemokraten, die in gutem Glauben mit der Aufrüstung die Abrüstung in Gang setzen wollten, denken heute nicht mehr so. Bei jener sozialdemokratischen Minderheit, die nie auf die Falle „Aufrüsten um abzurüsten" hereinfiel, ist die Bereitschaft, mehr Widerstand zu leisten, spürbar gewachsen. Nach dem Sturz der Schmidt-Regierung stehen diese Sozialdemokraten nicht mehr in einem Loyalitätskonflikt zu ihrer Partei. Es kommt jetzt darauf an, die eindeutigen Stationierungsgegner in der SPD für radikalere Widerstandsformen zu gewinnen. (...)
Die Aktionswoche im Oktober wird den moralischen, psychischen und politischen Höhepunkt der Friedensbewegung darstellen. Dieser Höhepunkt darf nicht ins Leere laufen. Wir dürfen den Widerstand nach dem 22. Oktober nicht unterbrechen und dessen Fortsetzung vom Zeitplan der Raketenstationierung und allerlei taktischen Manövern der NATO abhängig machen. Eine Verschiebung des Stationierungstermins kann uns nicht trösten, sie kann auch technisch bedingt sein. Alle bisher diskutierten Lösungen: Zwischenlösung, Waldspaziergangslösung etc. sind Scheinkompromisse. (...) Nicht der Stationierungstermin des einen oder des anderen Waffensystems, sondern die **Aufrüstungsentschlossenheit der NATO** sollte als Kriterium für den zeitlichen Verlauf unseres Widerstandes zugrunde gelegt werden. Und diese Entschlossenheit ist durch den NATO-Stationierungsbeschluß vorgegeben. (...)

Überlegungen für einen Aktionsvorschlag

Die überregionalen Massenaktionen sind von kurzer Dauer und werden alsbald auch ein Ende haben. Sie alle setzen voraus, daß Menschen sich für einen oder mehrere Tage aus ihren Arbeits- und Lebenszusammenhängen lösen und an einigen zentralen Orten das geballte Widerstanspotential sichtbar machen. Ist der Schwerpunkt aller Protest- und Widerstandsaktionen bis zum 22. Oktober auf einige Höhepunkte außerhalb des eigenen Arbeits- und Lebensbereichs orientiert, so wird es ab diesem Datum notwendig sein, den umgekehrten Weg zu gehen: alle bis dahin überregional gesammelten Erfahrungen müssen in die eigenen Arbeits- und Lebenszusammenhänge, in die Städte und Gemeinden, Schulen, Volkshochschulen und Universitäten, Betriebe, Kirchen etc. verlagert werden. Ab dem 23. Oktober wird unser entschiedenes NEIN zur Raketenstationierung durch den alltäglichen Widerstand geprägt sein. Abgestufte und alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen ansprechende Protest- und Widerstandsformen des Alltags rücken fortan in den Vordergrund: bundesweit verabredete Schweigestunden, gleichzeitiges Vesammeln vor den Rathäusern, um der Toten des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, Abbuchungen von den Sparkonten bzw. massenhafte Kündigungen von Sparkonten, Arbeitsverweigerungen und Streikaktionen, auch wenn dies erst nur vereinzelt möglich ist, Hungerstreik und Besetzung von bedeutsamen lokalen Einrichtungen bis zu Aktionen, die geeignet sind, das öffentliche Leben spürbar zu beeinträchtigen, ja notfalls auch lahmzulegen, vorausgesetzt, diese Aktionen sind vermittelbar und werden von der Bevölkerung akzeptiert — dies sind Beispiele des alltäglichen Widerstandes, die um andere wirksamere und phantasievollere Beispiele erweitert werden können. (...)
Der vollständig dezentralisierte alltägliche Widerstand bedarf keiner generalstabsmäßigen Koordination (dies wäre auch weder möglich noch nützlich). Es wird auch nicht an Aktionsideen fehlen, die beliebig aneinandergereiht werden könnten. Was fehlt ist der Funke, der die flächendeckenden Protest- und Widerstandsaktionen erst auslöst, ist der Motor, der die vielerorts lebenden Menschen in Bewegung setzt, ist das Bindeglied, das die unzähligen Glieder einer Widerstandskette miteinander verbindet, ist das Herz, das dem Körper, der gesamten Widerstandsbewegung ununterbrochen neue Nahrung gibt und aus ihr neue Nahrung bezieht, ist das Orientierungs-, Identifikations- und Integrationssubjekt, auf das sich auch Widerständler aus den entlegensten Regionen beziehen und über das sie sich wechselseitig moralisch-psychologisch stärken können.
Als ein solcher nationaler Kristallisationspunkt käme die unbefristete Blockade eines politisch/militärischen oder militärisch/logistischen Standortes in Frage: z.B. die Hardthöhe in Bonn, die NATO-Befehlszentrale in Stuttgart oder der besonders wichtige Stationierungsstandort in Neu-Ulm, auf jeden Fall also Standorte mit zentraler und symbolischer Bedeutung für die Aufrüstung. Denkbar wäre dazu auch eine befristete Auftaktaktion, z.B. eine dreitägige Blockade der US-Air-Base in Ramstein, die in die darauffolgende unbefristete Blockade eines der oben genannten Standorte übergeht.
Ab 23. Oktober wird der noch zu bestimmende Standort dauerhaft blockiert. Daran nehmen Friedensbewegte aus vielen, vielen lokalen Friedensinitiativen, überregionalen Gruppen, Berufsgruppen, Prominente, Bundestags- und Landtagsabgeordnete teil. Für die Dauerhaftigkeit der Blockade sorgt ein Rotationssystem. Die lokalen Friedensinitiativen und Berufsgruppen übernehmen schon jetzt Patenschaften für den Blockadestandort und stellen bald durch verbindliche Namenslisten fest, in welchem Umfang und wieviele Tage sie in Rotation an der zentralen Blockade teilnehmen werden. Das Rotationssystem wird gewährleisten, daß die aktive Teilnahme der lokalen Initiativen an der Blockade für sie befristet und kalkulierbar und die Blockade selbst dennoch dauerhaft gemacht wird. Die Teilnahme von Vertretern der Friedensinitiativen an der zentralen Blockade ist gleichzeitig auch eine Verpflichtung für die am Ort gebliebenen Friedensfreunde, sich durch geeignete Aktionen vor Ort mit der zentralen Blockade zu solidarisieren. Die Blockadeteilnehmer könnten sogar als eine quasi moralische Instanz die Autorität gewinnen, die Bevölkerung periodisch zu geeigneten neuen Protest- und Widerstandsformen aufzurufen. Alle in Städten und Gemeinden entstandenen neuen Aktionsideen können auf jeden Fall an dem zentralen Blockadeort ausgetauscht werden. Die rotierenden Blockierer werden so zu einem Transmissionsriemen, zu einem Träger von Kommunikation und Erfahrung, der den alltäglichen Widerstand unzähliger Menschen miteinander organisch verbindet.
Die aktive Behinderung des Alltags der Aufrüstungsmaschinerie an einem zentralen Ort, die unsere Widerstandsentschlossenheit und unseren Abrüstungswillen zum Ausdruck bringen soll, ist kein Selbstzweck. Die zentrale Blockade und der alltägliche Widerstand an Tausenden von Orten bilden eine Einheit, wobei es entschieden darauf ankommt, daß der dezentralisierte alltägliche Widerstand entfaltet wird. Scheitert letzterer, so verliert die zentrale Blockade ihren Sinn. Erhält der dezentrale Widerstand eine Eigendynamik, wird die um sich greifende Loyalitätsaufkündigung zu einem Selbstlauf, so dürfte der zentrale Kristallisationspunkt längerfristig überflüssig werden. So oder so dürfte die zentrale Blockade nicht zu einer Entscheidungsschlacht werden. Würde der Staat versuchen, die zentrale Blockade, das Herzstück des Widerstandes, mit aller Gewalt aufzulösen, so werden wir den Kristallisationspunkt unseres Widerstandes an einen neuen Ort verlegen. Flexibilität und Spontaneität unseres Widerstandes sollen bewahrt bleiben.
Der Kristallisationspunkt und das Herzstück unseres umfassenden Widerstandes müssen schon jetzt vorbereitet, das Rotationssystem aufgebaut und Patenschaften übernommen werden. Dazu bedarf es der Bildung einer überregionalen und für alle Strömungen der Friedensbewegung offenstehende vorläufige Vorbereitungsgruppe, die in Zusammenarbeit mit den regionalen Initiativen des Blockadestandortes die ersten Schritte einleitet und sich alsbald an die gesamte Friedensbewegung wendet. Die Vorverlegung der Aktionskonferenz der gesamten Friedensbewegung vom Monat November auf spätesten die erste Oktoberwoche wird so fast unvermeidlich werden.

Rosa Bloch

Kann der Widerstand überleben?

Die bisherigen Vorstellungen zum Widerstand gegen die „Nachrüstung" — soweit es sich dabei um mehr handelt als bloße Gedankenspiele — enden bei den Großaktionen in der zweiten Oktober-Hälfte. Daß *nach* diesem Datum eine weitere Phase des Widerstandes folgen muß, dürfte trotzdem allgemein in der Friedensbewegung anerkannt sein. Daß diese nächste Phase in der Praxis, zumindest aber in ihrem eigenen Anspruch mehr sein muß als eine Weiterführung der bisherigen Widerstandsformen, daß sie *qualitativ* etwas Neues bringen müßte, dürfte ebenso allgemein auf Zustimmung stoßen. Wobei unterhalb dieser (scheinbaren) Übereinstimmung selbstverständlich im Konkreten sehr umstritten sein wird, welche praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen sind.

Im Rosa Bloch-Papier sind im wesentlichen zwei eng miteinander verbundene Vorschläge gemacht worden:
1. Eine Veralltäglichung und Vermassung des Widerstands. Das heißt, Aktionsformen, die von Hunderttausenden oder Millionen Menschen in ihrer alltäglichen Umgebung durchgeführt werden können und für viele Menschen praktikabel und akzeptabel sind.
2. Eine Dauer-Blockade an einem noch zu vereinbarenden militärischen Standort. Funktion der Dauer-Blockade soll es vor allem sein, auslösender „Funke" und treibender Motor für den massenhaften Alltagswiderstand zu sein.

Hierzu ein paar teils kritische, teils ergänzende Überlegungen.

Überlegungen zur Weiterführung des Widerstands müssen von den wirklichen Bedingungen ausgehen und diese zum Gegenstand ihrer Analyse machen. Die Alternative dazu sind Phantastereien, die sich zwar sehr schön lesen (z.B. der Plan eines „Weltgeneralstreiks" in der „taz") aber leider nicht realitätstüchtig sind. Frage also: Wieweit sind die Vorschläge des Rosa Bloch-Papiers durchführbar, auf welche vorhandenen Kräfte und Meinungen stützen sie sich, auf welche Bündnispartner in der Friedensbewegung rechnen sie?

Zum ersten Ziel des Vorschlags: Die Verstärkung des alltäglichen Widerstandes wird nach den Oktober-Aktionen vermutlich ein allgemeines Schlagwort in der Friedensbewegung sein. Dies einfach deshalb, weil die Aktionen dieses Jahres eine erhebliche Mobilität und Streßsituation für alle Akteure bedeuten, die — vor allem auf Massenebene — nicht pausenlos so weitergehen können. Die Bewegung muß gewissermaßen zur „Normalität" zurückkehren, was für viele Bewegungsfunktionäre wohl auch gleichbedeutend mit einer möglichst geschickten Organisierung und Demagogisierung der Abschlaff- und Endphase des Kampfes gegen die „Nachrüstung" sein wird. Die „Verlagerung unseres Widerstandes" in den Alltag kann also vermutlich auf breiteste Zustimmung rechnen, nur daß sie in der Praxis sehr unterschiedlich gemeint sein wird. Wir sind in dieser Hinsicht wahrscheinlich skeptischer als Rosa Bloch, was aktuell die Chancen betrifft, Millionen von Menschen zu qualitativ neuen und kontinuierlichen Widerstandsformen im Alltag zu motivieren und zu organisieren. Beantworten läßt sich diese Frage selbstverständlich erst in der Praxis. Es lohnt sich also, den vorgeschlagenen Versuch zu unternehmen. Wir teilen aber von vornherein nicht den bei Rosa Bloch anklingenden alt-avantgardistischen Gedankengang: Hier die tendenziell schon zu radikalen Aktionsformen bereitstehenden Millionenmassen, die es nur noch seitens einer aktiven „Vorhut" initiierend in Bewegung zu bringen und in Gang zu halten gilt.

Insofern sehen wir auch den zweiten Teil des Vorschlags, die Dauer-Blockade, nicht in *dieser* zentralen Funktion, die sie im ‚Rosa Bloch Papier' hat. Mit dieser Einschränkung soll aber keineswegs bestritten werden, daß eine (oder auch mehrere?) dauerhafte Blockaden (und Besetzungsaktionen?) eine Rolle für das Bemühen um die Kontinuität und den inneren Zusammenhalt einer politischen Bewegung spielen kann/können.
Stimmen aus der Friedensbewegung — insbesondere auch von Sprechern der Grünen — lassen darauf schließen, daß es ein verbreitetes Unbehagen über den allzu offensichtlich rein symbolischen und praktisch wirkungslosen Charakter vieler Widerstandsaktionen gibt. Ins Leere laufende Blockaden werden von einem Teil der Akteure als sinnlos und unbefriedigend empfunden. In Konsequenz werden Aktionen gefordert, die *wirklich* etwas bewirken. Das ist sicher in der Friedensbewegung bzw. in deren Beschlußgremien — und auf diese kommt es wesentlich an, wenn Aktionen geplant werden — alles andere als mehrheitsfähig, aber es ist eine Strömung, mit der als Trägerin einer Dauer-Blockade praktisch gerechnet werden kann.

Wichtig ist, sich die Entwicklungsmöglichkeiten und Risiken dieses Vorschlags vorher klar zu machen. Wenn eine Dauer-Blockade als spezielle Aktionsform politisch wirken soll, dann nicht als ein Wanderzirkus, der quer durch die BRD heute hier und übermorgen dort gastiert, sondern durch die dauerhafte Behauptung *bestimmter* Plätze. Es bringt propagandistisch-psychologisch nicht sehr viel, wenn der Standort der Blockade dauernd in Bewegung ist. Jedenfalls transportiert das ins öffentliche Bewußtsein nicht das Signal „Dauer-Blockade". Daraus resultiert ein Dilemma: Entweder läßt der Staatsapparat die Blockade ins Leere laufen, wie gehabt. Dann dürfte die Dauer-Blockade bald vor allem nach innen psychologisch nicht durchzuhalten sein („Frust"!). Oder — und das scheint uns sehr viel wahrscheinlicher — der Staat setzt auf zügiges und konsequentes Abräumen. Diese Variante erscheint uns die wahrscheinlichere, weil der strategische Stellenwert gerade *dieser* Blockade für den Staat von vornherein klar ist, so daß die Polizei-Logik dazu treiben wird, das Entstehen eines solchen harten Widerstandskerns schon im Ansatz zu zerschlagen. Unter solchen Bedingungen eine Dauer-Blockade zu verwirklichen, scheint uns extrem schwierig, wenn auch nicht unmöglich. Sie wird aber unserer Einschätzung nach vermutlich nicht in der dauerhaften Einrichtung eines „Widerstandsdorfes" (Typ Gorleben oder Startbahn West) bestehen, sondern in der möglichst kontinuierlichen Demonstration unseres *Willens*, die Blockade aufrechtzuerhalten. Das heißt, nach jeder Räumung durch die Polizei müßten wieder Aktive bereitstehen, um die Blockade erneut zu beginnen. (Eine Rundreise quer durch die BRD von einem geräumten Blockadeort zum nächsten scheint uns, s.o., weniger zweckmäßig.) Über die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sollte von vornherein Klarheit bestehen.

Wie es etwa laufen könnte: Eine Dauer-Blockade könnte sich die Aufgabe stellen, die Stationierung der Pershing II an einem ganz bestimmten, hinreichend sicher feststehenden Standort verhindern zu wollen. Sie könnte etwa Anfang Dezember beginnen. Es müßte darauf hingewirkt werden, daß in der Presse die Frage des Stationierungsbeginns zentrales Thema ist („Wann kommen die Raketen?" — „Wie kommen die Raketen?" — „Wohin kommen die Raketen?" usw.). Auf jeden Fall würde so eine maximale öffentliche Aufmerksamkeit für den direkten materiellen Vorgang der Raketenstationierung geschaffen werden.

Sind die Raketen stationiert, so wäre zu überlegen, eine Dauerblockade an einem Ort in Gang zu setzen, der erstens größtmögliche Öffentlichkeit garantiert und zweitens „logistisch" relativ günstige Voraussetzungen für das Durchstehen einer Daueraktion in der härtesten Jahreszeit bietet. Der politische Effekt ist möglicherweise direkt am Regierungssitz in Bonn größer als an einem Militärstandort. Zu denken wäre daran, daß sich permanent — umschichtig — einige hundert Menschen in Bonn „häuslich niederlassen" und dort für kontinuierliche Unruhe sorgen, insbesondere auch mit Blick auf die ausländische Öffentlichkeit. Die Aktionen könnten im Einzelnen eine Vielfalt von Formen annehmen: Go-ins bei Bundestagsfraktionen, Botschaften, Presseagenturen; Blockaden vor verschiedenen Institutionen; Aktionen im Bundestag selbst; großes Lagerfeuer auf dem Marktplatz; Prominenten-Aufmärsche usw. usf. Es müßte sozusagen jeden Tag irgendetwas Neues passieren und das tatsächlich kontinuierlich. Eine solche Aktion läuft weder Gefahr, ins Leere zu gehen (die Bundesregierung wird wohl nicht in eine andere Stadt umziehen), noch kann sie polizeimäßig abgeräumt werden.

Es sei aber nochmals betont, daß eine solche Aktion eine enorme kollektive Kraftanstrengung bedeuten würde und daß noch sehr gründlich diskutiert werden müßte, ob so etwas zu leisten ist — zumal sich das etablierte Friedensmanagement solchen Aktionsvorschlägen vermutlich in der Sache scharf — wenn auch vielleicht in der Form eher schleimig — widersetzen wird.

Wladimir Luxemburg

Von der Volksbefragung zum Volksentscheid

Erfreuliche Neuigkeiten gibt es zum Thema Volksbefragung zu melden: Während bislang nur unverbesserliche Sektierer wie der KB (oder — in verballhornter Form — die MLPD) sich für einen Volksentscheid ausgesprochen hatten, kommt ein entsprechender Vorstoß jetzt auch aus dem grünen Spektrum. Konkret ist es die „Initiative Brücke Ost-West", die — laut Briefkopf — unterstützt wird von Joseph Beuys und Ossip K. Flechtheim, Erich Knapp, Heinrich Schirmbeck u.a.. Eine der Hauptfiguren ist Wilfried Heidt, treibende Kraft im anthroposophisch orientierten „Achberger Kreis".

Ist die BRD-Demokratie auf der Höhe der Zeit?

Die Initiatoren nehmen die Frage der Raketenstationierung zum Ausgangspunkt, um prinzipiell die Frage der Demokratie aufzurollen:

„Jetzt wurde der Konflikt um die Raketenstationierung zum Anlaß, die plebiszitäre Ebene in der Auseinandersetzung mit der Regierung zu betreten. Die Friedensbewegung will den „Nachrüstungs"-Punkt nicht einfach als durch das Wahlergebnis vom 6. März pauschal mitentschieden akzeptieren, sondern fordert, darüber eine Volksbefragung durchzuführen. Damit aber ist auch die Grundsatzfrage gestellt, wie wir es in Zukunft generell mit dem plebiszitären Element in der Demokratie der Bundesrepublik halten wollen. Denn so überragend wichtig die „Nachrüstungs"-Problematik auch ist: es gibt eine Fülle anderer lebenswichtiger politischer Fragen, die nicht minder zum Anlaß größten öffentlichen Interesses werden sollten und könnten, wenn die Staatsbürger nur eine Möglichkeit hätten, in den Gang der Dinge einzugreifen. Unabhängig von allem, was im Grundgesetz geschrieben steht, ergibt es sich doch einfach aus dem demokratischen Bewußtsein, wenn es auf der Höhe der Zeit steht, daß wir heute in allen Fragen der „Staatsgewalt" auszugehen haben vom Prinzip der Volkssouveränität. Das heißt: wie auch immer die Formen der indirekten, der repräsentativen oder parlamentarischen Demokratie geregelt sein mögen, die Bürgerschaft des Landes muß, wenn sie es will, jederzeit und im Prinzip zu jeder Frage selbst die letzte Entscheidung treffen können! Wo das nicht gilt, steht man noch nicht voll im demokratischen Zeitalter." (1)

Zur Durchsetzung dieser mehr plebiszitären Demokratie schlagen die Achberger den Erlaß eines „Bundesabstimmungsgesetzes" vor, das genaue Modalitäten festlegt, wie ein Volksbegehren, das zu einem Volksentscheid führt, bundesweit zu handhaben wäre.

Zwei Rahmenbedingungen sind ihnen dabei wichtig:

Modalitäten festlegt, wie ein Volksbegehren, das zu einem Volksentscheid führt, bundesweit zu handhaben wäre.

Zwei Rahmenbedingungen sind ihnen dabei wichtig:

Erstens, daß Befürworter und Gegner einer Initiative in den Medien gleichberechtigt zu Wort kommen.

„Freilich muß bei jedem Schritt in diese Richtung berücksichtigt werden, daß in unserer Zeit des gewaltigen Einflusses der Massenmedien auf die Urteilsbildung der Bevölkerung über die Fragen des öffentlichen Lebens gesetzlich garantiert sein muß, daß Befürworter und Gegner einer abzustimmenden Position gleichberechtigt zu Wort kommen können. Das Grundrecht der Informationsfreiheit schließt nicht nur für die öffentlich-rechtlichen (Rundfunk- und Fernseh-)Anstalten diese Verpflichtung ein, sondern auch für die gedruckte Presse, die in Massenauflage erscheint. Es liegt am Charakter des Massenmediums, daß es sehr leicht zum „Herrschaftsinstrument" wird, dessen „Macht weitaus stärker zu bewerten ist als die der Legislative, der Justiz und der Exekutive (Roger Garaudy), wenn diese Verpflichtung zu objektiver Gleichberechtigung nicht eingehalten wird." (1)

Zweite Bedingung wäre, daß ein Volksbegehren nicht von der Regierung, sondern nur von unten, vom Bürger, (etwa durch ein festgelegtes Unterschriftenquorum) eingeleitet werden kann.

Linke Kritiker haben unrecht

Gegenüber dem in linken Kreisen kultivierten Mißtrauen gegen plebiszitäre Elemente argumentieren die Achberger recht plausibel:

„Vielleicht nimmt dieser Ausblick auf eine direkte Demokratie auf der Grundlage freier und gleichberechtigter Informationschancen auch jenen Befürchtungen den Wind aus den Segeln, die es ja erstaunlicherweise sowohl unter Konservativen wie unter Progressiven, Linken wie Rechten gibt, die da meinen, das „(un)gesunde Volksempfinden" schlage dann seine Kapriolen: „Amis raus" fürchten die einen, „Türken raus" die andern, und die „Todesstrafe" folge auf dem Fuß. Deshalb — wenn schon Volksentscheid, dann bitte nicht über dieses, nicht über jenes. So aber wird man nie zum Ziele kommen. Man sollte und man kann doch Vertrauen haben, daß die Menschen schon vernunftgemäß entscheiden werden, wenn im Prozeß der Urteilsbildung wirklich freie Informationsbedingungen im angedeuteten Sinne herrschen. Andernfalls sollte man sich offen zu einer ‚Diktatur der Weisen' bekennen." (1)

Volksentscheid und Grundgesetz

Die „Initiative Brücke Ost-West" widerspricht der häufig anzutreffenden Behauptung, *„eine ‚Abstimmung' kenne das Grundgesetz nur hinsichtlich der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29). Richtig ist vielmehr, daß für diesen Fall der Volksentscheid bindend vorgeschrieben ist, während er nach dem Wortlaut des Art. 20, Abs. 2 — ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt' — im Prinzip zu jeder politischen Frage möglich sein müßte. Denn wenn der Begriff ‚Abstimmungen' — man beachte den Plural! — in dem angeführten Artikel überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann damit nur die Möglichkeit der Inanspruchnahme der direkten Demokratie durch Volksentscheide gemeint sein. Der Begriff ‚Abstimmungen' steht völlig gleichgewichtig neben dem Begriff ‚Wahlen', und wenn in Begriffszusammenstellungen dieser Art eben auch sachlogische Aspekte zum Ausdruck kommen, dann kann das nur heißen, daß das Grundgesetz die repräsentative (‚Wahlen') und die plebiszitäre (‚Abstimmungen') Demokratie als komplementäre Momente versteht." (2)*

Geschlußfolgert wird daraus, daß ein Bundesabstimmungsgesetz keiner Verfassungsänderung bedarf. Ähnlich wie beim Wahlgesetz (das den Ablauf der Bundestagswahlen regelt) sei dazu nur eine einfache Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nötig.

Volksentscheid und Volksbefragung

Volksentscheid und Volksbefragung

Die bisher betriebene Volksbefragungskampagne wird als eine „Sackgasse" kritisiert:

„Es erscheint uns in der konkreten Situation der Bundesrepublik als ein recht armseliger Standpunkt, wenn man sich — gar noch als fortschrittlich oder gar emanzipatorisch eingestellter Zeitgenosse — nur deshalb auf die Halbheiten bloßer Volksbefragung in der ‚Nach'-Rüstungsfrage zurückzieht, weil — wie man meint — das Grundgesetz die Volksabstimmung nicht kenne oder gar ausschließe."

Die Kritik der Achberger an der Volksbefragung wird im folgenden zu hart, wenn sie dem Volksentscheid vollkommen entgegengestellt wird: Sie sei *„ein Unding — weder Fisch noch Fleisch. Sie paßt weder zum parlamentarischen noch zum plebiszitären Fundament unserer Demokratie. Sie protzt nur mit einer Potenz, die sie nicht hat. (...) Durch eine Volksbefragung könnte allenfalls ein gewisser politisch-moralischer Druck auf ‚besondere Organe', nämlich auf das Parlament, die Legislative und die Exekutive ausgeübt werden" (3)*

Höchst unglücklich ist es, wenn die Initiative nachzuweisen versucht, daß die Volksbefragung — im Unterschied zum Volksentscheid — sogar verfassungswidrig sei. Sie bedient sich dabei auch noch der Argumente von Rainer Barzel, der 1958 einen Gesetzentwurf der SPD zur Volksbefragung (gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr) mit den Worten kritisierte: *„Unser Volk ist nach dem Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes der Souverän. Es ist eine undemokratische Zumutung, amtlich das ganze Volk zu einer unverbindlichen Meinungsäußerung aufzufordern. Wenn sich der Souverän äußert, dann entscheidet er auch. Die Volksbefragung ist kein Rechtsinstitut für eine demokratische Verfassung. Es wäre mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, wenn der Wille des Volkes nur unverbindliche Richtschnur wäre. Volksbefragung ist in der Demokratie tatsächlich Volksentscheid. Unser Volk ist Souverän, nicht Orakel und nicht Hampelmann."* (zit. in 3).

Diesem eher zweifelhaften Demokraten wird bescheinigt, er habe *„überzeugend nachgewiesen, daß die Volksbefragung in Wirklichkeit ein Hohn auf die Demokratie ist."* (3)

Ob dies die richtige Methode und der richtige Kronzeuge ist, um den Gedanken des Volksentscheids in der Friedensbewegung zum Durchbruch zu verhelfen?

Modell Hessen — bundesweit?

Wie kann einer Forderung nach Volksentscheid Nachdruck verliehen werden? Die Achberger machen den interessanten Vorschlag, in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten in den Gesetzen der Bundesländer zu nutzen:

„1. Wir verbinden die Forderung nach der generellen Verfahrensregelung für Initiativen zum Volksentscheid, also die Forderung nach einem Bundesabstimmungsgesetz entsprechend dem Bundeswahlgesetz, mit der Forderung nach einem Moratorium in der Sache „Nachrüstung". Wir fordern die Regierung auf, die Stationierung auszusetzen, bis das Volk selbst entschieden hat, was geschehen soll. Sicher hätte diese Variante den größten Mobilisierungseffekt in der Bevölkerung.

2. In den sieben Bundesländern, in denen die Landesverfassungen die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid — durch Vorlegen von Gesetzentwürfen aus Initiativen von unten — vorsehen, können wir diese Kampagne verbinden mit Initiativen für ein Volksbegehren zum Volksentscheid, wodurch die jeweilige Landesregierung verpflichtet werden soll, über den Bundesrat eine Gesetzesvorlage einzubringen mit dem Ziel, auf diesem Weg a) die Bundesregierung zu dem „Nachrüstungs"-Moratorium und b) den Bundestag zur umgehenden Befassung mit der Aufgabe Volksabstimmungsgesetz zu verpflichten.

Es ist das große Verdienst der Initiative „Hessisches Volksbegehren für den Frieden", auf diese Möglichkeit — den sozusagen basisdemokratisch bewirkten Weg über den Bundesrat — aufmerksam gemacht zu haben. Wir möchten diese Strategie nachdrücklich unterstützen und entsprechende Initiativen auch in den anderen Bundesländern, wo Volksbegehren von der Verfassung vorgesehen sind, anregen." (4)

Bleibt noch anzufügen, daß in vielen Ländern die Voraussetzungen juristisch günstiger sind als in Hessen: Während dort für einen Antrag auf Volksbegehren 120.000 Unterschriften notwendig sind, liegt das entsprechende Quorum in Baden-Württemberg beispielsweise bei lächerlichen 10.000 Unterschriften.

Jürgen / Stuttgart

Kleines Hexenmeisterbrevier des Plebiszitologen und anderer höchst gemeiner Kräfte

In der juristischen Literatur seit knapp 6 Jahren tauchen vereinzelt immer wieder Aufsätze und Dissertationen auf, die sich umfassend und analysierend mit der Einführung oder Zulässigkeit plebiszitärer Elemente auf Bundesebene beschäftigen und meistens auch zu dem Ergebnis kommen, daß hier ein deutliches Manko in unserem demokratischen Alltag existiert. Der Streit geht vornehmlich um die Auslegung von Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes: *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen* (sic!) *...ausgeübt"*. Im folgenden sollen ein paar Aufsätze und Arbeiten kurz in ihren wesentlichen Punkten vorgestellt werden.

1. Albert Bleckmann: „Die Zuverlässigkeit des Volksentscheids nach dem Grundgesetz" (Juristenzeitung v. 7.4.78).

Bleckmann setzt sich gründlich, dogmatisch vor allem mit der Frage auseinander, ob Volksentscheide, deren genauen Charakter er aber nicht näher bestimmt, durch das Grundgesetz verboten sein könnten. Von der Geschichte des Artikels 20 Abs. 2 GG ausgehend entwickelt er die Vorstellung — die wohl mittlerweile ziemlich unumstritten ist —, daß die Verfassung auf dem Willen des heutigen und nicht mehr auf

te des Artikels 20 Abs. 2 GG ausgehend entwickelt er die Vorstellung — die wohl mittlerweile ziemlich unumstritten ist —, daß die Verfassung auf dem Willen des heutigen und nicht mehr auf

dem Willen des historischen Verfassungsgebers beruhen müsse. Eine historische Auslegung des GG sei also nicht ausreichend, um damit die Ablehnung plebiszitärer Elemente zu begründen. Im übrigen sei festzustellen, daß auch vom Parlamentarischen Rat das Referendum zwar nicht aufgenommen worden sei, andererseits aber auch nicht verboten wurde. Ein Verbot plebiszitärer Elemente ließe sich also nur aus einem **Verfassungsvorbehalt** ableiten. Ein Argument für einen Verfassungsvorbehalt könnte z.B. sein, daß durch ein Referendum Fakten geschaffen würden, die den Abgeordneten in seiner „Gewissensfreiheit" beeinträchtigen, weil er praktisch kaum die Möglichkeit habe, gegen den derart bekundeten Volkswillen zu entscheiden. Bleckmann weist aber darauf hin, daß derartige Zwänge ohnedies existierten, z.B. der Fraktionszwang, der Druck bestimmter Interessenverbände etc. Aus Art. 38 ließe sich im Gegenteil sogar die Forderung nach einem Plebiszit ableiten: *„Es kann sein, daß der Druck der Interessenverbände, der Fraktion, der Presse, von Demonstrationen und Bürgerinitiativen so stark wird, daß der Abgeordnete sich ihm durch den Hinweis auf den hypothetischen Volkswillen nicht mehr zu entziehen vermag. Dann verlangt gerade Art. 38 GG ein Referendum zur ‚Befreiung' des Abgeordneten von diesem Druck"*. Als Argumentation gegen ein Referendum hält Bleckmann auch für möglich, daß behauptet wird, diese plebiszitären Elemente könnten gegen das im GG verankerte Rechtsstaatsprinzip verstoßen, indem eine Mehrheit auch totalitär und gegen die Verfassung entscheiden könne: Zwar könne das Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz widersprechende Gesetze verbieten, es sei aber ein derartig starker Druck der Mehrheit denkbar, daß eine solche BVerfG-Entscheidung keine Wirkung mehr hätte. Dem setzt Bleckmann entgegen, daß das Demokratieprinzip trotz dieser Gefahr die Einführung von Referenden erfordere, falls sich herausstelle, *„daß die vom GG geforderte Rückkoppelung der Staatsgewalt am Volkswillen nicht mehr funktioniert, weil etwa die Parteien den Willen des Volkes nicht beachten* (...) (Dann) *kann Art. 20 Abs 2 verlangen, daß andere Mittel der Rückkoppelung des Abgeordneten am Volkswillen entwickelt* (...) *werden"*.

Bleckmann kommt zu dem Schluß, *„daß auch der Verfassungsvorbehalt die Einführung des Referendums durch ein einfaches Bundesgesetz nicht ausschließt. Unzulässig ist nur das Gesetzesreferendum, welches unmittelbar über die Annahme eines Gesetzes entscheidet"* — und das auch nur, wenn keine Verfassungsänderung stattfinde.

2. „Die unmittelbare Teilnahme des Volkes an staatlichen Entscheidungen durch Volksbegehren und Volksentscheid", Diss., Freiburg 1978 von Wolfgang Berger

Bergers Dissertation ist zu dieser Fragestellung wohl das umfangreichste und am gründlichsten Ausgearbeitete. Er untersucht nach der Analyse der verschiedenen Begriffe von Volksentscheid, Volksbegehren und Referen-

Fragestellung wohl das umfangreichste und am gründlichsten Ausgearbeitete. Er untersucht nach der Analyse der verschiedenen Begriffe von Volksentscheid, Volksbegehren und Referen-

dum die verfassungsrechtliche Situation in Österreich, Italien, der Schweiz, der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches", um in einem zweiten Teil die in diesen Ländern und Systemen gemachten Erfahrungen kritisch aufzuarbeiten. Die Erfahrung mit dem Instrument Volksbegehren/Volksentscheid in den Bundesländern der BRD bildet den Abschluß, wobei insbesondere das Volksbegehren „Rundfunkfreiheit" in Bayern ausführlich kommentiert wird.

Italien, Österreich und die Schweiz haben gemein, daß es in diesen Ländern die Möglichkeit zur Gesetzes- bzw. Verfassungsinitiative gibt, womit dort positive Erfahrungen gemacht worden seien. Aufschlußreich sind Bergers Ausführungen zu den Volksbegehren der Weimarer Republik. Das einzige wirklich auf Demagogie und demokratiefeindliche Agitation ausgerichtete Volksbegehren war das von Hugenberg initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan, das insgesamt aber ein Mißerfolg der Rechten geworden sei, weil die notwendige Zahl an Unterschriften von 10 % der Stimmberechtigten kaum erreicht worden sei. Im übrigen seien in allen angestrebten Volksbegehren realpolitische Ansatzpunkte vorhanden gewesen, und alle hätten eine konkrete Lösung von anstehenden Sachfragen zum Ziel gehabt. Sämtliche Volksbegehren zielten darauf ab, die Interessen finanzschwacher, eher unterdrückter Gruppierungen stärker in den politischen Prozeß einzubringen, ob das nun Sparer, Arbeiter, Siedlungswillige, Rentner oder Kriegsopfer waren. Interessant sind auch die Ausführungen Bergers zur Enquete-Kommission Verfassungsreform, die einstimmig zu dem Entschluß gekommen war, die plebiszitären Elemente des Grundgesetzes nicht zu verstärken. Anhand des Schlußberichtes der Kommission weist Berger nach, daß sich die Kommission mit der Frage eines durch Volksinitiative zustandegekommenen Volksbegehrens bzw. Volksentscheids überhaupt nicht befaßt hat. Untersucht wurden nur drei Fälle von Volksentscheid: auf Initiative des Parlamentes, der Regierung und einer Parlamentsmehrheit. Ein Volksentscheid z.B. zur Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses könnte auf diesem Wege nie zustandekommen. Zur Auswertung der Weimarer Erfahrungen merkt Berger kritisch an, daß alle Argumente der Enquete-Kommission gegen das Plebiszit viel stärker auf Wahlen, die personenfixiert ablaufen, zuträfen als auf ein auf Sachfragen zugeschnittenes Volksbegehren. Die Einfügung der Instrumente Volksbegehren/Volksentscheid hält Berger auf Dauer für unverzichtbar.

3. „Volksbegehren und Volksentscheid", Klaus G. Troitzsch, Meisenheim am Glan

Troitzsch' Analyse vergleicht direktdemokratische Verfassungsinstitutionen unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik und der Schweiz. Kernstück seiner Arbeit sind umfangreiche statistische Erhebungen über Nutzung derartiger Instrumente, ihre Auswirkungen, die genauen Stimmenverhältnisse. Damit versucht er, die fol-

Kernstück seiner Arbeit sind umfangreiche statistische Erhebungen über Nutzung derartiger Instrumente, ihre Auswirkungen, die genauen Stimmenverhältnisse. Damit versucht er, die fol-

genden Thesen zu belegen:

Parteien oder Parteikoalitionen, deren Auffassung in einer einzelnen Sachfrage im Volksentscheid unterlegen ist, wurden bei der darauffolgenden Wahl regelmäßig wiedergewählt.

Volksbegehren und Volksentscheid erhöhen den Konsens von Regierenden und Regierten aufgrund einer erhöhten Bereitschaft der Regierung, Reaktionen aus dem Volk zu antipizieren.

VoBe und VoEnt ergänzen das pluralistisch-repräsentative System um Minderheitenrechte.

4. „Volksbefragung — das demokratische Minimum", von Christian Pestalozza in NJW 81, S. 733ff.

Pestalozza hat sich in seinem Buch „Der Popularvorbehalt" ausführlicher mit der Problemstellung auseinandergesetzt. Die Essenz ist aber auch in dem Aufsatz ablesbar.

Pestalozzas Kernthese ist, daß der Demokratieauftrag des Art. 20 Abs. 2 GG bisher unerfüllt geblieben ist. Das GG selbst hätte ihn nicht ausgeführt, zwischen der *„allgemeinen und grundsätzlichen Abstimmungskompetenz des Souveräns, Art. 20 II GG, und der schmalen Einzelkompetenz in Art. 29 GG* (Referendum in Neugliederungsfragen des Bundesgebietes, Anm. E.P.) *besteht eine unübersehbare Diskrepanz."*. Es könne aber niemand seriös behaupten, *„das Grundgesetz habe seine pathetische Zusage der Volksabstimmungskompetenz ausschließlich mit dem konsultativen Referendum in Neugliederungsfragen eingelöst"*. Das demokratische Minimum sei daher eine durch ein einfaches Bundesgesetz zu leistende Einführung einer „konsultativen Volksbefragung", langfristig müsse aber das Instrument Volksentscheid in die Verfassung aufgenommen werden.

Emil Popular

Von Loccum— nach Bloccum

—Dialog geklaut—

Fortsetzung von S. 1

Gesprächsunfähig?

Warum Gespräche mit staatlichen Gewaltträgern ein politischer Irrwitz für die Friedensbewegung sind, solange diese ihre Gewalt nicht deeskalieren, ist vor „Loccum" ausführlich begründet worden. Entsprechend haben die Blockierer die Einladung zum Mittagessen und Gespräch im Tagungsgebäude abgelehnt und von der Akademie gefordert, die Vertreter der staatlichen Gewalt nach Hause zu schicken, um eine Debatte um Kontroversen i n der Friedensbewegung zu ermöglichen. Um diese Forderung zu verstärken, wurden die Eingänge mehr oder weniger „dicht gemacht". Das derart praktizierte Gesprächsangebot lehnten Tagungsleitung und Friedensvertreter ab. Während die Staatsdiener gelassen bis amüsiert die Blockade über sich ergehen ließen (nur Dr. A. Stümper hielt sich in einer Kammer verborgen!), steigerten einige Friedensfunktionäre den Wunsch, ihre Gesprächsbereitschaft den Vertretern des Staates unter Beweis stellen zu können, bis zur Verbissenheit. Geradezu phantastische Vorstellungen darüber, was im direkten, persönlichen Gespräch mit der „Gegenseite" erreichbar sei, wurden geäußert: schließlich habe man ja die besseren Argumente. (Das wollen wir nicht bezweifeln: aber kommt es in diesem Zusammenhang darauf an?) Ihre Empörung richtete sich ausschließlich gegen diejenigen, die mit dem passiven Einsatz ihres Körpers Türen blockierten oder gelegentlich mit Wattbäuschchen warfen. Ganz auf der Linie der „Stuttgarter Erklärung", zu der ja angeblich niemand mehr stehen möchte, erscheint ihnen diese Aktion als unvereinbar mit der „Gewaltfreiheit". Welche Verwirrung der Begriffe das fast missionarische Bekenntnis zur „Gewaltfreiheit" angerichtet hat, bewies Dr. U. Frey (AGDF) angesichts der vollkommen friedlichen Blockade: „Das ist blanker Faschismus!" Wieviel angestaute Wut und Realitätsverlust muß sich in dieser Maßlosigkeit Luft verschafft haben? Dr. Frey bemerkte

angestaute Wut und Realitätsverlust muß sich in dieser Maßlosigkeit Luft verschafft haben? Dr. Frey bemerkte

nicht einmal, daß er mit diesem Ausbruch selbst Zimmermann („Gewaltfreier Widerstand ist Gewalt") übertrifft. Einige Friedensvertreter zeigten sich denn auch peinlich berührt.

Ihre Gemeinsamkeiten fanden sie wieder in einer Erklärung gegen die Blockade (s.u.): *„Gewaltfreiheit (ist) das zentrale Prinzip der Konfliktaustragung... Die Friedensbewegung darf deshalb keine Bündnisse mit Gruppen eingehen, die gewaltsames Handeln nicht ausschließen."* (Sind damit be-



reits alle Gegner der Loccumer Gespräche insgeheim Sympathisanten gewaltsamen Handelns?) Ferner: *„Aus dieser kontroversen Diskussion (um die Anliegen der Friedensbewegung) darf niemand ausgegrenzt werden."* Wie die geplatzte Loccumer Tagung zeigt, sind mit „niemand" selbstverständlich nicht alle Richtungen der Friedensbewegung gemeint, sondern Vertreter staatlicher Institutionen. Also lieber eine vertiefte Spaltung in der Friedensbewegung, als „Ausgrenzung" des Staates aus der Friedensbewegung. Deutlicher kann der Sinn des Loccumer Tagungsversuchs nicht formuliert werden.

cher kann der Sinn des Loccumer Tagungsversuchs nicht formuliert werden.

Im Hintergrund:

Akademie Loccum: Stätte der Begegnung

Die Akademie ist nicht nur eine Bildungs- und Begegnungsstätte der evangelischen Kirche, sie ist ein Betrieb mit vielfältigen Aufgaben und Aktivitäten:

Seit 1982 publiziert die Akademie zusammen mit der „Gesellschaft Evangelische Akademie Niedersachsen" das „Forum Loccum" (dreimal jährlich). Die „Gesellschaft..." ging aus der Arbeit der Akademie selbst hervor, trägt und organisiert in „Haus- und Arbeitskreisen" offensichtlich die Gemeindearbeit im engeren Sinne. Veranstaltet werden Tagungen und Vortragsreihen, der innere Zusammenhalt wird gefördert durch Jahres- und Hauskreisleitertagungen in der Akademie selbst. Die „Gesellschaft..." ist als e.V. organisiert und benutzt das „Loccum Forum" für Mitteilungen, Nachrichten und Berichte aus dem Vereinsleben. Daneben wurde noch der „Förderkreis der Ev. Akademie Loccum" aufgebaut, dessen eigentliches Organ das „Loccum Forum" ist. Die „Loccumer Protokolle" dagegen publizieren laufend Referate, Diskussionen, Teilnehmerlisten und z.T. Pressespiegel der Akademie-Tagungen; Tagungsergebnisse bzw. Beiträge sind auch die Grundlage einiger Bücher, als deren Herausgeber dann die entsprechenden Studienleiter der Akademie fungieren.

Diesen Tagungen verdankt die Akademie ihren bundesweiten, keineswegs nur auf kirchliche Kreise beschränkten Ruf als fortschrittliches Diskussionsforum für politische, ethische und kulturelle Fragen. Mit einem ausgezeichneten Riecher für publicityträchtige Themen und Referenten wird ein Bild der Akademie in der interessierten Öffentlichkeit gezeichnet, dessen offizielle Darstellung lautet: *„Die Akademie hat die Aufgabe, im Auftrag der Kirche an dem Versuch einer verantwortlichen Gestaltung unserer Gesellschaft teilzunehmen. Wir leben in einer Zeit rascher und tiefgreifender Veränderungen... Wir registrieren, vor allem bei jüngeren Mitbürgern, Veränderungen von Werthaltungen und Einstellungen. Wir beobachten Verschiebungen im Parteienspektrum ... Man spricht von der ‚Sinnfrage'... Der Fortschrittsglaube, lange Zeit unbesehen die Gesellschaftsreligion der Industrienationen, hat seine integrierende Kraft in starkem Maße eingebüßt und bedarf der Transformation... Wenn der Dialog zwischen den Generationen und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf unseren Tagungen nicht abreißen soll..."* brauchen wir Knete, heißt es in einem neueren Aufruf zum Erwerb der Fördermitgliedschaft.

Selbstdarstellung und Interesse prominenter Teilnehmer und Eigeninteresse der Akademie wirkten bisher glänzend zusammen, wenn es darum ging, den Ruf der Akademie als gelegentliches, von Experten beschicktes und damit auch politisch wirkungsvolles Forum aufzubauen und zu erhalten. Illustre Referenten und Diskussionsteilnehmer aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirche und Militär, Kultur, Politik und Medien bieten dann auch jederzeit die Gewähr für einen entsprechend gemischten erweiterten Teilnehmerkreis (bei „interessanten" Themen bis zu 130 Personen). Beides zusammen garantert die entsprechende publizistische Verwertung.

Ein Blick auf die Praxis

Bei einer Tagung im April/Mai 82 zum Thema „ Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit. Modelle alternativer Verteidigungspolitik" beispielsweise, kamen zu etwa 15 Referenten und Diskussionsrednern, einschließlich der Crème westdeutscher alternativer Verteidiger wie Afheldt ca. weitere 120 Tagungsteilnehmer. Vertreten waren dabei: Pressereferent der Rüstungsfirma Rheinmetall, die Führungsakademie der BuWe, Planungsstab des Verteidigungsministeriums, Wirtschaftsministerium, Fachschule des Heeres für Wirtschaft, Deutscher Bundeswehrverband und natürlich auch Friedensforscher jeglicher Schattierung, Parteien, Verbände, Presse und Rundfunk, von UZ bis TAZ ...

Es soll hier keineswegs irgendwelchen düsteren Motiven der Akademie selbst nachgespürt werden — von der entsprechenden Seite werden derartige Tagungen ganz von selbst als Fortbildungsveranstaltungen mit hohem praktischem Wert verstanden werden...

Im Vorwort zum Protokoll dieser Tagung formuliert Studienleiter Calließ Glaubensbekenntnisse seiner Akademie: *„Unsere Tagung... soll einer gefährlichen Einengung von Entscheidungs- und Handlungsspielräumen entgegenwirken, indem sie Denkzwänge aufbricht ..."* Die Tagung *„.... stellt sich die Aufgabe, neu über Möglichkeiten nachzudenken, wie zugleich Sicherheit und Friede garantiert werden können..."* Und schließlich: *„Aus diesem Grunde ist es uns besonders wichtig, über die Fragen, die hier anstehen, den offenen Dialog zwischen einzelnen Gruppen unserer Gesellschaft zu vermitteln."*

Der Übergang von der Konfliktpädagogik, deren Grundzüge heutzutage zum Handgepäck des praktizierenden Pädagogen gehören, zur politischen Dummheit und schließlich zur offenen Parteinahme für die herrschende Politik, findet dann statt, wenn sich der Konflikt nicht an die Regeln der Pädagogik hält: Im November 81 fand eine Tagung zum Demonstrationsrecht mit der schon üblichen Besetzung der Teilnehmerplätze statt. Herausragender Diskutant: Heinrich Lummer, der sich gerade die ersten Orden bei der Zerschlagung der Berliner Häuserkampfbewegung verdient hatte. Unter großem Getöse wurde die Tagung gesprengt. Calließ' Fazit in den „Protokollen": *„Der Dialog zwischen Angehörigen unterschiedlicher Gruppen, Inhabern unterschiedlicher Funktionen und Vertretern unterschiedlicher Interessen ist ohne Zweifel immer dadurch belastet, daß die ungleiche Verteilung von Bildung und Information, Macht und Einfluß auch ungleiche Bedingungen für die Teilnahme an eben diesem Dialog schafft. Aber ist damit der Dialog selbst bereits grundsätzlich diskreditiert? Wer gute Gründe dafür sieht, diese Frage zu bejahen, sollte sich zuvor einmal klar vor Augen führen, wie denn die Interessengegensätze und Konflikte ausgetragen und geregelt würden, wenn niemand mehr an die Notwendigkeit und Möglichkeit des Dialogs glaubte. Wer sich aber allen entmutigenden Erfahrungen zum Trotz doch zu der Einsicht durchringen kann, daß es in der Demokratie keine Alternative zum Dialog gibt, der muß auch lernen, sich von Einstellungen und Verhaltensweisen frei zu machen, die seine eigene Fähigkeit zum Dialog blockieren."* Die Fähigkeiten zum Dialog waren im Konkreten natürlich bei den Sprengern der Tagung „blockiert", womit die Verhältnisse wieder klargestellt wären.

Für den, der sich im Auftrag der Kirche wähnt, mag die Möglichkeit und Notwendigkeit eines derartigen Dialogs tatsächlich eine Glaubensfrage sein. Wenn Kriegsvorbereitungen z.B. oder Repression nach innen zu „ungleichen Bedingungen für die Teilnahme am Dialog" verniedlicht werden und g l e i c h z e i t i g im Einklang mit den Kriegstreibern die „unblockierte Dialogfähigkeit" zu dem Prüfstein demokratischen Verhaltens gemacht wird, so ist derjenige schon zum Spielball der herrschenden Politik geworden.

Bremer Friedensforum

Bremer Friedensforum beteiligt sich an Polizeiseminar

Unter dem Motto „Wie verhindern wir den heißen Herbst?" führte die Bremer Innenbehörde ein dreitägiges Seminar für die örtliche Bereitschaftspolizei durch, das juristische, polizeitaktische und psychologische Schulungen sowie praktisches Training umfaßte. Höhepunkt war eine Podiums-Veranstaltung mit „Vertretern der Friedensbewegung", die durch Absprachen zwischen Polizeivertretern und Mitgliedern des Bremer Forums (KOFAZ-Spektrum und Grüne) unter der Schirmherrschaft der evangelischen Kirche vorbereitet worden war.

Auf dem Podium saßen neben einem Bundeswehroffizier und dem Leiter der Bremer Bereitschaftspolizei die drei Bremer „Mini-Leinen": Ziegert (Juso), Jakubowski (DKP) und Thomas (Grüne, Ex-KPD/AO-Ortschef). Nach den Presseberichten waren sie in einer wesentlichen Frage einig: „Gewalt sei kein demokratisches Mittel". Aufhänger für diese Berichterstattung waren Ausführungen der Drei, die in keiner Weise mehr durch die zentralen Aussagen der Unterweser-Initiativen gedeckt werden. So wolle man sich persönlich dafür einsetzen, daß keine Gewalt angewendet wird, wurde versichert; auch nach Polizeiübergriffen sei Gewalt ausdrücklich ausgeschlossen worden und dergleichen mehr. Das politische Ziel der Herbstaktionen wurde zusätzlich umgefälscht in eine Aussage, die eher einem Kardinal Höffner zu Gesicht gestanden hätte: Zweck der Aktion sei, die Politiker auf den Rüstungswahnsinn aufmehrksam zu machen...

Empörung

Einige Tage vor der Polizei-Veranstaltung hatte es aus Anlaß der Loccum-Gespräche im Unterweser-Ausschuß eine ausführliche Debatte zum Thema Polizeigespräche gegeben, als deren Ergebnis eine Erklärung verabschiedet wurde, in der „Gespräche mit der Polizeiführung und dem Innensenator" außer zu dem Zweck der Demonstrations-Anmeldung ausdrücklich abgelehnt werden. Der springende Punkt dabei: in Hinblick auf die zu dem Zeitpunkt schon geplante Polizeiveranstaltung war von den späteren Podiumsteilnehmern mit Nachdruck gefordert worden, den ursprünglich verwendeten Begriff „Polizei" durch „Polizei führung" zu ersetzen; ihre beabsichtige Teilnahme an der Polizeiveranstaltung verschwiegen sie jedoch. Die unabhängigen Kräfte im Unterweser-Ausschuß sind schlicht gelinkt worden just von den Leuten, die sonst bei jeder Gelegenheit von „gegenseitigem Vertrauen als Basis für jede Zusammenarbeit" schwadronieren.

Die Empörung war ensprechend groß; von einzelnen Forums-Mitgliedern, der BAL, der Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei", dem Uni-AStA und den autonomen Gruppen wurde harsche Kritik formuliert. Die BIFA hatte sich schon vorher ausdrücklich gegen derartige Aktivitäten ausgesprochen. Sogar das „Spitzengremium" der norddeutschen Friedensbewegung, der Regionalausschuß Nord, legte daraufhin fest, daß seine Mitglieder außerhalb der Polizeiabsprachen für die geplanten Demonstrationen nicht befugt seien, an Polizeigesprächen und -Seminaren teilzunehmen.

Im Unterweserausschuß selbst wurde bisher eine eindeutige Stellungnahme verhindert — die Unterweserkonferenz wird sich am 2. Oktober mit dem Thema beschäftigen müssen.

Rückzugsmanöver

Inzwischen scheint den Beteiligten die Angelegenheit aber doch um einige Grade zu heiß geworden zu sein.

Klaus Jakubowski (DKP) erklärte, an keinen weiteren Veranstaltungen dieser Art mehr teilnehmen zu wollen, ähnlich äußerte sich Siegfried Ziegert (Juso). Der Vertreter der Grünen im Ausschuß, Thomas, verbreitete eine vorsichtigte Distanzierungserklärung. Allerdings war Gegenstand dieser „Selbstkritik" weder die Erkenntnis, hier als willkommenens Trainingsobjekt für polizeiliche „Befriedungstaktiken" gedient zu haben, noch die Bedauerung, (ungewollt) Instrument der staatlichen Spaltungsstrategie gewesen zu sein. Vielmehr sei es der einzige Fehler gewesen, die verfälschende Berichterstattung der bürgerlichen Presse nicht ausreichend einzukalkulieren, so daß die Absicht, „knallhart die Positionen der Friedensbewegung" zu vertreten und so den „einfachen Polizeibeamten zu überzeugen", in der Öffentlichkeit nicht rübergekommen sei.

Gestandene „Funktionäre der Friedensbewegung" mit teilweise über 10jähriger politischer Praxis sollen sich über Funktionen und Arbeitsweise der bürgerlichen Medien im Unklaren gewesen sein? — So billig sollte mensch die Bremer „Mini-Leinen" nicht aus der Verantwortung entlassen!

KB/Gruppe Bremerhaven

Kurzbericht — Zweites Gespräch über Möglichkeiten der Deeskalation von Umweltdemonstrationen am 24. März 1983 — Stuttgart, Waldhotel Degerloch

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Gastgeber: Kirchenrat Wolfgang Kilger, Evangelisches Landespfarramt, Stuttgart

Vorsitzender: Dr. Benno Weimann, MdL NW, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.

Moderator: Oberkirchenrat Dr. Rolf Krapp, Kirchenamt der EKD, Hannover

Nach einem Grußwort von Herrn Kilger eröffnete Herr Dr. Weimann die zweite Beratungsrunde. Herr Dr. Krapp führte erneut durch das Gespräch.

Die Teilnehmer erklärten sich mit der Zielsetzung einverstanden, die Themen der ersten Zusammenkunft schwerpunktmäßig zu vertiefen. Anzustreben sei, Ansätze für eine Übereinkunft über ein praktisch handhabbares Konfliktmanagement zu finden. Wesentlich für den Erfolg der Gespräche sei die Bereitschaft zu gegenseitigem Vertrauen und Verständnis füreinander.

Mit den anwesenden Journalisten wurde vereinbart, von einer Presse- oder Funkberichterstattung über das Treffen abzusehen.

Die Veranstaltung wurde mit drei bzw. Kurzreferaten eingeleitet (ausführliche Zusammenfassung siehe Anlagen).

Ergebnisse der Aussprache auf der Grundlage der abgegebenen Statements

Die wesentlichen in der Diskussion vorgetragenen Standpunkte werden im folgenden — wie im Kurzbericht über das erste Treffen — zu Gruppen zusammengefaßt. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die einer Gruppe zugeordneten Aussagen nicht ohne weiteres die Auffassung aller Gruppenmitglieder widerspiegeln müssen.

Stellungnahmen aus der Gruppe „Umweltverbände/-Bürgerinitiativen"

- Mißerfolge im Prozeß politischer Entscheidungsfindung werden, soweit es sich um politische Tagesfragen handelt, akzeptiert. Dagegen können Niederlagen in fundamentalen Fragen des Überlebens oder in Gewissensfragen nicht widerstandslos hingenommen werden.
- Der Grund für die Vehemenz, mit der die Umweltverbände ihre Anliegen vertreten, liegt vor allem in der Dimension der Probleme („Gefährdung der Lebensgrundlagen"). Er liegt aber auch in der Feststellung, daß vielfach Scheindiskussionen geführt werden, die keine Handlungsfolgen haben. Die Hoffnungen auf Einsicht und Engagement der Politiker sind minimal. Um ein Fortschreiten der Umweltzerstörung zu verhindern, werden Pressure-Groups gebraucht.

Liste der Angemeldeten (Stand: 22.3.1983)

Name, Vorname	Titel	Entsendende Stelle
01. Berger, Marianne	Sekretärin	Ev.Ldspfr.f.Pol.u.Verk., Stuttgart
02. Darweger, Karl-Heinz		Südwestfunk Baden-Baden
03. Fleischer, Lutz	Dipl.-Ing.	Badenwerk AG, Abt. Informat. u. Presse, Karlsruhe
04. Haßdenteufel, Bernd	Erzbischöfl. Oberrechtsrat	Kath. Büro, Stuttgart
05. Hoffmann, Wolfhard	Polizeioberrat Stellvertr.Direktor der Schutzpolizei	Hessisches Innenministerium Wiesbaden
06. Kilger, Wolfgang	Kirchenrat	Evang.Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
07. Kraft, Horst	Ltd. Polizeidirektor	Innenministerium Baden-Württ., Stuttgart
08. Krapp Dr., Rolf	Oberkirchenrat	Kirchenamt der EKD, Hannover
09. Kriele Dr., Martin	Professor	Universität Köln, Seminar f. Staatsphilosophie und Rechtspolitik
10. Leinen, Josef	Rechtsanwalt	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Kirchzarten
11. Liedke Dr., Gerhard	Pfarrer	Evang. Landeskirche in Baden, Karlsruhe
12. Menke-Glückert, Peter	Ministerialdirektor a.D.	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
13. Oeser Dr.ing.h.c., Kurt	Pfarrer	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
14. Schulz, Erhard	Landesgeschäftsführer	Bund f.Umwelt- u.Naturschutz Landesverband Baden-Württ., Freiburg i.Br.
15. Stahl Dr., Franz	Ministerialrat	Bundesministerium d.Innern, Bonn
16. Steinmeier, Karl	Ltd. Polizeidirektor	Niedersächsischer Minister des Innern, Hannover
17. Sternstein Dr., Wolfgang	Friedens- u. Konfliktforscher	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Stuttgart
18. Stümper Dr., Alfred	Landespolizeipräsident	Innenministerium Baden-Württ., Stuttgart
19. Vitzthum, Hajo Graf	Leiter d.Referats für Grundsatzfragen	Gewerkschaft ÖTV Hauptvorstand, Stuttgart
20. Weimann Dr., Benno	MdL Nordrhein-Westfalen	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
21. Weygandt, Gerhard	Ministerialrat	Ministerium f.Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, Stuttgart
22. Windisch, Horst	Ltd. Polizeidirektor	Bundesministerium d. Innern, Bonn
23. Worch, Dieter	Dipl.-Volkswirt	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
Nachtrag:		
24. Flügge, Rufus	Stadtsuperintendent i.R.	Aktionsgemeinschaft „Dienst für den Frieden"
25. Suchan, Hans-Joachim	Pressereferent	Hessischer Minister der Justiz, Wiesbaden
26. Engel, Norbert Paul	Stellvertr.Studioleiter	Landesstudio Freiburg des Südwestfunks
27. Vermander, Dr. Eduard	Polizeipräsident	Landespolizeipräsident Stuttgart II
28. Schirmer, Jürgen	Fotograf	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU/Bonn
29. Schött, Hans	MdL	

11. Liedke Dr., Gerhard Pfarrer Evang. Landeskirche in Umweltschutz e.V., Kirchzarten

- Aktionen des zivilen Ungehorsams haben ausschließlich demonstrativen, appellierenden Charakter. Sie haben die Nötigung oder Entmündigung einer Mehrheit weder zum Ziel noch realiter zum Ergebnis.
- Das bewußte Übertreten eines für ungerecht gehaltenen Gesetzes und das gleichzeitige Akzeptieren polizeilichen Einschreitens ist kein Widerspruch. Bürgerlicher Ungehorsam hat nichts mit Gesetzlosigkeit zu tun. Wer bürgerlichen Ungehorsam leistet, muß bereit sein, die dafür vorgesehene Strafe auf sich zu nehmen. Er wird jedoch die Rücknahme des Gesetzes, das er für ungerecht hält, fordern. Er wird aber auch anerkennen, daß die Polizei auf der Grundlage gesetzter Normen einschreiten muß.
- Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat — im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung — in der jüngeren Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, ein erhebliches Potential an Aggressivität und Bereitschaft zur Gewalt abzubauen. Nachdem sich die Idee der gewaltfreien Protestaktion auch in den Basisgruppen durchgesetzt hat, fehlt den zur Gewaltanwendung prädisponierten Gruppen (Rocker, Skin-heads, K-Gruppen, autonome Zellen u.ä.) ein Einstieg. Diese Gruppen könnten in Zukunft verstärkt darauf spekulieren, über Verhaltensfehler der Polizei einen Einstieg zu finden. Der BBU bemüht sich — ebenso wie andere gesellschaftliche Kräfte — auch die radikalen Randgruppen zu erreichen. Daß dies nicht in gewünschtem Umfang gelingt, kann dem BBU nicht zur Last gelegt werden.
- Für die Erarbeitung eines „Stuttgarter Papiers" sollten die im Positionspapier der Polizei enthaltenen Ansätze für Gemeinsamkeiten aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Dies gilt z.B. für folgende Punkte:
  - Dialog zwischen Polizei und Demonstranten vor, während und nach Protestaktionen
  - Überlegungen zur Weiterentwicklung von Formen der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen
  - Sorgfältige Prüfung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, des Mindesteingriffs und der Geeignetheit des Mittels im polizeilichen Vorgehen
  - Durchsetzung politischer Ziele im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten, in Ausnahmefällen und unter Einbeziehung der Konsequenzen; Eingehen eines Konflikts mit der bestehenden Legalität, moralisch begründet mit der beanspruchten Legitimität der verfolgten Ziele
  - Gewaltfreiheit von Protestaktionen; aber: Probleme im Falle einer Verschärfung des Demonstrations-

ten Ziele
· Gewaltfreiheit von Protestaktionen; aber: Probleme im Falle einer Verschärfung des Demonstrations-

rechts

- Der BBU glaubt, die ökologischen Ziele nur durch gewaltfreie Aktion erreichen zu können.

... aus der Gruppe „Polizei"

- Eine für den Erfolg der Deeskalationsbemühungen wichtige Voraussetzung ist, daß gesellschaftliche Gruppen lernen, in politischen Entscheidungsprozessen zu unterliegen, Niederlagen zu ertragen, sich mit Erfolglosigkeit innerlich abzufinden.
- Gemeinsame Absprachen als Grundlage für ein wirksames Krisenmanagement sind nur sinnvoll, wenn sie von allen Beteiligten eingehalten werden. Die Einhaltung vereinbarter Verhaltensweisen ist für die Umweltverbände — im Gegensatz zur Polizei — ein Problem, über dessen Lösung nachgedacht werden muß.
- Die Forderungen nach Entstaatlichung von Umweltkonflikten und nach Entpolitisierung der Polizei sind in der Praxis nicht zu verwirklichen. Die Polizei ist ein zur Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan („Wenn wir gerufen werden, müssen wir kommen"); die Polizei hat die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen.
- Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind der Polizei begrenzte Entscheidungsspielräume gegeben. Die Polizei ist bereit, diese „Freiräume" im Verfolgungsrecht zur Deeskalation von Konflikten zu nutzen. Sie ist bereit, aus entsprechenden, auf die Bundesrepublik Deutschland übertragbaren polizeitaktischen Erfahrungen demokratischer Nachbarstaaten zu lernen.
- Eine auf Erfahrungen mit Demonstrationen in der Bundesrepublik beruhende Faustregel besagt: „Starkes Polizeiaufgebot, geringe Notwendigkeit für polizeiliche Eingriffe".
- Die Polizei war oft elastischer als angenommen, redete aber nicht darüber.
- Die Polizei kann aus Gründen der Beachtung des Übermaßgebotes gehalten sein, gesetzlich vorgesehene Rechtsfolgen zurückzustellen. Eine derartige Zurückstellung darf jedoch keinesfalls aus Gründen politischer Opportunität erfolgen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist kein Freibrief für staatliche Duldung von Rechtsverletzungen, sondern lediglich Aufforderung, unangemessene Reaktionen zu unterlassen.

... aus der Gruppe „Kirchen":

- Grundlegender Bestandteil der politischen Auseinandersetzung in einem demokratischen Gemeinwesen ist das Legalitätsprinzip. Dieses Prinzip ist notwendig, jedoch mit Blick auf die historisch unvergleichbare Reichweite vieler heute zu treffender Entscheidungen nicht hinreichend. Das Anwachsen der Entscheidungsdimension bis hin zur absehbaren Irreversibilität der Entscheidungsfolgen macht erforderlich, das rein juristische Denkspektrum in bestimmten Fällen zu verlassen.
- In den weiteren Beratungen muß die Frage eine Rolle spielen, wie die gesellschaftlichen Randgruppen, die Gewalt üben oder bereit sind, Gewalt zu üben, in den Kontext dieser Initiative einbezogen werden können.
- Im Vorfeld Schwierigkeiten rechtzeitig entdecken und Notwendigkeit beherzigen, sich ggf. von Haßäußerungen zu distanzieren.
- Daß kirchliche Vertreter auf Berührungsängste verzichten — z.B. im Bereich der Friedensbewegung — hat schon manches Unheil verhindert. Die Notwendigkeit, sich u.U. zu einem bestimmten Zeitpunkt abzukoppeln, muß gesehen werden. Der Wildwuchs problematischer Friedensgruppen ist zu beobachten.
- Widerstand gegen schiefe und z.T. moralisch nicht zu rechtfertigende Vergleiche mit früheren geschichtlichen Situationen ist nötig.
- Die Unterlassung laufender Funkberichterstattung **vor** Demonstrationen hilft, Eskalationen abzubauen.
- Ein „Stuttgarter Papier" muß auf die wesentlichen Problemfelder eingehen. Anzusprechen sind u.a. folgende Punkte:
  - Trennung von Großdemonstrationen und Aktionen des bürgerlichen Ungehorsams
  - Demonstration in Objektnähe, ja/nein
  - Gespräch zwischen Polizei und Demonstranten auch im Anschluß an Protestaktionen („Tatbestandsfeststellungen")
  - Klarheit bei der Auslegung des Gewaltbegriffs
  - Gesellschaftliche Probleme nicht

stellungen")
· Klarheit bei der Auslegung des Gewaltbegriffs
· Gesellschaftliche Probleme nicht

mit Mitteln der Polizei lösen

  - Vermeidung einer vorwiegend an dramatischen Effekten orientierten Medienberichterstattung

... aus der Gruppe „Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen":

- Gesetze und Verordnungen, Gebote und Verbote bieten keine Gewähr für eine wirksame Sicherung der Demokratie. Unsere Gesellschaft muß lernen, unvermeidliche Konflikte nicht zu unterdrücken, sondern „kultiviert", d.h. insbesondere auch gewaltfrei auszutragen.
- Die Geschichte der Umweltpolitik ist auch eine Geschichte von politischen Fehlern und eine Geschichte der Anpassung des Rechts an die höheren Einsichten von Minderheiten. Vor diesem Hintergrund sollte das Engagement von Umweltverbänden nicht ausschließlich an juristischen Maßstäben gemessen werden.
- Recht ist kein wertfreies, unantastbares, gleichsam hochheiliges Gut. Recht ist wandelbar, Recht ist interessenbeeinflußt.
- Demonstrationen stellen ein politisches Frühwarnsystem dar. Sie machen deutlich, wo in einer Gesellschaft Störpotentiale und Integrationsdefizite liegen. Sie erleichtern der Regierungspolitik, die Notwendigkeit für Kurskorrekturen zu erkennen.
- Erfolglosigkeit bei der Verfolgung politischer Ziele schafft nur dann keinen Konfliktstoff, wenn sie innerlich verkraftet wird. Erfolglosigkeit zu ertragen und zu akzeptieren kann nicht angeordnet, manchmal jedoch erleichtert werden durch entsprechende „Hilfestellung" verantwortlicher Politiker.
- Bei der Formulierung von Verhaltensempfehlungen, die geeignet sind, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstrationen zu fördern, sollten u.a. folgende Grundsätze berücksichtigt werden
  - Respektieren unterschiedlicher Überzeugungen
  - Anerkennen eines Schlußpunktes der demokratischen Entscheidungswege
  - Verzicht der sich bei Protestaktionen gegenüberstehenden Gruppen auf gewaltfördernde Machtdemonstrationen

... aus der Gruppe „Politiker":

- Ausgangspunkt aller Überlegungen muß die gemeinsame Überzeugung sein, daß ein demokratisch regiertes Volkswesen, auch wenn es gelegentlich schwerfällig reagiert und zuweilen eine langwierige, zähe Überzeugungsarbeit notwendig ist, um aus Minderheiten Mehrheiten zu machen, das erstrebenswerteste aller Regierungssysteme ist.
- Das Erreichen sofortiger Vollziehbarkeit ist politisch höchst problematisch.
- Entstehen und Ausmaß von Konfliktpotential sind nicht zuletzt abhängig davon, in welchem Maße es den politisch Verantwortlichen gelingt, für ihre Aktivitäten und Entscheidungen Zustimmung, innere Resonanz in der Bevölkerung zu finden.
- Diese Zustimmung kann weder per Polizeieinsatz verordnet, noch dadurch erlangt werden, daß mit Hilfe verwaltungstechnischer Vorabentscheidungen Fakten geschaffen werden, die den vorgesehenen Rechtsweg beeinträchtigen. Allein ehrliche, umfassende Information kann Akzeptanz fördern.
- Das letztinstanzliche Ergebnis des demokratisch-verfassungsmäßigen Entscheidungsprozesses sollte — auch bei möglichen Gewissenskonflikten — respektiert werden.
- Erfahrungen zeigen, daß es bei der Austragung von Konflikten unter Gewaltanwendung nur Verlierer auf beiden Seiten gibt.
- Eine auf Differenzierung nach Situationen oder nach Sachen und Personen beruhende Rechtfertigung von Gewalt muß abgelehnt werden. Entsprechendes Gedankengut schafft den Boden für generelle gewaltsame Konfrontation.
- Es ist niemals möglich, mit Gewalt Spielraum zu gewinnen — gleich von welcher Seite.
- Jeder Teilnehmer an diesem Gespräch ist aufgerufen, im Rahmen seiner beruflichen und privaten Möglichkeiten, für eine Verbesserung der „politischen Kultur", d.h. vor allem für gewaltfreie Formen der politischen Auseinandersetzung einzutreten.

... aus der Gruppe „Journalisten":

... aus der Gruppe „Journalisten":

Eskalation ist die Folge von Provokation (meist beider Seiten).

Auf Seiten der Demonstranten:
- nicht anmelden
- vermummen
- verhöhnen
- auf die Straße setzen
- Bewaffnung
- **aktive** Trennung von Gewalttätern

Auf Seiten der Polizei:
- Polizeifotografen (Video-Filmer)
- Kampfausrüstung
- militärische Anfahrt
- forsche Lautsprecherdurchsagen
- Bildung von Ketten
- „Sprachlosigkeit"
- unnötige Räumungen
- allzu hohe Zahl von Beamten

Rat für die Zukunft:

Demonstranten
- anmelden
- nicht vermummen
- keine verhöhnenden Sprüche
- Straßen freilassen
- keine Bewaffnung

Polizei
- keine Polizeifotografen (Video-Filmer)
- keine Kampfausrüstung
- kein militärisches Gehabe
- keine Ketten bilden
- keine Lautsprecher
- Gespräche suchen
- nicht unnötig räumen
- nur wenige Beamte vor Ort

Bei Klärung der Situation um Wyhl Bauernverbände beteiligen.

Journalisten haben immer den Wunsch, Minderheiten, denen Unrecht geschieht, beizustehen, d.h. ihre Probleme einer breiten Öffentlichkeit darzulegen. Wenn dies geschieht, tritt aber oft der Effekt ein, daß die Unterstützten plötzlich eine — tatsächlich nicht vorhandene Stärke empfinden, die zu

Provokationen und unrechtmäßigen Handlungen führt. Ursache ist das Gefühl „wir sind im Recht und die Medien stehen hinter uns“. Manchmal führt diese Ansicht sogar zu ungesetzlichen Handlungen — ein Ergebnis der journalistischen Arbeit, das die Journalisten deprimiert.

Andere Gruppen, die **nicht** die Unterstützung der Medien finden, weil sie z.B. völlig überzogene Forderungen stellen, wenden sich unter Beschimpfung der Journalisten oft ungesetzlichen Handlungen zu — ihrerseits aus Enttäuschung, „von niemanden verstanden zu werden“.

Fernseh-Kameraleute suchen immer „action“. Erst wo die Aktion gewaltfrei bleibt, wird sie auch so dargestellt (Straßen-„Besetzung“ Großengstingen).

Fernseh-Leute hetzen nicht auf, aber ihre Gegenwart wirkt anregend, weil sie bei Aktionen Selbstdarstellung Einzelner ermöglicht (auch bei Polizisten).

Trotzdem ist es sinnlos, das Fernsehen behindern zu wollen, weil die Kameraleute ihren Auftrag haben und nur noch entschlossener handeln.

Gegen eigene Interessen: wenn nachts Scheinwerfer aufflammen oder am Tage eindeutig zu sehen ist, daß eine Kamera läuft (rote Lämpchen): nicht „Demonstrant und Polizist spielen“, sondern gerade dann Ruhe bewahren!

Das Fernsehen ist aber trotzdem nicht an der Eskalation schuld. Es soll ja — im Auftrag des Zuschauers — zeigen, was geschehen ist. Ruhige Bilder in der Tagesschau werden als langweilig empfunden. Deshalb die Suche nach „action“.

In der weiteren Aussprache wurde die gemeinsame Verabschiedung eines Empfehlungspapiers über Möglichkeiten, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstrationen zu fördern („Stuttgarter Papier“), von allen Gesprächsbeteiligten als vorrangig bezeichnet. Das Papier soll konkrete Empfehlungen enthalten, die geeignet sind, gewalttätige Auseinandersetzungen bei demonstrativen Aktionen zu verhindern. Neben konsensfähigen Anregungen soll das Papier auch Probleme und ggf. Dissenspunkte beinhalten.

Die Gesprächsrunde traf abschließend folgende Vereinbarungen:

- Es wird eine ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet;
  Mitglieder: Dr. Krapp, Kraft, Dr. Oeser, Dr. Stahl, Dr. Sternstein, Worch.
  Die Arbeitsgruppe wird auf der Basis der gemeinsamen Vorarbeit von Herrn Kraft und Herrn Dr. Sternstein einen Entwurf vorbereiten und in einer dritten Gesprächsrunde zur Diskussion stellen.
- Das dritte Gespräch wird — erneut organisiert von Herrn Kilger — am Donnerstag, dem 8. September 1983 (der 15.9. mußte aufgegeben werden) um 10.00 Uhr im Waldhotel Stuttgart-Degerloch stattfinden.
um 10.00 Uhr im Waldhotel Stuttgart-Degerloch stattfinden.
- Der Teilnehmerkreis soll beim kommenden Treffen nach Möglichkeit im wesentlichen unverändert bleiben. Evtl. sollten zwei weitere Journalisten eingeladen werden.
- Unabhängig von der Deeskalationsinitiative von AGU und Evangelischer Kirche werden die Polizeiführung des Landes Baden-Württemberg und führende Vertreter der regionalen Umweltverbände vor und nach der für den Sommer 1983 geplanten Großdemonstration in Wyhl vertrauensbildende Gespräche führen.

Bonn, den 26. April 1983
Wo/thö

„Die Mär vom Staatsvertrag“

Karten auf den Tisch, Jo Leinen

Lieber Josef Leinen!

In der „taz“ vom 14.9. beklagst Du Dich über deren Berichterstattung betr. Gespräche mit der Polizei. *„Gravierende Fehler und Ungenauigkeiten“* — die Du der „taz“ vorwirfst — würden die Diskussion erschweren. Ein „politischer Gewinn“ könne nur herauskommen, *„wenn hart an der Sache und frei von Unterstellungen, Falschinformationen und Diffamierungen“* diskutiert wird. Das möchte ich aufgreifen und zu zentralen Behauptungen Deines Leserbriefes einige Fragen stellen bzw. ihnen andere Aussagen gegenüberstellen. Da zur Aufklärung sicher auch andere beitragen können, ist es sinnvoll, diese Fragen in aller Öffentlichkeit zu stellen.

Zu 1. Es sei *„falsch, daß der BBU seit fünf Jahren 'Geheimgespräche' mit der Polizei führt“*. Es sei *„bösartige politische Phantasie“*, *„daß während der Auseinandersetzungen von Gorleben, Brokdorf, Wyhl und Startbahn West bereits Gespräche mit der Polizei geführt worden wären“*.

Du wirst bestimmt nicht glaubwürdiger, wenn Du sogar Dinge zu bestreiten versuchst, die öffentlich bekannt sind und die Du z.T. auch selbst anerkannt hast (u.a. auf dem Treffen des Bonner Koordinationsausschusses am 25.8.).

a) In Wyhl gab es die Offenburger Gespräche mit der Polizei. Ein Teil der damaligen Gesprächsteilnehmer taucht in den Stuttgarter Deeskalationsgesprächen wieder auf. („Deeskalationsgespräche“ ist übrigens keine böswillige Diffamierung, wie ein SB-Funktionär neulich in der „taz“ zu behaupten wagte, sondern der offizielle Titel dieser Runde.)

Zu klären wäre lediglich, ob es außer den unbestreitbar bekannten Gesprächen mit der Polizei in Wyhl auch noch interne Verhandlungen gegeben hat.

b) In Gorleben hat es ein Polizei-Seminar mit BI-Teilnehmern gegeben, das in der Presse sogar offen angekündigt war. Einige der Teilnehmer von Staatsseite finden sich bei den Stuttgarter Deeskalationsgesprächen wieder. Nach Deinen eigenen Aussagen (im Bonner KA) ist damals auch die Berechtigung solcher Polizei-Gespräche für den BBU diskutiert worden. Neben dem bekanntgegebenen gemeinsamen Seminar gab es auch interne Kontakte zwischen BI-Verantwortlichen und der Polizei.

c) Bei der Startbahn-BI gab es zwar einen Beschluß, keine Verhandlungen mit der Polizei unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. Trotzdem gab es aber zumindest am 13.10.1981 ein solches Gespräch. Beteiligt waren u.a. Vorstandsmitglieder des BUND, Pfarrer Oeser (auch Teilnehmer der Stuttgarter Deeskalationsgespräche) und Heinz König von der evangelischen Kirche. Die betroffenen Verbände und die BI waren nicht eingeweiht, was schon damals Anlaß für Widerspruch gab.

Richtig ist lediglich Deine Angabe (im Leserbrief), daß im Rahmen der AGU seit 1981 getagt wurde. Da laut Deiner Aussage (im Bonner KA) die Aufnahme dieser Gespräche u.a. mit einer Kritik am BBU wegen Brokdorf begann, wäre es interessant zu erfahren, ob diese Gespräche vertraulich waren oder ob deren Unterlagen öffentlich zugänglich gemacht werden könnten — z.B. von Dir. Deinen Angaben nach gab es dann eine Runde zum nächsten möglichen Konflikt — nämlich Wyhl. Ist auch das öffentlich zugänglich zu machen?

Zu 2. Du behauptest in der „taz“: *„Bis zu dem Mörfeldener Papier (also Ende Juni 83) hatten die Gespräche den Charakter von Podiumsdiskussionen, wie sie landauf, landab immer wieder stattfinden“*. Das ist schon keine Lüge mehr, das muß Amnesie (Gedächtnisschwund) sein! Dem Treffen in Mörfelden vorausgegangen waren das 1. und das 2. Deeskalationsgespräch in Stuttgart, am 27.10.82 und am 24.3.83. Erst daraus ergab sich dann die Arbeitsgruppe, die sich am 23. Juni in Mörfelden zur Verabschiedung des als (Entwurf zum) „Stuttgarter Empfehlungspapier“ bekannt gewordenen Textes traf. D u s e l b s t hast zumindest am 2. Deeskalationsgespräch (vielleicht auch am 1. ...?) teilgenommen und dort auch ein Referat abgeliefert. Daß dieses Treffen nicht bloß keine „Podiumsdiskussion“, sondern tatsächlich ein G e h e i m g e s p r ä c h war, ergibt sich eindeutig aus der Protokollnotiz: **„Mit den anwesenden Journalisten wurde vereinbart, von einer Presse- oder Funkberichterstattung über das Treffen abzusehen“.** Tatsächlich drang ja monatelang kein Wort über die Deeskalationsgespräche an die Öffentlichkeit. Zu bestreiten, daß dies Geheimgespräche waren, ist albern. Zu beantworten bleibt nur die Frage: W a r u m geheim?!

Du bestreitest, daß es sich bei dem „Mörfeldener Papier“ (= Stuttgarter „Empfehlungspapier“ um einen V e r t r a g handeln sollte. (Die „taz“ hat es einen „Staatsvertrag“ genannt.) Ja, da hast Du recht. Ein förmlicher Vertrag sollte und konnte es nicht sein. Ein bloßes Protokoll der gegenseitigen Standpunkte, wie Du es herunterzuspielen versuchst, war es aber auch nicht. Es war, wie der Name schon aussagt, ein „Empfehlungspapier“, mit dem Polizei und „Sprecher der Friedensbewegung“ g e m e i n s a m an die Öffentlichkeit treten wollten. Das Papier sieht (als Empfehlungen) für beide Seiten bestimmte Spielregeln vor. Du wirfst der „taz“ ferner vor, sie habe „nicht berücksichtigt“, daß das „Empfehlungspapier“ **„noch nicht einmal im BBU-Vorstand, geschweige denn von der BBU-Mitgliederversammlung diskutiert werden konnte“.** Und das Papier *„hätte in dieser Form nicht einmal die Diskussion des BBU-Vorstandes überstanden“*. Außerdem hätte es auf der BBU-Mitgliederversammlung im November diskutiert werden können.

Wirklich ein interessantes Thema, zu dessen Aufklärung Du sicher viel beitragen könntest.

Bereits im Protokoll des 1. Stuttgarter Gesprächs (datiert 27.10.82) taucht als wesentliche Funktion dieser Gespräche aus Sicht der Polizei auf, daß ein Papier beschlossen werden sollte. Arbeitstitel: „Stuttgarter Papier“. Thema: „... *zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen“* (Vorschlag der Polizei). Das 2. Deeskalationsgespräch (siehe Protokoll-Abdruck in diesem AK; datiert 27.3.83), dessen Teilnehmer Du ja selbst warst, diente bereits der weitgehenden inhaltlichen Absteckung der Aussagen in dem Papier. Bei diesem Gespräch wurde eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Entwurfs gebildet. Der Entwurf sollte sich (laut Protokoll vom 27.3.82) orientieren an einem Positionspapier der Polizei-Seite, das diese beim 2. Stuttgarter Gespräch vorgelegt hatte. Protokollnotiz: *„Für die Erarbeitung eines ‚Stuttgarter Papiers' sollten die im Positionspapier der Polizei enthaltenen Ansätze für Gemeinsamkeiten aufgegriffen und weiterentwickelt werden“*. (Es folgen die Punkte im einzelnen.) Auf dieser Basis wurde ein Entwurf gemeinsam von Deinem BBU-Vorstandskollegen Sternstein und vom Polizei-Funktionär Kraft ausgearbeitet. Der Entwurf wurde auf dem Treffen der Arbeitsgruppe in Mörfelden (23. Juni) diskutiert und gebilligt. Das Protokoll dieses Treffens (abgedruckt im letzten AK) enthält die Notiz: *„Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Teilnehmern des 3. Stuttgarter Treffens am 8.9.1983, die Annahme des Papiers in dieser Fassung zu beschließen. Die Arbeitsgruppe betonte, sie werde sich um jeweils verbandsinterne Akzeptanz des Empfehlungspa-*
sie werde sich um jeweils verbandsinterne Akzeptanz des Empfehlungspa-
piers bemühen“. Insofern ist Dein Verweis (in der „taz“) auf die BBU-Mitgliederversammlung Ende November nicht einleuchtend, wenn in Stuttgart schon Anfang September das Papier abgesegnet werden sollte.

Und weiter: Nach unseren Informationen ist der in Mörfelden (also am 23. Juni) beschlossene Entwurf erst Mitte August im BBU-Vorstand bekannt geworden; vorher soll nur einmal die „Existenz“ solcher Gespräche erwähnt worden sein (= „ausführliche Diskussion“?). Warum „k o n n t e“, wie Du in der „taz“ behauptest, der BBU-Vorstand sich mit dem Entwurf nicht früher befassen? Warum „konnte“ der BBU-Vorstand nicht schon in der Vorphase des Entwurfs (also spätestens nach dem 2. Deeskalationsgespräch im März) vollständig informiert und in die Arbeit e i n b e z o g e n werden? Wie kann Dein Kollege Sternstein im A l l e i n g a n g (auch Du warst nicht informiert, oder ...?!) einen Entwurf mit dem Polizeivertreter schreiben, von dem Du jetzt behauptest, dieser Text hätte im BBU-Vorstand nie eine Chance gehabt?

Nach unseren Informationen sind die Protokolle des 1. und 2. Stuttgarter Deeskalationsgesprächs und die zugehörigen Unterlagen (z.B. die Referate) im BBU nicht verbreitet worden. Kann Deine Behauptung, die Sache „konnte“ im BBU nicht diskutiert werden, vielleicht damit zusammenhängen, daß in Mörfelden ausdrücklich vereinbart worden war, den Entwurf zum Empfehlungspapier „v e r t r a u l i c h“ zu behandeln und eine öffentliche Berichterstattung über die Gespräche zu machen? Übrigens wurde diese „Vertraulichkeit“ zuerst von Staatsseite Anfang August durchbrochen. Und es stellt sich doch die Frage, warum bisher immer noch nicht die g e s a m t e n Unterlagen zu diesen Gesprächen (die ja keine Geheimgespräche gewesen sein sollen, Gott bewahre!) dem BBU-Vorstand, geschweige denn den BBU-Mitgliedern vorliegen. Wäre das nicht angemessen, wenn man eine Diskussion „hart an den Tatsachen“ wirklich will?

Man wird wohl an der Berichterstattung der „taz“ (und vielleicht auch des „Arbeiterkampf“?) wirklich die eine oder andere Ungenauigkeit nachträglich feststellen können. Du kommst aber doch nicht um die entscheidende Tatsache herum, daß in der „taz“ (und im „Arbeiterkampf“) e r s t m a l s Fakten und Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind, die Ihr selbst Euren Mitgliedern bis dahin vorenthalten hattet.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Hermann

P.S. Für eine Antwort *„hart an den*

P.S. Für eine Antwort *„hart an den Tatsachen“* würde der „Arbeiterkampf“ sicherlich Platz zur Verfügung stellen.

Leserbrief, betr.: AK 237

“Uniformen, Blut und Attentate”

Zu der Veröffentlichung im letzten AK (S.9) schrieb uns Horst-Dieter Zahn folgenden Brief:

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Ich bin ausgesprochen sauer darüber, in welchem Zusammenhang mein Name in dem erwähnten Artikel auftaucht. Ich fordere Euch deshalb auf, diesen Leserbrief in der nächsten Nummer abzudrucken und ihn außerdem dem Autor/der Autorin weiterzuleiten.

1. Erstensmal bin ich kein Humanist, jedenfalls nicht in der „Ahnenreihe“, die genannt ist: „Von Zimmermann bis Kretschmann. Von General Bastian bis Horst-Dieter Zahn“. Mit all diesen Distanzierern hab ich in Bezug auf die Schwalba-Hoth-Aktion nichts gemein.

2. Ich habe seinerzeit in einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“ an einem Artikel des Chefredakteurs im Prinzip die selbe und scharfe Kritik geleistet, wie sie der Autor/die Autorin leistet; daß es nämlich gänzlich abwegig ist, angesichts der imperialistischen US-Politik und der Wiesbadener Schauveranstaltung mit US-Generälen, von „Gastfreundschaft“, „Gewalt“ und ähnlichem zu erzählen und dabei Krokodilstränen zu vergießen.

3. Mein Artikel im „Pflasterstrand“ — ebenso wie ein ähnlicher in der letzten „links“ — hat sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, eine i m m a n e n t e Kritik zu leisten. Sowas muß unter Linken, meinethalben auch unter Grünen, ja möglich sein. "E." geht leider auf meine Kritik nicht im geringsten ein. Es ging mir um die Schwülstigkeit und Unklarheit der Aktion. Und da mag die Kenntnis des Alten Testaments hilfreicher sein, als "E." annimmt — ich versuche nämlich zu zeigen, daß die Aktion durchaus geprägt ist von einer meines Erachtens ganz und gar nicht guten „Christianisierung“ der Friedensbewegung. Ich habe in dem Artikel ausgeführt, warum mir — hier salopp gesagt: — die zur Schau gestellte „Friedfertigkeit“, „Berechenbarkeit“ und „Gewaltfreiheit“ von Teilen der Friedensbewegung auf die Nerven geht.

4. Es ist schon bescheuert, das alles nicht zur Kenntnis zu nehmen und stattdessen alles über einen Kamm zu scheren. Solidarität gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit und den Herrschenden muß ja wohl die selbstkritische Diskussion im eigenen „Lager“ nicht ausschließen. Noch deutlicher: Eine solche Solidarität ohne Verstand ist pure Drohgebärde.

Grüße
Horst-Dieter Zahn

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Leider sind durch ein Versehen im AK 237 bei der Buchbesprechung „Mit aller Gewalt“ die Autoren des Buches nicht genannt worden. Der Abdruck des Vorwortes, das von den Autoren in der ‚wir'-Form geschrieben worden ist, kann zu dem Mißverständnis führen, daß es ein vom KB herausgegebenes Buch ist. Außer den im Anzeigentext genannten Herausgebern gibt es noch die folgenden Mitherausgeber: Grün Alternative Liste Hamburg, Redaktion Straßenmedizin (Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen), Antirepressionsgruppe in der ESG, Inge Ammon und Jürgen Schirmer (geschäftsführende Mitglieder im BBU-Vorstand).

ga, hh

Pflegeleichte Demonstranten und andere Witzbolde

Während Zimmermann noch mit seinem neuen Demonstrationsrecht herumwürgt, wird dessen Verwirklichung von kleinen Teilen der Friedensbewegung bereits freiwillig vorweggenommen. Der polizeigerechte, pflegeleichte Demonstrant ist im Kommen. Dazu hat jedenfalls die kirchliche „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) aufgerufen. Deren Sprecher im Bonner Koordinationsausschuß, ein Herr Frey, ist so konsequent gewaltfrey, daß er das Vorgehen der Polizei bei den „Krefelder Krawallen“ für gerechtfertigt und angemessen erklärte. Im jetzt bekanntgewordenen Aufruf der ADGF wird gefordert, sich „sofort und ohne Zögern“ von Demonstrationen zurückzuziehen, wenn Gewalt in der Luft liegt. Sei es nun von Seiten der Demonstranten oder auch von Seiten der Polizei. In so einem Fall möge man sich als anständiger Demonstrant ohne Verzug zur nächstgelegenen Kirche begeben und dort (betend?) ausharren, bis die Gewaltsituation vorbei ist.

(Falls dies eine Satire ist, haben wir sie nicht zu verantworten. Es steht so in der „Frankfurter Rundschau“ vom 29.9.). Das mit der Kirche ist eigentlich eine gute Idee. Vielleicht könnte Zimmermann das noch in die Ausführungsbestimmungen des neuen Demonstrationsrechts aufnehmen. „Hier spricht die Polizei. Diese Demonstration droht, gewalttätig zu werden. Begeben Sie sich sofort zur nächstgelegenen Kirche oder Sie machen sich strafbar nach §§§...!“.

Gleichfalls keine von uns erfundene Satire ist die Ankündigung einer „Pflugschargruppe“ mit Postanschrift Friedensdorf Mutlangen. Diese Gruppe, bestehend aus drei Männern und einer Frau, will Anfang November in Nordenham zu einem „langen Marsch“ — so steht es dort — starten. Enden soll dieser Marsch am 12. Dezember an einem geplanten Raketenstandort. Dort wollen die Vier dann **„versuchen, in das Gelände einzudringen, um die dort stationierten Atomwaffen unbrauchbar zu machen“.** Dabei wollen sie sicherstellen, daß *„eine unbeabsichtigte Detonation ausgeschlossen ist“. Um den aufbauenden und lebensfördernden Charakter unserer Aktion zu verdeutlichen, werden wir einen Pflug mit uns führen.“*

Wer e r n s t h a f t die Zerstörung von Kriegswaffen in einem schwerbewachten Gelände plant, wird das bestimmt nicht Wochen vorher öffentlich ankündigen und sich, beladen mit einer sperrigen Landmaschine, quer durchs Land bewegen. Die Vier sind offensichtlich Witzbolde, die auf sich aufmerksam machen wollen und die ganz froh sein werden, wenn sie dann am 12. Dezember mit ihrem albernen Pflug von der Polizei in Empfang genommen werden. Einer von den vier Akteuren hat ein bißchen Remmidemmmi auch bitter nötig: Es ist Wolfgang Sternstein, der zusammen mit dem Referenten des baden-württembergischen Polizeipräsidenten Stümper jenes berüchtigt gewordene „Stuttgarter Empfehlungspapier“ verfaßt hat. Man sieht, daß der Kampf gegen die Nachrüstung eine verdammt lustige Sache sein kann. Echt zum Totlachen.

Ein grünes ja zum Massenmord

Aus dem Protokoll der grünen Bundestagsfraktion, 6.9.83

TOP 4: Verteidigungs- und Friedenspolitik

a) Haushalt

Jürgen Reents trug folgende Streichungs- und Kürzungsvorschläge vor:
1. Einfrieren sämtlicher Beschaffungsmaßnahmen der Bundeswehr — und Reparaturarbeiten
2. Personalstop bei der Bundeswehr
3. Kürzung der Mittel für Wehrforschung
4. Aktivitätseinschränkung der Bundeswehr
5. Rückzug aus allen anderen Ländern, Kürzung der Ausgaben für die NATO
6. Stop aller psychologischen Kriegsvorbereitung und -führung.

Hierdurch können 9 Milliarden DM (= 19 % des Verteidigungshaushalts) freigesetzt werden; bezieht man die 7,4 Milliarden, die in Verpflichtungsermächtigungen bestehen, ein, so kommt man auf 1/3 des Verteidigungshaushaltes. Gegen diese Vorstellungen wurde kein Widerspruch erhoben; sie wurden in dieser Form bereits auf der Pressekonferenz heute (6.9.) dargestellt, mit der Einschränkung, daß Gerd B.'s Meinung hierzu noch unklar sei.

b) Klarstellung Gerd B.'s zu seiner Meinungsäußerung im Verteidigungsausschuß

Es handelte sich keineswegs um eine Abstimmung über Beschaffungsmaßnahmen, sondern nur um eine Gelegenheit zur Stellungnahme, bei der Bastian herbe Kritik an Wörner äußerte, jedoch hinzufügte, daß er die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern als Schritt zu einem defensiven Heer ansieht. Panzerabwehrhubschrauber (PAbH) bedeuten danach eine Stärkung der Abwehrkraft, die nicht als offensiv mißdeutbar ist; PAbHs können/sollen nicht in Feindesgebiet eindringen bzw. sich diesem nähern.

Folgende technische Fragen wurden behandelt: Die Umrüstung auf andere Raketen bzw. Ausrüstung mit speziellen Programmen ist zwar möglich, jedoch nicht sinnvoll, da die PAbHs für ihren speziellen Zweck sehr spezifisch und damit teuer ausgerüstet sind.

c) Debatte über Konzept der Verteidigungspolitik

Wolfgang E. kritisierte, daß erst einmal überlegt werden sollte, welches Gesamtverteidigungskonzept die GRÜNEN vertreten, bevor zu einzelnen Waffen Stellung bezogen würde. Gerd B. schätzte es als z.Z. aussichtslos ein, das Endziel eines Lebens ohne Streitkräfte der Bevölkerung einsichtig zu machen. Für die Übergangszeit müßten schrittweise andere Lösungen gefunden werden. Henning Sch. zog die Zahl einer Kürzung um 15 Milliarden in Zweifel; man solle die Vorstellungen der Friedensbewegung (10 % Kürzung) berücksichtigen. Gerd J. bezeichnete diese Argumentation bzgl. der Haushaltsdebatte als verständlich, nicht jedoch bzgl. GRÜNER Abrüstungspolitik. Man sollte endlich mit sozialer Verteidigung Politik machen. Roland V. wies darauf hin, daß die Debatte in Offenbach übers Friedensmanifest durchaus kontrovers gewesen wäre. Die GRÜNEN sollten jedoch keineswegs eine Umstrukturierung der derzeitigen ‚Verteidigungsstrategie' bearbeiten wie es die SPD tue. Umrüstung der Bundeswehr auf eine Defensivarmee sei nicht Sache der GRÜNEN; deshalb sei die Äußerung Bastians, der Panzerabwehrhubschrauber stehe im Einklang mit einem defensiven Verteidigungskonzept, falsch und müsse deshalb zurückgenommen werden, jedoch nicht unbedingt von ihm selbst. Hendrik A. meinte hierzu, die Mehrheit der Mitglieder stimme nicht mit dem Offenbacher Beschluß überein. Ein Umbau der Bundeswehr auf eine Defensivarmee ist nur durch konstruktive GRÜNE Vorschläge möglich; wir nähern uns hier einer Gestaltungschance. Jürgen Reents äußerte, daß die Tatsache, daß der Panzerabwehrhubschrauber keine Angriffswaffen trage, kein Argument sei; selbst Sattelschlepper hätten ihre Funktion. Einer Defensivarmee sei auf dem Offenbacher Parteitag nicht zugestimmt worden; andere Meinungen müßten mit dem Hinweis darauf geäußert werden. Marieluise B. meinte, daß der Diskussionsprozeß hierüber in der Partei wieder aufgerollt werden müsse; dies sei eine Frage der Basisdemokratie, worauf Anne B. äußerte, jetzt müsse aber über den Verteidigungshaushalt abgestimmt werden, wann denn die Basis befragt werden solle. Petra K. wies darauf hin, daß die angesprochene Übergangszeit im Friedensmanifest nicht ausgeführt sei; Hendrik nannte es einen Nachholentscheidungsbedarf für die Offenbacher Beschlüsse. Über soziale Verteidigung zu reden, sei kein Raum; die Fraktion müsse über alternative Verteidigung reden, ein alternatives Hearing starten (Petra K.). Unabhängig von der Notwendigkeit eines zu erarbeitenden Gesamtkonzeptes müßten solche Entscheidungen, wie Gerd B.'s Stellungnahme, vorher in der Fraktion besprochen werden (Joschka). Wenn Gerd B. sich im Verteidigungsausschuß der Stimme enthalten hätte bzw. dagegen geäußert hätte, wäre ebenfalls nichts passiert; das wäre besser gewesen (Willi H.). Selbst im Bundestag sei nicht bekannt, was soziale Verteidigung sei; dies müsse geändert werden (Christa N.); der AFI solle einen Vorschlag machen, wie man ein Konzept zu sozialer Verteidigung unter Berücksichtigung der Punkte a) KDV als soziale Verteidigung, b) Rüstungssteuerboykott, c) Rüstungskonversion erstellen kann; bisher gäbe es eine Arbeitsgruppe Entmilitarisierung der Gesellschaft. Ihrem Antrag, den Punkt alternative Verteidigungstechniken auf die TO einer der nächsten 2 Fraktionssitzungen zu setzen, wurde zugestimmt. Beim Wissenschaftlichen Dienst ist über Skupnik eine Studie über soziale Verteidigung zu beziehen. Vor den zukünftigen Reisen nach Genf und Moskau sollen die Teilnehmer/innen der Fraktion eine Konzeption vorlegen (Roland V.). Auf Grundlage des Papiers von Dieter Burgmann über Verteidigungspolitik soll auf der nächsten Fraktionssitzung debattiert werden (Henning Sch.).

„Stell dir vor, es ist Krieg — und die Grünen gehn hin“. Das ist selbstverständlich nur die boshafte Vision eines unverbesserlichen Grünen-Hassers. Wirklich ereignet hat sich aber dies: Bundeswehrgeneral Gert Bastian, zur Zeit grüner Abgeordneter im Bundestag, mochte als Mitglied des Verteidigungsausschusses keine Einwände gegen die Anschaffung der neuen Kampfhubschrauber PAH 2 machen. Kampfhubschrauber seien eine defensive Waffe — und für die Umrüstung der Bundeswehr auf rein defensive Aufgaben seien die Grünen schließlich auch. Daß keineswegs an U m rüstung gedacht ist, sondern lediglich z u gerüstet wird, daß der PAH 2 also vorhandene Systeme nicht ersetzt, sondern e r g ä n z t, störte den General anscheinend nicht. „Ob wir etwas abschaffen oder auf etwas verzichten können, werden wir später sehen“, soll er der „taz“ gesagt haben (17.8.).

Im Gegensatz zu wirklich aufwühlenden Ereignissen wie Blutspritzen oder Busengrabschen ließ Bastians Votum für die neuen Kampfhubschrauber die grüne Basis kalt. Während ein paar Blutspritzer auf einer Generaluniform heftigste Pro's und Contra's aus allen Teilen der Grünen Partei hervorgerufen hatten, gab es zum Ja eines Generals für die Anschaffung von neuen Mordwaffen fast gar keine öffentlichen Stellungnahmen. Es blieb bei einer Debatte in der grünen Bundestagsfraktion, wo mit größter Ruhe und Sachlichkeit die Argumente für und wider eine „defensive Umstrukturierung“ der Bundeswehr ausgetauscht wurden. Als einen ungeheuerlichen Skandal, der Grundpositionen der Partei sprengt, scheint bei den Grünen wirklich n i e m a n d das Verhalten und die Vorstellungen Bastians zu begreifen.

Kampfhubschrauber sind nicht „defensiv“

General Bastian hat in einer schriftlichen Stellungnahme seine Zustimmung zur Produktion des PAH 2 gerechtfertigt. Es heißt dort: „... **Für eine angriffsweise Verwendung sind Panzerabwehrhubschrauber dagegen weder gedacht noch geeignet. Für die von den GRÜNEN geforderte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation sind Panzerabwehrhubschrauber daher besonders wichtig. Wer diese Forderung der GRÜNEN ernst nimmt und nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten will, hat daher allen Grund, sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern in der Bundeswehr einzusetzen.**“ (Pressemitteilung der Grünen, 19.8.).

Da man annimmt, daß ein Bundeswehrgeneral sich in „seinem Metier“ bestens auskennt, hat selbst von seinen Kritikern kaum jemand Bastians Behauptung angezweifelt, der PAH 2 sei defensiv. Einige Bemerkungen zu dieser These sind also notwendig.

1. Aufschlußreich ist bereits die Geschichte des Kampfhubschraubers, der ein relativ junges Waffensystem im Mordarsenal des modernen Krieges ist. *„Die Deutschen waren die ersten auf diesem Gebiet“*: Sie machten Ende 1944 erste Versuche mit der Bewaffnung eines Hubschraubers. *„Mit dem Beginn des Korea-Krieges im Juni 1950 erwachte erneut das Interesse an bewaffneten Hubschraubern“*. Die Versuche in den USA und in Japan brachten aber noch keine brauchbaren Ergebnisse. *„Damals schien es zweifelhaft, ob Hubschrauber jemals geeignete Waffenplattformen sein würden“*.

Im „Algerien-Krieg“ (1954-1962), d.h. zur Unterdrückung des algerischen Befreiungskampfes, *„setzten die Franzosen in beeindruckendem Umfang Hubschrauber ein“*. *„Die Leistungsfähigkeit bewaffneter Hubschrauber war damit überzeugend nachgewiesen“*. Die *„französischen Erfolge“* trieben die Entwicklung von Kampfhubschraubern in den USA, und übrigens auch in Großbritannien, voran. Der „Vietnam-Krieg“ (US-Kampfhubschrauber wurden in Vietnam seit 1962 eingesetzt) wurde zur größten Bewährungsprobe des neuen Waffensystems. *„Die amerikanischen Entwicklungen blieben in der Sowjetunion nicht unbemerkt, wo man die Vorzüge des bewaffneten Hubschraubers sofort erkannte“*. Experimentierfeld sowjetischer Kampfhubschrauber ist bekanntlich Afghanistan.

Einige veraltete Kampfhubschrauber Großbritanniens *„kamen zum Teil im Falkland-Krieg zum Einsatz, wo sie sehr hohe Trefferquoten erzielten“*. (Zitate und Angaben nach Col. Everett-Heath in „Internationale Wehrrevue“, (3/1983).

Die Entwicklungsgeschichte des Kampfhubschraubers ist also engstens mit (kolonialen) Angriffskriegen verbunden. Speziell für diese Art von Kriegen ist er nach wie vor einer der wichtigsten Waffenträger.

2. Recht scheint Bastian nur insofern zu haben, daß die Einsatzmöglichkeiten von Kampfhubschraubern über feindlichem Gebiet bei einem qualitativ starken Gegener — wie es auf einem europäischen Kriegsschauplatz der Fall sein würde — unter den militärischen Fachleuten skeptisch beurteilt werden bzw. umstritten sind. Hierzu gibt es aber neuere Stimmen, die die bisherige Sichtweise nachdrücklich in Frage stellen. Verwiesen sei auf eine Auswertung von Klaus Steiner zum Manöver „Scharfe Klinge“ 1981 („Europ. Wehrkunde“ 8/1983) und auf den Aufsatz „Neue Dimensionen militärischer Operationen“ von General von Senger, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte (ebenda). Steiner notiert, die Erfahrungen im Manöver *„haben die Diskussionen über Chancen und Gefahren eines Überfliegens von Feindkräften mit Hubschraubern...erneut entflammt“*. Er befürwortet eine Loslösung der Kampfhubschrauber von der starren Bindung an eigene Bodentruppen und einen beweglicheren Einsatz der Hubschrauber. Von Senger skizziert ein neues Konzept offensiv geführter „luftmechanisierter Kräfte“, wobei Kampfhubschrauber mit panzerbrechenden Waffen eine wesentliche Rolle spielen sollen. Gängigen Bedenken über die „Verwundbarkeit“ des Hubschraubers im Gefecht widerspricht Senger. Sein Fazit: *„Der Kampfhubschrauber ist der Vorläufer des zukünftigen Main Battle Air Vehicle. Wir sollten bereits jetzt Vorsorge treffen, daß diese Waffensysteme nicht ‚verkleckert' werden. Sie sollten vielmehr dazu genutzt werden, das Organisationskonzept und die taktischen und operativen Grundsätze für luftmechanisierte Verbände zu erproben, die ich Ihnen vorgestellt habe. Die Möglichkeit, daß unsere Streitkräfte in ein atomares Gefecht verwickelt werden könnten, erhöht noch den Wert der Art von Verbänden, für die ich hier eintrete. Politische Hemmnisse sollten uns nicht davor abhalten, unsere Vorstellungskraft zum Erproben neuer Organisationsformen und Taktiken einzusetzen. Wir haben in den Landstreitkräften lange Zeit Schwierigkeiten gehabt, die Probleme der Taktik in einem atomaren Gefecht geistig zu bewältigen. Diese immer noch vorhandenen Schwierigkeiten müssen wir überwinden, indem wir entschlossen Möglichkeiten zur Erhöhung unserer Beweglichkeit ausschöpfen, die uns die neue Technik bietet“*. Einfacher gesagt: **Die Kampfhubschrauber PAH 1 und PAH 2 sollen (unter anderem) zur E r p r o b u n g von offensiven Kampftechniken dienen, die über die aktuellen Möglichkeiten dieser Hubschrauber bereits hinausweisen und die, was man bitte beachten möge, mit dem „begrenzten“ Atomkrieg kalkulieren.** Hat General Bastian das etwa nicht gewußt?!

3. Der PAH 2 soll 6 Geschosse vom Typ HOT tragen. Seinem Vorgänger PAH 1 ist er in vielen technischen Details überlegen. (Fähigkeit zum Nachtflug, größere Wendigkeit, längere Flugzeit). Der PAH 2 eignet sich vor allem zum Kampf gegen Panzer, wobei seine Überlegenheit enorm sein soll. Schon für den PAH 1 wurde 1980/81 angenommen, daß er im Schnitt 10 feindliche Panzer „vernichten“ kann, bevo er selbst kampfunfähig wird. Sowenig wie aber der Panzer n u r eine Offensiv-Waffe ist, so wenig ist die Panzer-Bekämpfung n u r eine Aufgabe der Defensive. Die größten Panzerschlachten des 2. Weltkrieges haben tief im Inneren der Sowjetunion stattgefunden. Richtig ist lediglich, daß der Kampfhubschrauber ein Waffensystem des frontnahen Einsatzes ist. Wo im konkreten Fall die Front verläuft, ist damit nicht ausgesagt.

Was ist, abgesehen von den bisherigen Erörterungen, überhaupt der Sinn des Wortes „defensiv“? Es gibt vermutlich kaum etwas Defensiveres als einen zivilen Luftschutzbunker. Seine Aufgabe ist der Schutz von Leben, nicht dessen Zerstörung. Nicht einmal als indirektes Hilfsmittel, wie es z.B. ein LKW oder ein Spaten sein können, wird der zivile Luftschutzbunker zum „Fronteinsatz“ kommen. Und trotzdem empfiehlt es sich, die Funktion eines solchen Bunkers vom Gesamtbild der militärischen Ziele her zu beurteilen. Wenn Bunker zum integrierten Teil eines Angriffs- und Eroberungskrieges werden — wie deutscherseits im 2. Weltkrieg — ist das Prädikat „defensiv“ fehl am Platz. Nun ist die Bundeswehr zwar nicht die Nazi-Wehrmacht. Aber immerhin handelt es sich um die Armee jenes Staates, der die höchste Atomwaffen-Dichte in der Welt aufweist und der sich gerade eben anschickt, atomare Erstschlagswaffen gegen die Sowjetunion auf seinem Gebiet in Stellung zu bringen. Selbst ein rein defensives Waffensystem — falls es so etwas gibt; der PAH 2 ist es jedenfalls nicht — würde lediglich die atomare Bedrohung der Sowjetunion vom Boden der BRD aus ergänzen und abschirmen.

Die Werbung gehört auch zum Kriegsgeschäft. Mit dieser Anzeige (aus „Internationale Wehrrevue“ 4/1983) macht die US-Firma Hughes Helicopters sehr selbstsicher und aufdringlich auf ihr Interesse aufmerksam, den Zuschlag für die Produktion des geplanten Bundeswehr-Kampfhubschraubers PAH-2 zu erhalten. Aber dieses Geschäft werden sich die westdeutschen Kriegskonzerne wohl nicht nehmen lassen wollen.

Und was ist mit der Gewaltfreiheit?

Die von der PAH 2 abzuschießende HOT hat eine Reichweite von maximal 4 km. Diese Entfernung legt sie in 17 Sekunden drahtgesteuert zurück. Sie durchschlägt mit hoher Geschwindigkeit die Panzerung des Feindpanzers und explodiert im Inneren. Die im Panzer sich befindenden Menschen werden „geröstet“. Die Überlebenschance für die Insassen eines voll getroffenen Panzers ist praktisch gleich Null. Die HOT ist also eine Waffe zur Tötung von Menschen, auch wenn dieser Umstand durch lausbübische Wortschöpfungen wie „Panzerknacken“ verdrängt wird. Man muß kein undogmatischer Gewaltfreier sein, um anzuerkennen, daß es in jedem Fall eine schreckliche Sache ist, einen Menschen zu töten. Von allen denkbaren Gründen scheint mir aber das Töten zwecks Verteidigung des BRD-Staates zu den ganz besonders verabscheuungswürdigen zu gehören.

Im Programm der Grünen Partei ist die Gewaltfreiheit eines der vier besonders hervorgehobenen Prinzipien. Man sollte also erwarten, daß für die Grünen die Zustimmung zur Tötung von Menschen unter gar keinen Umständen zur Debatte steht. Tatsächlich sind viele Grüne extrem sensibel, soweit es um die Gewalt „von unten“ geht. Da kann es passieren, daß in einer mit dem normalen Menschenverstand nicht mehr nachvollziehbaren Logik selbst ein Vorgang wie das Bespritzen eines Generals mit Blut zur Gewalt gegen Menschen hochhysterisiert wird. So witzigerweise auch durch den Waffen-Befürworter Bastian selbst.

Es gibt aber einen einzigen Ausnahmefall, in dem einer Mehrheit der Grünen menschenverletzende und menschentötende Gewalt zumindest diskutabel erscheint. Dieser Fall ist die Verteidigung des übrigens gar nicht militärisch bedrohten Vaterlandes. Daß sich dieses massenmörderische Unternehmen mit Begriffen wie „alternative Verteidigungsstrategien“ tarnt, ist eigentlich ein Zynismus: Vom Standpunkt derer, deren Tötung da in die Wege geleitet werden soll, ist an j e d e r Waffe verdammt wenig Alternatives.

Unter dem Gesichtspunkt der Achtung vorm Menschenleben macht die Doppelmoral vieler Grüner (Gewalt gegen Atomraketen etc. Nein, Gewalt zur Verteidigung des Vaterlandes Ja) keinen erkennbaren Sinn. Sie macht aber Sinn, wenn man die klassische deutsche Mentalität berücksichtigt, die noch nie bereit war, Gewalt „von unten“ und Gewalt des Staates zumindest mit dem gleiche Maßstab zu messen. Wäre es anders, müßte eigentlich jeder grüne Funktionär, jeder grüne Abgeordnete zum Teufel gejagt werden, der unter dem Stichwort „alternative (militärische) Verteidigung“ Pläne für das Töten von Menschen schmiedet.

Den Widerspruch zu ertragen hilft vermutlich auch den Grünen die populäre Legende, daß Waffen nicht zum Krieg f ü h r e n , sondern zum Krieg - v e r h i n d e r n gedacht seien. Ein wichtiges Argument ist außerdem das allgemeine Bewußtsein der Bevölkerung. Die glaubt bekanntlich in ihrer überwiegenden Mehrheit immer noch an die Notwendigkeit einer starken militärischen Verteidigung. Dagegen könne man sich einfach nicht frontal ablehnend stellen, meinen viele Grüne. Man müsse vielmehr der Bevölkerungsmehrheit Brücken bauen, indem man alternativ zur heutigen militärischen Situation plausible „Zwischenschritte“ angibt, die dem allgemeinen Verteidigungsbedürfnis Rechnung tragen und die die Bundeswehr zu einer reinen Defensivarmee umstrukturieren. Daß Bastians Zustimmung zu den neuen Kampfhubschraubern mit dieser Vorstellung gar nichts mehr zu tun hat,

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

wurde oben dargestellt. Und davon abgesehen: Es mag in vielen Fällen zweckmäßig und akzeptabel sein, solche „Zwischenschritte" zu entwerfen und in die öffentliche Debatte zu bringen. Es gibt aber auch Fälle, wo es absolut unzulässig ist, sich mit „Alternativvorschlägen" auch nur stückchenweise auf Vorurteile der Bevölkerungsmehrheit zuzubewegen. Der militärisch organisierte Massenmord zur Verteidigung der BRD ist zweifelsfrei ein solcher Fall. Dazu gibt es nur ein Nein ohne Wenn und Aber, und sei es aktuell noch so unpopulär. Von der alten SPD wurde früher einmal gesagt: „Diesem System keine Mark und keinen Mann". Populär war das damals auch nicht, aber richtig. Falsch war hingegen der Schritt der SPD, sich 1914 — gleichfalls mit dem Argument, daß die Massen dafür seien und man sich nicht frontal dagegen stellen könne — Schrittchen für Schrittchen zur Unterstützung des imperialistischen Krieges hinzubewegen.



Sehr fragwürdig sind in diesem Zusammenhang auch die in der grünen Bundestagsfraktion erdachten Vorschläge zur Kürzung des Verteidigungshaushalts. Daß diese Vorschläge lieb gemeint sind und daß sie gerade auch dazu gedacht sind, einem Verhalten wie dem des General Bastian im Verteidigungsausschuß Schranken zu setzen, soll nicht angezweifelt werden. Aber alle diese Kürzungsvorschläge implizieren ein prinzipielles Ja zur Bundeswehr und zur Landesverteidigung. Umso mehr, wenn die Initiatoren sich auch noch befleißigen zu versichern, daß die Verwirklichung ihrer Vorschläge ohne Beeinträchtigung unserer Verteidigungsfähigkeit möglich wäre. Die Absurdität eines solchen Vorgehens wird vermutlich an einem anderen Beispiel sehr deutlich: Wer würde auf den Gedanken kommen, Zimmermanns Pläne zur „Ausländer-Begrenzung" mit einem Alternativ-Vorschlag zu kontern, der vorsieht, nur halb soviele Ausländer nach Hause zu schicken? Und dann noch öffentlich erklären, der beabsichtigte Zweck — Vermeidung der Überfremdung der BRD — sei auch mit diesem Alternativ-Vorschlag problemlos zu gewährleisten? Dabei wäre das doch eigentlich ein logischer „Zwischenschritt", falls man sich unbedingt an Volkes Meinung orientieren will.

Es könnte sein, daß der unbezähmbare Drang zur konstruktiven Mitarbeit zukünftig einige Grüne auch noch zu s o l c h e n Alternativprojekten inspiriert. Aber vorerst wäre man sich wohl über das Makabre und Unzulässige eines solchen Verhaltens einig. Hingegen im Fall der Verteidigungsausgaben geht genau dasselbe Verfahren bei den Grünen glatt durch. Der einzige Widerspruch, der bisher zu den grünen Kürzungsvorschlägen kam, bezog sich darauf, daß die Kürzungsrate (insgesamt ein Drittel des Verteidigungshaushalts) wohl etwas zu hoch angesetzt sei. Offensichtlich ist es allerhöchste Zeit, die ganze Diskussion endlich von der unangemessen harmlosen Ebene herunterzubringen, als ginge es beispielsweise um die Subventionen für das Schauspielhaus. Unter dem Stichwort „Verteidigungsausgaben" verbirgt sich eine der effektivsten Mordmaschinen dieser Erde. Im Grundsatz kann also gar nichts anderes gelten als „Keine Mark und keinen Mann!".

Kt., Hamburg

PS. Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die persönlich-politische Entwicklung des General Bastians verdient den allergrößten Respekt. Ein Militarist und Kriegshetzer ist er bestimmt nicht. Mit seinem Ja zu den neuen Kampfhubschraubern hat er aber einen schlimmen Fehler gemacht. Und wenn er nicht in der Lage ist, das einzusehen, ist er als Bundestagsabgeordneter der Grünen eine Fehlbesetzung. Aber darüber denken die Grünen selbst offensichtlich ganz anders.

Bremen: „Werftenkiller" gewinnen die Wahl

Es ist kaum noch zu fassen; Da wird im sozialdemokratisch regierten Bremen seit Jahren eine Sparpolitik auf dem Rücken der Bevölkerung durchgeführt, der Anteil der Arbeitslosen liegt mit 13,4% weit über dem Bundesdurchschnitt, noch vor der Wahl werden weitere Einsparungen im Gesundheitsbereich angekündigt, und das Härteste passiert: Bürgermeister Koschnick verkündet kurz vor den Wahlen das „Aus" für die AG Weser, wodurch noch einmal 2200 Werftarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Und alle, Presse, Fernsehen, jede öffentlich geäußerte Meinung, waren sich einig, daß die SPD bei den Bürgerschaftswahlen am 25.9. die Quittung für diese Politik erhalten würde. Das ging bis zu Spekulationen, die CDU könnte gemeinsam mit der FDP die Regierung übernehmen. Aber es scheint so, als könnte die SPD machen, was sie will. Die Menschen in Bremen wählen sie dennoch, sie gewinnt sogar noch fast 2% hinzu und behält mit 51,35% die absolute Mehrheit. Diesem sensationellen Ergebnis waren schwere betriebliche Auseinandersetzungen vorausgegangen. Die AG Weser wurde eine Woche lang durch die Werftarbeiter besetzt. Es gab mehrere Demonstrationen mit Tausenden von Arbeitern und Bewohnern der von der Werftenschließung betroffenen Stadtteile. Ziel war jedes Mal die Bürgerschaft und Hans Koschnick. Zwei Tage vor der Wahl wurde Koschnick auf der Belegschaftsversammlung der besetzten Werft ausgepfiffen, als „Arbeiterverräter" und „Werftenkiller" beschimpft. Es gab turbulente Szenen, an deren Ende der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß

turbulente Szenen, an deren Ende der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß
(langjähriges SPD-Mitglied) Koschnick sein Parteibuch auf den Tisch warf. Einige Arbeiter taten es ihm nach, und es wurde einstimmig ein Wahlaufruf verabschiedet, der aufforderte, nur Parteien zu wählen, die sich eindeutig für den Erhalt der AG Weser und aller anderen Werften-Standorte ausgesprochen haben.

Dieser Wahlaufruf wurde von Werftarbeitern am Samstag morgen (einen Tag vor der Wahl) in 250.000 Auflage verteilt. Und da mußten die Arbeiter ihr blaues Wunder erleben. Alle Zeitungen brachten am Samstag Berichte und Bilder von Hans Koschnick, dem so übel mitgespielt wurde, einem gebrochenen Mann mit Tränen in den Augen, der nur noch sagen kann: „Nach eurem Wahlaufruf kann ich Montag arbeitslos sein. Wenn es besser für die Werften ist, gehe ich."

Die Bremer Bevölkerung ist empört. Nicht mehr darüber, daß die Werft dichtgemacht werden soll, sondern über die Behandlung ihres Bürgermeisters durch die Arbeiter. Den Flugblattverteilern schlägt Aggression entgegen. So darf man mit Hans Koschnick nicht umgehen.

Am Samstagabend wird ein Fackelzug für Hans Koschnick organisiert, an dem 2000 Menschen teilnehmen. Am Sonntag gewinnt Hans Koschnick die Wahl. Gewinnt im Wahlbezirk Gröpelingen, dem Standort der AG Weser, gut 4% dazu. Die drei „grünen" Gruppen kommen dort zusammen nicht einmal auf das Bundeswahlergebnis.

Am Montag wird die Besetzung der AG Weser beendet. Die Arbeiter müssen eine harte Niederlage einstecken.

Das Wahlergebnis

Bei einer Wahlbeteiligung, die mit 79,7% etwas höher lag als bei den Bürgerschaftswahlen 1979, konnte die SPD ihre absolute Mehrheit um knapp 2% ausbauen, wobei der Zugewinn in Bremen-Stadt noch höher ist, nämlich 2,48%, während in Bremerhaven die SPD 0,65% verlor. Bremen und Bremerhaven bilden zusammen das Landesparlament. In fast allen Wahlbezirken hat die SPD hinzugewonnen, die Verluste sind unerheblich. Aber auch die CDU konnte ihren Stimmenanteil von 31,94 auf 33,31% erhöhen. Dennoch haben sich die Befürchtungen, die CDU könne Nutznießer der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der SPD werden, nicht bestätigt. Immerhin das ist positiv am Wahlergebnis. Erfreulich ist natürlich auch der Abgang der FDP, die nur noch 4,59% erreichte, während sie 1979 immerhin 10,75% bekam. Ihre Stimmen gingen vor allem an die CDU und zum Teil an die SPD; die Liberalen Demokraten, die angetreten waren, um die FDP nicht wieder in die Bürgerschaft einziehen zu lassen, haben mit ihren 0,43% wenig Anteil daran, daß ihr Wunsch sich erfüllt hat.

Erfreulich ist insgesamt die Stabilisierung des Stimmanteils der Protestwähler, der 10,07% beträgt (Bundestagswahlen 9,72% für die Grünen). Allerdings teilt er sich diesmal auf drei Gruppen auf: die Grünen (5,43%) die Bremer Grüne Liste (2,36%) und die Betrieblich Alternative Liste (1,37%). Und hier ist die Rechnung der Grünen aufgegangen, daß sie die Einzigen sind, die eine Chance hatten, die 5% zu überspringen. Das hat vermutlich viele Linke veranlaßt, wenn auch mit Bauschmerzen, die Grünen zu wählen, damit wenigstens eine Gruppe in die Bürgerschaft kommt. Allerdings verspricht der Name „Grün" ganz offensichtlich bereits Wahlerfolg, denn mit dem Wahlkampf der Grünen war es nicht weit her und in Bremerhaven fand fast gar keiner statt; trotzdem ist das Wahlergebnis in Bremerhaven genauso hoch wie in Bremen. Das Wahlergebnis wird den Kurs des Bremer Landesverbandes der Grünen bestätigen: keine Öffnung bei Wahlen für nicht-grüne Positionen und linke Kräfte.

Experiment BAL ist gescheitert

Enttäuschend ist das Wahlergebnis der BAL. Nur 1,37% (Bremen 1,45; Bremerhaven 1,0%). Damit wurde nicht einmal das zusammengezählte Wahlergebnis von AL und DKP von 1979 erreicht (AL: 1,36%; DKP: 0,87%). Höhere Stimmenergebnisse von 4 - 5% hat die BAL in d e n Stadtteilen erreichen können, in denen ein grün-alternatives Wählerspektrum angesiedelt ist, in denen die Grünen bei 10-19% liegen, und in denen auch die AL vor vier Jahren ihre höchsten Wahlergebnisse hatte. Überhaupt nicht gelungen sind Einbrüche in die Arbeiterviertel. Wenn auch die Grünen hier unter ihrem Durchschnitt liegen, so sind aber deren Wahlergebnisse in der Regel um 2% höher als die der BAL. Es ist der BAL nicht gelungen, die mit der SPD unzufriedenen Arbeiter zu gewinnen. Gerade als es hart auf hart ging, haben sie sich für das entschieden, was sie kennen, waren für Experimente nicht ansprechbar. Dabei hat sicher auch das Gespenst eines CDU-regierten Bremen eine Rolle gespielt. Der demonstrative SPD-Austritt des AG-Weser-Betriebsratsvorsitzenden hat genausowenig bewirkt wie die Kandidatur des Vulkan-Betriebsrats Bettelhäuser auf der BGL-Liste, denn auch die BGL hat im Vulkan-Stadtteil gerade 2%. Es war also eine Fehleinschätzung, daß durch eine Arbeit in den Betrieben auf der Wahlebene schon etwas zu bewegen sei.

Aber auch die Linke ist von der BAL nicht ansprechbar gewesen. Da wird einerseits die permanente Hetze gegen die BAL als DKP-Liste ihre Wirkung nicht verfehlt haben; und daneben liefen die Entscheidungen häufig nicht über inhaltliche Zustimmung zu den Grünen, sondern über die Erfolgsargumentation. So haben selbst BAL-Unterstützer, die öffentliche Wahlaufrufe für die BAL unterschrieben hatten, in letzter Sekunde doch lieber Grün oder gar SPD gewählt, weil sie Angst hatten, ihre „Stimme zu verschenken".

Es ist ganz offensichtlich Fakt, daß die Grünen sich etabliert haben, daß sie es in der Tat nicht nötig haben, sich für linke Positionen und betriebliche Ansätze zu öffnen, weil es auf der Ebene der Wahlen für Positionen links von den Grünen keinen Platz gibt.

Das ist wohl die bittere Erfahrung des Bremer Wahlergebnisses, denn wo sonst, wenn nicht in Bremen, konnte der Versuch einer betrieblich-alternativen Wahleinmischung gewagt werden?

Bremen hat eine über viele Jahre gewachsene Gewerkschaftslinke, die nicht ohne Einfluß ist, und gleichzeitig einen grünen Landesverband, der bekanntermaßen auf dem rechten Flügel der Grünen Partei angesiedelt ist. Der die Interessen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen nicht berücksichtigt, stattdessen bekannt geworden ist mit Bahros These von der Arbeitslosigkeit als Chance zum Ausstieg aus dem Industriesystem. Diese Voraussetzungen gibt es wohl kaum in einer anderen Stadt. Aber sie haben nicht ausgereicht, um wenigstens einen „Achtungserfolg" zu erreichen. Das soll nicht heißen, daß die Zusammenarbeit von Betriebslinken und alternativem Spektrum sinnlos sei. Im Gegenteil, außerparlamentarisch gibt es genügend Möglichkeiten für diese Zusammenarbeit. Gescheitert ist das Experiment BAL aber auf der Wahlebene, und das wohl auf lange Sicht...

KB/Gruppe Bremen

Hessenwahl: 780 Stimmen zuviel

780 Stimmen erhielt die nationalsozialistische „AAR" (Aktion Ausländer-Rückführung) bei der hessischen Landtagswahl am 25. September. Die Neonazis erzielten dieses Ergebnis in zwei Frankfurter Wahlkreisen (0,1 %), in Groß-Gerau I (0,3 %), in Hanau und im tiefschwarzen Fulda (0,5 %). Quantitativ fällt dies gegenüber dreieinhalb Millionen Bürgern, die an der Wahl teilnahmen, nicht ins Gewicht. Dennoch: In einem sich demokratisch verstehenden Land müßte es ausreichen, um die Wahl anzufechten. Egal, wie wenig Beachtung und wie wenig Erfolg die „AAR" gewann: Daß überhaupt eine Liste, die mit der rechtsterroristischen ANS personell und programmatisch identisch ist, die sich zur Wiederzulassung der NSDAP bekennt und Rassismus predigt, kandidieren konnte, gibt dieser Wahl einen mehr als faden Beigeschmack. Mindestens die großen Parteien Hessens, die Kirchen, Gewerkschaften und die Justiz haben sich gleichgültig verhalten gegenüber offenkundigem Ausländerhaß und eine geradezu erschreckend hohe Toleranzschwelle gegenüber faschistischen Organisierungsversuchen gezeigt. Niemand soll sich leichtfertig mit dem schwachen Abschneiden der Neofaschisten beruhigen. Die Duldung ihres Treibens — so war es noch immer — wird sich zwangsläufig später rächen.

Ansonsten war die Hessenwahl ein weniger unerfreuliches Ereignis. Es scheint so, als hätten die Bürger dieses Landes in der Mitte der BRD Vergnügen daran gefunden, den Parteien ein Schnippchen zu schlagen. Politiker in Hessen zu sein, ist bei d e m Volk mitunter ein mühseliges Geschäft.

Beginnen wir bei den Bonner Koalitionsparteien. Was die Wähler mit ihnen anstellten, kommt einer mittleren Gemeinheit nahe. Walter Wallmann, Frankfurter Muster-OB und CDU-Spitzenkandidat, forderte seinen Anhang eine Woche vor dem Wahltermin auf, der FDP mit Leihstimmen über die 5%-Hürde zu verhelfen. Die Angesprochenen taten ihm den Gefallen: Ganze sieben Punkte verlor die CDU, während die FDP von 3,1 % auf 7,6 % emporschnellte. So landete die CDU peinlicherweise unter 40 %, aber auch für die geschmeidige FDP ist die Situation nicht gerade angenehm. Ihre parlamentarische Präsenz ist von Wallmanns Gnaden und entsprechend groß ist ihr Aktionsspielraum. Gar nicht zu reden von ihren Wählern, die — enttäuscht darüber, die „Koalition der Mitte" nicht erreicht zu haben — jetzt sauer über die „falsche" Stimmabgabe sind.

Auch der Wahlsieger Börner ist beim näheren Hinsehen so strahlend nicht. Zwar steigerte sich die SPD um dreieinhalb Punkte auf 46,2%, womit sie nun wieder stärkste Fraktion ist und fast sieben Punkte vor der CDU liegt. Aber zum erklärten Wahlziel des geschäftsführenden Ministerpäsidenten, in einem Zwei-Parteien-Parlament die absolute Mehrheit zu gewinnen, reichte es bei weitem nicht. Börner hatte vor der Wahl die Alternative ausgegeben, entweder er schafft die GRÜNEN (unter 5 %), oder die GRÜNEN schaffen ihn. Für den (eingetretenen) Fall, daß die „hessischen Verhältnisse" erhalten blieben, kündigte er einen SPD-Sonderparteitag für Oktober an. Dort sollte über das weitere Verfahren (und über den künftigen Spitzenmann der SPD) entschieden werden. Allein die Höhe des SPD-Zugewinns erlaubt es ihm augenblicklich, weiterzumachen wie bisher.

Schließlich haben die GRÜNEN die Genugtuung, eine Wahl bestanden zu haben, deren Hauptzweck zweifellos darin gelegen hatte, sie wieder aus dem Parlament herauszuwerfen. Zumindest bei den Stammwählern der GRÜNEN haben die Schlagzeilen von „Blut und Busen" keine Wirkung getan. Allerdings mischen sich doch Wermutstropfen in diese Freude: Dort, wo die Hessen-GRÜNEN bei der letzten Landtagswahl breite Popularität gewonnen hatten — etwa in Frankenberg (WAA-Pläne) oder in der Startbahn-Region Groß Gerau — waren ihre Verluste herb. Mehrere Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen (die freilich eine genauere Analyse wert sind):

- der Umweltschutz-Gedanke ist in der Priorität der Wahlentscheidung der Bürger zurückgefallen;
— die GRÜNEN sind aber mehr als eine „Bewegungspartei"; unabhängig vom auf und ab der sozialen Protestbewegungen haben sie einen beachtlichen „harten Kern" stabilisieren können;
— innerhalb der Friedensbewegung haben sie noch nicht den Stellenwert erringen können, der ihnen umweltpolitisch ztugebilligt wird.

Aktuell von großer Bedeutung ist der letzte Punkt. Den GRÜNEN ist es bisher noch nicht gelungen, als d e r parlamentarische Arm der Friedensbewegung dazustehen. Sonst hätten in Hessen die Verluste etwa in der Startbahn-Region ausgeglichen werden müssen durch Zugewinne von Bürgern, die in der Friedensbewegung mobilisiert wurden. Zwar unterstützten die GRÜNEN das derzeit in Hessen laufende Volksbegehren für den Frieden. Dennoch scheint ihr parlamentarisches Auftreten als Sprachrohr der Friedensbewegung immer noch zu lasch zu sein, was den Sozialdemoraten wiederum Handlungsspielräume — parlamentarisch und außerparlamentarisch — eröffnet.

Es bleibt zu hoffen, daß die GRÜNEN die für diese Situation angekündigte „Zerreißprobe" zwischen Fundamentalisten und Realpolitikern sich und uns ersparen. In die innerparteiliche Offensive traten nach der Wahl zunächst einmal die Realpolitiker um die Frankfurter Spontis. Sie sehen es nun als ihre Aufgabe an, durch eigene Angebote an die Sozialdemokraten eine Liaison SPD-FDP zu verhindern. Die Fundamentalisten dagegen stimmen wieder das übliche Verratsgeschrei grüner Prinzipien an. Dieser Streit verläuft unter einem selbstgesetzten, künstlichen Druck — und an seinem Ursprung stehen auf beiden Seiten falsche Prämissen. Was die SPD in dieser Situation tut, ist nämlich von den GRÜNEN weder abhängig noch beeinflußbar. Demnach spielt es auch keine besondere Rolle, zu welchen Zugeständnissen sich die GRÜNEN bereiterklären. Denn mit jeder Faser ihres staatstragenden Seins tendiert die Sozialdemokratie im Moment zu einem Arrangement mit CDU und/oder FDP. Börner beispielsweise ist schon besessen von der Idee, nach einer Schamfrist von einem Jahr wieder mit der FDP ins Lotterbett zu steigen. Es fragt sich, warum die GRÜNEN Angst davor haben sollten. Gesetzt den Fall, die Rechnung des Dicken ginge auf: Dann wären SPD- und FDP-Wähler gleichermaßen empört — die einen, weil sie die liberalen Verräter hassen, die anderen, weil sie ja Wallmann wollten. Mithin kämen die GRÜNEN „machtpolitisch" überhaupt erst zum Zug, wenn andere Variationen am Bürgerzorn gescheitert sind. Sie stehen also aktuell gar nicht unter Druck, weitgehende Zugeständnisse zu machen. Im Gegenteil: Trotz ihrer 2%-Verluste (von vormals 8% auf jetzt 5,9%) sind sie in einer Position, die sich langfristig nur als günstig erweisen kann.

Irgendwo gibt es bei einer solchen Wahl ja doch so etwas wie einen Wählerauftrag. Und der scheint diesmal in Hessen sehr deutlich zu sein. Waren es vor einem Jahr noch 50,8%, die die „hessischen Verhältnisse" ausmachten (also SPD und GRÜNE zusammen), so erhielten beide Parteien diesmal zusammen sogar über 52%. Zählt man LD (0,4%), DKP (0,3%) und DS (0,1%) auf dieser Seite noch hinzu, so ergeben sich beachtliche 53% „gegen Bonn" bei 47% (CDU und FDP) „für Bonn". Die Bürgerinnen und Bürger Hessens wollen mithin tatsächlich die von der SPD propagierte „Alternative zu Bonn". Es fällt nicht besonders schwer, sich vorzustellen, was mit dieser Alternative gemeint ist:

— keine Raketenstationierung
— Vollbeschäftigung
— kein Abbau demokratischer Rechte, keine Zimmermann/Engelhard-Politik
— reale Umweltschutzmaßnahmen.

Im Sinne dieses Wählerauftrags, der ja nicht der schlechteste ist, müßten die GRÜNEN die SPD zu Taten auffordern. Dabei können sie nur gewinnen.

Grüne contra DKP

Ein allzu deutsches Polit-Drama

Kein geringerer Anlaß als die Bürgerschaftswahlen in Bremen gab der GAL Hamburg Gelegenheit zu einem Hauskrach, bei dem die Fetzen flogen und die Beobachter von der anderen Seite voll auf ihre Kosten kamen. Es hätten auch ruhig statt Bremen die Kommunalwahlen in Lütterich-Emmerscheidt sein dürfen. Der konkrete Anlaß spielte sowieso kaum eine Rolle, denn es standen Prinzipien auf dem Spiel. Und bei denen hört die Freundschaft bekanntlich auf.

Zur Erinnerung: In Bremen kandidierten gegeneinander erstens der Landesverband der Grünen Partei, zweitens die auf das rechtsgrüne Spießertum orientierte Bremer Grüne Liste (BGL; sie steht in schroffer Opposition zur Grünen Partei), sowie drittens die Betrieblich- Alternative Liste (BAL). Der Bremer Landesverband der Grünen ist in der Grünen Partei dafür bekannt, daß er gegenüber den stumpfsinnigen materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu einer großzügigen Verzichtspolitik neigt. Ein Bündnis mit „Traditionssozialisten" — und das sind im Zweifelsfall alle, die zu den Arbeiterinteressen eine andere Einstellung haben — kommt für die Bremer Grünen erklärtermaßen nicht in Frage. So schied selbstverständlich auch die Option eines Wahlbündnisses mit der BAL von vornherein aus: die BAL besteht vor allem aus dem Betrieblich-Alternativen- Bündnis (BAB), in dem auch die DKP mitarbeitet, und aus der Alternativen Liste, die 1979 in Konkurrenz zur BGL kandidiert hatte.

Alternativen Liste, die 1979 in Konkurrenz zur BGL kandidiert hatte.



Langer

Stein des Anstosses in der GAL war die Tatsache, daß unter diesen Bedingungen eine deutliche Mehrheit der Hamburger Alternativen Liste die BAL im Wahlkampf unterstützen wollte. Damit war der andere Partner in der GAL, der Hamburger Landesverband der Grünen, ganz entschieden nicht einverstanden. Darin traf er sich mit einer Minderheit der AL. Einig waren sich Hamburger Grüne und AL- Minderheit allerdings auch darin, daß sie keinesfalls die Bremer Grünen unterstützen wollten. Die sind auch ihnen zu rechts und zu wenig bündniswillig. Sie empfahlen stattdessen strengste politische Enthaltsamkeit, beschönigend „Neutralität" genannt. Im Gegensatz übrigens zum grünen Bundesvorstand und dessen Sprecher R. Trampert (Gruppe Z), die sich ganz munter in Bremen einmischten.

„Eine dramatische Neuorientierung"

Daß Abstinenz plötzlich eine politische Tugend sein soll, ist eine wichtige, aber nicht sehr überzeugende Neuentdeckung. Zumindest die Tatsache, daß in Bremen nicht bloß Grüne und BAL konkurrierten, sondern auch die BGL um Stimmen aus dem grün- alternativen Potential warb, sprach sehr gegen den Gedanken, im Bremer Wahlkampf „Neutralität" zu üben. Immerhin, für die Hamburger GAL mochte das eine diskutable Option sein. Hingegen als Handlungsforderung auch an die Bremer Grün- Alternativen war das Rezept Abstinenz/„Neutralität" bloß ein schlechter Witz. Da wäre sogar eine Unterstützung der Grünen noch logischer gewesen. Ob die Kandidatur der BAL in Bremen ein sinnvoller Schritt war, ob eine Unterstützung des BAL-Wahlkampfes durch die Hamburger AL zweckmäßig gewesen wäre — das sind komplexe Fragen, die vermutlich selbst nach dem niederschmetternden Wahlergebnis noch nicht bis ins Letzte ausdiskutiert sind. Das Ergebnis scheint selbstverständlich denjenigen recht zu geben, die von Anfang an nicht nur gegen die Kandidatur, sondern bereits gegen die Bildung der BAL waren. Umgekehrt hätte ein respektableres Ergebnis den Befürwortern des BAL- Experiments Auftrieb gegeben. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, daß der politische Streit sich ja nicht um die Einschätzung der Wahlchancen der BAL gedreht hat, sondern um etwas „grundsätzlichere" Dinge. Die Frage nach einer Einbeziehung von betrieblich- gewerkschaflichen Ansätzen wie dem BAB in die „grün- alternative Wahlbewegung", und in diesem Zusammenhang die Frage der Zuasmmenarbeit auch mit DKPlern, ist allein durch den Hinweis auf ein miserables Wahlergebnis noch nicht erschöpfend beantwortet.

Als sachlicher Streit um das konkrete Thema hätte die Auseinandersetzung zweckmäßigerweise in der Hamburger GAL geführt werden sollen. Stattdessen hatten sich Grüne und AL- Minderheit schnell auf ein paar Stichworte geeinigt, mit denen eine zweitrangige

heit schnell auf ein paar Stichworte geeinigt, mit denen eine zweitrangige

praktische Meinungsverschiedenheit zu einem Existenzproblem der GAL hochgekocht werden konnte: Es gehe um eine **„dramatische Neuorientierung der AL"**. Nämlich um **„eine neue bündnispolitische Konstellation, in der Teile des alternativen Lagers gemeinsam mit der DKP gegen die Grünen operieren sollen"** (Th. Ebermann, Grüne und Gruppe Z). Die gleichen Stichworte waren in nicht sehr phantasievollen Variationen immer wieder zu hören und zu lesen: **„Die BAL- Unterstützer müssen ganz klar sagen, ob für sie die GAL abgeschrieben ist und sie sich jetzt nach Bündnispartnern im DKP- Spektrum umgucken?"** (U.G., AL- Minderheit). **„Eine BAL- Unterstützung wäre .. ein Präjudiz für eine Abkehr vom grün- alternativen Bündnis und eine Hinwendung zur DKP"** (Stellungnahme der AL- Minderheit). Man selbst halte selbstverständlich an der „grün- alternativen Perspektive " fest, wolle „ die Existenz der GAL nicht aufs Spiel setzen", sondern „das GAL- Modell retten" vor denen, „die den Bündnispartner wechseln wollen".

Begabtes Laien- Schauspiel und echte Selbsthysterisierung waren bei diesem Tumult kaum noch auseinanderzuhalten. Jedenfalls, es ging ursprünglich um überhaupt nichts anderes als um eine praktische Entscheidung für den konkreten Einzelfall Bremen, mit einer komplexen Vielfalt von spezifischen Bedingungen. Diese Bedingungen — auf die gleich eingegangen werden soll — sind in dieser Zusammensetzung überhaupt nur in Bremen anzutreffen. Ein bundesweites „Modell" hat daraus (vielleicht abgesehen von einigen einflußlosen Außenseitern) niemand in der AL Hamburg machen wollen.

Es scheint eine „typisch deutsche" Unfähigkeit zu geben, Politik als Taktik unter speziellen Bedingungen zu begreifen. Stattdessen wird aus einer taktischen Frage, die Gegenstand einer sachlichen Debatte und vielleicht auch eines Experiments sein müßte, gleich eine „Strategie" und ein Streit um „Prinzipien" gemacht. Die unsäglichen Spiegelfechtereien zwischen „Realpolitikern" und „Fundamentalloppositionellen" sind ein bekanntes Beispiel für diese Unfähigkeit auch in der Linken. Über allgemeine Prinzipien statt über konkrete Bedingungen in jedem Einzelfall zu sprechen, ist erstens ein sehr bequemes Verfahren. Es kommt der Denkfaulheit entgegen. Und es verspricht zweitens eine allgemeine Emotionalisierung: An dem örtlich begrenzten Experiment BAL ist eigentlich nichts Aufregendes. Es mag sinnvoll oder total verkehrt (gewesen) sein — darüber liesse sich sehr ruhig und sachlich streiten. Erst das Stichwort von der „dramatischen Neuorientierung", nämlich ein bundesweites Bündnis mit der DKP gegen die Grünen, mobilisierte die letzten Reserven zu heftigen Gefühlsausbrüchen und zu einer warm in den Bauch gehenden Kreuzzungsstimmung.

Der Einzelfall Bremen

1. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entschei-

1. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entschei-

dung gegen die Grünen. Der Bremer Landesverband spielt bekanntermaßen eine Sonderrolle innerhalb der Grünen Partei. Dabei fliessen Erbschaften der BGL (aus der einige Bremer Grüne stammen) und Ideen Rudolf Bahros (Mitglied und weltanschaulicher Vordenker im Landesverband) zusammen mit der schlecht verarbeiteten Vergangenheit einiger Ex- MLer (KBW, KPD), die heute für fast jeden Modegag zu haben sind, sofern er nur weit genug vom „Traditionssozialismus" entfernt ist. Die Bremer Grünen haben von Anfang an nicht nur ein Bündnis mit Einschluß der DKP, sondern generell eine bündnismäßige Zusammenarbeit mit Linken abgelehnt. Alle Vorschläge der AL und später der BAL zur Zusammenarbeit scheiterten an der antisozialistischen Sturheit der führenden Bremer Grünen.

Das ganze Denken und Verhalten ihrer Bremer Parteifreunde war denn auch den Hamburger Grünen so unsympathisch, daß sie eine Unterstützung für diese ausdrücklich und wiederholt ablehnten. Es ist also nicht gerechtfertigt, eine Ablehnung der speziellen grünen Variante in Bremen umzufälschen in eine Position „gegen die Grünen" insgesamt. Dieser wirklich billige Propagandatrick läuft auf das Verlangen hinaus, entweder jede spezielle Erscheinungsform im breiten Band grüner Politik zu tolerieren oder sich als wilder Grünenhasser diffamieren zu lassen.

2. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entscheidung für ein Bündnis mit der DKP. Mit dem Betrieblich- Alternativen Bündnis (BAB) enthält die BAL ein Element, das in dieser Quantität und Qualität einmalig unter den grünen und grün- alternativen Listen der BRD ist. Ein in diesem Fall sicher unverdächtiger Gutachter, Ralf Fücks (einer der Chefideologen der Bremer Grünen), notierte im Januar: das BAB habe *„weit über seine Initiatoren aus DKP, Arbeiterpolitik und DS hinausgegriffen. Mittlerweile zählen Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebs- und Personalräte aus zahlreichen Betrieben der Industrie und des öffentlichen Dienstes zu einem Kreis, der bereits so »breit« verankert ist, daß er von Seiten der SPD kaum noch frontal und mit repressiven Methoden ... angegriffen werden kann. Ob uns die politisch theoretischen Positionen dieser Initiative passen oder nicht — in ihr drückt sich der wachsende Widerspruch von wachsenden Teilen der Gewerkschaftsaktiven gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wie gegen die Politik der SPD aus ... Diese Liste ist mehr als eine Inszenierung von gewieften Taktikern — sie verkörpert den Umstand, daß sich eine zunehmende Zahl von Lohnabhängigen politisch nicht mehr von der SPD, aber auch (noch?) nicht von den 'Grünen' vertreten fühlen"* (Grünen- Rundbrief Nr.3).

Fücks Ratschlag damals: Sich an das BAB heranmachen, um einen gewinnbaren Teil herüberzuziehen und den Rest (DKP und sonstige „Traditionssozialisten") zu isolieren. Über das moralische Niveau dieser Art von Politik soll hier nicht gestritten werden. Es reicht in diesem Zusammenhang die

lische Niveau dieser Art von Politik soll hier nicht gestritten werden. Es reicht in diesem Zusammenhang die

Feststellung, daß der Spaltungsplan mißlang und daß die einzelnen Strömungen im BAB nicht bereit waren, sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Darin scheint mir mehr als bloß taktisches Ungeschick der führenden Bremer Grünen zum Ausdruck zu kommen: Ein existierendes und praktisch erprobtes Bündnis läßt sich (mit gutem Grund?!) schwerlich durch ultimativ vorgetragene Ausgrenzungslinien auseinanderdividieren, sondern reagiert eher mit einer Trotzhaltung.

Ohne die DKP war ein Bündnis mit dem BAB nicht zu haben. Die Ausgrenzung der DKP war in diesem Fall identisch mit einem Verzicht auf das vom BAB ausgedrückte soziale und politische Element. Ob sich die Grün-Alternativen einen solchen Verzicht auf einen Bündnispartner leisten können, der derzeit gerade an Gewicht gewinnt (Werftbesetzungen!), müßte auf jeden Fall sehr viel genauer und ernsthafter als in der Hamburger GAL diskutiert werden.

Daß sich die gewachsene Arbeitermobilisierung nicht im Wahlergebnis der BAL niedergeschlagen hat (und das Ergebnis der DS in Hessen zeigt den gleichen Trend) ändert nichts an der Problemstellung. Grund für Schadenfreude über diese Ergebnisse haben eigentlich auch die Grünen nicht, denn es drückt eine Schwäche der „grün-alternativen Wahlbewegung" insgesamt aus.

Die Notlage, die Kröte DKP schlucken zu müssen, falls man zu einem Bündnis kommen wollte, war auf den Einzelfall Bremen beschränkt. Es gibt an anderen Orten keine betrieblich-gewerkschaftlichen Bündnisse, die auch nur annähernd mit dem BAB verglichen werden könnten. Also wird anderswo die Frage einer Zusammenarbeit mit der DKP auch gar nicht so stehen können wie in Bremen. Das theatralische Getue, als sollte in Bremen ein bundesweites Büändnis mit der DKP gegen die Grünen eingeleitet werden, verstellt nur den Blick für die wirklichen Probleme.

Die Frage ist allerdings — und das weist tendenziell über Bremen hinaus — wie (bei Kommunalwahlen) mit Basisbündnissen umgegangen werden soll, in denen die DKP eine relevante Rolle spielt. Reicht es wirklich aus, solche Bündnisse einfach prinzipiell ins Abseits zu stellen, solange sie nicht ihre DKP-Mitglieder rauswerfen? Oder ist es nicht auch ein Gebot der Basisdemokratie, bestehende Bündnisse erst einmal so zu akzeptieren, wie sie sind — und das weitere dem politischen Meinungskampf zu überlassen, statt mit dem Flammenschwert der Ausgrenzung jedweden aus dem grün-alternativen Paradies fernhalten zu wollen, der noch wahlbündnismäßig mit DKPlern zusammenarbeiten will?

Die linksgrünen Einpeitscher des totalen Ausgrenzungskurses gehen gleich noch einen Schritt weiter: Schon wer nur ein Bündnis unterstützt, an dem DKPler beteiligt sind, macht sich strafbar und müßte eigentlich aus der „grün-alternativen Wahlbewegung" fliegen. *„Wer dies will"* — sagte Thomas Ebermann mit Bezug auf die Absicht der Hamburger AL-Mehrheit, die BAL im Wahlkampf zu unterstützen — **„hat keine gemeinsame Zukunft mit den Hamburger Grünen, wer dies will, zerstört die GAL"**. (Rede auf der MV des Hamb. LV der Grünen, 26.8.). Drohgebärden und nackte Erpressung sind Trumpf. (Als Ebermann und seine Freunde 1979 mit solchen Mätzchen den KB spalteten, nannten sie diese Methode „unsere Notbremse". Im KB war das nicht mehrheitsfähig. In der „grün-alternativen Wahlbewegung" scheint es zu klappen. Das ist der Unterschied zwischen einer stalinistischen Kaderpartei und einem basisdemokartischen Bündnis).

Die DKP bleibt ein Kotzbrocken

Eine Partei, deren permanenter Hauptzweck erklärtermaßen darin besteht, den eigenen Verein zu „stärken", ist schon aus diesem Grund kein angenehmer Bündnispartner. Daß die DKP sich überhaupt seit einiger Zeit um die Aufnahme in örtliche Wahlbündnisse bewirbt, hat auch nur einen einzigen Grund: seit es grün-alternative Listen gibt, sind die ohnehin noch niemals be-

nahme in örtliche Wahlbündnisse bewirbt, hat auch nur einen einzigen Grund: seit es grün-alternative Listen gibt, sind die ohnehin noch niemals be-

rauschenden Wahlergebnisse der DKP auf kaum ein Drittel des alten Standes zusammengeschrumpft. Bis der DKP-Parteivorstand endlich begriffen hatte, daß es sich dabei nicht um eine Tageserscheinung, sondern um einen dauerhaften Trend handelt, wurde in der bekannten Manier gegen Grüne und Alternative gewettert und blockiert. Damals war es die DKP selbst, die jede Zusammenarbeit kategorisch ablehnte — mit dem bekannten Argument, daß in diesen Listen Maoisten und Chaoten am Werk seien, mit denen keine „Aktionseinheit" zulässig sei. So ändern sich die Zeiten! Nach einem Kurswechsel im Frühjahr/-Sommer 1981 (6. Parteitag der DKP) waren die Grün-Alternativen plötzlich ein heiß umworbener Bündnispartner. Allerdings müsse, so die DKP, bei einem Wahlbündnis programmatisch alles ausgeklammert werden, womit die DKP nicht einverstanden ist. Also nix mit Selbstbestimmungsrecht der Völker und Gegen AKWs in West und Ost, nix mit Kritik am unkritisierbaren „realen Sozialismus". Vorgetragen von einer Schrumpfpartei, die kaum noch Wählerstimmen einzubringen hatte, aber dafür Tausende potentieller Wähler abgeschreckt hätte, waren diese Bündnisangebnote ein ganz heißer Witz. Positive Resonanz fanden sie nirgendwo. Das schien dem DKP-Parteivorstand zunächst nichts auszumachen, da man ganz zufrieden damit war, weiter die Notwendigkeit der Alleinkandidatur hochhalten und parteiintern den Grünen und Alternativen die Schuld am Nichtzustandekommen von Bündnislisten zuweisen zu können.

Bremen bedeutet vor diesem Hintergrund einen ganz neuen Vorgang: Dort ließ die DKP sich darauf ein, zur Rettung des Wahlbündnisses BAL sehr deutliche Programmpunkte hinzunehmen, von denen jeder weiß, daß sie den DKP-Positionen entgegengesetzt sind (z.B. Polen, AKW's). Dies geschah nach einer offenbar heftigen innerparteilichen Kontroverse, in die sich auch der Bundesvorstand massiv einschaltete. Am Ende stand zum einen die Zustimmung der Bremer DKP zu einem Bündnis auf dieser programmatischen Grundlage, zum anderen aber eine Stellungnahme des Parteivorstands, die diesen Schritt so „erläutert", daß sie ihn ad absurdum führt. Ort und Anlaß dieser Stellungnahme war die 8. Tagung des Parteivorstands am 1.9. Das Bremer BAL-Bündnis wird dort *hoch eingeschätzt"* und soll *„über die* (Bremer — Anm. AK) *Bürgerschaftswahlen hinaus"* einen Modell-Charakter in der DKP--Propaganda erhalten. Motto: Wahlbündnisse unter Einbeziehung der DKP sind also möglich. Nächstes praktisches Testfeld: die Kommunalwahlen in Nordrheinwestfalen im März 1984.

Damit das aber kein DKPler als Einladung mißverstehen möge, programmatische Zugeständnisse nach BAL-Vorbild zu machen, folgt sofort eine scharfe Abgrenzung: Die BAL sei *„auch mit Unzulänglichkeiten, Fragwürdigkeiten und mit ernsten Problemen behaftet"*. Nämlich vor allem mit *„außerordentlich gewichtigen politisch-ideologischen Problemen"*, die es den höchsten DKP-Gremien *„nicht leicht gemacht"* haben, dem Wahlbündnis BAL zuzustimmen. Da gibt es *„gewisse antisowjetische"* und andere schlimme Positionen im GAL-Programm. Und das dürfte eigentlich gar nicht sein, denn: *„In solchen Fragen kann es keine Kompromisse in Form der Zustimmung zu falschen oder auch abgemildert falschen Positionen geben ... Zugeständnisse an falsche Positionen in solchen Fragen gehen an die Substanz einer Kommunistischen Partei, an ihr Selbstverständnis, an ihr Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung"*. Ist damit vielleicht gemeint, daß jetzt die italienischen, französischen und britischen Arbeiter mit Fingern auf die DKP zeigen werden?! ... Oder ist gemeint, daß man an höchster Stelle in Ostberlin die Nasen über die Taktik der DKP in Bremen gerümpft hat? Wie es auch sei, der DKP-Parteivorstand bekräftigt noch einmal: *„Solchen Positionen werden wir nicht im sogenannten ‚Interesse des Bündnisses' zustimmen"*.

Aber gerade das hat die DKP doch soeben in Bremen getan?! Das muß den Parteimitgliedern also auch noch erklärt werden: In Bremen hat die DKP dem BAL-Programm trotz der schlimmen antikommunistischen und sogar antisowjetischen Aussagen zustimmen können, weil die DKP *„das BAL-Programm nicht als verbindliches Programm ... versteht"*. Und das unter Berufung auf eine (mißverständliche?) Passage im BAL-Programm selbst, die eigentlich nur die Offenheit des Programms für eine „ständige Auseinandersetzung" feststellt — was vermutlich in vielen Alternativ-Programmen in ähnlicher Form steht. Eine klare Handlungsanweisung an die örtlichen DKP-Funktionäre, die jetzt vor allem in NRW vor ähnlichen Problemen wie in Bremen stehen könnten, bietet die Stellungnahme des Parteivorstands bezeichnenderweise nicht. Erstens ist sich das oberste Führungsgremium der DKP darüber wahrscheinlich selbst noch nicht einig, und zweitens macht es sich immer gut, wenn man nachher die Verantwortung auf die mittlere Funktionärsebene abschieben kann, falls es Probleme mit der „Umsetzung der richtigen Linie" oder mit den Herren in Ostberlin gibt. Man könnte aus dem Text des Parteivorstands durchaus herauslesen, daß generell keine programmatischen Zugeständnisse gemacht werden dürfen, und daß die DKP in Bremen lediglich deshalb eine einmalige Ausnahme gemacht hat, weil ihr extrem viel an der Schaffung eines praktischen Modells gelegen war. Man könnte es aber auch so interpretieren, daß man notfalls doch Zugeständnisse machen darf, sofern man das Programm nachher als „unverbindlich" abtun kann. Letzteres wird jedenfalls praktisch kaum lange gut gehen: Wer traut schon jemandem, der beim Ableisten eines Schwures gleich erklärt, er wolle jetzt nur einen ganz unverbindlichen Meineid leisten?!

Was bisher intern aus der DKP darüber zu hören war, deutet darauf hin, daß sich mit dem „Modell Bremen" reichlich Probleme und Widersprüche für die Partei verbinden. Dies auch deshalb, weil die DKP in den umstrittenen programmatischen Fragen (z.B. AKW's u.ä. Probleme im „realen Sozialismus") längst nicht mehr so monolithisch ist, wie sie nach außen hin gern tut. Für die DKP-Führung läßt sich mit rein formalen, prinzipiellen Unvereinbarkeitsbeschlüssen vom grünen Typ sehr viel bequemer umgehen als mit einer differenzierten alternativen Politik, die die DKP konkret an den inhaltlichen Streitfragen stellt. Man kann es sich natürlich ganz einfach machen und erklären, daß es auf die Widerspruchsentwicklung in der DKP doch sowieso nicht ankomme. Das mag zwar für die „Wahlbewegung" insgesamt zutreffen, aber schon für die Friedensbewegung, wo die Stellungen der DKP noch immer viel zu stark sind, gilt es nicht mehr. Aus grün-alternativer Sicht spräche eigentlich vieles dafür, die DKP gerade auf dem Feld der „Wahlbewegung", wo man selbst sehr stark ist, inhaltlich offensiv zu fordern, statt der DKP durch den formalen Unvereinbarkeitsbeschluß innere Konflikte zu ersparen. Da heißt es beispielsweise in einem Papier aus dem Landesverband NRW der Grünen: Mit DKPlern könne man wahlbündnismäßig nur dann zusammenarbeiten, wenn sie sowieso schon ganz kurz vor ihrem Ausschluß oder Austritt aus der Partei stehen. Für diese arrogante „Freundlichkeit" werden sich vermutlich selbst kritische DKPler herzlich bedanken. So etwas paßt eher in die Tradition mancher sektiererischer KOMINTERN-Eskapaden oder der neueren ML-Parteien.

Eine unglaubliche Scheinheiligkeit

Statt die Frage nach Wahlbündnissen unter Teilnahme von DKPlern pragmatisch zu beantworten, wird sie vor allem von den Grünen als heilige Prinzipienfrage behandelt: Zwischen der DKP einerseits und der „grün-alternativen Wahlbewegung" andererseits gebe es unversöhnliche Widersprüche in grundlegenden Fragen, die zur „Politikunfähigkeit" führen würden. Diese Konflikte seien zwar in Bündnissen zu einzelnen Fragen (z.B. in der Friedensbewegung) auszuhalten, aber auf keinen Fall in einem Wahlbündnis. Denn dieses sei ein Bündnis von ganz besonderer Art, in dem es über die unmittelbaren Zwecke (Kommunalpolitik) hinaus vor allem aufs Weltanschauliche und auf gemeinsame Utopien ankomme.

Einsichtig ist diese Unterscheidung zwischen Wahlbündnissen einerseits und allen möglichen sonstigen Bündnissen andererseits überhaupt nicht. Wenn Stichworte wie „Polen", „Afghanistan", „Entspannungsschwindel" oder vielleicht gar „SS 20" eine kommunalpolitische Zusammenarbeit mit DKPlern ausschliessen, dann müßten sie doch eigentlich erst recht eine Zusammenarbeit in der Friedensbewegung ausschliessen. Wenn die AKWs in Magdeburg usw. eine kommunalpolitische Zusammenarbeit mit DKPlern unmöglich machen, dann müßten sie doch erst eine Zusammenarbeit in der Anti-AKW-Bewegung und überhaupt in allen ökologischen Bündnissen und Bewegungen völlig unmöglich machen. Wenn die Haltung der DKP zur polnischen Arbeiterbewegung eine kommunalpolitische Zusammenarbeit unmöglich macht, dann müßte sie doch erst recht eine Zusammenarbeit in der Arbeiterbewegung (aktuelles Beispiel: die Werft-Besetzungen) unmöglich machen. Das vielbeschworene Problem der „Glaubwürdigkeit" stellt sich in den themenbezogenen Einzelbewegungen viel stärker als in der Kommunalpolitik, wo der Bezug zu Afghanistan und dem AKW in Magdeburg doch deutlich etwas Gequältes, künstlich Konstruiertes hat. Es ist natürlich eindrucksvoll, wenn ein grüner UVB-Befürworter mahnend beschwört, daß in einem gemeinsamen Wahlbündnis mit DKPlern keine Solidarität mit Solidarnosc mehr möglich wäre. Daß dieses Argument an den Haaren herbeigezerrt ist, merkt man erst dann, wenn man einmal zusammenzutragen versucht, wieviel Solidaritätsaktionen für Solidarnosc eigentlich bisher seitens der grünen und grün-alternativen Listen stattgefunden haben. Die Finger einer Hand reichen wahrscheinlich aus, um die bundesweite Summe auszuzählen! Auf der anderen Seite führt die auch von den UVB-Befürwortern zugestandene „punktuelle" Zusammenarbeit mit der DKP beispielsweise in der Friedensbewegung zu echten Ärgernissen. Was wir etwa von den Abrüstungsverhandlungen und der Entspannungspolitik halten, ist für die Kommunalpolitik in Lütterich-Emmerscheidt in Wirklichkeit ziemlich gleichgültig. In der Friedensbewegung hingegen wäre das eigentlich ein brennender Konflikt.

Der ganze grüne Argumentationsstrang — „punktuelle" Bündnisse mit der DKP Ja, Wahlbündnisse Nein — beruft sich umsonst auf heilige Prinzipien. In Wirklichkeit geht es um dies: Die Grünen sind in der „Wahlbewegung" stark genug, der DKP die Tür zu weisen und im Alleingang ihre Linie durchzuziehen. In den politischen Bewegungen, vor allem in der Friedensbewegung, sind sie es längst noch nicht. Würde man dort jetzt schon einen UVB gegen die DKP durchsetzen wollen (was eigentlich konsequent wäre und von den Bundesgrünen ja auch schon einmal mit peinlichem Mißerfolg versucht wurde), so würde man sich selbst in große Schwierigkeiten bringen. Das ist auf der pragmatischen Ebene ganz einsichtig. Unerträglich ist bloß das Gesülze über heilige Prinzipien.

Unerträglich auch noch aus einem anderen Grund: Die Grüne Partei wurde mit dem Anspruch gegründet, „von Gruhl bis Dutschke" ein breites Spektrum politischer Strömungen zusammenzufassen. Ein hohes Maß an politischer und weltanschaulicher Pluralität war geradezu der Stolz und das nach außen aufgebaute Image der Grünen. Inzwischen sind Figuren wie Gruhl und Springmann von der grünen Bühne abgetreten — und mit ihnen manche eher rechts angesiedelten inhaltlichen Vorstellungen, die einmal als unverzichtbar für das pluralistische grüne Spektrum gegolten hatten. Aber an dem Nebeneinander von teilweise sehr kontroversen Anschauungen, von der konkreten Tagespolitik bis hin zu Grundsatzfragen, hat sich in der Grünen Partei wenig geändert. Stichworte: Realpolitik kontra Fundamentalopposition. „Blut-Aktion" im Wiesbadener Landtag und „Gewaltfrage". „Ausstieg aus dem Industriesystem" und Sozialpolitik. Streit um den Berliner Landesverband. Konflikt in der Bundestagsfraktion um die Unterstützung der Fasten-Aktion. „Alternative (militärische) Verteidigung". Alexanderplatz-Aktion. Um hier nur einige zu nennen ...

Daß es bei diesen Streitereien immer wieder hoch hergeht, zeigt sich an gegenseitigen Beschimpfungen und Rücktrittsforderungen grüner Funktionäre gegeneinander. (Beispielhaft: der vom Anlaß her drittrangige Streit um die hessische „Blut-Aktion", an dem quer durch die Partei die politischen und persönlichen Widersprüche knallten).

Warum man diese Konflikte allesamt in einer Partei aushalten kann — und darauf sogar noch stolz ist — während angeblich die Widersprüche zur DKP noch nicht einmal ein Wahlbündnis (also eine sehr viel niedrigere Form der Einheit!)mit DKP-Mitgliedern erlauben, müßte von den UVB-Befürwortern endlich einmal öffentlich erklärt werden. Ich finde z.B. das Votum des grünen Bundestagsabgeordneten Bastian für die Anschaffung neuer Kampfhubschrauber sehr viel interessanter als die Haltung der DKP zum AKW Magdeburg in einem eventuellen kommunalen Wahlbündnis. Und für jemanden, desssen Parteifreunde schon die Wiesbadener „Blut-Aktion" für Gewalt halten, scheint es mir sehr verlogen, wenn er den UVB gegen die DKP scheinradikal mit dem Hinweis auf die abwiegelnde Rolle jener Partei in der Friedensbewegung abstützen will. Hier sind offensichtlich Heuchelei und Scheinheiligkeit am Werk. Man beschwört heilige Prinzipien, wo es in Wahrheit um platte Parteiinteressen geht. Und man hat damit sogar Erfolg in der praktischen Politik, weil linke Politik in Deutschland sich schon immer darin gefallen hat, so prinzipiell wie möglich festzuhalten, mit wem man auf keinen, aber auch auf gar keinen Fall zusammenarbeiten kann. Und man hat mit diesen hektographierten UVBs auch deshalb Erfolg, weil sie die Politik so verdammt einfach machen: Man hat eine absolut feste Regel und ein gefälliges Bündel von Argumenten aus der Dose, mit denen man an jedem Ort und zu jeder Zeit begründen kann, warum DKPler prinzipiell draußen bleiben müssen. Da liest sich dann ein Aufsatz von Birgit Hasbach (Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen in Mainz) zur Kommunalkandidatur ganz ähnlich wie ein Papier der Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der Grünen NRW zum gleichen Thema. Und beide zusammen wirken so, als wären sie von Thomas Ebermann frisch in die Schreibmaschine diktiert worden. Politik und Diskussion als Abziehbild.

„Alternative" am Ende?

Eine alternative Kandidatur neben und in diesem Fall auch gegen die Grünen in Bremen konnte eigentlich nur eine politische Funktion haben: zu demonstrieren, daß es links von den Grünen noch politische Kräfte gibt, die zwar zu einer engen Zusammenarbeit mit der Grünen Partei bereit sind, aber die nicht vor jeder Erpressung, vor jeder Eskapade der Machtarroganz kuschen. Sinnvoll wäre diese Demonstration natürlich nur im Zusammenhang mit einem vorzeigbaren politischen Erfolg gewesen. Ein Erfolg hätte in einem „achtbaren" Ergebnis bestehen müssen, und vielleicht auch in einer drastischen Warnung an die Grünen, daß sie bei ganz sturen Alleingängen schon mal an der 5%-Hürde hängen bleiben könnten. Das war ein riskanter Poker, und die BAL hat ihn verloren. Damit setzt Bremen nun genau das umgekehrte Signal statt des angestrebten: **ohne die Grünen läuft nix mehr!** Günstigere Bedingungen als in Bremen für den Probelauf eines Wahlbündnisses mit einem starken „proletarischen" Standbein wird man kaum noch irgendwo finden, auch nicht in NRW. Die DS, die im Wesentlichen das gleiche soziale Potential anzusprechen versuchen, haben in Hessen ebenso deutlich Schiffbruch erlitten.

Insofern kann man unter einem rein pragmatischen Aspekt bereits feststellen, daß die Kandidatur der BAL — nicht aber unbedingt der Versuch, über eine solche Liste zu einem Wahlbündnis zu kommen — ein Fehler war. Er bestätigt die Grünen bundesweit in ihrer Arroganz der Macht. Es ist nun noch etwas klarer, daß derzeit nichts die Grünen daran hindern kann, in der „Wahlbewegung" ihre Bedingungen zu diktieren. Daß die Grünen dieses Diktat jetzt mit der souveränen Großzügigkeit des sowieso Stärkeren kaschieren können, ändert nichts daran, daß sie ständig den großen Knüppel hinter dem Rücken bereit halten, „nur für den Notfall". Wer will die Grünen jetzt noch hindern, auszugrenzen, wen sie wollen? Und wer glaubt, daß bei diesem Spielchen nur die DKP gemeint ist?

Bremen könnte das vorläufige AUS für die wenigen Reste bedeuten, die noch von dem Versuch übrig geblieben sind, ein autonomes „alternatives" Element neben den Grünen zu schaffen. Vermutlich wird sich bei den Kommunalwahlen in NRW im März zeigen, daß kaum noch etwas von den bunten bzw. grün-alternativen Listen übrig bleibt, die vor vier Jahren kandidierten. Die Grünen werden ‚offene' Alleinkandidaturen bevorzugen. Selbst die wenigen Ausnahmen (z.B. Bielefeld) sind keineswegs gesichert. Die DKP-Problematik könnte sich als Schlinge erweisen, mit der die letzten noch existierenden oder möglichen grün-alternativen Wahlbündnise abgewürgt werden: *„Wie die DKP die Entstehung einer AL in Mainz zunichte machen könnte"*, nennt die oben erwähnte Birgit Hasbach ihren Aufsatz („Regionalblatt", 15.9.). Und das geht so: wenn die DKP darauf besteht, sich in die Diskussionen zur Vorbereitung der Kommunalwahl einzumischen, kann aus einer AL natürlich nichts werden. Da ist dann die DKP dran schuld — und nicht etwa die rechten Grünen, die sowieso schon auf eine Alleinkandidatur zusteuern und deren Vorbehalte gegen die DKP zum Teil in *„sattsam bekannten Klischees und Vorurteilen bis hin zu vereinzelten Diffamierungen übelster Art"* bestehen, wie Birgit Hasbach mit lobenswerter Ehrlichkeit zugibt.

Ähnliche Argumente auch schon bei den Linksgrünen in Bielefeld: Wenn die DKP die Bunte Liste unterwandert (es gibt einige Eintritte), dann wird wohl leider, leider nichts übrig bleiben als eine grüne Alleinkandidatur. Das gilt entsprechend natürlich auch in anderen Orten: *„.... Der große Nachteil des Modells GAL unter den spezifischen Bedingungen in NRW ist allerdings darin zu sehen, daß es besonders (!) von der DKP zu parteiegoistischen und parteitaktischen Winkelzügen mißbraucht wird"* (Papier der LAG Kommunalpolitik der Grünen NRW).

Aber das Ganze läuft immer noch unter der Parole: „Wir linken Grünen sind eigentlich für eine bundesweite Verbreitung des GAL-Modells". Wirklich gemeint ist die selektive Aufsaugung der verbliebenen „Alternativen" in die Grüne Partei. Und die steht kurz vor ihrem erfolgreichen Abschluß. Glückwunsch, eine stolze Leistung!

Kt., Hamburg

Ein großzügiges Angebot

„....Wenn wir also die Mitarbeit von DKPlern in Wahlbündnissen ausschließen, ist dafür nicht formale Parteimitgliedschaft maßgeblich. Dort wo DKPler tatsächlich einen Annäherungsprozeß an die alternative und grüne Wahlkampfbewegung (??) vollzogen haben und deshalb vor ihrem Parteiausschluß bzw. Parteiaustritt stehen, sind sie willkommen". So heißt es in dem maßgeblich von Linksgrünen mitverfaßten Papier der LAG Kommunalpolitik der Grünen NRW (20.8.83).

Es macht also nichts, wenn jemand noch ein DKP-Parteibuch zuhause hat, sofern es ihm lediglich darum geht, der DKP mit seinem Ausschlußverfahren Scherereien zu machen oder als Informant und Werber seiner neuen grünen Freunde noch ein bißchen weiter in der DKP zu arbeiten.

Kann man denn noch großzügiger und offener sein ?!

DKP und BAL:

Kein Fettnäpfchen ausgelassen

Obwohl den DKPlern innerhalb der BAL bescheinigt werden kann, sich um das Vermeiden üblicher Marotten ihrer Bündnispolitik (Majorisierung, Alleinvertretungsanspruch) bemüht zu haben, sorgten gleich mehrer Winkelzüge „der marxistischen Arbeiterpartei, der DKP" („Unsere Zeit" o.D.) in weiten Teilen der BAL für Unmut. Sie werfen zugleich ein grelles Licht auf unbegründete Führungsansprüche und maßlose Eitelkeit.

Bereits Anfang August hatte der Bezirksvorstand der DKP/Bremen-Nordniedersachsen deutlich gemacht, daß es erhebliche Differenzen zum BAL-Programm geben. Das hinderte die DKP in der Folgezeit nicht, in Publikationen mehrfach den Eindruck zu erwecken, als gehörten DKP und BAL inniglich zusammen. Die „UZ" veröffentlichte drei Proträts von BAL-Kandidat/inn/en, bei denen genüßlich herausgestrichen wurde, daß sie Mitglieder der DKP, und in einem Fall auch Funktionsträger, sind. Dem unbedarften Leser mußte und sollte sich der Eindruck aufdrängen, die DKPler seien wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft auf die Kandidatenliste der BAL gewählt worden. Der Realität entsprach das mitnichten: In übereinstimmender Aussprache war vor der Kandidatenkür festgelegt worden, öffentliche Untersuchungen und „Vehöre" über Organisationsmitgliedschaften (vergangene wie gegenwärtige) zu unterlassen.

Während alle anderen Strömungen, deren Mitglieder in der BAL mitarbeiten, auf Selbstdarstellungen und Eigenprofilierung zu Lasten der BAL verzichteten, griff die örtliche DKP, anscheinend auf höhere Weisung, in der Schlußphase des Wahlkampfes noch stärker in die Tasten. In sogenannten „Nachbarschaftsbriefen" (von DKPlern an ihre Nachbarn) wurde zur Wahl der BAL aufgerufen und, damit die Nachbarn auch wirklich überzeugt wurden, die Kandidatur von Mitgliedern der DKP auf der BAL-Liste besonders herausgestrichen. Ohne kleinlich zu werden, möchten wir da doch anmerken, daß dies für die Nachbarn höchstens von negativer Bedeutung war, der BAL eher geschadet hat und nur einen weiteren Hinweis auf die maßlose Selbstüberschätzung der DKP liefert.

Kaderwechsel nach der Wahl?

Am 19.9. behauptete die „Welt", daß der DKP-Parteivorstand nach der Wahl die Ablösung von Bremer Spitzenfunktionären vornehmen wolle, weil sie unverzichtbare DKP-Positionen aufgegeben hätten. Realer Hintergrund solcher „Kreml-Astrologie": In der „UZ-Extra" vom 1.9. wurde ein Protokoll der 8. Tagung des DKP-Parteivorstands veröffentlicht, wo Teile des BAL-Programms als „antisowjetisch" und „antikommunistisch" bezeichnet wurden. Nun muß es jeder Organisation überlassen bleiben, ihre organisatorische Freiheit mit organisierter Dummheit zu verwechseln, doch konnte der Geschäftsführende Ausschuß der BAL die Unterstellung der DKP-Spitze, die BAL betrachte ihr Progamm als „unverbindlich", nicht hinnehmen. In einer Richtigstellung („UZ", 17.9.) wies der BAL-GA (mit Zustimmung der anwesenden DKP-Genossen!) darauf hin, daß Zweifel an der Verbindlichkeit des BAL-Programms jeder Grundlage entbehrten.

Diese erste Kritik am DKP-Parteivorstand in der „UZ" nach 15 Jahren wird sicher manchen verbohrten Parteifunktionär nicht gefallen haben, doch böte dies allein kaum Anlaß zu Spekulationen. Gewichtiger sind da schon Klagen von DKP-Mitgliedern über ihre sektiererische Parteiführung und bundesweite Distanz in der DKP gegenüber dem Bremer Bemühen um eine offenere Bündispolitik. Ob Befürchtungen einiger DKP-Genossinen und -Genossen, insbesondere auch das magere Wahlergebnis könnte zum Anlaß für einen erneuten Kurswechsel genommen werden, tatsächlich zutreffen, werden die kommenden Monate erweisen.

KB/Gruppe Bremen

Bunte Liste Bielefeld
Wahlbündnis oder grüne Filiale?

Der Streit um die weitere Entwicklung der alternativen Wahlbewegung, wie er sich jüngst an der Bremer BAL entzündet hat, findet seine aktuelle Fortsetzung in der Frage der Kandidatur der Grünen bei den Kommunalwahlen 1984 in Nordrhein-Westfalen. Der Versuch der DKP, sich in örtliche Wahlbündnisse hineinzudrängen oder selbst solche hochzuziehen, wird dabei von Seiten der Grünen oftmals benutzt, um ihre Alleinkandidatur („Offene Liste") propagandistisch abzusichern. In Bielefeld wäre eine solche grüne Kandidatur kaum möglich, da es hier eine starke Bunte Liste gibt, die seit vier Jahren im Parlament vertreten ist.

DKP will in BL mitarbeiten...

Die Debatte um die NRW-Kommunalwahlen beginnt in der Bunten Liste nur zaghaft. Anstoß dafür, daß sie überhaupt in Gang kam, war der Beschluß der Kreisdelegiertenversammlung der DKP vom Juli. Darin bekundete sie ihre Bereitschaft, *„konstruktiv an der Erarbeitung eines Kommunalwahlprogramms teilzunehmen, das die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt. Auf einer solchen Grundlage wären Kommunisten bereit, auf der Bunten Liste mitzukandidieren"*. (aus dem Beschluß). *„In diesem Fall würde die DKP zur Wahl der Bunten Liste aufrufen und"* —wer hätte das gedacht — *„auf eine eigene Kandidatur verzichten."* („Ravensberger Echo", Sept. 83, DKP-Stadtteilzeitung).

DKP-Mitglieder, die daraufhin auf dem Bunte-Liste-Plenum am 2.9. ihre „Bereitschaft" vortrugen, berichteten, daß sie schon das Kommunalwahlprogramm der BL 1979 „ganz gut" gefunden hätten. „Irgendwie" verstünden sie es heute auch nicht mehr, wieso sie nicht schon damals mitgemacht hätten.

...und „gefährdet so die Herausbildung breiter Bündnisse"

In einem Papier der NRW-grünen Landesarbeitsgruppe (LAG) Kommunal-

In einem Papier der NRW-grünen Landesarbeitsgruppe (LAG) Kommunal-

politik beschäftigt sich der Abschnitt zur Bündnispolitik fast ausschließlich mit der DKP. Stichworte: „Realer Sozialismus", Afghanistan, Eritrea, Polen, AKWs, mangelndes Demokratieverständnis, taktisches Verhalten zu den Basisbewegungen ... Alles Punkte, die wir hier nicht weiter ausführen brauchen, da sie allgemein bekannt sind.

Auch die Charakterisierung dieser Partei als „trojanisches Pferd der SPD" in der Friedensbewegung und die Vermutung, daß die DKP diese Rolle auch in der Wahlbewegung spielen würde, kommen ja keineswegs überraschend.

Es erhebt sich doch aber die Frage, wieso ausgerechnet die DKP die Herausbildung breiter (Wahl)Bündnisse der Grünen mit anderen Kräften gefährdet, wie die LAG in dem Papier behauptet. Antwort: weil ein *„Modell GAL ...besonders von der DKP zu parteiegoistischen und parteitaktischen Winkelzügen mißbraucht wird"*. *„Die parteitaktische Mitarbeit der DKP in ‚Alternativen Listen' könnte die von den Grünen NRW als ein Modell der Kandidatur befürwortete Lösung der GAL-Bildung unmöglich machen"*. Der mögliche Mißbrauch durch die DKP sei „der große Nachteil" von GAL-Bündnissen.

Für den Fall, daß sich örtlich vielleicht GAL's nicht umgehen lassen, erhält die propgrammatische Abgrenzung und die Ausgrenzung der DKP den Charakter eines grünen Essentials: *„Dort, wo Grüne aufgrund der örtlichen Bedingungen eine GAL-Bildung befürworten, wird es nötig sein, in aller Deutlichkeit auf die Interessen der DKP hinzuweisen und anhand inhaltlicher Vorgaben zu erklären, warum ein längerfristiges Bündnis mit dieser Partei nicht möglich ist und darum auch für Grüne nicht in Frage kommt."* Wie wir weiter unten zeigen wollen, dient die DKP lediglich als Vorwand, um die Bildung von GAL-Bündnissen zu verhindern und so den Alleinvertretungsanspruch der Grünen Partei zu zementieren, der allerdings in Bielefeld nach dem Vorhaben maßgeblicher Links-Grüner in die spezifische Form einer BL-Kandidatur gekleidet werden soll.

Doch zunächst noch zu den programmatischen Implikationen der grünen „Orientierungshilfe", wie das hier zitierte LAG-Papier von den Autoren genannt wird.

Minimalkonsens? Nein Danke!

Die DKP ist bekanntlich die Vertreterin eines programmatischen Minimalkonsenses: *„....gemeinsames Minimalprogramm, welches ... zugleich jene Fragen ausspart, in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind..."*(„UZ", 1.9.83). Es gibt u.E. keinen Grund, der DKP zuliebe auf in der gesamten Wahlbewegung ansonsten unumstrittene Positionen zu verzichten, wie etwa die Ablehnung von AKWs überall, und nicht nur in der BRD. Nur kriegt die ganze Debatte inzwischen den Drall, die AKWs in Magdeburg nur noch zwecks Ausgrenzung der DKP vorzuschieben.

Da örtlich eine Zustimmung der DKP zur Ablehnung von AKWs „in Ost und West" durchaus drin ist, muß — so man die DKP unbedingt draußen haben will — die ganze Frage weiter zugespitzt werden und landet dann fast zwangsläufig bei den „grünen Grundüberzeugungen". Das BL-Mitglied Rudolf Boch, Vertreter im Bundeshauptausschuß der Grünen Partei, hielt denn auch auf dem BL-Plenum den Streit um AKWs im „Realen Sozialismus" für lediglich oberflächlich. Es gehe um mehr, um die Ablehnung eines menschenfeindlichen Industrie- und Techniksystems überhaupt, wovon AKWs nur ein Ausdruck seien.

Sicherlich ist mit dem formelhaften Herunterleiern der „kapitalistischen Anwendung" der Technik, die es zu kritisieren gelte (ansonsten sei aber Technik an sich positiv), viel Schindluder getrieben worden, besonders von der DKP. Aber auffällig ist doch, wie sich hier ein „ehemaliger Linker" (Boch über Boch auf dem BL-Plenum) in bedenkliche Nähe zu Bahros „Ausstieg aus dem Industriesystem" begibt. Das ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil hier in der Grunddifferenz zwischen „Traditionalisten" einerseits, „Ökologisten" andererseits Terrain aufgeben wird. Diejenigen

„Traditionalisten", die diese Politik mitmachen, untergraben sich damit über kurz oder lang ihre eigene Posi-

„Traditionalisten", die diese Politik mitmachen, untergraben sich damit über kurz oder lang ihre eigene Position.Das gilt auch für den Punkt „Realer Sozialismus": bei Teilen der Grünen ist die Grundlage für die Kritik am „Realen Sozialismus" überwiegend im Antikommunismus zu suchen.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Von R. Krämer, dem BL-Fraktionsvorsitzenden im Bielefelder Rat, der das oben erwähnte LAG-Papier entworfen hat, waren vor zwei Jahren noch ganz andere Töne zur DKP zu hören. Parallel zum „Hamburger Frühling" 1981 zwischen der linksgrünen „Gruppe Z" und der DKP sollte in Bielefeld ein Funktionär der DKP in den Weiterbildungsausschuß als stellvertretender Abgeordneter der Bunten Liste geschickt werden. Dieses Angebot an die DKP war mit deutlicher Mehrheit des BL-Plenums erfolgt. CDU, SPD und FDP schäumten vor Wut: Der Wählerwille würde unterlaufen, wenn eine Partei, die bei den Wahlen gescheitert sei, auf diesem Weg von der Bunten Liste Sitz und Stimme im Parlament erhielte. R. Krämer wies damals zusammen mit dem Fraktionsgeschäftsführer der Bunten Liste diese Angriffe in scharfer Form zurück: *„Wir fragen nicht nach Parteizugehörigkeit"*; entscheidend sei die Sachkenntnis des DKP-Funktionärs gewesen usw. (ausführlich: AK 198).

Heute argumentiert R. Krämer und mit ihm die gesamte grüne LAG: *„Über den Umweg der Beteiligung an ‚Alternativen Listen' versucht die DKP, den Einfluß auch auf parlamentarischer Ebene zu erreichen, den ihr die Wähler bisher verweigert haben, aus guten Gründen."* Auch daß nicht nach Parteizugehörigkeit gefragt wird, gilt heute nicht mehr. „Als solche" soll die Mitgliedschaft zwar keine Rolle spielen, aber: *„DKP-Mitglieder, die tatsächlich einen Annäherungsprozeß an die alternative Wahlbewegung vollzogen haben und deswegen vor ihrem Parteiaustritt oder -ausschluß stehen ... sind willkommen."* Ungeheuer großzügig also: Einem DKP'ler, der sowieso schon auf dem Absprung ist, wird nachgesehen, daß er sein Parteibuch noch nicht zurückgegeben hat. Das ist in Wahrheit ein Unvereinbarkeitsbeschluß nicht nur gegen die DKP als Partei, sondern auch individuell gegen jedes einzelne Mitglied. Davon kann sogar die SPD noch etwas lernen.

R. Krämer hat auf dem BL-Plenum am 2.9. an die DKP-Mitglieder appelliert, ihre Anträge auf Mitgliedschaft in der BL zurückzuziehen, da man sonst „gezwungen" sei, einen UVB zu verabschieden. Aber warum eigentlich sollte die DKP ihren Gegnern diese Peinlichkeit ersparen?!

Grüne Parteiladenpolitik

Wir hatten oben schon gesehen, wie in dem Papier der Grünen-LAG die DKP als Vorwand benutzt wird, um die Bildung von GAL-Bündnissen zu erschweren (Mißbrauchsmöglichkeit usw.). Auch auf dem BL-Plenum sprach R. Krämer davon, daß in NRW weitgehend über „Offene Listen" der Grünen Partei hinaus nichts drin sein werde. Was heißt das nun für Bielfeld, wo es ja die Bunte Liste gibt?

R.Boch, Mitglied im BHA der Grünen, meinte, die BL mit ihrem „erfahrenen Kaderstamm" brauche die DKP nicht zu fürchten, eher umgekehrt. Wenn man aber eine Mitarbeit der DKP zulasse, würden die DKPler andernorts mit Hinweis auf das Modell Bielefeld die „unerfahrenen, jungen Menschen aus dem Ruhrgebiet" ins politische Abseits führen. Deshalb dürfe es so ein Modell nicht geben. Auch sei die Bunte Liste inzwischen eher eine Partei mit, wenn auch z. T. noch kritischem, so doch insgesamt positivem Bezug auf die Grüne Partei und deren Grundüberzeugungen. Während die DKP nach der Revolution einen neuen Staatsapparat aufbauen wolle, seien die Grünen schon sehr viel weiter: „Freie Assoziation der Produzenten", wo die Gesellschaft vor dem Staat geschützt werden müsse. Boch und seine Freunde mögen da tatsächlich „weiter sein", aber bestimmt nicht die Grünen. So meinte denn auch der BL-Abgeordnete im Planungsausschuß auf dem BL-Plenum, daß ihn von Teilen der Grünen („Ausstieg aus dem Industriesystem") mehr trenne als von der DKP (Antikapitalismus).

Ähnlich Rainer S. D. BuLi- und
striesystem") mehr trenne als von der DKP (Antikapitalismus).

Ähnlich Rainer S. D., BuLi- und Grünen-Mitglied; er tritt in der Frage der Verschmelzung von grünem KV und BL für die Eigenständigkeit der Bunten Liste ein, und zwar wegen des sogenannten „traditionalistischeren" Profils der BL (vergl. BL-Mitgliederrundbrief v. Juli 83).

Die beiden Linien, die hier sichtbar sind, drücken sich auch in der Frage der Kandidatur aus. Wenn man, wie R. Boch, die BL eher als Teil der Grünen Partei begreift, ist es eigentlich ganz konsequent, eine Ausweitung des Bündnisspektrums in Richtung „Traditionalismus" zu blockieren. Ausdrücklich lehnte denn auch Boch den Versuch einer Einbeziehung von DS, Sozialliberalen (Ex-FDP), linken Sozialdemokraten u.ä. ab. Eine solche Kandidatur wäre praktisch eine grüne Alleinkandidatur mit anderem Namen.

Wie es weitergeht...

...ist derzeit nicht zu sagen, zumal die meisten Aspekte in der BuLi-Diskussion lediglich oberflächlich angekratzt wurden. Die Lage, in der sich die DKP derzeit befindet, hat sie sich größtenteils selbst zuzuschreiben. Vieles von dem Mißtrauen, das ihr entgegengebracht wird, ist ja durchaus berechtigt. Diese Partei, die allzu, allzu spät ihre Liebe zur Wahlbewegung entdeckt hat, wird — falls überhaupt — hier nur mitarbeiten können, wenn sie sich in bescheidener Zurückhaltung übt. Das Gepolter und die selbstgefällige Arroganz, mit der die DKP verkündet, wie denn nun ein Programm auszusehen hat, damit die Bunte Liste in den Genuß der DKP-Bereitschaft kommt, „auf einer solchen Grundlage mitzukandidieren", steht ihr schlecht zu Gesicht, nicht zuletzt auf Grund ihres geringen realen Einflusses. Aber die alternative Wahlbewegung, namentlich die Bunte Liste, sollte sich durch die mögliche Mitarbeit von DKP'lern nicht schrecken lassen und mehr Souveränität an den Tag legen. Sie sollte ihre Selbstverständnisdebatte nicht ausschließlich unter dem Blickwinkel grüner Parteiladenpolitik führen, was letztlich nur zur Stärkung des grünen Alleinvertretungsanspuchs führen würde.

Mainz:
Streit um ein kommunales Wahlbündnis

Andere (Bundes-) Länder, die gleichen Sitten: Wo auch immer im Bundesgebiet grün-alternative Listen gegründet werden sollen, wird vorrangig und mit stets gleichbleibenden Pro- und Kontra-Argumenten die Frage der DKP-Beteiligung diskutiert. So auch in Mainz, wo im Juni kommenden Jahres Kommunalwahlen stattfinden werden und wo sich bisher folgendes zugetragen hat:

Die Mainzer Grünen eröffneten im Frühsommer mit einem Schreiben an diverse Initiativen, Einzelpersonen und Organisationen (inkl. DKP) die Diskussion um ein alternatives Wahlbündnis. Die DKP signalisierte sogleich freudige Bündnisbereitschaft und beteiligte sich am Vorbereitungskreis für das erste öffentliche Treffen, das inzwischen (am 10.9.) stattgefunden hat. Derweil legten sich die Grünen fest: **„Es gibt in Mainz kein alternatives Wahlbündnis, wenn die DKP auf einer Teilnahme besteht"** (Birgit Hasbach, Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen). Auch ein kommunalpolitisches Bündnis bedürfe *„der Übereinstimmung in grundsätzlichen politischen Fragen"*. Wer wie die DKP eine Diskussion über die Jenaer Friedensbewegung mit dem Argument abwürgen wolle: „Wir leben doch hier nicht in Jena, sondern in Mainz", konserviere die *„eng gesteckten, engstirnigen Grenzen der traditionellen Kommunalpolitik"* (B. Hasbach) und unterstütze damit *„die Position der CDU, die den Antrag nach einem atomwaffenfreien Mainz mit der Begründung abgebügelt hat, friedenspolitische Themen gehörten nicht in den Bereich der Kommunalpolitik"*.

Was der Beschluß der Grünen zur DKP im einzelnen bedeuten soll, ist — wie der 10.9. zeigte — bei seinen Urhebern mittlerweile umstritten: die einen wollen ihn als generellen Unvereinbarkeitsbeschluß auch gegen einzelne DKP-Mitglieder verstanden wissen (z.B. der grüne Kreisvorsitzende Conradi) und befürworten entsprechend eine „grün-offene" Liste; andere wollen DKP-Mitglieder aus örtlichen BIs in der Liste mitarbeiten lassen.

Nach der 4 1/2-stündigen Debatte am 10.9. stellt sich die Lage bei den Mainzer Grünen aus der Sicht eines unabhängigen Mitglieds der BI Umweltschutz Mainz-Wiesbaden so dar: *„Diese Leute* (die grüne Mehrheit — Anm. AK) *mal über einen Kamm geschert — haben mit Blick auf die Mehrheiten alle möglichen Berührungsängste und sind auch jederzeit bereit, sich von Chaoten, Kommunisten, Asozialen usw. zu distantieren (...) Die Linken der Grünen, jetzt ohne Unterstützung der Initiativen, werden ihre internen Kämpfe bald leid sein und sich zurückziehen"*.

Und aus der Sicht der DKP heißt es in einer „Stellungnahme zum 10.9." von Dieter Dörflinger, Mitglied des DKP-Kreisvorstandes und „Verantwortlicher für Bündnispolitik": *„Die DKP will nicht prinzipienlos oder gar anbiederisch ein Wahlbündnis mit den Grünen um jeden Preis. (...) Trennende Fragen sollten zurückgestellt werden. Das muß nicht bedeuten, daß sie totgeschwiegen werden, aber die Frage ist doch, in welchem Klima werden sie diskutiert?"* Überhaupt, das Klima: Die DKP war schon immer für breitestmögliche Bündnisse und sachlichen Meinungsstreit. Daß es nie dazu kam, haben die anderen zu verantworten: *„Was sich vor 10 Jahren an Kämpfen und Reibungsverlusten schon verheerend auswirkte, ist heute unter einem Innenminister Zimmermann vollends unerträglich."*

(Alle Angaben und Zitate nach „Regionalblatt Wiesbaden" v. 15.9.83).

Grüne und Grundgesetz

„Das Grundgesetz gewährleistet also kein Widerstandsrecht gegen Unterdrückung, Ausbeutung und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, soweit dies im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, also durch die zuständigen Organe, vor allem die Volksvertretung, gebilligt wird." Dieser bemerkenswerte Satz findet sich in dem Aufsatz „Grüne und Grundgesetz" mit dem ein Prof. Stober in der September-Ausgabe der „Zeitschrift für Rechtspolitik" nachzuweisen versucht, daß die Grünen eine „verfassungsfeindliche" Partei sind.

Der aufmerksame politische Beobachter hat zwar schon immer vermutet, daß die „verfassungsmäßige Ordnung" in diesem unseren Lande auch Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zuläßt. Dies nun professoral bestätigt zu bekommen, ist auch eine Art Erfolgserlebnis.

Auch die praktizierte Basisdemokratie ist laut Stober „verfassungsfeindlich". Das Prinzip der Repräsentation des Volkes durch seine Abgeordneten sei im Grundgesetz vorgesehen. *„Die basisdemokratische Dezentralisierung beruht letztlich jedoch auf unkontrollierbarer und keine Verantwortung schuldender Selbstbestimmung."* Und das darf natürlich nicht sein. Das Rotationsprinzip — von den Grünen im Bund und in einigen Ländern beschlossen, verstoße gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl. Dieser erfordere es, daß zwischen die Wahlentscheidung des Bürgers und die Besetzung des Parlaments keine weitere Entscheidung eines anderen Organs geschaltet sei. Außerdem wisse beim Rotationsprinzip der Wähler ja gar nicht, wen er alles wähle. Nun weiß er das natürlich bei den anderen Landeslisten auch nicht, jedenfalls solange nicht, wie die Stimmen nicht ausgezählt und der Wahlanteil einer Partei festgestellt ist. Bis dahin weiß der Wähler nie, wen er mit seiner Stimme gewählt hat. Aber solch kleinliche logische Überlegungen sind nicht die Sache des Prof. Stober. Ihm geht es ja auch nicht um „wissenschaftliche Redlichkeit", sondern um politische Agitation gegen die Grünen, wissenschaftlich verbrämt.

So wundert es wohl auch kaum noch jemanden, daß nach seiner Meinung die Diätenregelung der Grünen, die das Abgeordneten-Einkommen stark begrenzt, „verfassungswidrig" ist, weil dadurch die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage gestellt wird.

Besonders interessant ist schließlich der Abschnitt „Grüne und öffentlicher Dienst": *„Angesichts der dargelegten basisdemokratischen Grundsätze bestehen erhebliche Zweifel, ob grüne Beamte für den gegenwärtigen Staat und seine Verfassung aktiv eintreten ... Der Staat ist jedoch auf einen intakten, loyalen, pflichtgetreuen, dem Staat verbundenen Beamtenkörper angewiesen, weil davon die sachgerechte, effiziente und pünktliche Erledigung der vielfältigen und komplizierten Verwaltungsaufgaben vor allem in Krisenzeiten abhängt. Dieser Umstand sollte bei der Einstellung grüner Bediensteter beachtet werden."* Kommentar ist hier wohl überflüssig.

Ziel des Aufsatzes ist es offensichtlich, das juristische Handwerkszeug zu liefern, das bei einem Vorgehen gegen die Grüne Partei zur Verfügung stehen könnte. Das Verdikt eines „Verfassungsfeindes" — Ausdruck der größten Achtung, die dieser unser Staat zu vergeben hat — kann so bald jeden Grünen treffen.

KB/Gruppe Marburg

Tagebuch:

9 Tage Betriebsbesetzung auf der HDW

Die Vorgeschichte

1968 fusionierten die Howaldtwerke Hamburg und Kiel mit der Deutschen Werft Hamburg zur größten bundesdeutschen Schiffswerft HDW mit damals 22.000 Beschäftigten. Die Fusion war Auftakt für Straffung des Unternehmens und Werkschließungen: 1972 — 1974 wurde das HDW-Werk in Finkenwerder (Hamburg) dichtgemacht, 1981 folgten die Werke Reiherstieg in Hamburg und Dietrichsdorf in Kiel. Die Belegschaftsstärke sank auf 12.050 in Hamburg und Kiel um die Jahreswende 1982/83. Mit dem Wechsel im HDW-Vorstand im November 1982 — als Arbeitsplatzkiller Ahlers seinen neuen Job übernahm — wurde daran gegangen, einen seit Anfang der siebziger Jahre bestehenden Plan zu realisieren: Konzentration des Schiffneubaus auf der HDW in Kiel und schrittweise Aufgabe des Hamburger Werkes. Dieses war die zwischen Schiffbauindustrie und damals sozialdemokratisch geführter Bundesregierung einvernehmlich in der Werften-Enquete von 1972 niedergeschriebene Zielsetzung (Auftraggeber für dieses Gutachten war die Bundesregierung). Entsprechend dieser Linie weigerte sich das SPD-regierte Land Hamburg immer, Anteile an der bundeseigenen, dem staatlichen Salzgitter-Konzern gehörenden HDW zu erwerben, im Unterschied zum Land Schleswig-Holstein, das sich mit 25,1% am HDW-Aktienkapital eingekauft hat.

HDW-Sanierer Ahlers arbeitete gut. Wohlabgestimmt legte er 8 Tage nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 und einen Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl vom 13. März 1983 das neue Konzept des HDW-Vorstandes vor: Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg, Reduzierung der HDW-Belegschaft um weitere 4000 Kollegen (jeweils 2000 in Kiel und Hamburg). Rigide Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen sind eingeplant. Die Belegschaft reagierte das erstemal massiver: Fünf Tage ruhte im März in Hamburg die Arbeit, 3000 Arbeiter warnstreikten in Kiel-Gaarden.

Nachdem der Aufsichtsrat der Salzgitter AG dem Vorstandskonzept am 28.3. zugestimmt hatte, versickerten die Aktivitäten, Resignation machte sich breit.

Im September geht der HDW-Vorstand an die Realisierung seines Konzeptes. Zunächst 1354 Kolleginnen und Kollegen sollen gehen...

Hungerstreik der HDW-Frauen

Dienstag, 6.9. — Als der Vorstand dem BR (Betriebsrat) eine Entlassungsliste mit 1354 Namen auf den Tisch knallt, ohne auch nur die Verhandlungen über einen Sozialplan abzuwarten — und noch während die Einigungsstelle im Direktionsgebäude tagt, die (gegen den Willen des BR) darüber beraten soll, wie der Personalabbau am besten durchzuführen sei — flammt der Protest erneut auf. Über 1000 Kollegen legen die Arbeit nieder. Noch am selben Tag beantragt der BR beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Entlassungen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind seit März schon etwa 700 Kollegen unter erheblichem Druck „freiwillig" gegangen.

Mittwoch, 7.9. — Um 5,30 Uhr beginnen einige Frauen von HDW- und MAN-Kollegen einen dreitägigen Hungerstreik an den Landungsbrücken, um ihre eigene Betroffenheit zu verdeutlichen, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und ihre Männer im Kampf zu unterstützen. Aus Solidarität essen viele Kollegen nicht in der HDW-Kantine. Auch in der Öffentlichkeit gibt es ein breites, positives Echo.

Donnerstag, 8.9. — Außerordentliche Betriebsversammlung auf der Werft. Die im Hungerstreik befindlichen Frauen werden mit tosendem Beifall begrüßt. Wirtschaftssenator Volker Lange erklärt, daß Ahlers laut einer geheimen Gesprächsnotiz zugegeben habe, in 2 - 3 Jahren werde die Werft voll-
heimen Gesprächsnotiz zugegeben habe, in 2 - 3 Jahren werde die Werft voll-
ständig geschlossen. Ahlers weigert sich, zu dementieren. Lange lehnt weitere Verhandlungen mit dem Vorstand ab und entzieht ihm das Vertrauen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß der Vorstand der Polizei die Genehmigung für eine „Notstandsübung" am 20.9. auf dem Werftgelände gegeben hat. (Diese wird später auf Druck des BR und wohl wegen der schlechten öffentlichen Wirkung zurückgezogen — oder nur verschoben?).

Unter dem Jubel der Kollegen überreicht ein Betriebsrat dem Vorstand „blaue Briefe". Das Mittel der Betriebsbesetzung wird offen diskutiert. Alle Zeichen stehen auf Kampf. Auch der IGM-Sekretär sieht sich genötigt, zu Aktivitäten der Gewerkschaft aufzurufen. Ein Vertreter der DAG (!) hingegen fordert klar dazu auf, „Vorbereitungen für Arbeitskampfmaßnahmen zu treffen". Bis zum kommenden Montag wird die Betriebsversammlung unterbrochen.

Freitag, 9.9. — In der Presse ist schon nachzulesen, daß am Montag mit einer Betriebsbesetzung zu rechnen sei. Während des Wochenendes wird eine AL (Aktionsleitung) gebildet, die sich aus a l l e n wesentlichen Strömungen in der Belegschaft zusammensetzt: IGM, Aktive Metaller (fortschrittliche Kollegen, bei der letzten BR-Wahl oppositionelle 2. Liste gegen die unternehmerfreundliche IGM-Politik, auf Anhieb absolute Mehrheit, seitdem Ausschluß aus der IGM und Kampf um Wiederaufnahme) und RGO (1 Mandat bei der letzten BR-Wahl). Die AL bereitet die notwendigen Schritte vor.

Samstag, 10.9. — Streikposten vor dem Werkstor verhindern, daß am Wochenende Überstunden gemacht werden. Auch Arbeiter von Fremdfirmen kehren unverrichteter Dinge wieder um.

Sonntag, 11.9. — Wieder Streikwachen vor dem Eingang. Die letzten organisatorischen Maßnahmen für die geplante Aktion werden getroffen.



Die Besetzung — erster Tag

Montag, 12.9. — 7.30 Uhr Fortsetzung der Betriebsversammlung. Wie geplant, wird sie nach 2 Stunden unterbrochen. Fast alle Kollegen folgen dem Aufruf und fahren auf 3 vorher bestellten Fähren zu den Landungsbrücken, um von dort aus in einem kämpferischen Demo-Zug in die Innenstadt zu marschieren. Auf einer Kundgebung bestärken mehrere Redner die Entschlossenheit der etwa 3000 Kollegen. Auch Bürgermeister von Dohnanyi hängt sich an den Protest an und versucht wieder einmal (unter anfänglichen Pfiffen, denen dann Beifall folgte), alle Schuld auf die CDU in Bonn zu schieben.

Nach der Rückkehr zur Werft schlägt auf der fortgesetzten Betriebsversammlung die AL die Besetzung vor. Als einziger Redner verurteilt ein Vertreter des CMV (CDU-„Gewerkschaft") die geplante Aktion. Sein Beitrag geht in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert unter. Mit überwältigender Mehrheit — bei nur einer Handvoll Enthaltungen und Gegenstimmen — beschließt die Belegschaft, die Werft zu besetzen und die Arbeit niederzulegen, bis die Hauptforderungen der Kollegen erfüllt sind:

— Rücknahme der Entlassungen
— Verlegung eines Schiffsneubaus von Kiel nach Hamburg
— Verhandlungen über die weitere Zukunft des Betriebes.

Tosender Beifall. Um 15.30 Uhr werden die Tore besetzt, Wachen rund um die Uhr eingeteilt. Liegen und Matratzen aufgebaut. Viele Kollegen gehen nach Hause, um abends mit Sack und Pack zurückzukommen. Manche bleiben gleich da. Essen für die Nachtschicht wird organisiert. Die ersten Besucher kommen mit Solidaritäts-Adressen, Spenden, Obst, Kaffee, Büchern u.v.a.

Als Vorstands-Mitglied Nadler wie gewohnt mit seinem Mercedes aufs Gelände fahren will, scheitert er an der entschlossenen Torwache. Nur zu Fuß darf er rein. Wütend dreht er ab. Unbemerkt klettert er an einer anderen Stelle über den Zaun. Leider existiert hiervon kein Bild. Es hätte bestimmt gute Chancen, Pressefoto des Jahres zu werden. Etwa 250 Kollegen verbringen ihre erste Nacht auf der Werft, die ihnen im Laufe von Jahren so viel von ihrer Gesundheit, ihren Nerven und ihrem Leben gekostet hat.

Zweiter Tag

Dienstag, 13.9. — Pünktlich wie immer, strömen morgens die Massen herein und stempeln ihre Karten. An den Toren verteilen Kollegen der Nachtschicht das 1. Info der Aktionsleitung, das kurz über die Ereignisse informiert, und zur Belegschaftsversammlung um 7.30 Uhr in der Kantine aufruft. Gleichzeitig läßt der Vorstand durch die Leute vom Werkschutz ein freches Flugblatt verteilen, in dem die Kollegen zur Arbeit aufgerufen werden. Andernfalls müßten sie mit Lohnentzug und arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. U.a. heißt es dort: *„In der Betriebsversammlung am 12.9.83 soll die Belegschaft angeblich mehrheitlich beschlossen haben, im Werk Hamburg im Zusammenhang mit den betriebsnotwendigen Personalanpassungen die ‚Werft zu besetzen'"*.

Auf der gut gefüllten Versammlung in der Kantine wird mit Riesen-Mehrheit die weitere Besetzung beschlossen. Auch die wichtigsten Maßnahmen der AL werden offen diskutiert und abgestimmt. So wird in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung erreicht, daß die Kantine wieder für die Belegschaft mittags und abends geöffnet wird. Dafür erlaubt sie einen notwendigen Schiffs-Anstrich im Dock und läßt eine Stevenrohrabdichtung nach Bilbao aus dem Werk, die dort dringend gebraucht wird.

AL-Sprecher Otto Kock wird von Vorstands-Mitglied Nadler mit möglichen Regreßforderungen massiv unter Druck gesetzt — erfolglos. Jedoch muß er wegen Kreislaufschwäche ins Krankenhaus gebracht werden. Sein Stellvertreter Andreas Müller-Goldenstedt („Mügo") übernimmt seinen Platz und wird darin von der Versammmlung ausdrücklich bestätigt.

Hauptabteilungsleiter ziehen plötzlich riesige Listen mit angeblich notwendigen Arbeiten aus der Tasche. AL und Belegschaft bleiben hart. Nur wenige Gewerbliche arbeiten. Allerdings bleiben die meisten Angestellten in ihren Büros. Nachmittags kommen Betriebsräte direkt aus dem Gericht und verkünden unter dem Jubel der Kollegen, daß das Arbeitsgericht in erster Instanz in einer einstweiligen Verfügung den Vorstand verpflichtet habe, die Kündigungsfrist um einige Wochen zu verschieben, damit der BR mehr Zeit zur Prüfung hat. Gleichzeitig trifft sich eine am Vortag gewählte Delegation aus Vertretern der Belegschaft, der Frauen und der IGM in Bonn mit zwei Staatssekretären im Finanzministerium, kehrt aber abends enttäuscht zurück: Keine Zusagen. Die Kantine ist zur „Streikzentrale" geworden. Unten der große Versammlungsraum, oben der „Schlafsaal". Die AL hat ihr „Büro". Draußen große Stelltafeln mit den Solidaritätsadressen, Telegrammen und Spenden. Das Haupttor der Werft — mit Krangewichten gesichert — ist geschmückt mit Blumen, Fahnen, Transparenten und einer „Solidarnosc"-Flagge. Jeder HDW'er und Besucher darf rein und raus, letztere aber nur mit zwei Passierscheinen — einem „offiziellen" des Werkschutz, einem der Belegschaft (Ausdruck der vorübergehenden „Doppelherrschaft" im Werk). Angeliefertes Material darf aufs Gelände, aber nichts geht raus.

Ein ständiger Strom von Besuchern belebt das Bild und sorgt bei den Kollegen für gute Stimmung. Bis in den späten Abend spielen verschiedene Künstler in der Kantine für die Werftarbeiter. Währenddessen wird im Gewerkschaftshaus von etwa 300 Teilnehmern ein Unterstützungskomitee aus Gewerkschaftern, DKP, Juso und GAL gebildet, das die Solidarität für die HDW-Besetzer organisieren will.

Dritter Tag

Mittwoch, 14.9. — Wie jetzt jeden Tag, werden vor den Toren die täglichen Infos der AL verteilt, finden tagsüber mehrere Versammlungen in der Kantine statt, auf denen alle wichtigen Dinge diskutiert und abgestimmt werden. Der Beschluß für Streik und Besetzung wird erneuert. Zwischendurch immer wieder Delegationen, die Grußworte verlesen und Geld überreichen.

Die „Verhandlungsschlacht" wird immer hektischer: Vormittags konferieren einige Betriebsräte mit dem Bürgermeister im Rathaus: nur unverbindliche Versprechungen. Danach „Gipfeltreffen" von Dohnanyi mit seinem Bremer Amtsbruder Koschnick: Forderungen an Bonn, mehr für die Werften zu tun (und zu zahlen).

Nachmittags „Aktuelle Stunde" im Bundestag. SPD und Grüne kritisieren
zu tun (und zu zahlen).
Nachmittags „Aktuelle Stunde" im Bundestag. SPD und Grüne kritisieren
die Schiffbau-Politik der Bundesregierung. Nur die Grünen erklären sich vollständig mit den Aktionen der Belegschaft solidarisch. Stoltenberg und Lambsdorff bleiben ihrem Ruf als harte und kompromißlose Vertreter der Kapital-Interessen treu. Keinerlei Zusage.

Breite Solidarität

Die erstaunlich große Solidarität in weiten Kreisen der Bevölkerung war ein wichtiges El ement für die Unterstützung der Besetzung. Praktisch die gesamte Hamburger Linke hat die Aktion unterstützt. Allein die GAL und Bundes-Grüne haben über 65.000 Mark gespendet und gesammelt. Viele Gruppen, Initiativen, Organisationen, Kneipen, oder einfach einzelne Menschen haben diese Sache unterstützt. Zeiweise mußten die Leute sich anstellen (!), um ihr Geld loszuwerden, während zwei Kollegen pausenlos nur damit voll ausgelastet waren, die Spenden einzunehmen und abzurechnen. Insgesamt sind über eine drittel Million DM eingegangen.

Wichtig waren die vielen Solidaritätsbeweise aus Gewerkschaften und Betrieben, besonders natürlich von anderen Werften, aber auch von Peine-Salzgitter, Hoesch oder Arbed Saarstahl. Sogar der Personalrat der Wasserschutzpolizei (!) unterstützte die Aktion und überbrachte gesammelte 2800 Mark. Auch das Solidaritätskomitee, das das Fest am Sonntag und vieles andere organisiert hatte, hat einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten recht ausführlich und überwiegend positiv. Die TAZ verteilte 3 recht gute Extra-Ausgaben mit zusammen 190.000 Auflage in der Stadt und vor anderen Betrieben.

Fortsetzung nächste Seite

Vierter Tag

Donnerstag, 15.9. — Die Verhandelei geht fast pausenlos weiter. Um 13.00 Uhr soll die Einigungsstelle wieder zusammentreten. In Bonn treffen BR-Vorsitzender Holger Mahler, IGM-Sekretär Frank Teichmüller und Bezirksleiter Otto vom Steeg mit Finanzminister Stoltenberg zusammen. Ergebnis: Null. Schon **vor** diesem Gespräch hat Stoltenberg in einem Interview ohne Wenn und Aber klargemacht, daß am Vorstandskonzept „**nichts**" geändert werde. Nach kurzer Stipvisite im Betrieb eilt die BR-Delegation — gerade aus Bonn mit einem Charter-Jet des NDR zurückgekehrt — trotzdem gleich weiter ins Rathaus, um dort mit Dohnanyi, einigen Senatoren und den Herren Ahlers und Co. weiter zu „verhandeln". Auch hier **keine** Änderung der Pläne des HDW-Vorstandes, obwohl ihm der SPD-Senat geradezu händeringend einen Millionen-Zuschuß nach dem anderen anbietet.

Währenddessen verschärfen die Kapitalisten ihren Kurs im besetzten Werk. Das Fernsehen wird ausgesperrt und darf nur noch vor dem Werkstor senden. Die Vorgesetzten laufen verstärkt im Betrieb rum und setzen einzelne Kollegen unter Druck, um sie zur Arbeit zu erpressen. Es gelingt ihnen jedoch nicht, die Kollegen zur Montage nach Texaco zu bewegen oder zur Arbeitsaufnahme in der Maschinenfabrik — von Anfang an zwei Schwachpunkte in der Streikfront. Die Betriebsleitung bricht sämtliche Verhandlungen mit der AL ab.

Um 14.30 Uhr wird mit unglaublicher Brutalität ein Schiff regelrecht gekapert. In Absprache mit der Werksleitung (Vorarbeiter und Meister haben vorher die Gangway zum Land abg-nommen) legen drei Schlepper an der „Serra Verde" an. Von den Posten alarmiert, stürzen Hunderte von Kollegen aus der Kantine zum Hachmannkai. Einige setzen sich sogar auf die Poller, an denen die Schiffs-Trossen festgemacht sind. Eine Delegation setzt mit dem Kran zum Schiff rüber, um den Lotsen vom Streikbruch abzuhalten. Mit den Schlepperbesatzungen wird über Megaphon verhandelt. Vergeblich. Dies sei kein „offizieller" Streik, heißt es. Von der ÖTV, deren Sekretär Erich Rumpel schon zuvor benachrichtigt war, ist nichts zu hören. Die Besatzung der „Serra Verde" beginnt, mit Beilen die Leinen zu kappen. Obwohl noch mehrere Leinen fest sind, ziehen die Schlepper an. Wie Gitarrensaiten reißen die 12 cm starken Leinen und schnellen gegen den Kai. Durch glücklichen Zufall wird „nur" ein Kollege leicht verletzt und muß mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus gebracht werden. In anderen Fällen haben reißende Trossen schon Menschen „geköpft". Es hätte auch Tote geben können. Der Vorstand ist bereit, auch über Leichen zu gehen. Das Schiff ist weg. 3 Kollegen werden „entführt" und können erst auf der Werft „Böttcher & Gröning" wieder von Bord.

Kurz danach neuer Alarm. Ein Ingenieur steht mit drei Lkw's demonstrativ vor dem Haupttor, um Material rauszuholen und erzeugt viel Unruhe. Die Torwachen werden verstärkt. Die Wagen bleiben draußen.

Inzwischen droht Ahlers schon öffentlich mit Räumung durch die Polizei und setzt neben den Kollegen auch den SPD-Senat und Innensenator Pawelczyk mächtig unter Druck. Am Abend wird bei den Spenden (ohne Konten) die Grenze von 100.000 DM überschritten.

Gewerkschaften

Die Haltung der Gewerkschaften insgesamt ist beschämend. Es waren Einzelgewerkschaften, aktive Betriebsräte und Vertrauensleute (oft auf Initiative der bekannten Betriebs-Linken), in der IGM-Ortsverwaltung einzelne Sekretäre auf unterer Ebene, die sich voll engagierten. Der (im Vergleich zu den Besetzern) riesige Gewerkschaftsapparat wurde kaum genutzt. Nach 3 Tagen gerade ein Flugblatt **der IGM — das einzige während der ganzen Aktion!** Noch nicht mal eine Grußadresse vom Vorstand. Die Kollegen waren praktisch auf die TAZ und die bürgerliche Presse angewiesen. Daß das diesmal relativ gut geklappt hat, kann bei deren genereller inhaltlicher Ausrichtung wohl keine Grundlage sein, auf die man sich bei zukünftigen Arbeitskämpfen verlassen kann!

Die anderen Betriebe wurden kaum mobilisiert. Aktivitäten entstanden entweder eigenständig oder auf Initiative der HDWler, die sich zur Hilfe an andere Werke wandten, um Streikbrecher-Arbeiten zu verhindern. Die Kaperung der „Serra Verde" konnte sogar nur durch die faktische Duldung der ÖTV gelingen. Der Betriebsrat der Seebeckwerft in Bremerhaven (Teil der „AG Weser") weigerte sich sogar, mit Rücksicht auf das „geschäftliche Ansehen des Unternehmens", sich am Warnstreik einiger Werften am 20.9. zu beteiligen!

Solidaritäts-Aktionen bei HDW in Kiel (Beschluß der Betriebsversammlung, einen Neubau nach Hamburg abzugeben; Ablehnung der Politik der BR-Führung, Hunderte von Kollegen zur „freiwilligen" Kündigung zu drängen; Verhinderung der Wochenendarbeit während der Hamburger Besetzung) konnten nur gegen die mächtigen, eingefahrenen IGM-Betriebsräte durchgesetzt werden.

Noch schlimmer stellte sich der DGB dar, dessen „Solidrität" in Hamburg über eine Grußadresse nicht hinausgegangen ist. DGB-Chef Saalfeld, der sich einmal auf der besetzten Werft herumdrückte (ihm war es sichtlich unangenehm), stimmte dann in der Bürgerschaft mit seiner SPD-Fraktion **gegen** finanzielle Hilfe für die Kollegen.



Auf dem zum Tor

Fünfter Tag

Freitag, 16.9. — Die Streikfront steht. Ahlers sichert dem Reeder der „coal star", die kommenden Mittwoch eingedockt werden soll, zu: Ab diesem Tag wird weder gestreikt noch besetzt. Auf der Sitzung der Einigungsstelle schlägt deren „neutraler" Vorsitzender, Landesarbeitsrichter Günter Baarz, folgenden „Kompromiß" vor: Verschiebung der Kündigungen bis zum 15.10., Verhandlungen, öffentliche Aufträge für HDW, ein Schiffs-Neubau von Kiel nach Hamburg, Umschulung für die Entlassenen, Abbruch der Besetzung.

BR-Chef Mahler: Verhandlungsgrundlage, möglicher Kompromiß. — Vorstands-Chef Ahlers: Klares Nein!

Zwischen Vorstand, Innensenator und Polizeiführung finden laufend Konsultationen statt. Polizeichef Pawelczyk will einen drohenden Antrag auf Räumung durch Verweis auf den zivilrechtlichen Weg hinausschieben. Ahlers fährt weiter (mit voller Rückendeckung aus Bonn) die harte Linie. In einem Interview mit der „Bild" erklärt er u.a.: „... *Wir weichen nicht von unserem Sanierungskonzept ab, darüber kann nicht verhandelt werden ... Die Zahl 1354 bei den Kündigungen ist unumstößlich ... dann werden wir einen Antrag auf Räumung stellen ...*".

Auf der Werft ziehen die Kapitalisten alle Register, um die Kollegen systematisch zu zermürben: Die Auszubildenden, (die die Aktionen bisher unterstützt haben) werden nach Hause geschickt. Kinder sollen nicht mehr aufs Gelände. Am Tor taucht (wieder mal) Ahlers selbst auf, fordert die Wachen zum Öffnen auf und droht, in 2 Stunden wiederzukommen. 30 Minuten (!) vor dem Mittagessen verbietet der Vorstand der Küche, das schon fertige Essen auszugeben. Etwa 2.000 Portionen Kassler mit Sauerkraut müssen vergammeln, während die Kollegen hungern.

Plötzlich sind die Telefonleitungen gekappt, die AL ist nicht mehr erreichbar. Die Verbindungen unter den Posten müssen mit Funksprechgeräten neu organisiert werden. Der gesamte Betriebsrat ist vom Vorstand zu einem Termin in den 6. Stock (Vorstandsetage) bestellt worden. Gleichzeitig verteilen Vorgesetzte ein Flugblatt, in dem die Kollegen gegen die „ungesetzliche" Besetzung und die Leitung („radikale politische Ansichten") aufgehetzt werden und ihnen das „Schlimmste" angedroht wird. Darüberhinaus erpressen Meister und Ingenieure einzelne Kollegen und drohen ihnen die sofortige Kündigung an.

Trotz dieses massiven und konzentrierten Vorgehens, um die Kräfte zu zersplittern und die Belegschaft zu spalten und zu verunsichern, gelingt es, die Aktion geschlossen fortzusetzen. Auf einer Versammlung wird beschlossen, die Besetzung bis zum kommenden Dienstag fortzusetzen. Dort soll über die Aufsichtsratssitzung vom Monatg berichtetet und entsprechend über das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Die Kollegen der benachbarten MAN legen aus Solidarität für 1/4 Stunde die Arbeit nieder. Abends findet in der Kantine ein Fest mit Liedern, Rockmusik etc. statt. Am Ende wird sogar getanzt.

Sechster Tag

Samstag, 17.9. — Schlagzeile der „Bild": *„HDW — Ruft der Chef die Polizei?"* Dies ist das beherrschende Thema bei der Presse-Berichterstattung über HDW. Übers Wochenende ist die „Besetzung" kleiner als in der Woche. Das Gelände wird für Besucher gesperrt. Ausnahme: Familienangehörige. Die Wachen werden nachts erheblich verstärkt. Durch häufige Postengänge sollen Schwachpunkte abgedeckt werden. Obwohl mehrmals Zwischenfälle von außen „in der Luft liegen", bleibt es ruhig. Am Morgen besetzen etwa 150 Kieler Kollegen das dortige HDW-Tor und können so mit Erfolg verhindern, daß über 1.600 Leute Überstunden machen.



Das Tor ist dicht, die Werft besetzt

Siebter Tag

Sonntag, 18.9. — Ab 10 Uhr findet auf dem Parkplatz vor dem Haupttor das seit einiger Zeit angekündigte Solidaritätsfest statt, zu dem die Aktionsleitung, das Solidaritätskomitee, SPD, IGM und GAL aufgerufen haben. Musik, Theater, Clowns, Videofilme, Info-Stände etc. In der Mitte ein großes Zelt mit Bühne, auf der u.a. eine Podiumsdiskussion mit Werft-Betriebsräten stattfindet. Etwa 5.000 bis 8.000 Leute kommen. Darunter ein großer Teil der Hamburger „Alt-Linken", die mit feuchten Augen auf den besetzten Betrieb blicken. Der Vorstand bleibt seiner Linie der Provokation treu: Plötzlich läßt er dem aufgestellten Toilettenwagen das Wasser abdrehen! Die freiwillige Feuerwehr springt helfend ein.

Ahlers fordert den Senat auf, das Tor freizumachen. Anderenfalls droht er mit Schadenersatzansprüchen in Millionmenhöhe. Im Rathaus tagt mal wieder eine Krisenkonferenz: Bürgermeister/-Senatoren/Vorstand/Betriebsräte. Diesmal auch dabei:Landesarbeitsrichter Baarz als „Neutraler", dessen Vorschlag aus der Einigungsstelle Verhandlungsgrundlage ist. Ergebnis wie gehabt. Vorstand-Nadler: *„Keine Annäherung!"* Betriebsrat-Mahler: *„Wir hoffen auf die Aufsichtsratssitzung am Montag."*

Achter Tag

Montag, 19.9. — In Hannover tagt die eilig zusammengerufene Konferenz der Wirtschaftsminister und -Senatoren der vier Küstenländer und beschließt, für Schiffsneubauten zusätzliche Baukostenzuschüsse in Höhe von etwa 65 Millionen DM zu vergeben.

In Bremen wird — wie erwartet und vorbereitet — die Werft „AG Weser" von der Belegschaft besetzt.

In Salzgitter tagt der HDW-Aufsichtsrat. Kalte Dusche für die Hamburger Kollegen: **Keine Zugeständnisse, Ablehnung sämtlicher Kompromiß-Vorschläge, Ultimatum an die Belegschaft**, bis Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Man glaubt es kaum: Dafür wird eine Sonderzahlung von 600.000 DM (!) für 21 leitende Angestellte bewilligt. (Ahlers später zu dieser Summe: „Kompromiß"!) Prämie für ihren entschlossenen Einsatz gegen die Belegschaft. Ein weiterer Antrag von Ahlers, ihm einen zinsgünstigen Kredit von 50.000 DM für seinen Hausbau zu genehmigen, findet (noch?) keine Zustimmung. Vielleicht wegen Bedenken einiger Herren, die Provokationen zu überziehen?

In Hamburg berät noch in der Nacht die AL das weitere Vorgehen, nachdem die Delegation aus Salzgitter deprimiert zurückgekehrt ist. Den ganzen Tag über herrscht Spannung. Alles wartet auf das Ergebnis. Die Spenden-Lawine überklettert die 300.000 DM-Mark.

Neunter Tag
Das Ende der Besetzung

Dienstag, 20.9. — Scharfe Kontrollen am Tor. Nur Belegschaftsangehörige dürfen rein. Auch die Presse muß draußen bleiben. 7.30 Uhr beginnt die Betriebsversammlung. Alle Angestellten sind erschienen. Die meisten von ihnen gehen seit Jahren nie auf diese Treffen. In den letzten Tagen sind sie von ihren Vorgesetzten massiv bedroht worden, sich nicht an den Belegschaftsver-

Fortsetzung nächste Seite

Erklärung der HDW–Belegschaft:

Liebe Hamburger Bürger!
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben!
Liebe Kolleginnen und Kollegen der AG-Weser!

In einer geheimen Urabstimmung haben heute alle auf der HDW-Hamburg anwesenden Kolleginnen und Kollegen darüber abgestimmt, daß ab Dienstag, den 20.9. – 16.00 Uhr die Betriebsbesetzung der HDW-Hamburg aufgehoben wird.

Neun Tage hat die Belegschaft die HDW-Hamburg besetzt und nicht gearbeitet.

Neun Tage haben wir aus Notwehr mit dem Mittel der Betriebsbesetzung um unsere Arbeitsplätze gekämpft.

Wir haben für viele Bürger unseres Landes ein Signal gesetzt, endlich überall in allen Betrieben gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung zu kämpfen.

Die Aktionsleitung und ihre Sprecher haben für diese neun Tage Betriebsbesetzung in einer Urabstimmung das volle Vertrauen bei drei Gegenstimmen bekommen.

Unsere Geschlossenheit und Solidarität hat dazu geführt, daß viele Bürger aus Hamburg und aus der Bundesrepublik sich mit uns solidarisch erklärt haben.
Über 300.000 DM Solidaritätsspenden gingen bisher bei uns ein.

Dennoch war der Druck und die persönliche Gefahr für viele unserer Kollegen ausschlaggebend, sich für eine Beendigung der Betriebsbesetzung auszusprechen.

Die Anteilseigner der HDW und der HDW-Vorstand haben brutal und unmenschlich alles darangesetzt, um die Belegschaft der HDW einzuschüchtern, zu verängstigen und zu spalten.

Eventuelle fristlose Kündigungen, Sperren des Arbeitslosengeldes, Verlust des Anspruchs auf den Sozialplan, die ständige Forderung nach Polizeieinsätzen, haben dazu geführt, daß viele Kollegen sich persönlich dafür entschieden haben, die Besetzung der HDW zu beenden.

Die unheilige Allianz der verantwortlichen Politiker in Bonn, sowie der Unternehmerverbände hat dazu geführt, daß alles darangesetzt wurde, das Signal, was die HDW-Belegschaft mit neun Tagen Betriebsbesetzung gesetzt hat, auszulöschen. Dies ist ihnen nicht gelungen.

Wir erklären hiermit der Hamburger Öffentlichkeit, unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben:

Unsere Forderungen an diese Bundesregierung, an die Verantwortlichen der HDW bleiben bestehen:

1. Die Entlassungslisten müssen vom Tisch.
2. Wir brauchen Verhandlungen zwischen Politikern, HDW-Vorstand, Betriebsrat und der IG Metall.

Für die HDW-Belegschaft war die Betiriebsbesetzung der HDW Notwehr und eine gerechte Sache, um für das Menschenrecht auf Arbeit einzutreten, das uns die verantwortlichen Politiker vorenthalten. Wir haben den Mut nicht verloren und werden weiterhin für unsere gerecht Sache eintreten.

Wir danken Euch allen für die selbstlose Unterstützung.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv und selbstlos für die HDW-Hamburg und alle Arbeitsplätze eingesetzt haben.

Wir rufen unseren Kolleginnen und Kollegen der AG-Weser zu: Macht weiter – Wir stehen hinter Euch!

Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

sammlungen zu beteiligen. Jetzt werden sie von denselben Vorgesetzten wie Schulklassen geschlossen in die Kantine geführt und setzen sich blockweise hin, so daß ihre direkt hinter ihnen stehenden Chefs das (absehbare) Stimmverhalten genau kontrollieren können.

Fast unerträgliche Spannung liegt in der Luft. Alle wissen: Eine schwere und folgenreiche Entscheidung liegt vor ihnen, wie immer sie sich verhalten. Die AL stellt ungeschminkt die angedrohten Repressalien des Vorstandes beim Weitermachen dar: Sofortige fristlose Kündigungen, Regreßansprüche gegen die „Rädelsführer", 8 Wochen Sperrfrist beim Arbeitsamt, Verlust des Sozialplans, Räumung durch die Polizei, bei Ausländern eventuell Abschiebung, besonders in die Türkei.

Einige Redner plädieren für Abbruch. Andere Kollegen rufen in kämpferischer Beiträgen zum Durchhalten auf. Die AL erklärt, nur bei zwei Drittel der Stimmen die Aktion fortzusetzen. Eine offene Abstimmung ergibt eine knappe Mehrheit dafür. Daraufhin wird geheime Abstimmung beschlossen. Alle müssen aus der Kantine raus, einzeln wieder rein, Zettel in die Urne werfen, warten. Keiner darf den Raum verlassen. Quälend vergehen die Minuten. Überall gedrückte Stimmung. Die Niederlage liegt schon in der Luft.

Dann das Ergebnis: 680 JA, 1.169 NEIN, 42 Enthaltungen! Zwei Drittel der Stimmen für Abbruch! Lähmendes Entsetzen breitet sich aus. Manche stehen starr vor Schreck. Viele Kollegen heulen, liegen sich in den Armen. Einige brechen fassungslos zusammen. Eine unbeschreibliche Stimmung: Tiefe Niedergeschlagenheit, Entsetzen, aber auch Wut und Haß auf die brutalen, übermächtigen Gegner, deren Macht sich vorerst als stärker erwiesen hat.

Vor dem Haupttor hat sich seit Stunden eine immer größer werdende Menschenmenge angesammelt — Freunde, Sympathisanten, Presse. Als die Hiobsbotschaft bekannt wird, die gleichen erschütternden Szenen. Viele können es gar nicht fassen, verbergen ihr Gesicht in den Händen. Kaum einer ohne Tränen. Mit Depression ist dieser Zustand kaum noch zu beschreiben. Man hat das Gefühl, einer Beerdigung bei-
sicht in den Händen. Kaum einer ohne Tränen. Mit Depression ist dieser Zustand kaum noch zu beschreiben. Man hat das Gefühl, einer Beerdigung bei-
zuwohnen.

Während immer noch Kollegen mit Spenden am Tor ankommen, gibt Ahlers — noch vor der Abstimmung — einer großen Meute von Journalisten ein Interview. Völlig ruhig, kaltschnäuzig, selbstbewußt, siegessicher. — Er gehe davon aus, daß die Belegschaft Verständnis zeigte und die Besetzung abbreche. Wird er die Werft durch Polizei räumen lassen? „Heute nicht."

Die Belegschaft verabschiedet danach auf ihrer Versammlung **einstimmig** nebenstehende Erklärung, in der bei Repressalien durch den Vorstand erneute Aktionen angedroht werden. Die Kollegen beweisen ein erstaunliches Maß an Selbstbeherrschung, daß Ahlers ohne jede Angst zwischen ihnen herumstolzieren kann, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird. Mit bewundernswerter Ruhe und Disziplin wird alles aufgeräumt und die Werft „so an die Kapitalisten wieder übergeben, wie sie besetzt worden war". Punkt 16 Uhr werden mit einer kurzen Ansprache der
alles aufgeräumt und die Werft „so an die Kapitalisten wieder übergeben, wie sie besetzt worden war". Punkt 16 Uhr werden mit einer kurzen Ansprache der
AL die Tore wieder geöffnet. Ab jetzt ist wieder der Werkschutz allein dafür zuständig.

An diesem Tag finden auf mehreren Werften einstündige Solidaritäts-Streiks statt. Sie können aber diese Entwicklung auch nicht mehr verhindern. Nur wenige Stunden nach der Abstimmung läßt der Vorstand schon die Einigungsstelle über einen Interessenausgleich scheitern.



Mittwoch, 21.9. — Termin beim Landesarbeitsgericht. Auf die Berufung des Vorstandes hin wird der Beschluß des unteren Arbeitsgerichtes aufgehoben, die Kündigungsfrist um 4 Wochen zu verschieben. Noch während (!) das Gericht tagt, laufen die Meister und Ingenieure schon rum und verteilen die blauen Briefe. Auch viele, die mit Nein gestimmt haben, sind dabei; Kollegen, die über 10, 20, 25 Jahre auf der Werft arbeiten; Leute mit bis zu 5 und 6 Kindern; eine gesamte dreiköpfige Familie; Schwerbeschädigte; fast alle Ausländer; die gesamte AL außer den Betriebsräten mit Kündigungsschutz; alle Ersatz-Betriebsräte; fast alle Vertrauensleute werden weggefegt.

Ganze Bereiche werden praktisch liquidiert: Schiffbau, Malerei, Transport u.a. Von der großen Tischlerei bleiben gerade noch ein Dutzend Kollegen übrig: Ältere, die schon den tariflichen Kündigungsschutz (über 55 Jahre) haben. Die Hälfte von ihnen hat Asbestose. Kaum einer darf noch an Bord arbeiten. Funktionsfähig sind diese Abteilungen auch beim besten Willen nicht mehr. Wenn Arbeit an Bord an-

Fortsetzung Seite 28, linke Spalte unten

Die Besetzung der AG-Weser

So mancher mag an „polnische Verhältnisse" gedacht haben, als auf die Besetzung des Hamburger HDW-Geländes am 19.9. die Besetzung der Bremer Werft AG Weser folgte. Damit reagierten die Kollegen auf einen einvernehmlichen Beschluß der Vorstände des Bremer Vulkan, der AG Weser und der Bremerhavener Hapag-Lloyd-Werft, im Zuge einer Fusion das Werk der AG Weser/Gröpelingen zu schließen und rund 2.000 Kollegen zu entlassen.

Nachdem übermäßiger Optimismus bereits mit dem Beschluß der Hamburger HDW-Belegschaft am 20.9., die Besetzung abzubrechen, einen Dämpfer erhalten hatte, deutete sich im überwältigenden Wahlerfolg der SPD an, daß die Solidarität der Bevölkerung mit dieser neuen Kampfform gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise begrenzt ist. Seit Dienstag, den 27.9., wird auf der AG Weser wieder gearbeitet.

Hintergrund der Besetzung bildet die Dauerkrise um die Großwerften AG Weser und Bremer Vulkan. Von den 7.300 entlassenen Werftarbeitern im Land Bremen (Bremen und Bremerhaven) seit 1975 wurden alleine 4.200 von den beiden Großwerften auf die Straße gesetzt. Nach Meinung der größten Anteilseigner Krupp (AG Weser), Thysssen-Bornemisza und Land Bremen (beide Bremer Vulkan) immer noch zu wenig, um einen profitablen, rationellen Werftbetrieb zu gewährleisten.

Um prüfen zu lassen, welche Wege einer gewinnträchtigeren Aufrechterhaltung des Schiffbaus sich bieten, gaben die drei genannten Haupteigner deshalb im Frühjahr 1982 ein Werftgutachten in Auftrag. Die folgenden Lösungsmöglichkeiten werden darin erörtert.

— Eine Fusion der AG Weser und des Bremer Vulkan mit der Bremerhavener Seebeck-Werft (im AG-Weser-Besitz);

— die „kleine Lösung": Fusion der AG Weser und des Vulkan;

— Bildung einer Holding, also einer Dachgesellschaft bei gleichzeitiger Selbtändigkeit der Werften;

— der „Status-Quo-Optimiert"; d.h. Beibehaltung der bisherigen Formation, jedoch verstärkte Absprachen und Arbeitsteilung — Reparatur und Neubau — bis hin zur Bildung eines Arbeitskräftepools.

Wir wollen hier nicht beschreiben, wieviel Spekulationen, gezielte Desinformation und Spaltungsversuche (diese Werft solle geschlossen, jene erhalten werden) sich in den folgenden 18 Monaten um dieses Gutachten rankten. Für die Lohnabhängigen ist wesentlich gewesen, daß die Vernichtung von mindestens 2.000 Arbeitsplätzen zu j e d e m Modell gehörte und v o r a b als notwendig bezeichnet wurde.

Fortsetzung nächste Seite



Bremer Werft „AG Weser" ist besetzt

Die politische Ausgangslage

Jahrzehnte herrschte gewerkschaftlich im Hamburger HDW-Werk eine Gruppe sozialdemokratischer Betriebsräte und Gewerkschafter, die selbst dann noch auf sozialpartnerschaftliche Konfliktlösungen setzte, als deutlich erkennbar war, daß der „Sozialpartner" im Unternehmerlager zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit war. Bei den Betriebsrätewahlen 1981 führte dies zu heftigen Diskussionen in der betrieblichen IG Metall und zur Spaltung des bisherigen IG Metall-Lagers: Ein Teil war nicht mehr bereit, diesen Kurs mitzutragen und kandidierte auf einer eigenen Liste „Aktive Metaller" gegen die offiziell mit Unterstützung der IGM-Ortsverwaltung angetretene IGM-Liste. Die meisten der „Aktiven Metaller" sind Sozialdemokraten. Die Wahlen brachten einen Erdrutsch: Die Aktiven gewannen 14 von 27 Sitzen, einen gewann die „RGO". Damit stellten die „Aktiven" mit Holger Mahler den Betriebsratsvorsitzenden.

Die IG Metall reagierte knallhart: 6 Aktive, darunter Mahler, wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, 31 erhielten zwei Jahre Funktionsverbot und damit waren die Aktiven auch weitgehend aus der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit verbannt.

Unter dem Druck der konkreten, bedrohlichen Entwicklung für die Arbeitsplätze hat sich aus dem anfänglichen totalen Gegeneinander der verschiedenen Strömungen eine erstaunliche Wandlung vollzogen: Aktive und IG Metaller begannen zusammenzuarbeiten, selbst mit der „RGO" wurde solidarisch diskutiert und praktisch gearbeitet. Die Vorbereitung der Betriebsbesetzung wurde unter allen relevanten Strömungen gemeinsam diskutiert: Den „Aktiven Metallern" (sprich:Holger Mahler), dem eher rechten IGM-Flügel im Betrieb (Sprecher: VK-Leiter Otto Kock) und dem der DKP nahestehenden IGM-Flügel, der 1981 zweitweise bei den Aktiven mitarbeitete, unter der Drohung des Gewerkschaftsausschlusses allerdings die Liste der „Aktiven Metaller" verließ (Sprecher: Andreas Müller-Goldenstedt). Diese letzten beiden waren während der Aktion die Hauptsprecher der Aktionsleitung. Dazu entwickelte sich eine praktische Zusammenarbeit mit der „RGO", deren Betriebsrat zum engen Kreis der Aktionsleitung gehört. Die staunende Hamburger Gewerkschaftslinke, soweit anwesend, konnte dann am 22.9. — nach Beendigung der Betriebsbesetzung — einen historischen Augenblick im Hamburger Gewerkschafthaus erleben: Auf einer Versammlung der HDW-Arbeiter zur Beratung weiterer Maßanhmen saßen einträchtig nebeneinander auf dem Podium Hauptamtliche der IG Metall, Ausgeschlossenen „Aktive Metaller" sowie ein ausgeschlossener „RGO"ler ...

Zuletzt: Der Kontrollausschuß und der Beirat der IG Metall hatten die Einsprüche der „Aktiven Metaller" gegen ihren Ausschluß abgelehnt. Daraufhin strengten die Aktiven ein Gerichtsverfahren gegen diese IG Metall-Entscheidung an. Dieses Verfahren sollte ausgerechnet am 17.9. — dem fünften Tag der Werftbesetzung — vor dem Frankfurter Landesgericht stattfinden — und wurde einvernehmlich zwischen den Prozeßgegnern abgesetzt, weil man sich die Peinlichkeit eines solchen Verfahrens während der aktivsten Phase des Kampfes ersparen wollte. Dem Vernehmen nach soll es dabei die Zusage seitens von IGM-Funktionären gegeben haben, die Aktiven unter Wiederherstellung ihrer alten Rechte wieder in die Gewerkschaft aufzunehmen!

Die Besetzung der AG-Weser

Forts. von vorheriger Seite

Im November 1982 gaben die Betriebsräte der AG Weser und des Vulkan eine Stellungnahme zur Lage der Großwerften ab, in der sie sich auch mit dem vorläufigen Endergebnis des Werftgutachtens befaßten. Nachdem sie die Vernachlässigung der IG-Metall-Forderungen nach Berücksichtigung der beschäftigungspolitischen Komponenten und Untersuchung der Möglichkeiten alternativer Produktion kritisiert hatten, wandten die Betriebsräte sich dem Vorschlag der Gutachter zu. Auf der Grundlage des Modells „Status-Quo-Optimiert" hatten die Gutachter *„die Bildung eines Harmonisierungsausschusses empfohlen, der sämtliche zu tätigende Investitionen unter dem Gesichtspunkt evtl. zukünftiger Zusammenarbeit steuert und zusätzlich die Anpassung zur Zeit noch unterschiedlich arbeitender Systeme ... einleitet"*. Ein Zusammengehen der Werften, so die damalige Meinung der Gutachter, sei erst nach einer Phase der „Anpassung aus eigener Kraft" sinnvoll. Die Ansicht der Betriebsräte zu diesem Vorschlag: *„Im Klartext gesprochen heißt dies: Gegenwärtig müssen die Systeme noch aufeinander abgestimmt werden — die Risiken tragen zwischenzeitlich die einzelnen Werften. Hilfestellung gibt hierzu der Harmonisierungsausschuss, der schon in nächster Zeit die Regelung eines Spitzenausgleichs (Arbeitskräftepool) koordinieren soll. Gelingt es den Werftbetrieben nicht, auch angesichts der schwierigen Auftragslage sich zu konsolodieren, so ist das Risiko (im Extremfall Werftschließung) nur für eine Werft vorhanden ... Und ein weiterer zentraler Vorteil wäre damit verbunden: Der bisherige Widerstand der Werftbelegschaften wäre neutralisiert — sofern die Betriebsräte und Belegschaften mit ,Status-Quo-Optimiert' einverstanden sind. Mit dem zwischenzeitlichen Abschmelzen der Werftbelegschaften, dem (geplanten) Lohnabbau und anderen demoralisierenden Begleitmaßnahmen wäre die Kampfkraft der Belegschaften geschwächt"*.

Neben Forderungen nach alternativer Produktion und Ausweitung des Handels- statt des Kriegsschiffsbaus stand für die Betriebsräte die Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Der Bremer Senat als Anteilseigner am Bremer Vulkan sollte deshalb *„seine aktienrechtliche Sperrminorität konsequent dafür einsetzen, daß es gegenwärtig und zukünftig zu keiner arbeitsplatzvernichtenden Fusion, Holding oder sonstigen Kooperationsform (z.B. dem Harmonisierungsausschuß) kommt."*



200 Millionen Mark verschenkt

Neben seiner Eigenschaft als Anteilseigner am Bremer Vulkan ist der sozialdemokratische Senat durch eine Vielzahl von Subventionen und Bürgschaften in die Geschäfte der Werften verstrickt. Nach einem immer gleichen Schema wurden dem Senat diese Gelder abgepreßt: Die Vorstandsvorsitzenden der AG Weser (Giesers) oder des Vulkan (Henke) traten vor die Presse mit der Mitteilung, die Banken hätten Kredite gesperrt oder ein Auftraggeber verweigere weitere Zahlungen; nun müßten entweder sofort staatliche Geldgeber eingreifen oder Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Allzu genau nahm es mit der Arbeitsplatzsicherung allerdings niemand. So bezeichnete SPD-Fraktionschef Wedemeier im Dezember 82 die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu weiterem Personalabbau als wesentliche Voraussetzung für neue Finanzspritzen! Allein in den vergangenen zwei Jahren pumpte der Senat 200 Millionen Mark in die Bremer Werften, ohne jemals den Anspruch auf Arbeitsplatzgarantien zu stellen.

Sommertheater

Bereits Mitte Juni wurde in einem Konzept aus den Chefetagen des Vulkan die Schließung der AG Weser angedeutet. Vulkan und AG Weser sollten in einer Holding zusammengefaßt werden; der Schiffsneubau und Marinereparaturen sollten auf den Vulkan und sonstige Reparaturen auf Bremerhaven, Seebeckwerft und Ha-Lo-Werft, konzentriert werden. Der mit diesem Konzept verbundene Abbau von 30 Prozent Neubaukapazität und damit einhergehende Vernichtung von mindestens 1.000 Arbeitsplätzen wurden seitens der SPD als Weg zur Sicherung aller übrigen Arbeitsplätze propagiert.

Richtige Arbeitsplatzsicherung kostet Geld: 230 Millionen Mark Investitionskosten sollten nach Rechnungen im Juli für die Fusion aufgebracht werden. Alle anderen Gelder, u.a. Verluste bei einem neuen Kapitalschnitt und weitere Kapitaleinlagen, sind dabei nicht mitgerechnet. Die Hälfte der Summe, 115 Millionen, wollten die privaten Eigner einbringen, während Bund und Land sich die andere Hälfte teilen sollten. Für Lambsdorff und den
vaten Eigner einbringen, während Bund und Land sich die andere Hälfte teilen sollten. Für Lambsdorff und den
Bremer Senat bot die Aufteilung dieser Summe Anlaß zu einer kleinen Wahlkampf-Balgerei: Während nach Meinung des Senats der Bund 75% davon übernehmen sollte, beharrte der Wirtschaftsgraf auf einer jeweiligen 50prozentigen Kostenübernahme.

Dieser Streit war noch nicht ausgestanden, da betrat Großaktionär Baron Thyssen-Bornemisza die Bühne mit der Mitteilung, er wolle sich aus dem anstrengenden und verlustreichen Werftgeschäft zurückziehen und stelle seinen 25-Prozent-Anteil am Vulkan dem Senat zum Symbolpreis von 1,- Mark zur Verfügung. Hintergedanke des Barons: Den im Fusionsvertrag vereinbarten finanziellen Leistungen in Höhe von 20 Mio. Mark zu entgehen und alle weiteren Verluste dem Senat aufzuhalsen. Der Senat lehnte ab („Wir wollen keine Staatswerft") und beschuldigte seinerseits den Adligen, die Fusion zu torpedieren. Versöhnlich teilte Vulkan-Vorstandsvorsitzender Henke auf der Hauptversammlung Ende August mit, Thyssen-Bornemisza würde zusätzliche finanzielle Anstrengungen mittragen, wenn sie den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Gesellschaften angepaßt seien.

Koschnick verkündete das Ende der AG Weser

Diese Verwirrspiele drängten oft die existentiellen Fragen — Bleiben alle Werftstandorte erhalten? Wieviele Arbeitsplätze sollen vernichtet werden? — in den Hintergrund. Das änderte sich schlagartig, nachdem Bürgermeister Koschnick am 29.8. verkündet hatte, die Vorstände der AG Weser, des Vulkan und der Ha-Lo-Werft hätten sich auf eine Fusion zum 1.1.84 bei Schließung der AG Weser geeinigt. 2.020 Kollegen sollten entlassen werden, doch könnten 443 auf dem Vulkan und 1.000 im nächsten Jahr bei Daimler-Benz übernommen werden. Letzteres wurde vom Werksvorstand sofort dementiert, und Ersteres setzt die Entlassung einer gleichen Zahl von Vulkanesen voraus — von Vulkan-Chef Henke sogleich als „Solidaritätsbeitrag" angekündigt!

Die Empörung schlug in ganz Bremen hohe Wellen, denn die 139 Jahre alte Gröpelinger Traditionswerft ist die Keimzelle der Bremer Sozialdemokratie gewesen (und war ein Zentrum der Bremer Räterepublik 1919). Am Tag nach Koschnicks Pressekonferenz demonstrierten 2.000 Werftarbeiter zum Rathaus und erinnerten Koschnick daran, daß er im Oktober 80 an gleicher Stelle versprochen hatte: **„Wir lassen die AG Weser nicht untergehen, dafür gebe ich mein Wort"**. Und drei Tage später, am 2.9., gaben 6.000 AG-Weser-Kollegen, Vulkanesen, Arbeiter anderer Werften und Bremer Bürger/innen ihrer Forderung nach Erhalt aller Werftarbeitsplätze Ausdruck.

Allmählich fürchtete der Werftvorstand darum, daß der Frachter „Ubena" nicht wie geplant am 23.9. vom Stapel gehen könnte, weil die Belegschaft den Neubau als Pfand „behalten" würde. AG-Weser-Chef Giesers nutzte deshalb die Ruhepause am Wochenende 3./4. Sept., und verbreitete, Koschnick habe den Beschluß der Werftvorstände falsch interpretiert: Ei-
chenende 3./4. Sept., und verbreitete, Koschnick habe den Beschluß der Werftvorstände falsch interpretiert: Ei-
ne Schließung der AG Weser sei nicht geplant. Obgleich die Vorsitzenden von Hapag-Lloyd und Vulkan alsbald Koschnicks Version bestätigten, stand Koschnick zunächst als dummer Junge da und im Zentrum aller Kritik.



Die Besetzung

Auf bittere Weise behielt Hans Koschnick recht. Am 15.9. erneuerten die Vorstände von AG Weser, Vulkan und Hapag-Lloyd ihren Beschluß von Ende August und gaben die angestrebten Eigentumsverhältnisse an der neuen Gesellschaft bekannt: Krupp ca. 40%, Land Bremen und Thyssen-Bornemisza ca. je 12,5-14%, Ha-Lo ca. 20%; der Rest soll sich auf Kleinaktionäre verteilen.

Angesporn durch die HDW-Besetzung in Hamburg berief der Betriebsrat der AG Weser für Montag, 19.9., eine Belegschaftsversammlung ein, zu der die Kollegen Liegen und Schlafsäcke mitbringen sollten, da sich die Versammlung über mehrere Tage und Nächte hinziehen könnte.

Am 19.9. redete auf Einladung des Betriebsrates zunächst Wirtschaftsminister Lambsdorff, der jedoch nur Bekanntes wiederholte. In der anschließenden Debatte unterstrichen alle Redner die Ausweglosigkeit, die für sie bei einer Schließung der Werft bestehen würde. Der Betriebsratsvorsitzende und langjährige Sozialdemokrat Hans Ziegenfuß griff den Senat scharf an und forderte die Kampfbereitschaft aller Kollegen, die mit einem einstimmigen Besetzungsbeschluß deutlich antworteten. Unter dem Motto „Wachen wir Tag und Nacht, sonst werden wir hier zugemacht" wurde dann das Haupttor geschlossen.

An spontanen Solidaritätsaktionen sei hier besonders eine rund 1.000 Menschen zählende Demonstration der BAL erwähnt, die am Abend des 19.9. ihre zentrale Wahlkampfveranstaltung abbrach, um praktisch den Widerstand der Werftarbeiter zu unterstützen. In den folgenden Tagen trafen Mengen an Spenden, Solidaritätsadressen und Besucher/inne/n auf der Werft ein. Bis zum Abbruch der Besetzung am 26.9. waren knapp 100.000 Mark für die Besetzer gesammelt worden.

Am Morgen des 20.9. wurden auf allen Werften im Lande Bremen einstündige Solidaritätsstreiks durchgeführt. Nur die Belegschaft der zur AG Weser gehörenden Bremerhavener Seebeckwerft arbeitete weiter. Der Betriebsratsvorsitzende Linde hatte die Belegschaft gar nicht von den Solidaritätsaktionen informiert und vertrat im Nachhinein noch frech die Auffassung, nur „durch Ordnung und Disziplin" könne „der Ruf des Gesamtunternehmens" gewahrt bleiben. Nachdem diese Haltung bereits innerhalb des Betriebsrates auf Protest gestossen war, ist jetzt beim Hauptvorstand der IG Metall eine Untersuchung gegen Linde wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten beantragt worden.

Nach fünf Tagen Besetzung hatte der Bremer Senat keine Veränderung seiner Position erkennen lassen und sich nicht klar für den Erhalt der AG Weser ausgesprochen. Am 23.9., zwei
seiner Position erkennen lassen und sich nicht klar für den Erhalt der AG Weser ausgesprochen. Am 23.9., zwei
Tage vor den Wahlen, erhielt Koschnick die Möglichkeit, vor der Belegschaft die Haltung des Senats darzulegen. Dieser Auftritt wurde für den Bürgermeister zu einem einzigen Spießrutenlauf: Bei seiner Rede ständig durch Protestrufe wie „Arbeiterverräter" und „Werftenkiller" unterbrochen, mußte er miterleben, wie die Belegschaft einstimmig beschloß, einen „Wahlprüfstein", der sich vor allem gegen die Senatspolitik richtete, an alle Bremer Haushalte zu verteilen, und wie der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß und drei weitere Kollegen ihr SPD-Parteibuch zurückgaben.

Es ist eine höhnische Ironie der Geschichte, daß vermutlich gerade diese Ereignisse erheblich zu dem herausragenden Wahlergebnis der Bremer SPD beitrugen. Schon am Samstag mußten die Werftarbeiter beim Verteilen ihres „Wahlprüfsteins" erleben, daß die Stimmung vieler Menschen sich gegen ihre Aktionen gerichtet hatte, was das Wahlergebnis objektiv ebenfalls ausdrückte. Die Drohung des AG-Weser-Vorstands, wenn Montag die Besetzung nicht abgebrochen würde, gäbe es fristlose Kündigungen und einen Entzug des Sozialplans, trug ihren Teil dazu bei, daß auf der Belegschaftsversammlung am 26.9. die Besetzung „unterbrochen" wurde.

Bleibt noch festzuhalten, daß der sozialdemokratische Senat als größter Anteilseigner am Vulkan weiterhin genügend Möglichkeiten der Einflußnahme auf die arbeitsplatzvernichtende Geschäftspolitik hat. Deutlicher noch als der Fall HDW unterstreichen die Bremer Ereignisse, daß die SPD nicht gewillt ist, ihre politische Macht gegen den Widersinn des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu richten, sondern sich umgekehrt zu dessen Zwangsvollstrecker macht.

KB/Gruppe Bremen

Forts. von vorheriger Seite

fällt, müßten dann Fremdfirmen geholt werden — für viele sichtbarer Beleg, daß die erneuten Massenentlassungen nur der Anfang vom Ende der HDW in Hamburg sind.

Sämtlichen Kündigungen widerspricht der BR. Gleichzeitig werden die Gekündigten von den Vorgesetzten mündlich aufgefordert, bei Weiterbezahlung der Bezüge bis zum letzten Tag der Kündigungsfrist zu Hause zu bleiben, damit „Ruhe in den Laden kommt". Aussperrung durch die Hintertür. Schriftlich bekommt das aber keiner, so daß die Kollegen eventuell sogar noch ihren Kündigungsschutz beim Klagen verlieren könnten. Nach Aufforderung durch die AL bleiben die meisten weiter im Betrieb.

Abends findet in der Bürgerschaft eine Debatte zum Thema HDW statt, in der sich CDU und SPD darin übertreffen, ihre Betroffenheit mit dem Schicksal der armen Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Ansonsten gegenseitige Vorwürfe, obwohl beide diese Politik gegen die Kollegen zu verantworten haben. Nur die GAL verteidigt voll und ganz die Aktionen der Belegschaft. Ihr Antrag, den Kollegen 250.000 DM zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen wird von CDU und SPD **gemeinsam** abgelehnt. Die „Arbeitnehmerpartei" zeigt wieder einmal ihr wahres Gesicht.

Donnerstag, 22.9. — Ab sofort lehnt der BR sämtliche Überstunden und Kurzarbeit ab. Im Gewerkschaftshaus treffen sich Hunderte von Kollegen (einschließlich der aus der IGM ausgeschlossenen), um das weitere Vorgehen zu beraten. Neben einer starken Beteiligung an der Bonner IGM-Demo am 29.9. (Werft- und Stahlarbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau) werden juristische Schritte vorbereitet (massenhafte Kündigungsschutz-Klagen).

Freitag, 23.9. — Katzenjammer auf dem Landesparteitag der SPD Hamburg. Viele Klagen über die bösen Unternehmer, die schlimme CDU, aber auch über die Schlaffheit der eigenen Partei. Ändern tut sich jedoch nichts an der Haltung des Senats. Dohnanyi sieht den Hauptschuldigen in der Politik der USA (hohe Zinsen etc.).

Samstag/Sonntag 24./25.9. — Wieder ziehen Streikposten (Mahnwachen) vor dem Tor auf, um Arbeit am Wochenende zu verhindern. Es taucht aber kaum einer auf, der dies vorhat.

Montag, 26.9. — Im BR-Büro wird eine juristische „Zweigstelle" der IGM errichtet, die zu Hunderten die Kündigungsschutzklagen der Kollegen bearbeitet. Die meisten von ihnen bleiben im Betrieb, so daß gemeinsame Diskussionen weiter stattfinden können.

Mittwoch, 28.9. — Etwa 600 Kolleginnen und Kollegen beteiligen sich an einem einstündigen Sitzstreik vor dem Betriebstor, um der Forderung nach einem ausreichenden Sozialplan Nachdruck zu verleihen. Der Vorstand bietet dem Betriebsrat an, selber über die Verteilung eines Sozialplanvolumens von 13 Millionen DM zu entscheiden. Das sind im Schnitt 10.000 DM pro entlassenem Kollegen und liegt damit erheblich unter bisherigen Sozialplanregelungen.

Donnerstag, 29.9. — Ungefähr 500 HDWler fahren ab 4 Uhr früh mit Bussen nach Bonn, um an der dortigen Demonstration der IG Metall gegen Arbeitsplatzvernichtung auf den Werften und bei Stahl zu protestieren.

Betriebsbesetzung und linker Ökonomismus

Ein großartiger Kampf auf der HDW Hamburg ist nach neun Tagen Besetzung des Betriebes zuende gegangen, ohne daß auch nur eine einzige Forderung der HDW-Belegschaft erfüllt wurde. Diese Belegschaft kapitulierte nach neun Tagen mit fast zwei Drittel Mehrheit vor der Härte des Gegners in Unternehmensvorstand und Staat, wohlwissend, daß für die Hälfte der Noch-Beschäftigten eine solche Entscheidung die sofortige Arbeitslosigkeit bedeuten würde, für die andere Hälfte den Arbeitsplatztod auf Raten mit der absehbaren Werksschließung in zwei bis drei Jahren.

Warum dann dieser für Außenstehende überraschend gekommene Abbruch des Kampfes?

Das Mekka der Linken

Für die Hamburger 'Alt-Linke' war HDW neun Tage lang so etwas wie das Mekka vergangener Träume, zu dem Hunderte abends hinströmten. Eine Betriebsbesetzung in einem solchen Betrieb war vor Jahren, ja vor wenigen Monaten, undenkbar und spielte sich bestenfalls in Träumen einer anderen Art von Klassenkampf in unserer Klassengesellschaft ab — da wurde schon mal manches Auge feucht. Die damit verbundene Euphorie spiegelt auch der obenstehende Besetzungsbericht zweier in langen HDW-Jahren erfahrene Genossen wider. Wer will darob kleinlich herummäkeln, sind doch die beschriebenen Lernerfolge im Kampf, dieses völlig neue Solidaritätsgefühl und die Selbsterfahrung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten unschätzbare Werte für die Entwicklung von Klassenbewußtsein, der Vertretung eigener Interessen, statt sich immer wieder nur (stell-)vertreten zu lassen.

Was waren denn die Klassenkampferfahrungen der letzten 15 Jahre? Warnstreiks, Tarifrunden mit Streiks und Urabstimmungen, Arbeitskampfrituale statt selbstbestimmter Lernschritte. Sogenannte „wilde Streiks" wie 1969 oder 1973/74 waren Ausnahmen, heute fast vergessen. Betriebsbesetzungen kannte man von Lip in Frankreich, aus Italien und England dem Hörensagen nach und aus Filmen. Konkrete bundesdeutsche Erfahrungen mit Betriebsbesetzungen wie die bei VDM und Rockwell Golde in Frankfurt oder Videocolor in Ulm mögen in der bundesdeutschen Betriebslinken-Szene eine Rolle spielen, sie sind aber kein nennenswertes Gemeingut als Arbeitskampferfahrung geworden. Dagegen wirkte die Betriebsbesetzung bei HDW und die nachfolgende bei AG Weser in Bremen sowie die Diskussion bei Thyssen Nordseewerke in Emden fast schon wie ein Signal, das Wirkung auch für die Diskussion in einer ähnlich den Werften belasteten Branche wie der Stahlindustrie zeigen könnte. Doch welches Signal, welche Wirkungen?

Bundesdeutscher „Thatcherismus"

Soll der linken Lohnkampf-Euphorie und der „Wilde-Streik"-Euphorie der siebziger Jahre nicht erneut eine zum Scheitern von Illusionen verurteil-

und der „Wilde-Streik"-Euphorie der siebziger Jahre nicht erneut eine zum Scheitern von Illusionen verurteil-

te Betriebsbesetzungs-Euphorie folgen, ist es lohnenswert, sich auch ein wenig mit den politischen Implikationen der HDW-Auseinandersetzung zu beschäftigen — mit der Einschätzung des Charakters einer solchen Konfrontation, wie auch mit dem politischen Bewußtsein und der Orientierung dieses Kampfes. Denn: Eine radikale Kampfform wie die Betriebsbesetzung wird sehr schnell dann ihren ‚Reiz' verlieren, wenn sie wie im Falle HDW und AG Weser ohne Ergebnis und Veränderung der Lage der Betroffenen bleibt, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer Strategie verbunden ist, die auch (Teil-)Erfolge im Kampf ermöglicht. Man sollte sich davor hüten, es der DKP gleichzutun, die als politische Organisation den HDW-Streik vor allem mit deftigem Wortgeklingel begleitete und noch einen Tag vor dem Besetzungsabbruch im „Werftecho" ihre Hauptaufgabe darin sah, den Gegner im Kampf als angstschlotternd in der Defensive darzustellen. Überschrift: *„Stoltenberg und Ahlers geht die Muffe"*.

In Wahrheit war der Klassengegner aktuell nicht zu erschüttern. In bislang nie gekannter Kompromißlosigkeit zogen der HDW-Vorstand und die Hauptanteilseignerin, die Bundesregierung, vertreten durch Stoltenberg, ihren Sanierungskurs beinhart durch. In neun Tagen wurde kein einziges Angebot an die Besetzer gemacht, ja selbst nicht einmal ein einziger Schritt zur Täuschung unternommen! Dabei wird jeder, der das Innenleben der Besetzung kennengelernt hat, zugeben müssen, daß es möglich gewesen wäre, einen Besetzungsabbruch für relativ geringe Zugeständnisse zu erkaufen. Die Belegschafts-Forderung, eines von drei Container-Schiffen für die VR China statt in Kiel in Hamburg zu bauen (womit die Hamburger Belegschaft erst einmal wieder Luft gehabt hätte), wäre erfüllbar gewesen, ohne daß damit das ganze Vorstands-Konzept gekippt wäre. Aus Bonn ist weder für HDW noch für die AG Weser ein einziges, selbst noch so kleines finanzielles Fang-Angebot gekommen. Ja selbst eine Aufschiebung der HDW-Entlassungen, die Zusage, sie zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht zu vollstrecken, sie noch einmal zu überprüfen, ohne die Pläne aufzugeben, hätte mit ziemlicher Sicherheit zum Streikabbruch geführt.

Warum kam kein Zugeständnis?

Stoltenberg und Lambsdorff wollen die ökonomische Wende. Am Fall der in Jahren des Booms auf höchste Profite im ansteigenden Welthandel und Weltschiffbau getrimmten bundesdeutschen Werften soll diese ökonomische Wende brutal vollstreckt werden. Die „Selbstheilungskräfte der Wirtschaft" ohne staatliche Hilfe in den Bereichen, die heute keine Profite mehr abwerfen (in anderen Bereichen wird weiterhin kräftig staatlich subventioniert), sollen unter der neuen Bundesregierung erstmals in einem ganzen Wirtschaftszweig vollumfänglich zur Geltung kommen. Dabei irren Gewerkschaften und SPD, wenn sie wiederholt behaupten: *„Hier wird aus ideologischen Gründen eine Industrie mutwillig zerstört, die die wesentliche Grundlage für die Beschäftigung an der Küste darstellt"* (Otto vom Steeg im Aufruf der IG Metall zu ihrer Bonner Demo am 29.9.). Hier wird nicht eine Industrie mutwillig zerstört, keine Bange, Voraussetzungen für Großschiffbau und vor allem für Marineschiffbau bleiben erhalten, hier wird ganz einfach die Radikalsanierung für die großen Konzerne durchgeführt, damit diese unter veränderten Bedingungen ohne soziale „Belastungen" die Voraussetzungen für höhere Profite vorfinden können. Diese Rolle wird der Staat unter der „Wende"-Regierung u.a. spielen. Der Unterschied zu ähnlich gearteten umfangreichen Sanierungen, etwa im Bergbau in den sechziger Jahren, ist nicht der, daß es in diesem Falle dem Staat zukommt, die Bedingungen für neue unternehmenspolitische Konzepte zu schaffen, sondern daß dies heute heißt, jeden sozialen „Ballast" zu beseitigen, während es in der Vergangenheit die Aufgabe des Staates war, unternehmenspolitische Ziele zu Lasten der Beschäftigten sozial abzufedern. War die Möglichkeit hierfür gegeben, bot der Markt die Möglichkeit, angemessene Sozialpläne, Umschulung und neue Arbeit anzubieten, ist heute die Folge: Arbeitslosigkeit. So hart ist Kapitalismus nun einmal, da zählt nicht, ob du dreißig Jahre treu gearbeitet oder drei Kinder zu versorgen hast. Der „Thatcherismus" hat in unserem Lande Einzug gehalten.

Mit Sozialpartnerschaft gebrochen?

Mit Sozialpartnerschaft gebrochen?

Es ist eine Illusion, die radikale Kampfform Betriebsetzung mit der Radikalität der besetzenden HDW-Belegschaft gleichzusetzen. Diese hat für ihre Aktion durchaus zutreffend den Begriff *„Notwehr"* benutzt. Dieser beschreibt die Lage: Eine in 15 Jahren um 80% geschrumpfte Restbelegschaft kämpft mit dem Rücken an der Wand um ihre Existenz. Denn: bei mehr als 2 Millionen Arbeitslosen besteht kaum noch eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Verzweiflung und nicht bewußte Anwendung eines radikalen Kampfmittels war bei der Mehrheit der HDW-Belegschaft das Moment, die Besetzung zu unterstützen. Als die Aussichtslosigkeit deutlich wurde, Gespräche in Bonn nicht fruchteten und die letzte Hoffnung mit der Aufsichtsratssitzung am 20.9. zerstob, reichte die Basis in der Gesamtbelegschaft für die Fortsetzung des Kampfs nicht mehr aus. Gegenüber der Existenzverschlechterung Arbeitslosigkeit wirkte die Perspektive, durch die illegale Aktion Ansprüche auf den Sozialplan und acht Wochen Arbeitslosengeldsperre zu erhalten, existenziell stärker. Schließlich ist die HDW-Belegschaft keine zu allem entschlossene Klassenkampftruppe, sondern besteht überwiegend aus Beschäftigten, die nicht mit diesem Staat, nicht mit der Sozialpartnerschaft gebrochen haben und unterscheidet sich damit nicht vom Durchschnitt der bundesdeutschen Arbeiter und Angestellten. Auch jetzt aufkommende Spekulationen über „Verrat" (abstimmende Angestellte, die gar nicht an der Besetzung beteiligt waren, und Ausländer sollen aus den eigenen Reihen mit Falschdarstellungen und massiven Drohungen zum Abbruch veranlaßt worden sein) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß von weit über 2000 HDW-Arbeitern nur 680 für Fortsetzung des Kampfes gestimmt haben. Auch notwendige Diskussionen um taktische Fehler im Streik (so hat über Fortsetzung des Kampfes nicht die sonst jeden Morgen üblicherweise durchgeführte Belegschaftsstreikversammlung entschieden, sondern eine im Hinblick auf die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung einberufene Betriebsversammlung nach BVG, auf der alle, auch Nicht-Streikende, abstimmungsberechigt waren) ändern an der Gesamteinschätzung nichts.

SPD geschont

Von der „Wende"-Regierung ist auf den Streikversammlungen viel geredet worden. Man war sich der Gegnerschaft zu ihr durchaus bewußt. Um so weniger Bewußtsein war über die SPD vorhanden. Viele Kollegen haben sie durchaus als Bündnispartner gegen die neue Regierung in Bonn begriffen, wofür die Wahlergebnisse in Hessen und insbesondere in Bremen (wo die Werftarbeiter der AG Weser kritisiert wurden: ‚Das könnt ihr unserem Hans doch nicht antun') sichtbarer Beleg sind. Bei der HDW wurde im Streik bewußt (dies gilt vor allem für die IGM und die DKP) und unbewußt darauf verzichtet, Druck auf die SPD zu machen. Stattdessen wurde mit der Hamburger SPD-Regierung wiederholt vertraulich verhandelt, bis dahin, daß der IGM-Vertreter im Aufsichtsrat, Frank Teichmüller, die Position der Hamburger Regierung im AR vertrat, womit er allerdings auflief: Er brachte nicht einen einzigen Vorschlag mit, der überhaupt alternativ zum Vorstands-Konzept stand (Teichmüller beklagte sich zwei Tage später auf dem SPD-Landesparteitag bitter darüber, daß der Senat ihn habe ins Messer laufen lassen).

Die Oppositionsrolle wurde dem Hamburger Senat noch dadurch erleichtert, daß er wie die HDW-Belegschaft auch bei Vorstand und Bundesregierung total auflief (was er allerdings im Unterschied zur Belegschaft eher freudig registriert haben dürfte). So verweigerte Stoltenberg eiskalt dem Hamburger Bürgermeister den Empfang zusammen mit der HDW-Delegation, da er ja doch keine Alternative zum HDW-Vorstandskonzept anzubieten habe. So verweigerte der Vorstand dem Wirtschaftssenator Lange die Beteiligung für Hamburg (das keinen Sitz im AR hat) an der Aufsichtsratssitzung und lehnte das Senatsangebot auf 8,5 Millionen DM Erlaß von Forderungen als zu geringfügig ab.

Dabei gab es gar keine SPD-Opposition gegen das Vorstandskonzept. Der Hamburger Senat hatte bereits in der Bürgerschaftsdebatte im Februar 1983 die von der GAL einge-

zept. Der Hamburger Senat hatte bereits in der Bürgerschaftsdebatte im Februar 1983 die von der GAL einge-

brachte Alternativ-Konzeption (erarbeitet vom HDW-Betriebsrat) abgelehnt. Im April krönte er den jahrelangen SPD-Beitrag zum Niedergang der HDW mit seiner Zustimmung zu den Ergebnissen der norddeutschen Werftenkonferenz: 9000 Entlassungen in Norddeutschlands Werftbetrieben, Sanierung der HDW-Hamburg, Verpflichtung, keinerlei Stützungsmaßnahmen außerhalb eines Konsens' zwischen allen vier Küstenländer-Regierungen für die Werften zu ergreifen. Die Senatsangebote während der Betriebsbesetzung enthielten nicht eine einzige arbeitsplatzwirksame Stützungsmaßnahme für HDW. Stattdessen wurden dem Vorstand 8,5 Millionen DM Forderungserlaß angeboten, damit er a) die Entlassungen um einen Monat hinauszögere, und b) sich der Idee einer Fusion von Werften öffne (die alte Idee eines Zusammenschlusses von HDW und Blohm & Voss, die — würde sie Realität — auch noch Entlassungen bei B & V zur Folge hätte). Selbst noch in der Bürgerschaftssitzung einen Tag nach der Betriebsbesetzung verteidigte der „Hoffnungsträger" Bürgermeister Dohnanyi die Untätigkeit des Senats und wiederholte, daß auch er Entlassungen auf der HDW für notwendig ansehe.

Es ist den politisch linken Kräften im HDW-Konflikt anzulasten, daß sie der SPD die bequeme Rolle des Bündnispartners ohne besondere politische Verantwortung beließen. So war es vor allem die DKP, die es in der am zweiten Besetzungstag gegründeten „Solidaritätsgemeinschaft HDW" mit Verweis auf die Forderungen der Belegschaft ablehnte, eine Zusatzforderung der GAL an den Hamburger Senat, seine Zustimmung zu den Ergebnissen der norddeutschen Werften-Konferenz zurückzuziehen, aufzunehmen.

IG Metall entzog sich ihrer Verantwortung

Entsprechend tabu war die Kritik an der Rolle, die die IG Metall spielte. Diese hätte erheblich zur Beseitigung existenzieller Unsicherheiten beitragen können, wenn irgendwann sichtbar geworden wäre, daß sie die Kollegen auch materiell unterstützen würde. Stattdessen wurde immer wieder das durchaus ernstzunehmende Argument, die rechtliche Lage lasse das nicht zu, durchgekäut und gerne auf die Millionen-Schadensersatz-Forderung der Unternehmer im Anschluß an den vier Monate währenden Streik der schleswigholsteinischen Metallarbeiter von 1956 verwiesen. Nun soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, daß es in unserer Klassengesellschaft entsprechende Gesetze und eine Klassenjustiz gibt. Allerdings wurde seitens der IGM nicht ein Versuch gemacht, unter Umgehung solcher Gesetze den Kollegen Unterstützung zu signalisieren (bei der Besetzung von Videocolor Ulm konnte beispielsweise der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Steinkühler den Besetzern als Privatmann DM 100.000 spenden!).

Allzu leicht wurde dieser „Rechtsstandpunkt" der IGM geschluckt. Dabei ist das eigentliche Problem ein politisches: Noch auf der 8. Nationalen Schiffbau-Konferenz der IGM knapp vier Wochen vor der HDW-Besetzung hatte der IGM-Vorsitzende Loderer nachdrücklich erklärt, er sei gegen Streiks auf den Werften, da *„Streiks von Werftbelegschaften, die ohnehin ohne Arbeit sind, wenig hilfreich"* wären („Hamburger Abendblatt", 18.8.). Und zum wiederholten Male appellierte er, Bund, Länder und Verbände sollten sich zur Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts für den Schiffbau an einen Tisch setzen. Hamburgs IG Metall brauchte vier Tage, um das erste und einzige Flugblatt zu HDW herauszubringen („Notwehr"), nutzte sonst so gut wie gar nicht die gewerkschaftlichen Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit. Als der Zug schon fuhr, unterstützte die IGM dann noch die von DKP, GAL, Jusos und Unabhängigen gegründete „Solidaritätsgemeinschaft" und das von dieser organisierte Solidaritätsfest. Hieß es in dem erwähnten Hamburger IGM-Flugblatt immerhin noch: *„Doch die bisherigen Kampfformen reichen offenbar nicht mehr aus, sich wirkungsvoll gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen zu wehren. So ist die Betriebsbesetzung mehr als eine Aktion aus der Verzweiflung heraus, sie ist ein Signal"*, waren solche Töne im nationalen IGM-Aufruf für den 29.9. nicht mehr zu hören.

Wiederholte Hinweise auf die zweifellos aktive Rolle zuständiger Gewerkschaftssekretäre im HDW-Streik än-

Wiederholte Hinweise auf die zwei-

fellos aktive Rolle zuständiger Gewerkschaftssekretäre im HDW-Streik än-

dern nichts daran, daß dieser gegen einen übermächtigen Gegner kämpfenden Belegschaft die Organisation fehlte, die ein Gegengewicht sein könnte: Die Gewerkschaft, die mehr ist als ein Appellationsorgan.

Zur Charakterisierung des Bewußtseinsstandes im Streik sollen hier noch einige Vorkommnisse im Verlauf angemerkt werden, die für die Beurteilung aktueller Klassenauseinandersetzungen durchaus bedeutungsvoll sind.

Noch um die Jahreswende hatten auf der politischen Ebene in Hamburg und auf der Werft Inhalte des Kampfs für die Arbeitsplätze eine Rolle gespielt, die während der Besetzung völlig untergeordnet waren. Unter Verwertung der Arbeitsergebnisse vom „Arbeitskreis Alternative Fertigung" bei Blohm & Voss und anderer Betriebe hatte der Betriebsrat der HDW in Zusammenarbeit mit der GAL (die im Betrieb kaum vertreten ist) ein Alternativkonzept zum Erhalt der Arbeitsplätze vorgelegt, das (in Kürze dargestellt) vorsah:

— Erhalt des Schiffsneubaus mindestens so lange, bis die Voraussetzungen für eine alternative Produktion gegeben sind.

— Hierfür sollte der Hamburger Senat Mittel des Staatshaushalts bzw. durch eine Änderung der Energie- und Umweltpolitik Mittel der Haushalte in den öffentlichen Betrieben (Strom-, Gas- und Wasserwerke) bereitstellen, die die Produktion gesellschaftlich nützlicher Gebrauchswerte ermöglichen sollten (eine andere Umweltpolitik; also Filteranlagen, doppelte Tankerböden für die Schiffssicherheit; eine andere Energiepolitik, Fernwärme statt Atomstrom; also Blockheizkraftwerke, Wind- und Wärmerückgewinnungskraftwerke etc.). Statt der Perspektive „Hauptsache Arbeit" sollte eine konkrete Alternative für sinnvolle Produktion angeboten werden. Zusätzlich sollte der Staat in die Verpflichtung genommen werden, an einer Änderung der als ausweglos dargestellten Lage der Werften mitzuwirken. Als Mittel hierfür wurde u.a. die Beteiligung der Stadt Hamburg am HDW-Aktienkapital mit dem Ziel der Erreichung einer Sperrminorität für die Einflußnahme auf die Gestaltung der Unternehmenspolitik angegeben. Eine Zeitlang hatte diese Diskussion in der Belegschaft eine Rolle gespielt, die SPD war unter Druck geraten, da hiermit erstmals ein alternativer Ansatz zum Gejammer über fehlende Schiffbauaufträge und zur Rüstungsproduktion angeboten wurde.

Während der Besetzung selber spielte eine solche Orientierung bestenfalls eine Nebenrolle. Die Hauptorientierung waren Schiffsneubauforderungen an den Bund, Forderungen an das Land Hamburg spielten wie vorher dargestellt keine Rolle. Wie wenig die von der GAL gewollte Absicht einer Änderung des Bewußtseins über das, was produziert wird, unter der unmittelbaren Bedrohung des Arbeitsplatzverlustes von Bedeutung war, zeigten einzelne Ereignisse während des Streiks:

— Ohne jede kritische Diskussion wurde die Forderung nach unverzüglicher Beschaffung des Umbauauftrages für die ‚United States' aufgestellt. Dieser Auftrag war wegen der tödlichen Gefahr der Asbestverarbeitung eine Zeitlang umstritten, wurde jedoch über Bedenken hinweg schon vor dem Streik vom Betriebsrat zustimmend aufgenommen. (Während der Betriebsrat der Bremer Vulkan-Werft trotz ähnlicher Lage (Auftragsmangel, drohende Massenentlassungen) diesen Auftrag aus gesundheitlichen Gründen a b g e l e h n t hat!)

— Ohne jede Kritik wurde positiv als arbeitsplatzschaffende Perspektive seitens des Betriebsrats das Konzept „Energiezentrum Hamburg" des Wissenschaftssenators Sinn begrüßt. Dieses Konzept sieht u.a. Hochtemperaturreaktoren für Hamburg vor.

— Beifall erhielt eine zweifelhafte Reeder-Gestalt, die auf einer Streikversammlung einen 35-Millionen-Auftrag für HDW ankündigte und dies in einem chauvinistischen Beitrag mit einem Plädoyer für die wiederzuschaffende Weltgeltung von „Made in Germany" verband (er wisse, wovon er spreche als Unternehmer, der seit 15 Jahren in Afrika lebe), wofür er sich zusätzlichen Beifall einheimste.

Es ist sicher nicht übertrieben festzustellen, daß in der aktuellen HDW-Situation auch jeder Türkei-Fregatten-Auftrag von der Mehrheit positiv als arbeitsplatzerhaltend begrüßt worden wäre.

Kritisch anzumerken bleiben auch eine Reihe von Randerscheinungen wie etwa die, daß sich die Vorstellung durchsetzte, man könnte dem Bürgermeister Dohnanyi nicht zumuten, auf eine (illegal) besetzte Werft zu kommen. Stattdessen besuchte eine Delegation ihn (mehrfach) im Rathaus (immerhin konnte Koschnik in Bremen vor der Wahl auf die AG Weser geholt werden). Eine andere, in schlechter Tradition der deutschen Arbeiterbewegung

der Wahl auf die AG Weser geholt werden). Eine andere, in schlechter Tradition der deutschen Arbeiterbewegung

stehende Seite der vielbeschworenen Disziplin während des Streiks (die auch unsere beiden die Besetzung schildernden Genossen so positiv hervorheben) kam ebenfalls zur Geltung: Rote Fahnen waren verpönt, selbst bei der Anforderung von Luftballons wurde gebeten, keine roten zu bringen. Eine alternative Musikgruppe, die abends aus Solidarität auf der Werft spielte, mußte sich gefallen lassen, daß ihr rigide wegen eines „Terroristen-Liedes" (zur Rasterfahndung) ohne jede Diskussion von Gewerkschaftsfunktionären und Streikaktivisten der Saft abgedreht wurde ('Wir sind nicht gegen den Staat' — 'Wir wollen hier Musik, keine Politik!'). An all diesen Punkten ging die Disziplin so weit, daß mit Rücksicht auf die Geschlossenheit im Streik tunlichst vermieden wurde, auch kontrovers untereinander zu diskutieren.

Auch diese politischen Schwächen der neuntägigen Betriebsbesetzung gilt es zu diskutieren, damit sich nicht ein neuer, perspektivloser Jubelökonomismus bahnbricht, der am krassesten von der DKP als Partei vertreten wurde, aus deren Reihen maßgebliche Funktionäre nach eigener Aussage tatsächlich die Hoffnung hegten, Lenins „Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen" in ein „Aus einem Funken wird ein Steppenbrand entstehen" umzuinterpretieren: Geht's erst einmal bei HDW und AG Weser los, springt der Funke auf die Stahlindustrie über und dann kommt Bonn ins Wackeln.

Dies ist allerdings eine maßlose Überschätzung, welch weiter politischer Weg noch darin besteht, daß aus eher verzweifelten Abwehrreaktionen ohne große politische Brüche sich wirklicher Klassenkampf entwickeln kann, der in der Lage ist, für dieses System gefährlich zu werden.

bs

Weiblicher Widerstand gegen Militarismus und Krieg

In der neuen Friedensbewegung arbeiten zahlreiche Frauen nicht einfach nur deswegen mit, weil sie gegen Militarismus und Krieg sind, sondern weil sie sich als F r a u e n gegen Gewalt, angefangen bei der alltäglichen Gewalt durch den ,,Mann auf der Straße'' bis zur Gewalt des Krieges, zur Wehr setzen wollen. Viele fühlen sich als Frauen auf besondere Weise betroffen und versuchen daher, besondere Formen von Kampf und Widerstand zu entwickeln.

Im imperialistischen Zeitalter sind Kriege nur ein besonderer Fall des sog. Friedens, ein Fall, der jedoch auf tödliche, ungeheuer brutale und krasse Weise die Herrschaftsverhältnisse aufzeigt. Im Krieg wird in besonderem Ausmaß die Arbeitskraft der Frauen herangezogen zur Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft, sowohl in den Fabriken und Rüstungsbetrieben als auch im Dienstleistungs- und Lazarettbereich; sowohl ihre Arbeitskraft als auch ihre reproduktiven Fähigkeiten werden verstärkt ausgebeutet. Im Krieg ist auch Vergewaltigung ein ,,normaler'' Akt.

„Das Schwert in die Scheide stecken" ist ein veraltetes Synonym für Frieden. Es bezeichnet aber sehr treffend den Zustand, in dem sich Frauen im Frieden befinden!

Im sogenannten Frieden leben wir Frauen in einem patriarchalischen System, das sich der Kapitalismus zunutze gemacht hat. Für uns heißt das, von Geburt an um Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung vieler Talente und um unsere weibliche Identitätsfindung betrogen zu werden.

Überall sehen wir die Rollenstereotypen zementiert und vermarktet, in den Medien z.B., indem Frauen als Opfer krimineller Handlungen dargestellt werden, als Prinzessinnen, ,,Kleiderständer'' — nur interessiert an Mode und Kosmetikas —, als ,,emanzipierte'' Sexkatzen oder als Frauen, deren ganzer Lebensinhalt aus ,,lieben, sorgen, heiraten, kochen und kinderkriegen''besteht.

Im ökonomischen Bereich finden wir uns auf schlecht bezahlte, monotone Arbeiten verwiesen, die keine Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Der Preis für ökonomische Unabhängigkeit heißt Doppel- und Dreifachbelastung durch Arbeit, Haushalt, Kindererziehung und oft noch reproduktive Dienstleistungen am Mann.

Das totale Streichen der Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und Geist hat zur Folge, daß die weibliche Sexualität nach wie vor von männlichen Bedürfnissen und Vorstellungen definiert, dominiert, pervertiert und kontrolliert wird. Die Unterdrückung der weiblichen Sexualität zeigt sich auf verschiedensten Ebenen. Als Beispiel können die Theorie und Praxis der Gynäkologie, die Verhütungs- und Abtreibungssituation, die Psychotherapie, in weiterer Form die Medizin als ganzes gelten. Brutalster Ausdruck von Gewalt gegen Frauen und Unterdrückung und Vernichtung weiblicher Sexualität ist die Vergewaltigung. Dazu gehört auch die übliche Anmache auf der Straße sowie die Norm, daß Sexualität nur in Heter(r)o(r)-Beziehungen gel(i)ebt werden darf. (1) Als Lebensmodell stehen uns Frauen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung: entweder doch im Schoß einer neu zu gründenden Familie ,,Schutz'' zu suchen, leben für Kinder, Mann und evtl. noch Zuarbeit zu einem schlecht bezahlten, monotonen und unsicheren Arbeitsplatz; oder ökonomische und soziale Unabhängigkeit, die meist zum Preis großer emotionaler Unsicherheit und dem Verzicht auf Kinder erkauft werden muß.

Was hat diese unfriedliche Situation im sogenannten Frieden mit weiblichem Widerstand gegen Militarismus und Krieg zu tun?

Zum einen sind Frauen von der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und den Kriegsvorbereitungen direkt betroffen, z.B. wenn Frauen zur Bundeswehr als Soldatinnen eingezogen werden sollen (—was auch noch als Emanzipation verkauft wird!—) und so als Reservearmee und menschliches Heizmaterial für den Krieg dienen; oder wenn die im medizinischen Bereich Beschäftigten (Krankenschwestern, Schwesternhelferinnen, freiwilliges soziales Jahr) sich zur Einsatzbereitschaft im Kriegsfall verpflichten müssen.

Darüber hinaus scheint es so, als ob Frauen von Natur aus oder anerzogenerweise friedlich seien: sie gebären und erziehen Kinder, versorgen Familien, stellen Verbrauchtes täglich neu her und in Diskussionen greifen sie meist vermittelnd oder ausgleichend ein. (2)

Frauen schaffen mit ihrer Emotionalität und ihrer Beziehungsarbeit einen unabdingbar notwendigen Ausgleich für ihre vom ,,täglichen Lebenskampf'' heimkehrenden Männer, ihre reproduktiven Arbeiten sind unabdingbar notwendig zum Funktionieren des Systems. (3)

Natürliche Arbeitsteilung ?

Daß diese Arbeitsteilung keine natürliche ist, läßt sich am Beispiel der Weltkriege verdeutlichen. Frauen überschritten hier die Grenzen ihrer gewohnten Rolle — über die direkte Unterstützung der an der Front Kämpfenden, beispielsweise in den Lazaretten, hinaus — z.T. vollständig: Die soziale Organisation und die Inganghaltung der Produktion im Landesinneren wurden plötzlich von Frauen geleistet — eine Tatsache, die im krassen Gegensatz zum gängigen Bild von der Natur der Frau steht. Daß diese von Frauen geleistete Arbeit im Landesinneren von den Nazis als ,,Heimatfront'' bezeichnet wurde, verdeutlicht wiederum die indirekte Verstrickung der Frauen in Krieg und Militarismus. Die Errungenschaften der Frauen im Krieg, ihre relative ökonomische und politische Macht führte in der Nachkriegszeit jedoch nicht zu verbesserter Stellung in der Produktion und im Machtgefüge. Es hatte sich bei dieser ,,Macht'' nicht um eine grundsätzliche, ,von unten' erkämpfte Macht gehandelt, sondern um eine ungeheuer verstärkte Ausbeutung. Um das bloße Überleben zu sichern, waren die Frauen gezwungen, die ihnen zugewiesenen Arbeiten zu tun. Deshalb gelang es ihnen nach dem Krieg auch kaum, ihre Positionen bewußt auszunutzen.

Frauen sollten ihre geschlechtsspezifische Verknüpfung mit alltäglicher wie militärischer Gewalt zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bezüglich dem Entwerfen von Widerstandsstrategien gegen diese Mitarbeit machen.

Frauen — natürliche Pazifistinnen ?

Zuallererst folgt aus der Erkenntnis der geschlechtsspezifischen Verknüpfung natürlich, daß Frauen jedenfalls nicht i m Rahmen ihrer scheinbar so friedfertigen Rolle, also als ,,natürliche Pazifistinnen'' in der Friedensbewegung mitarbeiten sollen. Sich als natürliche Pazifistin zu definieren und aus dieser Haltung heraus um ,,peace and love'' in der Welt zu bitten, nur zu jammern über gefangene oder tote Freunde, Männer und Söhne, oder darüber, daß zu befürchten steht, daß diese gefangen oder getötet werden, all das allein nützt noch nichts. (Z.B. Appelle an Regierungen, Einspinnen von Militäranlagen — weiblich-friedlich-passiv-vermittelnd —, Marsch von Kopenhagen nach Moskau, oder warten, daß die Männer was machen, sich für uns alle Strategien ausdenken, etc.)

Von der breiten Masse der unpolitischen Frauen unterscheiden sich die ,,peace and love''-Frauen in der Friedensbewegung nur dadurch, daß sie das Jammern aktiv und kollektiv organisieren, während erstere ihre Rolle einfach verinnerlicht haben und dementsprechend leben.

Daß das Konzept des natürlichen Pazifismus auch zu radikaler Frauenpolitik führen, diese aber trotzdem eine prinzipielle Beschränktheit niemals überwinden kann, zeigt die Geschichte von Teilen der Frauenbewegung vor und im 1. Weltkrieg (siehe AK 218 und AK 220).

Das Postulat der natürlich-pazifistischen Gegensätzlichkeit der Frauen zu Krieg und Männerwelt schreibt die Frauen aber letztlich auf ihre faktische Machtlosigkeit im Hier und Jetzt fest: Die Ohnmacht der Frauen im patriarchalisch-kapitalistischen System beruht auf ihrer ökonomischen Stellung und ihren spezifischen Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten, die ihnen den Zugang zur Macht versperren. Wenn dieser geschlechtsspezifische ,,Charakter'' der Frauen ein natürlicher wäre, dann hätten sie keinerlei Waffen gegen Gewalttätigkeiten dieses Systems.

Verweigerung

Die Mitarbeit am patriarchalischen sowie am Militärsystem prinzipiell zu verweigern, erscheint vor dem Hintergrund der Arbeitsteilung in diesem System auf den ersten Blick als d i e Alternative zur Jammerrolle. Verweigerung kann bedeuten, sich für soziale Dienste im Ernstfall nicht zur Verfügung zu stellen, das kann bedeuten, den Teil der Steuern einzubehalten, der dem Anteil der Rüstungsaugaben am Staatshaushalt entspricht, in einen Gebärstreik zu treten und vieles mehr. Verweigerung kann darüberhinaus bedeuten, die Zusammenarbeit mit Männern auf allen Ebenen einzustellen, Beziehungsarbeit nicht mehr zu leisten, weibliche Emotionalität nicht mehr zur Verfügung zu stellen, sich also auf allen oder möglichst vielen Ebenen von Männern abzutrennen.

Verweigerungsaktionen haben Symbolcharakter für die Möglichkeit spezifischen weiblichen Widerstands, indem sie anderen Frauen zeigen, was es mit ihrer heutigen Form von Friedfertigkeit, mit ihrem Helfen und der heutigen Form von ,Liebe' auf sich hat. Gleichzeitig macht Verweigerung erst sichtbar, daß diese Verhältnisse aufkündbar und veränderbar sind und solche Aktionen können für Frauen Schritte in Richtung auf ihre persönliche Befreiung aus Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnissen sein. Jeder Verweigerungsversuch, gleich, auf welcher Ebene er ansetzt, deutet sehr schnell auf den allgegenwärtigen Zwang zur Weiblichkeit auf j e d e r Ebene hin und kann daher weitreichende Bewußtwerdungsprozesse in Gang setzen.

Allerdings sind solche politischen Aktionen und Versuche der persönlichen Befreiung noch längst keine verallgemeinerbaren oder entfalteten weiblichen Widerstandsstrategien in umfassendem Sinne, allenfalls deren Ausgangspunkt.

Beispiel: Totale Verweigerung der Zusammenarbeit mit Männern

Am Beispiel persönlicher ,,Totalverweigerung'', welche Widerstand gegen das gesamte Gewalt-Kontinuum leisten will, lassen sich die Gefahren bzw. Unzulänglichkeiten der reinen Verweigerungsstrategie noch umfassender aufzeigen. Die Tendenz zur Nichteinmischung, zur Vernachlässigung der Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Strategien ist hier noch deutlicher zu erkennen und darüber hinaus die Tendenz zu dem, was vielleicht Reduktion und Selbstreduktion genannt werden könnte: Totalverweigerinnen wollen meist überhaupt nicht mehr mit Männern zusammenarbeiten, sehen auch keinen Sinn darin, sich mit der Friedensbewegung zu beschäftigen. Diese Haltung hat ihre Grundlage in der Errichtung einer Sperre im eigenen Kopf: Männerwelt ist und bleibt Männerwelt, die persönlich erlebte Gewalt verstellt den Frauen jeden Blick über das schlichte ,,die Männer sind schuld'' hinaus.

Totalverweigerung als Frau zu leben ist nur möglich, indem Männer auf ihre Funktion als Gewalttäter und Unterdrücker reduziert werden, indem nur mehr dieses Merkmal an ihnen wahrgenommen wird. Frauen, die Totalverweigerung leben wollen, müssen sich gegen das Wissen um zweierlei Dinge vollkommen versperren:

1. Das ist erstens die Tatsache, daß die Männer eben trotz aller Gewalttätigkeit nicht n u r Gewalttäter sind, sondern immer noch auch Personen, die von Frauen geliebt werden und Frauen lieben, so entfremdet, gewalttätig oder ohnmächtig und zerstörend diese Liebe auch immer sein mag.
2. Und zweitens exekutieren Männer, indem sie aktiv gewalttätig sind, — und dieses aktive Handeln soll hier keineswegs irgendwie beschönigt werden — dennoch in gewisser Hinsicht lediglich die strukturelle Gewalt des ganzen Systems.

Es handelt sich um ein Angebot der Bourgeoisie an **alle** Männer: das Angebot einer vordergründigen Teilhabe an der Macht. In der Ehe, auf der Straße hat selbst der unterdrückteste Mann noch jemanden unter sich: die Frau/en. Und nur wenige Verbrechen werden so lasch geahndet wie Vergewaltigung, die in der Ehe juristisch nicht einmal existiert.

Totalverweigerinnen müssen jedoch Männer in hie Gewalttäter und dort Personen aufspalten und können ihre Verweigerung nur leben, indem sie in ihren Köpfen eine Sperre gegen das Wissen um die Person errichten.

Komplementäre Rollen

Um das Dilemma, daß Männer Liebende/Geliebte und Gewalttäter zugleich sind, zu lösen, müssen Frauen erkennen, daß sie als Frauen, so wie sie heute sind, zwar den Männern und ihrer Welt entgegengesetzt erscheinen (friedfertiger, emotionaler, in diesem Sinn besser), daß dieser Gegensatz aber nur auf der Oberfläche existiert und kein natürlicher ist, sondern ein gemachter, der beide, Frauen wie Männer, zudem in extremem Maß einschränkt; dieser scheinbare Gegensatz ist Ausdruck der realen Unmöglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit von beiden. Das Wesen der Frau ist keine Naturkonstante, sondern ergänzt das der Männer und ist integriert ins System, obwohl es scheinbar im Gegensatz dazu steht. Nur durch Überwindung dieses Systems der sich ergänzenden Rollen wird es möglich sein, die Täter-Opfer- bzw. Macht-Ohnmacht-strukturen aufzulösen.

Wenn Frauen diese Komplementarität erkennen, dann ist klar, daß sie nicht mehr sich, so wie sie heute sind, an die Stelle der Männer gesetzt wünschen, sondern daß es gilt, d e n Teil der Persönlichkeit der Frau, der heute in den Männern steckt, zurückzuerobern, und dazu bedarf es der Einmischung in deren Geschäfte, ohne gleichzeitig die Weiblichkeit in sich zu verlieren.

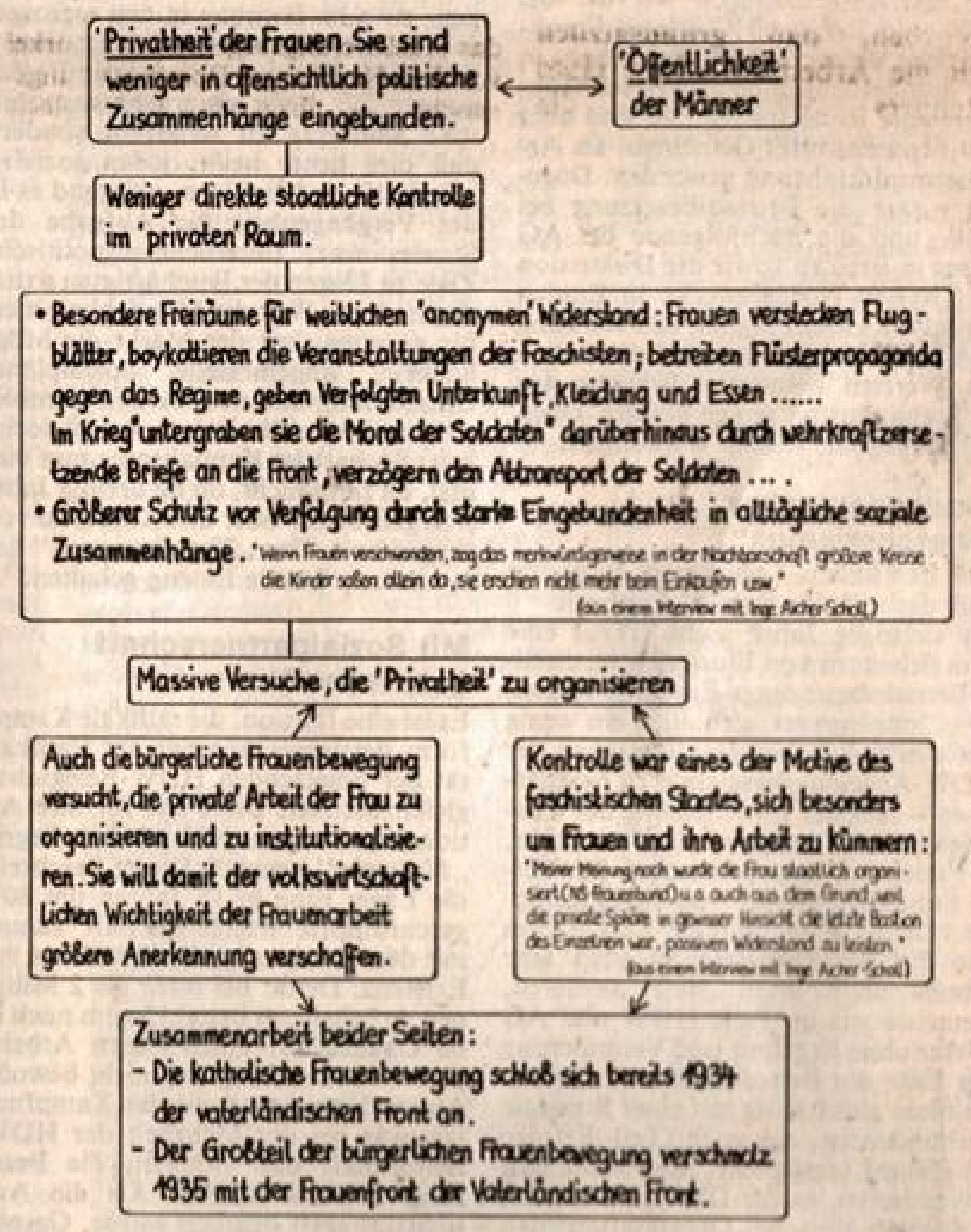
Die Parole von der Verweigerung oder Totalverweigerung greift in mehrfacher Hinsicht zu kurz. Die aufgezeigten Verweigerungsformen zeigen nämlich als solche weder eine gesamtgesellschaftliche Alternative auf, tragen eine solche auch nicht in sich, noch stellen sie, und das ist entscheidend, die Frage nach Strategien zur Durchsetzung einer solchen Alternative. Verweigerung, die gesellschaftspolitische Ziele verfolgt, muß gleichzeitig den Willen zu neuerlicher Einmischung, zum Kampf um die gesellschaftliche Durchsetzung dieser Ziele in sich tragen.

Keine Rüstungssteuern zu bezahlen führt noch lange nicht dazu, daß tatsächlich weniger Geld für Rüstung ausgegeben wird. Um dieses Ziel konkret ins Auge fassen zu können, müßten Frauen sich über den Steuerboykott hinaus aktiv einmischen in die Diskussion der Friedensbewegung um die konkrete Logik staatlicher Politik und staatlicher Reaktion auf unterschiedliche Widerstandsformen (das kann selbstverständlich auch in Frauengruppen geschehen!). Um gegen staatliche und auch gegen unternehmerische Politik etwas auszurichten, müssen Frauen ganz genau verstehen, wie der Staat und in umfassendem Sinne das kapitalistische Weltsystem funktionieren. Um eine feministische Analyse des kapitalistisch-patriarchalischen und des Militärsystems kommen Frauen nicht herum, ebensowenig um eine Qualifizierung aller unserer Fähigkeiten zur Abschaffung dieses Systems.

Wir wollen nicht nur einen neuen imperialistischen Krieg verhindern, wir wollen nicht nur die Ausbeutung abschaffen, wir wollen auch als Frauen wie Menschen leben können!

Dieser Artikel versteht sich als Ergänzung des Berichts vom Hunsrücker Frauenwiderstandscamp ,,Frauenwiderstand von Magie bis Antiimperialismus'' in AK 237 sowie als Aufforderung zur Diskussion um weibliche Widerstandsformen!

H., Tübingen



Fußnoten:

1. Vgl. ein Flugblatt der autonomen Wiener Frauengruppen anläßlich eines Friedenscamps auf der Arena-Wiese im August 82. zit. nach: Weiblicher Widerstand gegen Militarismus und Krieg, in: Widerstand gegen Miliarismus und Krieg in Österreich und anderswo, Forum alternativ, 1982, S.108.
2. So argumentiert z.B. Waltraud Schoppe, MdB der Grünen in einem Spiegel-Interview: „Frauen haben die Möglichkeit, Leben zu schenken, daher sind sie, glaube ich, sehr viel vorsichtiger mit allem, was Leben bedeutet." Spiegel 33/1983, S. 81.
3. Das ist gerade auch im Krieg ungeheuer wichtig. Für die Soldaten sind Mütter, Braut, Frau und Kinder zentraler emotionaler Bezugspunkt — selbst wenn das nur durch Briefe und Erinnerungen vermittelt ist. Bei den Nazis wurde das so organisiert, daß die Frauen selbstgestrickte „Liebesgaben" für die Ostfront liefern sollten. Der emotionale und politischer Effekt — es sind diese gütigen und liebevollen Frauen, die wir gegen den russischen Untermenschen verteidigen — war mindestens genauso wichtig wie der emotionale.
4. Vgl. Widerstand gegen Militarismus und Krieg in Österreich ... S. 87



TRIBUNAL ZUR HAMBURGER AUSLÄNDERPOLITIK

Handeln Behörden ausländerfeindlich?

In einer internen Dienstanweisung zum (sogenannten) Arbeitsförderungsgesetz hat das Arbeitsamt Hamburg bestimmt: ,,Es ist davon auszugehen, daß grundsätzlich durch die Arbeitsaufnahme eines Ausländers die Beschäftigungsmöglichkeiten für Deutsche oder ihnen gleichgestellte Ausländer (Angehörige von EG-Staaten — Anm. d. Red.) beeinträchtigt werden.''

Dies war eines der zahlreichen Beispiele, die auf dem ,,Tribunal zur Hamburger Ausländerpolitik'' am 17.9. im DGB-Haus vor 250 Teilnehmern behandelt wurden. Organisator des Tribunals war das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), ein seit knapp zwei Jahren bestehender Zusammenschluß von vorwiegend türkischen, kurdischen, spanischen und westdeutschen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

DGB-Haus vor 250 Teilnehmern behandelt wurden. Organisator des Tribunals war das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), ein seit knapp zwei Jahren bestehender Zusammenschluß von vorwiegend türkischen, kurdischen, spanischen und westdeutschen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

Im Vordergrund des Tribunals standen die selten and die Öffentlichkeit kommenden ,,alltäglichen Fälle'', wie die Behinderungen und Einschränkungen der Familienzusammenführung, der Ausweisungsdruck, wenn Sozialhilfe bezogen wird usw.

Die Norwegerin R. war nach der Scheidung gezwungen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die Ausländerbehörde lehnte es daraufhin ab, ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Dem Widerspruch von Frau R. hielt die Behörde entgegen: *,,Bei ihrem weiteren Verbleib im Bundesgebiet ist... eine erhebliche Belastung der öffentlichen Hand durch Sozialhilfeleistungen zu erwarten. Die Allgemeinheit wird insgesamt hohe Geldbeträge aufwenden müssen, wenn sich die Widersprechende weiterhin im Bundesgebiet aufhält.''*

Ihr besonderes Augenmerk richtet die Ausländerbehörde auf sog. Scheinehen. Sie lädt in der Regel zu einer Befragung vor, wenn bundesdeutsche und ausländische Staatsbürger heiraten wollen. Mann und Frau werden nacheinander von einem Beamten einem Verhör unterworfen, in dem auch Fragen des privatesten Bereichs nicht ausgespart werden. — Um eine Scheinehe handelt es sich nach Auffassung der Ausländerbehörde z.B. bei dem türkischen Sozialarbeiter Üzeyir Arat, der nach vielen Jahren Aufenthalt ausgewiesen werden soll..

Von Ausweisung bedroht sind aber auch Menschen, die z.T. schon seit über zwanzig Jahren hier leben und arbeiten, wie der indische Ingenieur Datta oder der ägyptische Hochschullehrer Karam Khella.

Daß mit der Anerkennung als Asylbewerber noch längst nicht die Gefahr gebannt ist, dennoch ausgeliefert zu werden, das zeigt der ebenfalls auf dem Tribunal vorgestellte Fall von Hüseyin Inci. Ungeachtet seiner rechtskräftigen Anerkennung als Asylbewerber betreibt die Staatsanwaltschaft weiterhin das Auslieferungsbegehren der Türkei vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht. — Juristisch, stellte Incis Rechtsanwalt fest, hat die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, beim Gericht den Antrag zu stellen, Inci nicht auszuliefern oder das ganze Verfahren einzustellen.

Der Jury des Tribunals wurden insgesamt fünfzehn Fälle vorgestellt. Sie kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß in der Hamburger Ausländerpolitik elementare Menschenrechte verletzt werden und stellte fest, *,,daß die ,Ausländer-raus-Politik' sich in allen Lebensbereichen durchsetzt, von Spitzenpolitikern bis zu Sachbearbeitern.''*

Das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis hat mit diesem Tribunal einen erfolgreichen Schritt getan zum Aufbau einer politischen Front gegen staatliche Ausländerpolitik und allgemeine Ausländerfeindlichkeit.

werden und stellte fest, ,,daß die ,Ausländer-raus-Politik' sich in allen Lebensbereichen durchsetzt, von Spitzenpolitikern bis zu Sachbearbeitern.''

Das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis hat mit diesem Tribunal einen erfolgreichen Schritt getan zum Aufbau einer politischen Front gegen staatliche Ausländerpolitik und allgemeine Ausländerfeindlichkeit.

AG Ausländer

In bestehende Arbeitsverhältnisse von Ausländern soll ,,derzeit noch nicht eingegriffen werden''

Auf dem Tribunal wurde eine interne Dienstanweisung des Hamburger Arbeitsamtes (vom 25.4.83) vorgelegt. Auf dem Arbeitsmarkt werden die ausländischen Kollegen, die nicht aus EG-Staaten kommen, gegenüber diesen und deutschen benachteiligt. Der § 19 Arbeitsförderungsgesetz besagt, daß kein freier Arbeitsplatz an einen ausländischen Kollegen vergeben werden darf, wenn dieser Arbeitsplatz von einem Deutschen oder EG-Ausländer beansprucht wird (sog. Inländervorrang).

Dieses Gesetz hat das Arbeitsamt Hamburg per Dienstanweisung verschärft: *,,Es ist davon auszugehen, daß grundsätzlich durch die Arbeitsaufnahme eines Ausländers die Beschäftigungsmöglichkeiten für Deutsche oder ihnen gleichgestellte Ausländer* (EG-Ausländer — Amm. d. Red.) *beeinträchtigt werden.''*

Ein ausländischer Arbeiter soll generell erst nach einer Sperrzeit von drei Monaten (solange wird versucht, an einen deutschen Arbeiter zu vermitteln) einen Anspruch auf einen freien Arbeitsplatz bekommen — und dann ist dieser sicherlich schon weg. Ein beschäftigter ausländischer Arbeiter, der sich eine andere Arbeit gesucht hat und dort arbeiten könnte, muß erstmal vier Wochen warten, bis er hierfür eine Arbeitserlaubnis bekommt. Das Arbeitsamt, das erst durch den ausländischen Kollegen auf diesen Arbeitsplatz aufmerksam wurde, versucht innerhalb der vier Wochen zunächst, einen Deutschen oder EG-Ausländer zu vermitteln. *,,Sämtliche Arbeitserlaubnisanträge von Stellenwechslern sind (...) der Vermittlung vorzulegen. Auch in diesen Fällen sind intensive Bemühungen einzuleiten, die freie Stelle durch einen deutschen oder ihm gleichgestellten ausländischen Arbeitnehmer zu besetzen.''*

Daß es in absehbarer Zeit noch schlimmer kommen wird, zeigt folgende Andeutung in der DA (Dienstanweisung) 11/83: So soll ***,,... trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation (...) derzeit noch nicht in bestehende Arbeitsverhältnisse eingegriffen werden.''***

Der Verlust des Arbeitsplatzes zieht für eine Familie aufenthaltsrechtliche Maßnahmen nach sich. Nach einer kurzen Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld setzt Arbeitslosenhilfe ein. Und der Bezug von Arbeitslosenhilfe soll nach Plänen der Rechtskoalition in Bonn (Kommissionsberichte) die Ausweisung nach sich ziehen. Der

zieht für eine Familie aufenthaltsrechtliche Maßnahmen nach sich. Nach einer kurzen Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld setzt Arbeitslosenhilfe ein. Und der Bezug von Arbeitslosenhilfe soll nach Plänen der Rechtskoalition in Bonn (Kommissionsberichte) die Ausweisung nach sich ziehen. Der

Verlust des Arbeitsplatzes ist damit der erste Schritt zur Abschiebung.

Erklärung der Jury

,,Die Jury des Tribunals zur Hamburger Ausländerpolitik stellt nach eingehender Untersuchung der Beschwerden von 15 betroffenen Ausländern fest:

Wir stellen fest, daß in allen vorgetragenen Fällen die Beschwerden berechtigt sind. Wir stellen weiter fest, daß elementare Menschenrechte verletzt wurden, die Würde des Menschen, der Schutz von Ehe und Familie, der Gleichheitsgrundsatz, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Meinungsfreiheit.

Diese Verletzungen sind hervorgerufen durch das Ausländergesetz, das Asylverfahrensgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen und Richtlinien. Nachdem die Menschen als Arbeitskräfte ins Land geholt wurden, sollen sie jetzt aufgrund veränderter ökonomischer Bedingungen abgeschoben werden.

Wir stellen fest, daß die ,Ausländer-raus-Politik' sich in allen Lebensbereichen durchsetzt, von Spitzenpolitikern bis zu Sachbearbeitern. Ermessensspielräume werden durchweg zuungunsten der Ausländer benutzt.

Wir klagen alle Verantwortlichen an: Der Menschenverachtung, der Menschenrechtsverletzung und der Aushöhlung unserer demokratischen Grundordnung. Gerade für die Bundesrepublik Deutschland besteht eine besondere Verpflichtung, dem Herrenmenschendenken zu widerstehen. Wir fordern daher:

- *Soziale, wirtschaftliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien.*
- *Auch bei Verlust des Ehepartners oder einer Trennung müssen die eigenen Entscheidungsrechte in jeder Lebenssituation gewährleistet bleiben.*
- *Wir fordern das uneingeschränkte Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung, insbesondere fordern wir, daß kein Asylsuchender an den Verfolgerstaat ausgeliefert wird, weder an die Türkei noch an andere undemokratische Staaten.*
- *Wir begrüßen die Einrichtung eines zentralen Büros zum Schutz ausländischer Mitbürger vor Auslieferung, Abschiebung und Ausweisung aus der Bundesrepublik und Westberlin.''*

Die Jury:
Susanne v. Paczensky (Publizistin)
Regula Schmidt-Bott (Mitglied der Bürgerschaft)
Dirk Nordmann-Bromberger (Arbeitsrichter)
Sürreya Turhan (Lehrer)
Christian Arndt (Pastor)
Bozkurt Sönmez (Betriebsrat)

Demonstration am Hochtemperaturreaktor in Hamm

- Ein Bericht -

Am 17.9. beteiligten sich 3.000 Bürger an der Demonstration gegen den THTR. Die Bürgerinitiativen werten diesen Tag als Erfolg, wenngleich die überregionale Beteiligung aus NRW äußerst gering ausfiel. Bemerkenswert war das rege Interesse der Hammer Bürger. Normalerweise bekommt man in Hamm allerhöchstens 300 bis 400 Leute auf die Beine — diesmal waren es schätzungsweise tausend.

Eine Störung der Hammer Ratssitzung wegen des nicht offengelegten Katastrophenschutzplans und besonders die Besetzung des ,,Informationszentrums'' der VEW haben in der Vorbereitungsphase für Aufmerksamkeit gesorgt. Zwar wurden seit 1976 dutzende von Aktionen gegen Atomanlagen durchgeführt, doch das alles konnte regional wie überregional keine gesteigerte Aufgmerksamkeit der Öffentlichkeit bewirken. Erst die Probeläufe im Herbst dieses Jahres und die drohende Inbetriebnahme Ende 1984 ließen die Medien und große Teile der Grünen einmal kurz aufhorchen. Bereits seit 1978 wird laufend gegen Teilerrichtungsgenehmigungen geklagt und Verfassungsbeschwerde eingelegt. Nach dem Anfangserfolg eines mehrwöchigen Baustopps verschleppen die Gerichte die anstehenden Verfahren. Unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß allein auf dem juristischen Wege der THTR nicht mehr zu stoppen sein wird und man schreitet zur Tat: Für 10 Stunden wurde am 7.9. das direkt neben dem Atomkraftwerk liegende ,,Informationszentrum'' der VEW von 16 Mitgliedern der Bürgerinitiative besetzt. Die VEW und die Polizei reagierten völlig überrascht, sind sie doch bisher mit einer mehr als zahmen Umweltschutzbewegung konfrontiert worden. Die Aktion lief zur völligen Zufriedenheit der Besetzer ab: Das überregionale Presseecho war unerwartet groß; die Aktiven wurden ermutigt und setzen mit Eifer die Demovorbereitungen fort. Das Motto des Demonstrationsaufrufs hieß ,,Für ökologische Kohletechnologie statt Atomkraft in NRW!'' Vor den Zechen in Hamm, Ahlen und Dortmund wurden Flugblätter verteilt, die besonders die Bergleute ansprachen. Wir haben Kontakte hergestellt zur ,,Initiative Bergbaubeschäftigte gegen Atomkraft'' und auch zur ,,Revier — Zeitung für das Ruhrgebiet''. Trotzdem steht die von uns angestrebte Verbindung zwischen ökologischen Forderungen und den Interessen der Bergleute auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz erst am Anfang und stellt angesichts drohender Zechenstillegungen und ökonomischer

hergestellt zur ,,Initiative Bergbaubeschäftigte gegen Atomkraft'' und auch zur ,,Revier — Zeitung für das Ruhrgebiet''. Trotzdem steht die von uns angestrebte Verbindung zwischen ökologischen Forderungen und den Interessen der Bergleute auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz erst am Anfang und stellt angesichts drohender Zechenstillegungen und ökonomischer

Krise in NRW eine Notwendigkeit dar.

Während der Demo-Vorbereitung merkten wir recht deutlich, daß der 17.9. als Termin nicht unproblematisch war. Die Sommerpause und die von uns ungewollte Konkurrenz zu den friedensbewegten Herbstaktionen machten uns erheblich zu schaffen — aber den Termin der Probeläufe haben wir uns nicht aussuchen können und eine Demonstration nach einer vollständigen Inbetriebnahme ist sicherlich nicht so sinnvoll. Besonders viel Kraft verwendeten wir auf die überregionale Mobilisierungsarbeit. Dabei machte sich der Rückgang der Antiatombewegung recht schmerzhaft bemerkbar. Selbst in den Städten in der Nähe von Hamm gab es in den seltensten Fällen organisatorische Strukturen, an die man sich hätte wenden können! Als einzige Hoffnung blieben die Grünen übrig. Auch hier erlebten wir manche böse Überraschungen. Zwar gab es sie in jeder kleineren Stadt, doch oft stimmten die Adressen nicht mehr oder niemand fühlte sich dafür zuständig, ausgerechnet zum THTR etwas zu organisieren. Und wie es bei den Grünen ,,unten'' aussah, so war es ,,oben'' im Landesverband erst recht. Bei unseren Bemühungen um Pressekonferenzen und Lautsprecherwagen gingen wir gänzlich leer aus, auf lächerliche 2.000 DM Unterstützungskredit mußten wir Wochen warten und erhielten das Geld erst nach der Demonstration. Bedenkt man, daß die Grünen sich noch vor wenigen Jahren gerade aus dem Widerstand gegen Atomanlagen heraus gebildet haben, so ist ihr heutiges chronisches Desinteresse am Widerstand gegen Atomanlagen recht verwunderlich. Haben sie nicht begriffen, daß es einen Zusammenhang zwischen militärischer und scheinbar ziviler Nutzung der Atomtechnologie gibt? Nun, wenigstens einige Gruppen in NRW — darunter auch grüne — haben für die THTR-Demo mobilisiert. Aber trotz ihrer Werbung wurden in der Regel nur wenige Busfahrkarten verkauft, sodaß sie es vorzogen, die Busse abzubestellen und mit ein oder zwei Auto zu kommen.

Nachdem zu Beginn der Auftaktkundgebung der Platz bedenklich leer erschien, füllten sich die Reihen des Demonstrationszuges doch auf die stattliche Anzahl von 3.000 Demonstranten. Der Zug ging zuerst durch eine Bergleutesiedlung. Die Anwohner waren reichlich verblüfft und nahmen recht bereitwillig unsere Flugblätter an — eine so große Demonstration hat es in Hamm noch nicht gegeben! Ein Stückchen weiter kamen wir an einem Fußballplatz vorbei, wo wir Fußballspieler und Zuschauer auf uns aufmerksam machen konnten. Es war ein bunter Zug mit 5 Treckern und einigen Hundert Radfahrern und die Bläsergruppe ,,Atemgold 09'' aus Dortmund sorgte auf der Demostrecke für gute Stimmung. Ein kleines Häuflein stellte mit einem ,,schwarzen Block'' seine angebliche ,,Militanz'' zur Schau und sorgte vor einer Polizeisperre auf der Abschlußkundgebung einmal kurz für Aufregung — ihre Energien hätten diese Leute für eine bessere Demomobilisierung bestimmt sinnvoller einsetzen können.

In den Reden auf der Abschlußkundgebung wurde die Möglichkeit eines unbeherrschten Dampferzeuger-Unfalls vor Augen geführt, die zu einer Gefährdung des gesamten östlichen Reviers führen kann. Die Redner kritisierten weiterhin, daß eine zweite Sicherheitshülle beim Reaktor fehlt, um die bei den Leckagen freiwerdende Radioaktivität zurückzuhalten und kein zweites unabhängiges System zur Nachwärmeabfuhr vorhanden ist. Zum Abschluß der Kundgebung wurden vor dem Kraftwerk 80 Holzkreuze mit Radioaktiv-Zeichen und Eichenbäumchen gepflanzt. Auf dem Rückweg kam es noch zu einem unerfreulichen Zwischenfall, als von einem Treckeranhänger ein harmloses Ei auf ein Polizeiauto fiel. Auf die Demonstranten wurden Hunde gehetzt, einer im Graben verprügelt und verletzt, drei vorläufig festgenommen!

Am gleichen Tag fand übrigens in Hamm der CDU-Sonderparteitag ,,Energiepolitik und Umweltqualität'' statt. Zur großen Überraschung wurden von einigen Delegierten die Strahlenberechnungen der Atomwirtschaft angezweifelt und ein Delegierter bekannte freimütig, daß seine beiden Kinder gerade auf der Demonstration ge-

Am gleichen Tag fand übrigens in Hamm der CDU-Sonderparteitag ,,Energiepolitik und Umweltqualität'' statt. Zur großen Überraschung wurden von einigen Delegierten die Strahlenberechnungen der Atomwirtschaft angezweifelt und ein Delegierter bekannte freimütig, daß seine beiden Kinder gerade auf der Demonstration ge-

gen den THTR seien und es auch ihm angesichts eines fehlenden Katastrophenschutzplanes allmählich mulmig wird. Die energiepolitischen Sprecher der CDU reagierten daraufhin beleidigt.

Für die Hammer Umweltschützer war die Demo ein Schritt nach vorne mit dem gezeigt wurde, daß es gerade in dieser Region eine allmählich stärker werdende Opposition gegen den Atomkurs gibt. Der relative Erfolg wird aber zum Teil dadurch getrübt, daß wir nun wissen, daß wir trotz erheblichen Aufwandes unsererseits nur von wenigen und kleinen Gruppen außerhalb Hamms unterstützt werden.

Auf schnelle inhaltliche Klärungsprozesse bei großen Teilen der Grünen und des BBU zu warten und zu hoffen, scheint mir nicht ratsam zu sein. Denn bis diese ein wirksames Resultat zeigen, wird der THTR längst vollends in Betrieb gehen. Unsere einzige Chance besteht darin, Hamm noch viel stärker als bisher durch **direkte Aktionen** zu einem Kristallisationspunkt des Widerstandes zu machen. Die gute Zusammenarbeit mit einigen Dortmunder Umweltschützern während der letzten Aktionen zeigt, daß nur eigenes selbstbewußtes und zielgerichtetes Handeln uns mit Menschen zusammenbringen wird, die ihrerseits in der Lage sein werden, uns auf eine ebensolche Art und Weise zu unterstützen. Unser gemeinsamer direkter Widerstand, unsere Prozesse und auch die finanziellen und technischen Schwierigkeiten der Betreiber beim Bau des THTR stellen eine Anhäufung von Problemen dar, die den THTR letztendlich doch noch zu Fall bringen können!

Kontakt: Umweltladen, Feidikstr. 19, 47 Hamm, Tel.: 02381/23787

Horst Blume, i.A. der Bürgerinitiative

26. Oktober Nazi-Randale
im Westberliner Olympia-Stadion angesagt

Mitglieder der „Borussenfront" auf dem Weg zum Spiel Franktfurt-Dortmund.

„Am 26. Oktober 1983 steht dem deutschen Volke der Kampf gegen das stinkende Türkenpack bevor. Dann nämlich, wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft gegen die scheiss Türken um Punkte für die Europameisterschaft antritt." Und: *„Schluß mit der großen Schlange deutscher Arbeitsloser vor den Arbeitsämtern. Nur Gewalt kann uns noch befreien. Werft die Ausländer raus aus Deutschland. Wir müssen den Anfang machen!"*

Seit Monaten kursieren solche Flugblätter und Fußball-Fan-Clubs und Skinheads, wird für dieses „Ereignis" getrommelt und die Stimmung angeheizt. Kreuzberg soll brennen, heißt die Losung, und es ist wohl alles andere als Zufall, wenn die „Nationalen Aktivisten Großberlin" (Reinhard Golibersuch, Gottscheidstr. 37, 1000 Westberlin 65) für den Vorabend dieses „Kampfes des deutschen Volkes gegen das stinkende Türkenpack" eine Veranstaltung ankündigen, zu der die führenden Vertreter der ANS, also Michael Kühnen und Thomas Brehl (und wohl auch Arndt Marx, wenn er bis dahin wieder auf freiem Fuß sein sollte), erwartet werden.

Das hier zitierte Flugblatt stammt von den „Fans von Hertha BSC", also den brüchtigten „Hertha-Fröschen", die schon einmal einen ganzen Bundesbahn-Sonderzug auf dem Rückweg von einem Bundesligaspiel in Keiserslautern „auseinandergenommen" hatten. Damals wurde ein Nazi-„Frosch" verurteilt, und auch heute bezeichnen Kenner der Szene die „Frösche" als von Nazis dominiert.

Der 26. Oktober soll sie alle einen, die militanten Fan-Clubs, die sich sonst allsamstäglich die Birne vollknallen, sich auf den Bahnhöfen, in den Stadien und den Anmarschwegen die Nasen gegenseitig blutig kloppen und die je nachdem, ob ihre Mannschaft gewonnen oder verloren hat, das Hochgefühl oder den Frust an Türken, Punx oder völlig ziellos auslassen. Am 26. Oktober soll es gegen einen gemeinsamen Gegner gehen: *„Egal welcher Verein: Auf nach Berlin zum Kampf gegen die Kanacken!!!"*



Noch Anfang dieses Jahres wurde auf einer Tagung der Polizeieinsatzleiter der Bundesligastädte versucht, den rechtsradikalen Hintergrund der samstäglichen Aufmärsche herunterzuspielen. Nicht jeder, der ein Foul der Gegenmannschaft oder einen angeblichen Fehlpfiff des Schiedsrichters mit dem — mittlerweile von Zehntausenden gebrüllten — Schlachtruf „Jude, Jude" quittiert, nicht jeder, der ein Hakenkreuz mit sich führt, die SS-Rune oder den von Nazi-Organisationen vertriebenen Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" trägt, sei ein Neon azi. Die Presse würde Randerscheinungen des Fußballbetriebs hochspielen. Im Juni 83 allerdings kam die „Deutsche Polizei" (Zeitschrift der GdP) zu einem etwas anderen Schluß: Hier „tickt eine Zeitbombe", die seit 1980 fahrlässig „verniedlicht" worden sei. Und ein hoher Hamburger Polizeibeamter sprach von den Fußballstadien und der militanten Fan-Club-Szene gar als dem „Wasser", in dem Neonazis „als Fische" schwimmen wollten.

In der Tat, diese Szene von meist jugendlichen Arbeitslosen, die sich in Fußball-Fan-Clubs organisieren, sind neben den Skinheads heute offenbar bevorzugtes Rekrutierungsfeld von Neonazis. Kühnens ANS tummelt sich dort ebenso wie Mitglieder von NPD und Wiking-Jugend; die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstopp" versucht hier ebenso zu landen wie Freys „Nationalzeitung". Die Mobilisierung zum 26. Oktober stellt den ersten Versuch der Nazis dar, die Früchte ihrer bisherigen Arbeit einzufahren. In einem „Informationsbrief zur Lage der Bewegung" hat ANS-Chef Kühnen seine Anhänger dazu aufgefordert, bundesweit in dieser Fan-Szene Anhänger zu werden.

Nationale Aktivisten



Reinhard Golibersuch
Gottschedstr. 37
1000 Berlin 65
030/4658337

Großberlin

Liebe Kameraden,

im Oktober dieses Jahres findet im Berliner Olympiastadion das Fußballänderspiel Deutschland - Türkei statt.
Zu diesem Anlaß ist eine Veranstaltung der Nationalen Aktivisten Großberlin geplant, die am Abend vorher stattfinden wird. Zu dieser Veranstaltung werden auch die führenden Vertreter der Aktionsfront Nationaler Aktivisten (ANS/NA) erwartet. Alle Kameraden, die daran teilnehmen wollen, werden hiermit gebeten mir diese Absicht bis zum
15. September 1983
schriftlich mitzuteilen da aus rechtlichen Gründen Einladungen verschickt werden müssen. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich!

i.A. Nationale Aktivisten Großberlin
Der Kameradschaftsführer

Hamburg

Spätestens seit 1980 mischen hier mehrere Mitglieder der Kühnen-Bande (Michael David, Tibor Schwarz, später auch Mitglieder der „Wehrsportgruppe Blankenese") in der sich entwickelnden Szene mit. Schon damals wurden NSDAP-Aufkleber in Skin- und Punk-(Ja, Punk!)Kreisen geklebt; einzelne Linke wurden bedroht. 1981/82 machten vor allem die „Löwen" (HSV-Fanclub), die Skins und die „Savage Army" durch immer brutalere Überfälle mit immer deutlicheren politischen Zielen von sich reden. Gezielt wurden Linke in Kinos zusammengeschlagen, bestimmte Häuser der Jugend „heimgesucht", Punk-Treffpunkte und -Viertel terrorisiert, Kneipen „aufgemischt".

Eine erste überregionale Aktion fand am 1. Mai 1982 beim Pokalendspiel in Frankfurt statt. Hamburger „Löwen" zogen zusammen mit Frankfurter und Nürnberger Nazi-Fußball-Fans über den Römer und räumten dort für die Mai-Kundgebung aufgestellte Stände von türkischen Gruppen ab, bevor sie sich ins Stadion verzogen. Fast jedes Heimspiel des HSV hatte seither Überfälle auf Punx (insbesondere in Altona) zur Folge. Hamburger Nazis, Skins und „Löwen", oftmals verstärkt durch Lübecker Skins und Fans, überfielen sowohl die Lübecker „Alternative" als auch Hamburger Jugendzentren.

Aus diesen Gruppen bildeten die Aktivisten bald die (neue) „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" in Hamburg wie auch die „Nationalen Aktivisten" in Lübeck.

Frankfurt

In Frankfurt ist es die „Adler-Front", die eng mit der Kühnen-Truppe verbunden ist. Auf ihr Konto gehen Überfälle auf die Batschkapp (eine linke Frankfurter Kneipe), Überfälle auf Antifaschisten, die das Pech hatten, mit der „Adler-Front" im selben Bundesbahnzug zwischen Dortmund und Köln zu sitzen. Mitglieder der „Adler-Front" tauchten in Bad Hersfeld Ende Mai 83 am Rande der antifaschistischen Demonstration gegen das Hiag-Trefen auf, wo sie gemeinsam mit der Kühnen-Bande Flugblätter verteilten und Nazilieder gröhlend durch die Straßen zogen.

Unter Anleitung durch den „NA"-Aktivisten Peter Müller kursiert eine Fanzeitung „Endsieg", in der die einschlägige ausländerfeindliche Nazi-Propaganda nachgedruckt und zur „totalen Fußballrandale aufgerufen wird. Politische Schulungen — teils gemeinsam mit dem Fanclub „United" der Eintracht Frankfurt — zum Thema „Auschwitzlüge" stehen hier ebenso auf dem Programm wie „Wehrsportübungen" im Taunus.



Die „Kinderfront" der rechtsradikalen Borussen-Fans hat eine eine eigene Fahne. Die Kleinen ahmen den Hitler-Gruß der Großen nach. Eine „Frauenfront" gibt es auch schon.

Ähnliches wird auch aus Karlsruhe gemeldet, wo der Fanclub „Phönix" ansässig ist und auch aus Stuttgart, wo unter Fans des VfB Stuttgart Flugblätter mit dem Hitlerportrait und dem Satz „Wir sind wieder da" (NSDAP) kursieren.

Hannover

„Bei Adolf hatten die Leute noch Ziele. Der Mann konnte die Massen mitreißen. Da haben die Jungs zusammengehalten für eine gemeinsamen Sache. Die wußten noch, wofür sie kämpfen" — so einfach ist das für Helge von den „Roten Wölfen" Hannover, die oftmals mit dem Schlachtgesang: „Hoch die rote Fahne mit dem Hakenkreuz" ins Stadion marschieren. Klar, daß hier dieselben Aufnäher („Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein") „in" sind wie anderswo, und klar ist auch, daß man sich bei wichtigen Spielen mit den anderen trifft, mit den „Löwen", der „Adler-Front", der „Spree-Randale" und wie sie alle heißen. Da gibt es auch gemeinsame Treffen von Fanclubs, von denen aus mann dann im Suff loszieht und Türken jagt, wie unlängst bei einer solchen Gelegenhèit in Heidelberg.

Die „Borussenfront"

Durch eine Veröffentlichung im „stern" bundesweit am bekanntesten geworden ist die „Borussenfront" aus Dortmund. Unter den Fittichen eines 44jährigen Wirts, der die Truppe auch mal bei Ordnereinsätzen für die NPD aufmarschieren läßt, sind dort etwa 40 17-30jährige organisiert. Im Sommer fuhr ein Teil des Vereins ins belgische Diksmuide zum alljährlichen Faschistentreffen. Zu ihrer Uniform gehört das Hakenkreuz ebenso wie die SS-Rune und das Abzeichen der Wiking-Jugend. Auf das Konto der „Borussenfront", gegen die mittlerweile diverse Ermittlungsverfahren laufen, gehen eine ganze Reihe von Überfällen auf Türken sowie sonstige Schlägereien. Ob auch Ermittlungen wegen Volksverhetzung (die „Borussenfront" pflegt in aller Öffentlichkeit, SS-Lieder zu singen) im Gang sind, ist unklar.

Die „Borussenfront" scheint so etwas wie ein Zentrum unter den Nazi-Fan-Clubs zu sein. Bei ihr treffen sie sich alle wieder: Die „Löwen" und Skinheads aus Hamburg, die „Spree-Randale" und „Zyklon B" - Anhänger aus Westberlin, die „Herth-Frösche", die „Roten Wölfe" und wie sie alle heißen. Zumindest die „Borussenfront" hat fest vor, schon am Vorabend des Länderspiels in Westberlin die große Randale abzuziehen.

Selbstverständlich ist nicht jeder Fan-Club, der ausländerfeindliche Sprüche kloppt, von Nazis unterwandert, ist nicht jede SS-Rune an einer

Fortsetzung nächste Seite

Der Polizei-Provokateur von Krefeld

Hintergründiges zum Fall Tröber

Die Enttarnung ,,eines der militantesten Gewalttäter von Krefeld'' als agent provokateur des VS wurde von den Verantwortlichen und der Presse als ,,Panne'' eines ,,aus dem Ruder gelaufenen Spitzels'' behandelt. Zweifellos ist die Sache unbequem für die Hardliner wie F. Zimmermann und Co., die just die ,,Krefelder Krawalle'' für die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts heranziehen. Zweifellos tut die Linke gut daran, an diesem Fall wieder einmal die Methoden des Staates deutlich zu machen. Troebers Enttarnung hat aber noch Nebeneffekte, die uns überhaupt nicht lieb sein können und die bekämpft werden müssen: zum einen spritzt sie das Gift des Mißtrauens in die Friedensbewegung; schließlich könnte jede/r Militante ja ein agent provokateur sein. Zum zweiten gibt die ,,Panne'' den nötigen Schub für die Legitimierung der sog. V-Leute-Richtlinien, deren Einführung seit 1982 von Bund und Ländern bereits praktisch betrieben wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Enttarnung Troebers keineswegs als ,,Panne'', sondern vielmehr als Regie. Troebers Identität als VS-Spitzel war von Anfang an bekannt — so wie den Behörden durch ihre Spitzel die Pläne des autonomen Blocks von Anfang an bekannt waren. Weiter: Troebers Einsatz als V-Mann und der eines ,,Kollegen'' wurden dem Innenministerium vorab seitens des Westberliner VS mitgeteilt. Beim Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem er verletzt wurde, gab Troeber sich sofort zu erkennen: ,,Kümmert euch nicht um mich, ich bin vom Senat'', war sein Spruch. Nach diesem Spruch sicherten sich andere Demo-Teilnehmer seinen Personalausweis, bevor er abtransportiert wurde. Wenig später rief ein Westberliner VS-Mitarbeiter im Sammellager der Polizei an und erwirkte Troebers Freilassung. Troeber kehrte nach Westberlin zurück und erstattete Bericht. Zu diesm Zeitpunkt hätte er aus der Schußlinie öffentlichen Interesses genommen werden können. Schlimmstenfalls hätte ein Spitzelverdacht in der Westberliner Szene wachsen können. Offensichtlich ist es ihm aber gelungen, einen möglichen Verdacht in den zwei Monaten bis zu seiner Verhaftung an der dänischen Grenze soweit einzudämmen, daß von dieser Seite keine Aktivitäten zu seiner Enttarnung bekannt wurden.

Obwohl also Troebers Identität als V-Mann des VS, und zwar als langjähriger und höchst aktiver, amtsbekannt war, blieb er auf der Fahndungsliste. Mehr noch: auch die zweite Gelegenheit, ihn verschwinden zu lassen, wurde nicht wahrgenommen: obwohl er sich bei seiner Festnahme an der dänischen Grenze vor vier Wochen wiederum als V-Mann auswies und obwohl Westberliner VS-Leute bei ihm in der Zelle an-
V-Mann auswies und obwohl Westberliner VS-Leute bei ihm in der Zelle an-
reisten und ihn neuerlich identifizierten, ihm sogar Geld hinterließen, wurde der sonst in solchen Fällen übliche Weg der Haftverschonung nicht begangen, sondern Troeber der Öffentlichkeit als agent provokateur vorgestellt. Drei Wochen später — nachdem der Skandal seine Wirkung getan hatte — war es plötzlich, wie sonst üblich, keine Schwierigkeit mehr, ihn zu entlasten und zu entlassen. Ein Grund fand sich schnell: der ihn als Gewalttäter belastende Polizist konnte ihn angeblich nicht mehr eindeutig identifizieren.

Diese Behandlung eines V-Mannes unterscheidet sich auffällig von den üblichen bekannten Praktiken, mit denen V-Leute s o f o r t nach polizeilichen Zugriffen der Fahndung und der gerichtlichen Verfolgung entzogen werden. Die neuere Geschichte der BRD ist reich an solchen Fällen. Mensch erinnere sich nur der bekanntesten wie des berüchtigten ,,dritten Mannes'' bei der Verhaftung von Andreas Baader und Holger Meins oder später der ,,Aktion Winterreise'', wo ,,Mittäter ''verschwanden, obwohl der Kreis der handelnden Personen wesentlich überschaubarer war als der in Krefeld. Niemand sollte glauben, daß die Lummermanns und Co. heute zu dumm wären, nicht nur einen, sondern alle versehentlich mit eingefangenen Spitzel sofort wieder entkommen zu lassen, ohne daß dadurch in der Öffentlichkeit Wirbel entstünde. Will mensch sich nicht auf die Annahme beschränken — wie es der ,,Spiegel'' tut — daß Innenminister H. Schnoor (SPD) und seine Bürokratie sich an Zimmermann und seinen Parteigängern für die herbe Kritik am Polizeieinsatz in Krefeld rächen wollten oder gar aus Sorge um die Demokratie handelte, so bleibt als Motiv nur der offensichtliche Nutzen, den die Enttarnung für den Staat hat: Verunsicherung der Friedensbewegung bis hin zu hysterischer Agentitis; Diffamierung des autonomen Teils der Friedensbewegung und der Militanten als unzuverlässiger, von Spitzeln und agents provokateurs durchsetzter Haufen, von dem ernsthafte Friedensbewegte sich distanzieren müssen. Mit anderen Worten: ein Steinchen in der Spaltungs-und Isolierungsstrategie, mit der staatstreue und staatsfeindliche Friedensbewegte auseinandersortiert werden sollen. Dafür verheizt man schon mal einen Spitzel.

„aus dem Ruder gelaufen..." ?

Innensenator Lummer behauptete nach Troebers Enttarnung, ,,natürlich'' habe *,,ein Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes keinen Auftrag, Gesetze zu verletzen, sondern ganz im Gegenteil, er soll nur beobachten''*. Im ,,Spiegel'' war zu lesen, der V-Mann sei ,,aus dem Ruder gelaufen''. V-Leute auf so weit vorgeschobenem Posten seien kaum mehr zu
gelaufen''. V-Leute auf so weit vorgeschobenem Posten seien kaum mehr zu
kontrollieren, zumal wenn sie — wie die meisten dieser Szene — charakterlich und politisch labil seien.

Dazu wäre grundsätzlich anzumerken: die Unkontrollierbarkeit und Labilität der V-Leute ebenso wie das ,,aus dem Ruder laufen'' als agent provokateur gehört zum System der V-Leute-Arbeit des VS und der Polizei. V-Mann Troeber verhielt sich keineswegs unvorhergesehen, sondern ganz und gar vorhersehbar und auftragsgemäß: Er ist dort lediglich seinen üblichen Tätigkeiten nachgegangen, die er als Spitzel in Westberlin schon seit über zwei Jahren ausübte: als agent provokateur stand Troeber, in der Szene als ,,Piwi'' bekannt, bei allen Auseinandersetzungen zwischen Szene und Polizei immer an vorderster Front. Der ,,Spiegel'' wußte u.a. aus der Szene zu plaudern: *,,Bei mehreren Berliner Krawallen wollen Turnschuhkämpfer ihren Freund ,Piwi'/Troeber ganz vorn geortet haben, nach Räumung besetzter Häuser und im September 1981 bei der Haig-Demo. Vom vielen Steinewerfen, erzählt ein altgedienter Mitstreiter, müsse er ,eigentlich einen Tennisellenbogen haben'. Am Winterfeldplatz, überliefern Streetfighter, habe ,Piwi' angesichts einer Beamtenkette gerufen: ,Tötet sie!' ''.*

Wer diesen Mann nach Krefeld schickte, der wußte, daß er einen agent provokateur schickt und keineswegs jemanden, der ,,nur beobachtet''.

Ein Troeber kommt selten allein

Troeber ist ja keineswegs der erste Spitzel, der als agent provokateur aktiv ist, wenn auch seit langem der erste, der nicht von der Linken, sondern durch den Staat selbst enttarnt wurde. Schlagen wir doch mal im Kalender zurück (ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu haben):

Januar 1983: Im ,,Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie'' wird der Polizeiagent Kai Uwe Cramm, Deckname: Thomas Kalkhoff, als Spitzel und agent provokateur entlarvt. Er war bei der Kalkar- und später Schacht-Konrad-Demo an vorderster Front und als einer der Militantesten dabei. Das niedersächsische Innenministerium bestritt auf eine Anfrage der Grünen hin jede Beteiligung des Spitzels an strafbaren Handlungen: *,,Polizeibeamte beteiligen sich nicht an der Vorbereitung von gewalttätigen Aktionen bei Demonstrationen.''*

Dezember 1982: Der ehemalige V-Mann Peter Kleina enthüllt, nachdem der VS ihn fallengelassen hat, wie er seit 1979 in der Westberliner Szene als agent provokateur aktiv war, obwohl bzw. gerade weil er der Polizei als kriminell und politisch labil bekannt war. *,,Kleina bereitete ein ,antifaschistisches Festival' mit vor, er unterrichtete in einer besetzten Kirche die Besetzer in dem japanischen Kampfsport Aikido, er war Kellner in der Kneipe ,Besetzereck' und Kassenwart der ,Knastgruppen im Libertären Forum'. Er war als Sanitäter bei jeder Demonstration dabei, und zum ,Traktplenum', wo es um Solidarität mit gefangenen Terroristen ging, erschien er als starker Mann der militanten Lederjacken-Fraktion''* (,,Stern'', 1.9.83). Im Einverständnis mit seinem V-Mann-Führer machte er bei — mindestens — einem Brandanschlag mit. Sein Verbindungsmann: *,,Mach ruhig mit. Das macht dir einen guten Namen''* (,,Stern'', 1.9.83). Der Chef des Westberliner VS, Natusch, versuchte, Kleinas Angaben lediglich herunterzuspielen: ,,etwas leicht übertrieben'', nannte er dessen Schilderungen.

März 82: Unter der Überschrift: ,,...mal 'ne revolutionäre Zelle gründen'' enthüllt die ,,taz'' die Tätigkeit der Polizeiprovokateure ,,Kraut'' und ,,Hiller'', zwei LKA-Beamte, die als Lockspitzel und agents provokateurs in die ,,Terrorszene'' eindringen sollten. Ihr Auftrag lt. ,,taz'': *,,Infiltration der Szene, die Terroristen besucht, um*
— Kenntnisse von strafbaren Handlungen dieses Personenkreises zu erhalten
— deren gewalttätige Ambitionen durch eigenes aktives Agieren aufdecken und kontrollieren zu können
— durch den Aufbau staatseigener ,revolutionärer Zellen' Zugang zu den im Untergrund operierenden RZs zu bekommen.'' Zu ihrem ,,aktiven Agieren'' gehörte u.a. auch das Angebot von Waffen. Kuno Bux, LKA-Präsident in Stuttgart, verteidigte die Agenten, sie hätten ,,rechtmäßig gehandelt''.

Dezember 1981: Der Ermittlungsausschuß Hannover enthüllt in der ,,taz'' das provokative Verhalten von Michael Pfannenschmidt (Mick), der als Spitzel und agent provokateur verdächtig wurde, nachdem er Mitglieder seiner Szene an die Bullen verpfiffen hatte. Mick glänzte durch ,,auffallendes Verhalten bei Demos'', war immer der, der zu Eskalationen mit den Bullen beitrug usw. — In derselben ,,taz''-Ausgabe findet sich allerdings ein Artikel, in dem Micks Spitzeltätigkeit problematisiert wird, weil ihm — außer der oben genannten Anzeige — nichts nachzuweisen sei. Dieser Fall zeigt die Schwierigkeit sehr krass, berechtigten Spitzelverdacht und hysterische Agentitis auseinanderzuhalten — wenn einer sich benimmt wie ein Idiot.

Januar 1979: Im ,,Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie'' fliegen zwei Spitzel auf, Klaus Eggert und Rudi Modkorcvig, wieder einmal ausgerechnet die militantesten Vertreter einer Gruppe. In einer Presseerklärung des Arbeitskreises heißt es zur Aufgabe der Spitzel:

,,1. Material sammeln über Einzelpersonen des Arbeitskreises,

2. den Arbeitskreis als wichtigen Informationsvermittler (so ist z.B. der Atom-Express mit seiner monatlichen Auflage von 5.000 Exemplaren ein wichtiges Informationsorgan der AKW-Gegner) und Mitträger des Widerstands auszuschalten,

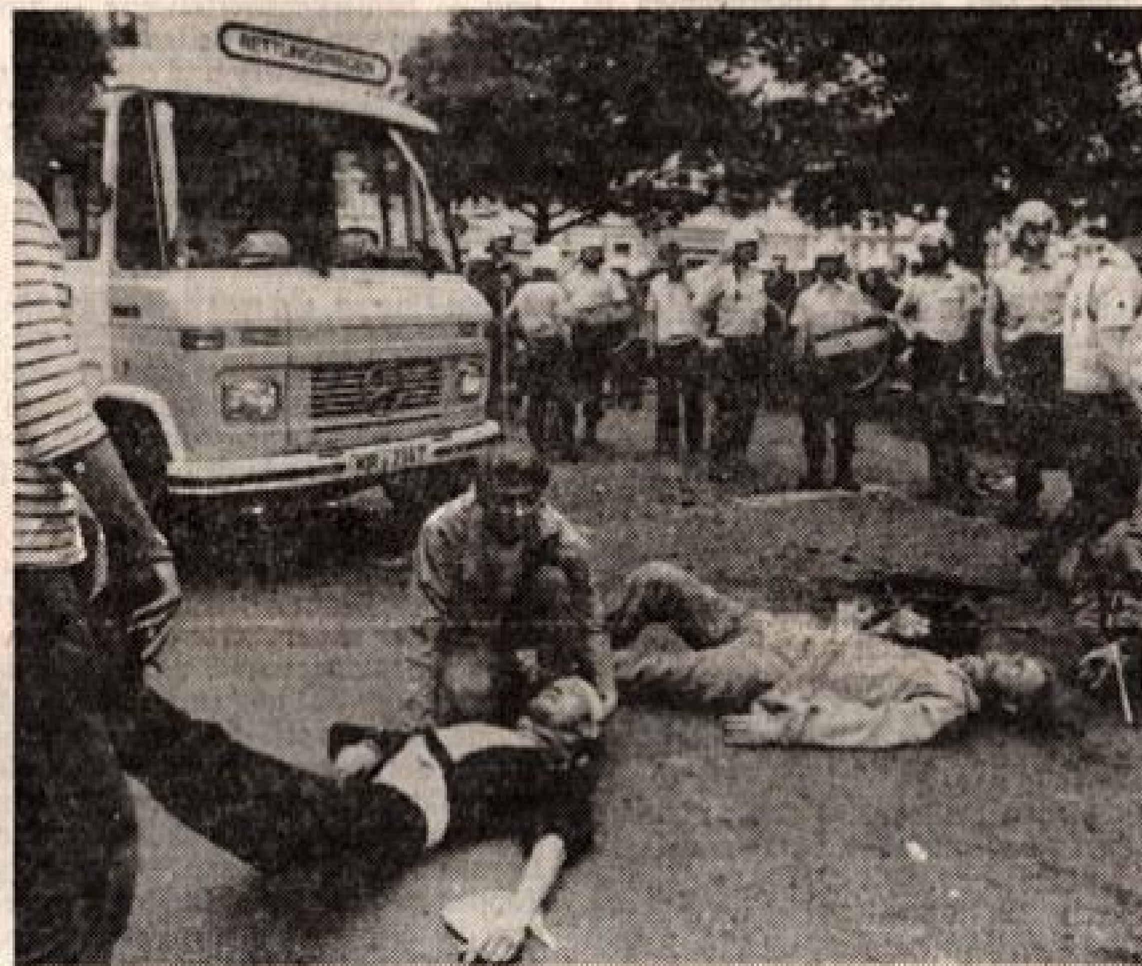
3. Aktionen, die von Gegnern der Atomenergie vorbereitet werden, entweder frühzeitig zu stören oder zu verhindern,

4. bei eventuell anstehenden Auseinandersetzungen mit der Polizei durch provokatorisches Verhalten einen weiteren Anlaß zur Zerschlagung der Bewegung zu liefern. So wollte einer der Spitzel die bei ihm gefundene Tränengasgranate nach eigener Aussage gegen die Polizei einsetzen.''

1976: In Westberlin wird der von der Polizei als Spitzel angeworbene Ulrich Schmücker erschossen. Angeklagt und inhaftiert werden die Mitglieder einer Wolfsburger Kommune, Hauptangeklagte Ilse Jandt-Schwipper. Bis heute ungeklärt ist, welche Rolle der VS-Spitzel Boudeaux und welche der Westberliner VS selbst, in Gestalt des V-Mann-Führers von Schmücker (Grünhagen) bei dem Mord spielten. Eine Klärung des Vorfalls wird seitdem verschleppt.

1969/70 (und später): Zur Erinnerung für die Alt-Bewegten sei an die Rolle Peter Urbachs in der Westberliner Szene der Jahre 68/69 und folgende erinnert. Peter Urbach war das proletarische Faktotum der Szene, in allen Szene-Wohnungen als handwerklicher Ausputzer zuhaus, Mollie-Bastler und -Werfer Nr. 1, dem die berüchtigten Polit-Happenings der damaligen Szene zu lahm waren und der zu den Terroristen der ersten Stunde gehörte. Später war er u.a. Hauptbelastungszeuge gegen Horst Mahler — wie mensch sieht: die Tradition des agent provokateur ist gerade in Westberlin von besonderer Qualität.

Damit genug in der Chronologie. Die wenigen ausgesuchten Beispiele aus der Spitzelakte beweisen, daß der agent provokateur keineswegs der ,,aus dem Ruder gelaufene Spitzel'', sondern selbstverständlicher Bestandteil des Auftrags von V-Leuten des VS und der Polizei ist. Dabei ist selbst dies nur die Spitze des Eisbergs. Wer mehr wissen will, muß sich selber unter Stichworten wie ,,Rauschgiftfahndung'', ,,Bekämpfung des organisierten Verbrechens'' durch ,,verdeckte Fahndung'', ,,Anwerbepraktiken und -fälle'' umsehen. Er oder sie wird finden, daß der agent provokateur nur die konsequente Zuspitzung des alltäglichen Spitzel- und Agenteneinsatzes ist.



V-Mann Troeber in Krefeld: „Ich komme vom Staat"

Die „Kollegen" von der Rechten

Eine besondere Variante des agents provokateurs darf nicht unerwähnt bleiben: der teilnehmend engagierte ,,Beobachter'' der Nazi-Szene. Erst kürzlich brachten ,,taz'' und ,,konkret'' die verdienstvolle Enthüllung über den Oldenburger Agenten Werner Gottwald, den mensch mit Fug und Recht als aktiven Mitträger des neonazistischen Reorganisationsprozesses in den Jahren 1975 bis 1980/81 bezeichnen kann. Gottwald war nur einer von einer ganzen Latte vergleichbarer Gestalten, deren ,,Beobachtung'' in den letzten Jahren zum Aufbau und zur Radikalisierung der militanten Nazi-Szenerie beitrug (siehe ,,taz'', 30.8.83, S.6). Hier seien nur die bekanntesten genannt: Dieter Lepzien und Michael Frühauf. Lepzien galt als Waffenmeister der von ihm mitaufgebauten NSDAP/AO, für die er die Beschaffung und Herstellung von Bomben organisierte. Der Kontaktmann des VS, Michael Frühauf, gilt als Anstifter zum Mord an dem ,,Verräter und Homosexuellen'' Johannes Bügner im Mai 1981. Insgesamt nennt die,,taz'' acht Namen solcher rechten ,,Beobachter'' für den Zeitraum seit 1970. In keinem der Fälle hielten es die sog. Verfassungsschutz-Behörden für angebracht, diese doch ganz offensichtlich ,,aus dem Ruder gelaufenen Spitzel'' von sich aus zu enttarnen. Im Gegenteil erklärten das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz und der zuständige Innenminister z.B. im Fall Lepzien, dessen Arbeit sei zwar in Teilen illegal, aber zur Aufklärung schwerer Straftaten unverzichtbar gewesen. Was könnte deutlicher beweisen, daß für die Staatsorgane der agent provokateur ein bewußter Bestandteil des V-Leute-Einsatzes ist, den sie sehr wohl zu schützen wissen, wo es ihnen sinnvoll erscheint?!

Bespitzelung unter demokratischer Kontrolle?

Wenn nach Troebers Enttarnung der Ruf nach einer Kontrolle der V-Leute des VS und der Polizei erhoben wird, dann ist das von offizieller Seite nichts weiter als blanke Demagogie. Seit 1982 liegt der Innenministerkonferenz ein Entwurf des AK II der IMK (Innere Sicherheit) zur Verabschiedung sog. V-Leute-Richtlinien vor. In den Bundesländern Hessen und Hamburg werden entsprechende Länderverordnungen bereits als Modellversuch durchgeführt. Weit entfernt davon, die Aktivität von V-Leuten einzuschränken, zielen die Richtlinien im Gegenteil auf eine Loslösung des V-Leute-Einsatzes von der bisher noch gültigen Legalitätsbindung ab. Begründet wird das mit der Notwendigkeit der ,,verdeckten Verbrechensbekämpfung'' gegen das mit herkömmlichen Polizeimethoden nicht mehr zu bewältigende ,,organisierte Verbrechen''. Einer der Hauptinitiatoren dieser neuen Richtlinien ist der Dialog- und Deeskalations-Spezialist Dr. A. Stümper, für den die Loslösung der ,,operativen'' Arbeit der Sicherheitsorgane von der Legalitätsbindung ein strategisches Grundanliegen in dieser unserer verunsicherten modernen Welt ist.

Angesichts dieser Entwicklung einen eigenen Entwurf für solche V-Leute-Richtlinien vorzulegen, wie das die Humanistische Union nach den ,,Entgleisungen'' Troebers in der ,,taz'' getan hat, um so die ,,rechtliche Eingrenzung'' der Spitzel-und Agententätigkeit zu erreichen, kann eigentlich nur als Satire verstanden werden. Es ist allerdings zu befürchten, daß die Satire ernst gemeint ist.

Dagegen kann mensch dann nichts mehr sagen. Da muß mensch was tun.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Forts. von vorheriger Seite

Kutte schon Parteiabzeichen bei dem einen oder anderen Nazi-Verein. Klar aber sollte sein, daß um die Fußballstadien herum eine Jugendszene existiert, die für Nazis ansprechbar und gewinnbar ist. Und klar muß auch sein, daß Nazis dort eine gezielte Politik betreiben, um vorhandene Aggressivität, ,,spontanen'' Rassismus etc. auf ihre Mühlen zu leiten. Es wäre fatal, wenn in der Diskussion um die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung ,,vergessen'' würde, daß es ganz bestimmte und identifizierbare Gruppe sind, die daran eine systematische Politik entwickeln, um neue Anhänger zu gewinnen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

"Fremdarbeiter im eigenen Land" - Arbeitslose in Nordirland -

Irland liegt politisch gesehen auch bei vielen Linken im toten Winkel. Als Ferienparadies für Leute, die nicht nur des Sonnenbrandes wegen Urlaub machen, ist es fast schon beliebt. Doch dann schreckt viele der ,,Terrorismus''; andere wiederum fasziniert gerade der bewaffnete Kampf der Irish Republican Army und der Irish National Liberation Army (15).

Woher kommen die irischen Befreiungskämpfer, aus welcher sozialen Lage heraus führen sie ihren Kampf gegen den britischen Staat? Wie kommt es, daß die nationalistische Bevölkerung IRA-Kämpfer wie Bobby Sands und Sinn Fein-Politiker (15) wie Gerry Adams zu ihren parlamentarischen Vertretern wählte?

Ganz offensichtlich — noch nicht einmal die britische Regierung kann es noch bestreiten — hat der irische Befreiungskampf heute eine Massenbasis, wie sie viele Leute in der BRD nur in Ländern Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens für möglich halten. Ein großer Teil der nationalistischen Bevölkerung (1) lebt in Städten wie Newry und Derry oder in städtischen Ghettos wie in Belfast, wo Gerry Adams die Stimmen für seinen Sitz im britischen Parlament erhielt.

In dem Artikel wird die politische und ökonomische Lage der nationalistischen Arbeiter dargestellt, die — als industrielle Reservearmee und Billigstarbeitskräfte — unter der britischen Vorherrschaft quasi ,,Fremdarbeiter'' im eigenen Land sind.
(Diese Darstellung ist in enger Anlehnung an einen Artikel aus ,,An Phlobacht/Republican News'' vom 19.5.83 entstanden.)

Ein Genosse aus Aachen

Bis 1921 beanspruchte Großbritannien die Herrschaft über ganz Irland. Um sowohl den Krieg mit den irischen Nationalisten (1) zu beenden wie weiterhin seinen Einfluß in Irland zu erhalten, spaltete der britische Imperialismus den Teil des Landes ab, in dem doppelt so viele Loyalisten (2) wie Nationalisten lebten, und machten daraus den Staat Northern Ireland.

Die Vorherrschaft des Sektierertums (3), der Ideologie und Politik der Loyalisten, hat das einst wohlhabende Newry in eine Stadt der Arbeitslosigkeit verwandelt. Seit 60 Jahren haben Newry und andere vorwiegend nationalistische Gebiete am schwersten unter der Arbeitslosigkeit des Nordens zu leiden. Die derzeitige durchschnittliche Arbeitslosenrate liegt in den sechs Counties (4a) über 20% — in den Orten mit nationalistischer Bevölkerungsmehrheit sind es hingegen 26 bis 38%. In der überwiegend ländlichen Umgebung von Newry wird die Arbeitslosigkeit offiziell mit 32% angegeben, diese Rate ist doppelt so hoch wie die des Industriegebiets um Belfast. Zwei von fünf Männern haben keine Arbeit, die Jugendarbeitslosigkeit hat einen traurigen Rekord erreicht.

Newry

Die Lage in der Stadt Newry selbst ist noch weitaus schlechter. Eine Untersu-

Die Lage in der Stadt Newry selbst ist noch weitaus schlechter. Eine Untersu-chung aus jüngster Zeit erwies, daß es in den North Street Flats eine Arbeitslosenrate von 80% gibt. (Die Zahl ähnelt bemerkenswert denen der nationalistischen Ghettos in West Belfast wie Ballymurphy und Divis Flats, wo 87% bzw. 65% der Haushaltsvorstände arbeitslos sind.)

Allerdings vermögen es diese Zahlen kaum, das tatsächliche Ausmaß der Armut und des Elends, das mit dieser Massenarbeitslosigkeit verbunden ist, deutlich zu machen.

Der Zustand in Newry in den letzten 60 Jahren ist in vieler Hinsicht typisch für die Verarmung, der die nationalistische Bevölkerung im ganzen Norden ausgesetzt ist. Seit der Teilung Irlands ist Newry von einem aufstrebenden Industriezentrum zu einer der am stärksten von der Depression in Westeuropa betroffenen Städte geworden.

Im 19. Jahrhundert war Newry zur viertgrößten Handelsstadt in Irland geworden. Der relative Wohlstand der Stadt fußte jedoch auf ihrer Einbindung in die imperialistische Ausbeutung der irischen Arbeiterklasse und der Naturressourcen der Insel. Newry konnte sich wegen seiner günstigen Lage zwischen Belfast und Dublin und wegen seines guten Verkehrssystems, besonders seines Hafens, rasch ausbreiten. Der Newry Canal wurde 1842 fertiggestellt; auf ihm wurden die landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkte aus dem umliegenden Gebiet in den Hafen von Newry zum Export in alle Welt gebracht.

Die Produktion von Leinen und anderen Textilien für den Export sowie Maschinenbau waren die Basis der Industrie von Newry. Es war der Stolz des Gebiets von Newry, daß hier die erste Leinenmühle in Irland gebaut wurde, die Bessbrook Mill, in der zu ihren besten Zeiten über 3.000 Menchen beschäftigt waren. Um die Arbeiter täglich aus Newry heranzuschaffen, wurde extra eine Straßenbahn gebaut.

Seit der Teilung Irlands ist Newry jedoch schnell als Industriezentrum zerfallen. Das größte Unternehmen ist jetzt ein Krankenhaus und die meisten Fabriken haben weniger als 300 Beschäftigte. Die Einwohnerzahl stagniert aufgrund der anhaltend großen Emigration.

Die Grenze

Als die Grenze zwischen den sechs Counties (Nordirland) und den 26 Counties (Republik Irland) errichtet wurde, wurde das zuvor zentral gelegene Newry ökonomisch vom größten Teil seines Hinterlandes abgeschnitten. Der sektiererische Stormont (6) — die Regionalregierung der britischen Kolonial-Provinz Nordirland — und die britische Regierung weigerten sich, für einen Ausgleich der verlorenen Arbeitsplätze in der vorwiegend nationalistischen Stadt zu sorgen und überließen das Transportsystem der Stadt dem Verfall.

In den frühen 50er Jahren verkam die Leinen-Industrie, kurz darauf auch der Schiffbau. Seit 1945 gingen in diesen beiden Industriezweigen, die in Belfast konzentriert sind, und im Ackerbau des Nordens über 100.000 Arbeitsplätze verloren.

Im Rahmen der dringend erforderlichen Modernisierung der Wirtschaft des Nordens und der Ansiedlung neuer Industriezweige war es für den Stor-

des Nordens und der Ansiedlung neuer Industriezweige war es für den Stor-mont von primärer Bedeutung, sich die Unterstützung der loyalistischen Arbeiter zu erhalten, waren doch auch diese wegen der steigenden Arbeitslosigkeit unruhig geworden. (Diese Unruhe widerspiegelte sich in dem kurzen Aufblühen der Northern Ireland Labour Party in Belfast in den Jahren 1958 bis 1965.) Um die Bindung der loyalistischen Arbeiter an Staat und Kapital zu erhalten und um sicherzustellen, daß durch neue Industrieansiedlungen nicht die Machtstellung des Sektierertums gefährdet wird, mußten diese neuen Ansiedlungen in dem Gebiet um Belfast herum konzentriert werden.

Die großzügigen Zuschüsse der Regierung und die Steuergeschenke für die neuen Industrien kamen im allgemeinen Newry und den nationalistischen Gebieten nicht zugute. Unter massivem Einsatz öffentlicher Mittel wurde in der weiteren Umgebung von Belfast ein modernes Straßensystem geschaffen, sodaß für die ausländischen Investoren kein Anreiz bestand, sich in anderen Teilen Nordirlands niederzulassen.

1961 war die Arbeitslosigkeit in Newry mit 17% die höchte im Norden, während es in Derry 14% Arbeitslose gab. Doch wurden während der 60er Jahre — unter dem angeblich liberalen Regime O'Neill's — die neuen Industrien in den loyalistischen Gebieten um Belfast angesiedelt, wo die Arbeitslosigkeit mit 3-4% auf etwa britischem Niveau lag.

Zur Aufnahme der loyalistischen Arbeiter, die Belfast verließen, wurden Industrie-Vorstädte gebaut. Weder Newry noch Derry (die zweitgrößte Stadt des Nordens) waren unter den acht Städten, die im Matthew-Plan (17) zu Wachstums-Gebieten erklärt wurden. Alle diese acht Städte liegen innerhalb des Gebietes etwa 30 Meilen um Belfast herum. Nur eine der Städte, Downpatrick, hat eine nationalistische Bevölkerungsmehrheit.

Belfast wurde mit einer neuen Autobahn mit Antrim, Lisburn und Craigavon verbunden; Derry, Newry und Dublin wurden an die neue Straße nicht angeschlossen.

Newry's Verkehrsnetz wurde zerstört. Um die Wiederaufnahme der 1965 aufgehobenen Eisenbahnverbindung Belfast-Dublin unmöglich zu machen, wurden binnen einer Woche die Schienen aus dem Gleiskörper gerissen. Nachdem auch die Verbindung nach Derry über Omagh und Strabane zerstört worden war, hatte der Stormont gesichert, daß diese vier nationalistischen Städte für ausländische Investoren unattraktiv sein würden. Newry's Hafen schließlich wurde in den frühen 70er Jahren zugrunde gewirtschaftet.

Direkte Verwaltung

Unter der direkten Verwaltung (Direct Rule) (11) durch die britische Regierung wird die ökonomische Randexistenz der Nationalisten aufrechterhalten und verfestigt.

Im November 1980 hatte die (loyalistische) Region um Belfast, die ein Zehntel der Fläche der sechs Counties ausmacht, die Hälfte aller Arbeitsplätze und die niedrigste Arbeitslosenrate (mit — bemerkenswerterweise — der Ausnahme von West-Belfast).

Während so Newry und die anderen nationalistischen Gebiete ausgehungert werden, stellen die orangistischen (8) Unternehmer bevorzugt loyalistische Arbeiter ein und geben ihnen die besten Arbeitsplätze.

Robert Curran, ein sechzigjähriger Hafenarbeiter erinnert sich: ,,In den ganzen letzten Jahren war es immer dasselbe, wenn du nicht die richtige Farbe (8) hattest, gab es keinen Job. Schon vor 30 Jahren hieß es in den Anzeigen im ,Newry Reporter', Katholiken brauchen sich nicht zu bewerben. Heute fragen sie dich, auf welche Schule (9) du gegangen bist.''

Nach den Berichten der Fair Employment Agency war die Arbeitslosenrate der Katholiken im Norden 2 1/2mal so hoch wie die der Protestanten. In der Gegend von Derry war die Arbeitslosigkeit bei nationalistischen Arbeitern dreimal so hoch wie bei den Loyalisten, in Strabane und Newry doppelt so hoch. Diese Zahlen widerlegen die Behauptung der Unionisten, die Arbeitslosigkeit sei bei nationalistischen Arbeitern deshalb höher, weil die meisten von ihnen in den weniger industrialisierten Regionen des Nordens leben.

ben.



Spitzhacke und Schaufel

Obwohl die Nationalisten die Mehrheit der Bewohner von Newry stellen, bekommen sie — wie auch in anderen Gebieten des Nordens — meist nur einen Job als ungelernter oder angelernter Arbeiter. Telefon- und Stromservice sind fest in loyalistischer Hand. Robert Curran: ,,Das ist alles, was es für einen katholischen Arbeiter gab, eine Spitzhacke und eine Schaufel. Katholiken kriegen hier nur die Arbeit, die die Loyalisten nicht wollen.''

In Newry änderten weder Direct Rule noch Modernisierung etwas an dieser Diskriminierung nationalistischer Arbeiter. In der Sand's Mill werden jetzt ein paar Nationalisten beschäftigt — aber nur, glauben viele, weil der Wechsel von der Mais- zur Gerste-Verarbeitung den Job viel dreckiger gemacht hat.

In Fisher's Holzhof sind Fahrer- und ,,Inside''-Jobs traditionell für die Loyalisten reserviert. Nationalisten konnten das Holz im Hof schleppen, bis sie auch diese Arbeit durch den Einsatz von Gabelstaplern verloren haben.

Eine Quelle lukrativer Beschäftigung für Loyalisten ist die Anstellung bei den Royal Ulster Constabulary, dem Ulster Defence Regiment und den Reserves (12), die es ihnen erlaubt, die relativ niedrigen Löhne der Gegend durch die Übernahme von gleichzeitig zwei Jobs auszugleichen.

Fly-by-Nights

Viele der ausländischen Investoren schlossen ihren Laden, wenn die ihnen zehn Jahre lang gewährten Regierungszuschüsse ausliefen. Die Beschäftigten wurden auf die Straße gesetzt, oft ohne Vorwarnung.

Diese ,,Fly-by-Nights'', deren Besitzer zumeist in Britannien leben und ihre Firmen auch von dort aus verwalten, hatten zum Nachfolger Gesellschaften, die ähnliche Waren herstellten wie ihre Vorgänger, die Regierungszuschüsse aber erneut beanspruchten.

Die britische Regierung gibt nicht nur den im Land investierenden Multinationalen großzügige Zuschüsse, sie ermutigt sie sogar, sich der Steuerzahlung zu entziehen (13). Auf ,,legale'' Weise können ausländische Investoren dahin kommen, daß sie für eine Maschine im Wert von 10.000 Pfund nur 60 Pfund zu zahlen brauchen.

Arbeitslose hingegen müssen, um die ihnen zustehende Unterstützung zu bekommen, oft einen zähen Kampf führen. Die örtlichen Sozialämter (Departments of Health and Social Security) bringen regelmäßig Leute vors Gericht, weil sie ,,das Doppelte'' gemacht haben. Die Verurteilten werden gezwungen, Hunderte von Pfund zurückzuzahlen, die ihnen zwangsweise von ihrer Arbeitslosenunterstützung abgezogen werden, wenn sie nicht sogar zu Gefängnis verurteilt werden. Oft werden nicht nur die Angeklagten verurteilt, sondern zugleich ihre Familie.

Für die Multinationalen ist die Einrichtung einer Fabrik in den sechs Counties ein bequemes und profitables Mittel, überschüssiges Kapital wieder gewinnbringend anzulegen oder einer kurzfristigen Nachfragesteigerung genügen zu können. Sie werden nicht nur von den Regierungszuschüssen angelockt, sondern auch von der — verglichen mit anderen Regionen Europas — großen Ausbeutbarkeit der Arbeiter im Norden. Die Gewerkschaftsbewegung

Norden. Die Gewerkschaftsbewegung

ist zu schwach, sich gegen die Schließung der Fabriken und den Raub der Arbeitsplätze zu wehren, wenn die Eigentümer ,,umdisponieren''. Die von den Arbeitern und Arbeiterinnen in Newry erarbeiteten Profite werden ins Ausland gebracht. Neue Arbeitsplätze werden aus den Gewinnen nur wenige geschaffen.

Die Arbeiter der Fatstock Marketing Corporation z.B. sind der Auffassung, daß ihre Jobs nicht auf dem Spiel stehen würden, wären die in den 70er Jahren erarbeiteten Profite in die Fabrik in Newry reinvestiert worden. Die Firma schloß im April ihre Fleischfabrik für mehrere Monate und entließ sofort 70 Beschäftigte. FMC soll offensichtlich aufgegeben werden. Schon vor einigen Jahren brach die Firma einen Streik der Belegschaft mit der Drohung, die Fabrik zu schließen. (Die Firma arbeitet auf demselben Grundstück, das vorher der Emdal Meat Packing Co., Dänemark, gehörte und das 1967 nach nur zwei Jahren in Newry schloß, wobei 250 Arbeitsplätze verlorengingen.)

Ausbeutung

Fabriken werden geschlossen und Arbeitsplätze vernichtet, obwohl die Arbeiter von Newry, in der Hoffnung auf dauerhafte Anstellung, schon ,,bereit'' sind, unter schlechtesten Bedingungen zu arbeiten. Die Multinationalen bleiben nur so lange, wie es in ihr globales Konzept paßt.

Das Tochterunternehmen des britischen Multinationalen BICC schloß die Niederlassung Bessbrooks Products, obwohl die britische Regierung Extra-Finanzhilfen anbot. Bessbrook selbst gestand ein, daß die Fabrik, in der bis zu 250 Leute beschäftigt waren, profitabler war als seine anderen beiden Fabriken für kupferemaillierten Draht in Liverpool. Aufgrund der gesunkenen Nachfrage konnte BICC jedoch auf die Produktionsstätte in Nordirland verzichten. Für das gigantische Unternehmen mit fast 100 Fabriken in aller Welt war das Schicksal der 250 Arbeiter in Newry uninteressant.

Um den Verlust von Arbeitsplätzen in nationalistischen Gebieten zu verhindern, interveniert die britische Regierung im allgemeinen nicht. Aber eine britische Regierung nach der anderen steckte Millionen von Pfund in die Schiffswerften von Belfast, die der britische Nordirland-Minister Prior als ,,das Symbol des industriellen Belfast'' bezeichnete. Der Grund für diese Politik liegt darin, daß Nordirland ohne die Unterstützung der loyalistischen Arbeiter nicht existieren könnte. Trotz M. Thatcher's Philosophie, ,,lahme Enten'' nicht zu unterstützen, erhielt die Belfaster Werft Harland & Wolff, auf der fast nur Loyalisten arbeiten, 25% der Etats der Handelsabteilung des Northern Ireland Office im Finanzjahr 1982/83.

Die chronische Arbeitslosigkeit in Newry wird von den Unternehmern zur Zahlung besonders niedriger Löhne ausgenutzt. Der Besitz eines Arbeitsplatzes bedeutet so noch lange nicht das Ende der Armut. Im letzten Jahr führten die Gewerkschaften von Newry (Newry Trades Council) eine Untersuchung durch: Die Hälfte der erwachsenen Arbeitskräfte im Hotel- und Restaurationsgewerbe erhält einen geringeren als den vom Wages Council festgelegten Minimallohn. Alle Kellner, Friseure, Verkäufer und viele Büro-Arbeitskräfte fallen in die (offizielle)

Arbeitskräfte fallen in die (offizielle) Kategorie der Niedrigbezahlten.

In den letzten Jahren wurden bevorzugt Teilzeit-Arbeitskräfte eingestellt, unter ihnen viele verheiratete Frauen, die oft geringer entlohnt werden als die Vollzeit-Arbeitskräfte. Kleine Geschäfte, wie besonders Cafes, stellen lieber Schulkinder ein als Arbeitslose.

Düstere Aussichten

Im Norden hat sich die seit Anfang der 70er Jahre zunehmende Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren fast verdoppelt. Die internationale Rezession und die Monetarismus-Politik der Thatcher und Co. sind die Gründe.

Heute sind 114.000 Menschen im Norden arbeitslos. Werden die arbeitsuchenden verheirateten Frauen mitgezählt und die anderen, die keine Unterstützung bekommen, sowie jene, die zeitweilig im Ausbildungsprogramm untergebracht sind, kommen rund 150.000 Arbeitslose zusammen, ein Viertel aller Arbeitskräfte.

Die ausländischen Investoren stellten 1982 keine neuen Arbeitsplätze mehr zur Verfügung. Die Zielsetzung der Arbeitsförderungs-Programme des Industrial Development Board ist illusionär. Der britische Nordirland-Minister Prior bot magere neun Millionen Pfund auf, um ausländische Industrie ins Land zu holen. Die britische Regierung bemüht sich nur noch darum, die Hoffnung auf Arbeit aufrechtzuerhalten. Offensichtlich hat sie erkannt, daß sie das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten, geschweige denn umkehren kann. Die bittere Geschichte Newry's zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im Norden weiterbestehen wird, solange Britannien Irland politisch und ökonomisch beherrscht — die nationalistische Bevölkerung ist hiervon in besonderem Maß betroffen.

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

Jugend

Den Jugendlichen in Newry steht nur die Wahl offen zwischen Arbeitslosigkeit und Emigration. Nach Schulabschluß haben sie nur befristete und schlecht bezahlte Jobs zu erwarten oder eine Aufnahme in das perspektivlose Jugend-Ausbildungsprogramm (Youth Training Scheme). Das System läßt die Jugendlichen immer wieder fallen und verweist sie „back on the ‚buroo'", in die Warteschlangen der Arbeitsvermittlungen und der Postämter, bei denen die Arbeitslosenhilfe ausgezahlt wird.

Die gegenwärtige Rezession hat ihre Lage noch drastisch verschlimmert. Hugh McKeown, 20 Jahre, ist ohne Arbeit, seit er vor 18 Monaten aus einer Fabrik für Autokühler entlassen wurde. „Ich habe keinerlei Aussichten, eine Arbeit zu bekommen, wie es in Newry jetzt aussieht. Bei der Arbeitsvermittlung wird immer ‚Berufserfahrung' verlangt."

Die meisten der nationalistischen Jugendlichen kümmern sich nicht um den Job Market (Arbeitsmarkt). Der Job Market liegt in dem loyalistischen Teil der Stadt und die nationalistischen Jugendlichen werden von den Royal Ulster Constabularies auf ihrem Weg zum Job Market belästigt.

Hugh erklärt Newry's konstante Arbeitslosigkeit in wenigen Worten: „Es ist eine nationalistische Stadt." Die Hälfte seiner ehemaligen Klassenkameraden, schätzt er, sind ohne Arbeit; sitzen, wie er, gelangweilt zu Hause. Das Ausgehen kann er sich kaum leisten und Einrichtungen für Jugendliche gibt es in Newry fast keine. Hingegen wurde noch im letzten Jahr für eine halbe Million Pfund ein Kunstzentrum eröffnet.

Kosmetik

Die britische Regierung hat überall im Norden versucht, den Zusammenbruch ihrer Kolonialwirtschaft zu verdecken und die Politisierung der nationalistischen Jugend zu verhindern. Hierzu dienen sogenannte Ausbildungsprogramme, die alles andere als eine gründliche Ausbildung vermitteln und durch die Jugendarbeitslosigkeit nur künstlich gesenkt wird. Auf jeden Schulabgänger in der Gegend von Newry unter 18 Jahren, der offiziell arbeitslos ist, kommen derzeit drei andere, die für eines der Ausbildungsprogramme eingeschrieben sind.

Aber die Jugendlichen sind nicht zu betrügen. Die neunzehnjährige Jacinta Morgan stellt fest: „Die Ausbildungsprogramme sind nur dazu da, uns ruhig zu halten." Seit Jacinta aus ihrem ersten und einzigen Job entlassen wurde, hat sie an insgesamt drei Ausbildungskursen teilgenommen. Aber jedes Mal landete sie wieder „back on the dole", war arbeitslos, ohne der Aussicht auf einen befriedigenden und angemessen bezahlten Job nähergekommen zu sein.

Anfang dieses Jahres wurde sie zu einem Programm in ein Kaufhaus von Newry geschickt, wo sie dann „lernte", Gemüse auszupacken. Für die 40-Stunden-Woche zahlte ihr die Regierung 40 Pfund und ihr Arbeitgeber nichts. Auszubildende unter 18 Jahren bekamen nur 18 Pfund, während die Vollzeit-Arbeitskräfte mit 56 Pfund pro Woche entlohnt wurden.

Jacinta: „Ich wurde ausgebeutet. Es war harte Arbeit, ständig schwere Kisten aus dem Lager zu holen und die Regale zu füllen. Es war billige Arbeit, Sklaverei."

Rund ein Viertel der Arbeitskräfte in der Gemüseabteilung waren Auszubildende, die von der Regierung bezahlt wurden und das Kaufhaus nichts kosteten. Jacinta kennt keinen unter diesen Auszubildenden, der nach Beendigung des Kurses dort festangestellt wurde. „Du arbeitest deine Zeit, und dann bist du draußen, und sie stellen jemand anders hin. Egal was du tust, du kriegst keine Arbeit, weil da immer schon das nächste Mädchen hinter dir wartet."

Die ständig steigende Arbeitslosigkeit ermöglicht es den Geschäftsinhabern, Jugendliche zu Löhnen einzustellen, die wenig über dem (und manchmal noch unter dem) liegen, was sie als Arbeitslose an Unterstützung bekommen würden. — Friseurlehrlinge bekommen in Newry in der Woche im Durchschnitt 19 Pfund. Die Gewerkschaft deckte jedoch auf, daß es auch eine auszubildende Friseuse gab, die nur 12 Pfund in der Woche erhielt, obwohl ihre Anstellung ihrem Boß von der Regierung mit wöchentlich 15 Pfund honoriert wurde.

Jacinta: „Wenn ich mich jetzt um eine Arbeit bewerbe und ein sechzehnjähriges Mädchen bewirbt sich um die gleiche Stelle, dann würde sie den Job bekommen, weil sie ihr weniger Lohn zahlen könnten." Sie hat es aufgegeben, nach einer Arbeit zu suchen. „Es hat keinen Zweck", sagt sie. Mit ihren 19 Jahren und der Aussicht auf wenig mehr als Armut und Elend ist sie nur eine von Zehntausenden, die der britischen Vorherrschaft zum Opfer gefallen sind.

Jim Allister, der Sinn Fein-Kandidat (15) für Newry und Armagh, kommentiert: „In der Gegend von Newry und Süd-Armagh war die Arbeitslosigkeit immer extrem hoch. Die Fabriken, die sich in Newry niederließen, waren hauptsächlich an den Zuschüssen und den Steuernachlässen interessiert. Zur ökonomischen Verarmung der Gegend hinzu kommt die allgemeine Vernachlässigung durch den von der SDLP (16) beherrschten Rat. — Die republikanische Politik, den Reichtum der Nation dem irischen Volk zu erhalten, ist die einzige, die Wohlstand und Stabilität in der Zukunft sichern kann."

Anmerkungen:
1,2) *Nationalisten* sind in Irland meist Katholiken. Ein großer Teil der Protestanten meint dagegen wenigstens Nordirland unter der Herrschaft des englischen Königshauses zu halten. Deshalb nennen sie sich *Loyalisten*, die der englischen Krone treu sind, oder *Unionisten*, die für die Einheit des irischen Staats mit dem englischen sind, oder *Orangisten* in Erinnerung an den Herzog Wilhelm von Oranien, der im Krieg um den englischen Königstitel ein irisches Heer besiegte und damit die englische Herrschaft über die Iren festigte.
3) Aus einer Mischung von religiösen und politischen Vorstellungen leiten die Loyalisten heute in Nordirland, früher in ganz Irland ihre Vorherrschaft über den Rest der Bevölkerung her; diese Ideologie und die entsprechende Politik wird in Irland *Sektierertum* genannt.
4) Bis 1921 beanspruchte Großbritannien die Herrschaft über ganz Irland. Um einerseits den Krieg mit den irischen Nationalisten, der mit dem Osteraufstand in Dublin 1916 begann, zu beenden und weiterhin seinen Einfluß in Irland zu erhalten, spaltete der britische Imperialismus 1920 den Teil ab, in dem doppelt so viele Loyalisten wie Nationalisten lebten, „*Northern Ireland*" oder „Ulster". Der Rest wurde den Nationalisten überlassen. Dieser Staat hieß erst „Free State of Ireland", später erklärte er sich zur „Republic of Ireland". Zwischen den Staaten liegt die Grenze,„the Border".
4a) Radikale irische Nationalisten erkennen keinen der Staaten als rechtmäßig an und sprechen deshalb von den „*6 Counties*", Nordirland, und den „26 Counties" im Süden.
5) Die Emigration prägt seit Jahrhunderten das Leben der Iren. Vor Hunger und Arbeitslosigkeit flüchteten viele Millionen Iren besonders nach England, Schottland und in die USA.
6) Im Gegensatz zu Wales und Schottland oder auch England erhielt der Staat „Northern Ireland" ein eigenes Regionalparlament und eine eigene Regionalregierung, den *Stormont*.
7) Terence O'Neill war bis 1969 Unionistischer Premierminister in den 6 Counties. Er machte kleine Zugeständnisse an die nordirische Bürgerrechtsbewegung.
8) In Irland symbolisieren Farben oft politische Richtungen. So heißt es oft statt Nationalisten, the Greens, während die britische Politik mit den Loyalisten oft „playing the orange card" genannt wird.
9) In den 6 Counties gehen Katholiken und Protestanten in verschiedene *Schulen*. Wegen der Pogrome und des tagtäglichen Terrors der Loyalisten gegen Katholiken gehen letztere statt in öffentliche in private Schulen der katholischen Kirche.
10) Die Fair Employment Agency wurde von der britischen Regierung eingerichtet, um Diskriminierungen bei den Arbeitsplätzen zu überwachen.
11) *Direct Rule* führte die britische Regierung 1970 in Nordirland ein, indem sie den Stormont auflöste und selbst die Verwaltung der 6 Counties übernahm.
12) RUC ist die Polizei in Nordirland, UDR ein Regiment der britischen Armee. Alle genannten Truppen rekrutieren sich fast nur aus der loyalistischen Bevölkerung.
13) Die „Republik Irland" bietet den Multinationalen fast genau dieselben Vergünstigungen.
14) Das britische Regierungsamt, das für den Nordirlandminister arbeitet.
15) Es gibt zwei radikale nationalistische Bewegungen in Irland, die republikanische und die republikanisch sozialistische. Zur ersteren gehören als bekannteste Organisationen die IRA und die *Sinn Fein* als politische Partei, zur zweiten gehören die INLA und als politische Partei die IRSP.
16) Die *Social Democratic and Labour Party, SDLP*, gibt es nur in Irland. Programmatisch der SPD in der BRD ähnlich, ist sie die Partei der bürgerlichen Katholiken und konnte sich einige Jahre lang als Stimme der Nationalisten in den 6 Counties darstellen. Heute verdrängt die Sinn Fein sie auch von der parlamentarischen Bühne.
17) Der Matthew-Plan wurde 1963 von der britischen Regierung für den Aufbau neuer Industrie in Nordirland aufgestellt.

Anti-NATO-Blockaden

Der September bringt in jedem Jahr nicht nur den Herbst und die Friedenswoche, sondern auch NATO-Manöver. Der Sammelname für diese riesigen Übungen ist in diesem Jahr „Autumn Forge". Insgesamt überziehen 240.000 Soldaten ein „Übungsgebiet", das sich vom Polarzirkel in Norwegen bis auf das Gebiet des geschätzten NATO-Mitglieds Türkei erstreckt.

Die Niederlande nehmen in jedem Jahr an diesen Manövern teil, meist mit einer oder mehreren Brigaden oder einer Division. Alle fünf Jahre einmal — und in diesem Jahr ist es wieder einmal soweit — wird in maximaler Stärke teilgenommen, d.h. mit dem ganzen (1. und einzigen) Heereskorps. Die Teilübung „Atlantic Lion", an der sich das 1. Heereskorps beteiligt, steht zum ersten Mal unter niederländischem Befehl.

Dies führte schon vor Monaten dazu, daß namentlich Antimilitaristen in der Gruppe „Onkruit" und aus ihrem Umkreis „harte Aktionen" gegen die niederländische Teilnahme und gegen die Teile der Manöver, die auf niederländischem Boden stattfinden, ankündigten.

Blockaden

Die Manöver sind jetzt zum größten Teil vorbei, eine vorläufige Bilanz kann gezogen werden. Der vielleicht bemerkenswerteste Umstand ist, daß die Aktionen nicht allein von „Onkruit" getragen wurden. Auch Aktivisten von der Basis der Friedensbewegung und Leute von der Anti-AKW-Bewegung haben am Widerstand teilgenommen. Höhepunkte dieses Widerstands waren die Verteilung einer Zeitung in jedes Haus der Rotterdamer Hafenarbeiterviertel und ein Dutzend Blockaden insbesondere von US-NATO-Truppen.

Als sehr bemerkenswert kann bezeichnet werden, daß in der den Manövern vorangehenden Zeit über die Medien fast keine Verteidigungspropaganda betrieben worden ist. Einige der üblichen Pressekonferenzen wurden sogar im letzten Moment abgesagt. In der rechten Tageszeitung „Telegraaf" wurde das, und zwar erst am 14. September, von einem Sprecher des Verteidigungsministeriums damit erklärt, daß den antimilitaristischen Aktivisten keine Informationen gegeben werden sollten (Aber der Mann hätte ja auch schlecht zugeben können, daß es von niederländischen Obrigkeiten derzeit für klüger gehalten wird, die Bevölkerung nicht allzusehr mit dieser Gala-Aufführung des Militarismus zu konfrontieren).

Tatsächlich waren die Antimilitaristen aufgrund eigener Untersuchungen schon Ende August sehr detailliert informiert über Zeitpunkte, Mengen, Orte, Routen usw. Diese Untersuchungen wurden zum größten Teil von Kreisen um „Onkruit" herum ausgeführt, von der Amsterdamer Autonomenzeitung „bluf!" und der „Anti Militaristies Tijdschrift" (eine antimilitaristische Theorie-Zeitschrift, in der übrigens derzeit in mehreren Folgen das „Kleine Lexikon der niederländischen Friedensbewegung" erscheint, das wir im letzten Jahr im AK veröffentlichten — Anm. d. Red.). Informationsquellen waren u.a. Kontakte im Heer und der Einbruch in zwei Heereskommandobunker in Noordwijk und Katwijk durch „Onkruit" im April 1983. Außer der für die jetzigen Aktionen brauchbaren Materialien enthielt die Bunkerbeute auch ausführliche Szenarien der Zivilverteidigung und des 3. Weltkriegs, letzteres in Form der Übung „Wintex 81".

Reforger

Von Anfang an war klar, daß sich der Widerstand um Rotterdam herum und in Oost-Brabant konzentrieren würde. In Rotterdam führte „Onkruit" in Zusammenarbeit mit Aktivisten aus der Friedensbewegung eine Reihe von Aktionen durch, die der ersten Blockade vorangingen. Es wurden Flugblätter verteilt, der Popsender Hilversum 3 wurde von einem Sender der Aktivisten „aus dem Äther gedrückt", und die schon genannte Haus-an-Haus-Zeitung „Dienstgeheim" wurde in einer sehr großen Auflage verbreitet. Diese Zeitung enthielt ausführliche Informationen über die Kriegsfunktion des Rotterdamer Hafens.

Nach dem Löschen der Schiffe im Rotterdamer Hafen sollten am 13. September die Transporte über Straße und Schiene in die Aufmarschgebiete in Oost-Brabant beginnen. Einer der ersten Transporte wurde durch eine Sitzblockade von rund hundert Leuten effektiv blockiert. Die Polizei griff schnell und hart zu: 23 Festnahmen erfolgten, ein Aktivist wurde schwer verletzt.

Neu für niederländische Begriffe war hierbei, daß die Polizei die Festgenommenen nicht dadurch identifizierte, daß sie deren Namen feststellte, sondern daß sie sofort und in recht grober Weise die Festgenommenen mit einer Polaroidkamera fotografierte. Die Polizei wollte so das Problem umgehen, daß die Festgenommenen möglicherweise ihren Namen nicht nennen würden (und einen „Personalausweis", wie ihn der Bundesdeutsche stets mit sich zu führen hat, gibt es in den Niederlanden nicht). Das ganze Polizeiauftreten war von einer Absicht bestimmt: Es sollte verhindert werden, daß die Amerikaner auch nur etwas von den Blockaden merkten. Obwohl hierzu 1.000 Mann Marechaussee und Bereitschaftspolizei (ME) bereit standen, ist ihnen das nicht geglückt. Wiederholt wurden Transporte ansehnlich verzögert.

Brandy Station & Aqua Marine

Die Übungen „Brandy Station" und „Aqua Marine" sind das Verbindungsglied zwischen „Reforger" („REturn of FORces to GERmany") und der eigentlichen Übung „Atlantic Lion". Die erstere besteht in der Gruppierung von US-Truppen auf eine Anzahl militärischer Gebiete in Oost-Brabant (eine gigantische Operation, bei der viele Dutzend Kolonnen und fast hundert Militärzüge bewegt werden); im Verlauf der zweiteren werden die Flüsse Maas und Rhein zum Manövergebiet hin überquert. Hier ist es mehrfach zu effektiven Blockaden gekommen. Das Polizeivorgehen war hier merklich verschärft, es wurde schneller und härter zugeschlagen, aber seltener festgenommen.

Es ist sicher, daß die Aktivisten in gewissem Maße auf die Sympathie der Bevölkerung rechnen konnten, die von den enormen Militärtranporten durch ihre Dörfer und Städte aufgeschreckt worden waren.

Allerdings standen auch mehrmals namentlich Ältere an der Route der Amerikaner und jubelten ihnen zu. Es seien schließlich 1945 ihre Befreier gewesen ...

Friedensbewegung

Nach der Demonstration am 21. November 1981 in Amsterdam standen für die Basis der Friedensbewegung direkte Aktionen gegen Atomwaffen und andere Äußerungsformen des Militarismus an. Nach einer zögernden Diskussion hierüber in den offiziellen Organen der Friedensbewegung wurde schon bald jede praktische Entwicklung in diese Richtung von der Spitze des Interkirchlichen Friedensrates (IKV), der führenden Kraft der niederländischen Friedensbewegung, unterdrückt. Durch großen Druck auf die Basis ist es der IKV-Spitze geglückt, diese wieder auf den „richtigen Weg" zu bekommen, sie auf die Mobilisierung von Massendemonstrationen zu beschränken.

Es ist den Aktivisten an der Basis noch immer nicht gelungen, der Notwendigkeit zu direkteren und effektiveren Aktionsformen organisatorischen Ausdruck zu geben. Auch eine strukturierte Zusammenarbeit mit „Onkruit", Autonomen usw. bleibt aus. Nur gelegentlich gibt es Aktionseinheiten anläßlich bestimmter Ereignisse, wie z.B. gegen die Munitionstransporte der NATO im Rahmen des Long Term Defence Programm, oder bei einem Versuch, die mit Atomwaffen bestückte Flugbasis Volkel zu blockieren. Jedesmal geht namentlich die IKV-Spitze gegen solche Bestrebungen vor, zeitweilig hierin unterstützt von der Führung des (der revisionistischen KP nahestehenden) Komitees gegen die Neutronen-Bombe.

Die Blockaden gegen die Herbstmanöver sind allerdings, wenn auch zögernd, von einer Aktionseinheit verschiedener radikaler Gruppen, darunter „Onkruit", und Friedensaktivisten, getragen worden. Dieses Mal wurden die Aktionen von der IKV-Spitze schlicht ignoriert. Es ist zu hoffen, daß aus Aktionen wie diesen Blockaden, aber auch aus dem neuen Friedenslager in Woensdrecht das für die Stationierung der Cruise Missiles „vorsorglich" bestimmt wurde, organisatorische Konzepte für direkte und effektive Aktionen an der Basis entstehen. Es ist „Fünf vor Zwölf"!

Ein Genosse von der Redaktion der „Anti Militaristies Tijdschrift"



KOMITEE KRUISRAKETTEN NEE

PRINSEGRACHT 4, 2512 GA DEN HAAG TEL. 070 - 924331 GIRO 3725743

Het Komitee Kruisraketten Nee bestaat uit
IKV, Pax Christi, Samenwerkingsverband Stop de N-bom/Stop de kernwapenwedloop, Vrouwen voor vrede, Vrouwen tegen Kernwapens, Platform van Radicale Vredesgroepen, Humanistisch Vredesberaad, Kerk & Vrede, PvdA, D'66, PSP, PPR, CPN, EVP, FNV en VVDM

Mit über 400.000 Teilnehmer/inne/n war die Demonstration am 21. November 1981 in Amsterdam die bisher größte Antikriegs-Manifestation seit dem Aufbruch der „neuen Friedensbewegung". Die Erwartungen, die die Initiatoren dieser Demonstration in ihren Erfolg gesetzt hatten, waren sehr hochgesteckt, wenn nicht schlicht illusionär. Als recht bald nach dieser Demonstration deutlich wurde, daß die niederländische Regierung auf die Forderungen der „Nach"rüstungsgegner/innen nicht einzugehen gedachte, konnten massenhafte Frustration und ein merkliches Abflauen der Friedensbewegung nicht ausbleiben.
—
Das auf Initiative des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) gebildete „Komitee Kruisraketten Nee" (Komitee Cruise missiles Nein) hat nun unter der Parole „Keine neuen Atomraketen in Europa" zur erneuten Demonstration am 29.10. 1983 nach Den Haag, dem Sitz des Parlaments, aufgerufen. Diese Demonstration werde — so jedenfalls der IKV — die Manifestation vom November 1981 noch übertreffen...

Niederlande-Kommission

Hunger in Eritrea

Die Reihe von Hungerkatastrophen in Afrika bricht nicht ab. Nicht nur die von den Imperialisten beherrschten Regierungen der Sahelzone lassen Menschen verhungern; auch im Einflußbereich der äthiopischen Militärregierung leiden über eine Million Menschen Hunger, hunderttausenden droht der Hungertod. Besonders um die Hungernden in Eritrea ist es bisher still geblieben.



aus: Eritrea/Dürrekatastrophe, vgl. Anm. 1)

Ca. 1 Million Menschen befinden sich in Eritrea in Hungersnot und bedürfen der Hilfe von außen (1). In den nördlichen Provinzen Äthiopiens, Tigray, Wollo und Gondar, bedürfen noch über 2 Millionen Menschen sofortiger Hilfe gegen den Hunger (2).

Der Schwerpunkt dieser Dürre und Hungersnot liegt in den Gebieten Tigray und Eritrea. In beiden Regionen kämpfen seit Jahren Befreiungsbewegungen gegen die Unterdrückungspolitik des äthiopischen Regimes. Diese Gegenden sind trocken und karg. Doch selbst in dem etwas stärker industrialisierten Eritrea leben über 80% der Menschen von der Landwirtschaft, als seßhafte Bauern oder nomadische Viehzüchter (3).

In den Jahren 1981 und 1982 gab es in Eritrea keine ausreichenden Niederschläge. Die Regenfälle kamen in manchen Gebieten zu spät und dauerten kürzere Zeit als sonst. In anderen Gebieten, wo Viehzucht betrieben wird, fiel seit Oktober 1981 kein Regen mehr. Brunnen und Wasserstellen versiegten. Die Vegetation ist weithin zerstört. Hunderttausende Stück Vieh starben an Hunger und Durst (4).

Reicht die Ernte in den Ackerbaugebieten schon in normalen Jahren kaum aus, die Menschen zu ernähren, so standen nun nur noch Kakteenfrüchte, wilde Gemüsepflanzen und Grassamen als Nahrung zur Verfügung. Die Menschen waren sogar gezwungen, sich von Früchten zu ernähren, die schwere Magenschmerzen hervorrufen können (5). Ähnliche Zustände herrschen im Norden Äthiopiens — besonders in Tigray.

Nach den Sommermonaten gibt es keine die wilden Früchte und Pflanzen mehr, so daß die Leute buchstäblich nichts zu essen haben. Schon Ende 1982 nahmen daher Krankheiten erschreckend zu, die direkt auf Hunger zurückzuführen sind, und den Tod für die vom Hunger geschwächten Menschen bedeuten (5). In der Dürre 1973/74 starben in den nordäthiopischen Provinzen Wollo und Tigray 200.000 Menschen an Hunger (6).

Krieg und Hunger

Die Hungersnot hat nicht allein natürliche Ursachen. 1982 führte das äthiopische Militär unter Anleitung sowjetischer Experten eine Großoffensive gegen Ziele in Eritrea. Der Angriff fand in den Monaten Februar bis April statt — in der Zeit der Aussaat. Betroffen waren diesmal die menschenreichsten und langwirtschaftlich produktivsten Provinzen Eritreas (7). Schwere Luftangriffe u.a. mit Napalm zerstörten nicht zuletzt den Ackerbau, der durch die Dürre schon schwer beeinträchtigt war (8).

Schon seit Jahren führt das äthiopische Militär diesen Vernichtungskrieg. Eritreische Bauern können wegen der Schon seit Jahren führt das äthiopische Militär diesen Vernichtungskrieg. Eritreische Bauern können wegen der ständigen Gefahr von Luftangriffen nur nachts auf den Feldern arbeiten.

Jede Offensive der Äthiopier hat bisher, auch wenn sie alle in einem Fiasko endeten, große Teile der eritreischen Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht. Schon 1979 lebten nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) 228.000 Flüchtlinge aus Eritrea und 152.000 aus Äthiopien im Sudan (9). Allein die Großoffensive „Roter Stern" 1982 zwang zehntausende von Menschen, ihr Land zu verlassen. Ohne ihr Hab und Gut sind die Flüchtlinge nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren.

Hinzu kamen 1982 noch die Zwangsrekrutierungen der äthiopischen Militärs in der eritreischen Provinz Seraye. So wurden die jungen Männer gerade zu der Zeit in die Armee gesteckt, als sie dringend für die Aussaat benötigt wurden. Die schwere Feldarbeit muß nun von Frauen, alten Leuten und Kindern geleistet werden (10).

Ähnlich wie Eritrea leiden die umkämpften Provinzen im Norden Äthiopiens unter der äthiopischen Kriegsführung, besonders Tigray.

Krieg um Eritrea

Seit langem leidet die Bevölkerung in Eritrea und den nördlichen Teilen Äthiopiens nicht allein unter Dürrekatastrophen (In Eritrea gab es seit 1970 insgesamt 7 Dürrekatastrophen). Die UNO beschloß 1952, daß der von den USA unterhaltene „Kaiser Haile Selassie" neben Äthiopien auch das Nachbarland Eritrea beherrschen sollte. Das Regime des „Kaisers" begann das industriell weiter entwickelte Eritrea auszuplündern. Polizei und Militär des „Kaisers" unterdrückten jede eritreische Opposition. Im Kampf gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen, die erstmals 1961 auf den Plan traten, eskalierten die äthiopischen Militärs den Krieg. 1967 töteten sie in einer Großoffensive 5.000 Menschen aus der eritreischen Zivilbevölkerung sowie unzählige Tiere. Zehntausende von Eritreern flohen in den Sudan (11).

Auch nach dem Sturz des „Kaisers" durch Offiziere der äthiopischen Armee kam keine Erleichterung. Statt — wie erhofft — die Unabhängigkeit Eritreas anzuerkennen, nahm der neue Staat den Krieg um Eritrea wieder auf. Hatten die Sowjetunion und Kuba bis dahin mehr oder weniger die Befreiungsbewegungen unterstützt, so stellten sie sich nun hinter die „revolutionären Militärs" in Äthiopien und unterstützen seitdem deren Krieg gegen die Eritreer.

Die äthiopischen Militärs eskalierten den Krieg weiter. Zehntausende von Eritreern starben in diesem Krieg, 600.000 wurden zu Vertriebenen im eigenen Land, 500.000 flohen in andere Länder, besonders in den Sudan (12).

Unter diesen mörderischen Bedingungen entwickelte die Eritrean People's Liberation Front (EPLF) ihren Kampf. Sie löste Mitte der 70er Jahre nach dem Sturz des „Kaisers Haile Selassie" die ältere ELF ab, aus der sie hervorgegangen war.

Die EPLF setzte im Gegensatz zur ELF auf die Strategie des langwährenden Volkskrieges, auf eine nationaldemokratischen Revolution, wie sie in China von der kommunistischen Partei erfolgreich durchgeführt worden war. Im Gegensatz zur ELF konnte die EPLF den immer schwereren Angriffen der äthiopischen Militärs widerstehen, trotz massiver Luftangriffe bis hin zum Einsatz von Kampfgasen 1982 (13).

Politisch beeindruckend ist das Programm gesellschaftlicher Reformen, das die EPLF in diesem harten Krieg in Wirklichkeit umsetzt: Alphabetisierung, massenwirksame Gesundheitsversorgung durch Hospitäler und Barfußärzte, kollektive Lebensformen sowohl an der Front als auch in den Stützpunktgebieten und den Flüchtlingslagern, Selbstbefreiung der Frauen und teilweise Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln (14).

In der internationalen Presse wird die EPLF weitgehend übergangen, da sie sich kaum den internationalen Machtblöcken unterworfen hat. Sie unterhält gute Beziehungen zu anderen Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen.

Äthiopien im Krieg

Da Äthiopien seit langer Zeit ein ärmliches Land ist, ist der Krieg, dessen Kosten mit seinem Umfang zunehmen, eine schwere Last für die Bevölkerung. Die äthiopischen Militärs sind auch bei ihrer Kriegsführung weitgehend auf ausländische Hilfe angewiesen. Nach westlichen Schätzungen leistete die UdSSR von 1976 bis 1982 mind. 3 Mrd. US-Dollar Militärhilfe (14a), von der DDR hat die äthiopische Regierung im Rahmen der Militärhilfe 2 Mrd. US-Dollar Kredite erhalten (14b).

Die äthiopischen Staatsgüter, die die neue Regierung auf verstaatlichtem Boden der Großgrundbesitzer errichtete, produzieren daher heute Kaffee, Mais und Zucker für den Export, womit die Auslandsschulden z.T. bezahlt werden. Obwohl die äthiopische Bevölkerung in den 70er Jahren mehrfach Hungersnöten ausgesetzt war (in Nordäthiopien und dem Ogaden bzw. Westsomaliland), exportierte der Staat z.B. Rohkaffee, Häute, Felle, Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Leder und Rohbaumwolle in die DDR und wohl auch in die anderen Gläubigerstaaten (14c). „*Auch bleibt die Entwicklung des Landes weiterhin von Weltbank-Krediten abhängig, und für die EG wurde Äthiopien 1980 der größte Geld- und Hilfsempfänger in Afrika*" (14d). Die Hilfe der EG betrug in den Jahren 1979 bis 1981 2 Mrd. DM (14e)).

Zudem fordert der Krieg um Eritrea einen ungeheuren Einsatz von Menschenleben. In der Offensive „Roter Stern" wurden allein 90.000 Mann Kampftruppen an die Front geworfen. Ein großer Teil von ihnen wurde mit Gewalt in die Armee gezwungen. Der Landwirtschaft in Äthiopien gingen dadurch die dringend benötigten Arbeitskräfte verloren. Die vom neuen Staat geschaffenen Basisorganisationen, Dorf- und Stadtteilkollektive (die „kebele") entwickelten sich zu Zwangsapparaten, die dem Krieg immer neues Menschenmaterial zuzuführen haben (15).

In Äthiopien entwickelte sich immer breiterer Widerstand der Bevölkerung gegen den Staat der Militärs. In der Provinz Tigray, die an Eritrea angrenzt, gelang es der Tigray People's Liberation Front, größere Gebiete unter Kontrolle zu bekommen. Die TPLF arbeitet mit der EPLF zusammen und hat ein ähnliches politisches Selbstverständnis wie diese. Im Südosten Äthiopiens kämpft die West Somali Liberation Front, und in den letzten Jahren begann auch das größte Volk in Äthiopien, die Oromo machen ungefähr die Häfte der Gesamtbevölkerung aus, mit dem bewaffneten Widerstand; es bildete sich die Oromo Liberation Front.

So spitzt sich die politische Situation in Äthiopien selbst immer weiter zu und wird durch den Krieg in Eritrea weiter verschärft. Auch in der herrschenden Schicht der Amharen wächst der Widerstand gegen die Militärherrschaft.

In weiten Gebieten, besonders im Norden Äthiopiens, wo die Hungersnot wütet, kontrollieren die äthiopischen Militärs nur noch Städte und Hauptverkehrswege (16).

Hunger als Waffe

Hunger als Waffe

Der Hunger in den umkämpften Gebieten hat militärische Vorteile für die äthiopischen Militärs. Er zwingt die Menschen vom Land in die Städte, wo sie auf Hilfe vom Staat oder aus dem Ausland hoffen. So kommen die Menschen durch die Hungersnot wieder unter die Kontrolle der Militärs. Der „Vorwärts" berichtet, „*daß weit mehr als eine Million Menschen vom Hunger bedroht, vor Trockenheit in Auffanglager der Regierung flüchten mußten, wo sie unter miserablen Bedingungen so lange weiter überleben können, wie Nahrungsmittelhilfe des Auslands sie erreicht*" (17). Der Hunger, den das äthiopische Militär durch seine Vernichtungsfeldzüge gegen befreite Gebiete, durch Zwangsrekrutierungen, durch Nahrungsmittelexporte verursachte, erweist sich so als politische Waffe gegen die Befreiungsbewegungen.

Über den Einsatz des Hungers als Waffe berichtete die „Frankfurter Rundschau" 1976: „*Die Äthiopier wiederum setzen ihre Jagdbomber Tag für Tag gegen das von den Befreiungsbewegungen beherrschte Gebiet ein.*

Die erste spürbare Folge dieser Art Krieg ist eine drückende Hungersnot und eine sich ausbreitende Malaria-Epidemie auf beiden Seiten. Die Städte, in denen etwa 15 Prozent der vier Millionen Eritreer leben, sind vom Nachschub aus dem Hinterland abgeschnitten. Die Armee gibt ihre aus Äthiopien angelieferten Nahrungsmittel trotzdem nicht an die Zivilbevölkerung ab — aus Angst, sie könnte dadurch die Guerillos unterstützen (...).

In den von den Guerilleros kontrollierten Gebieten klappt die Versorgung teilweise etwas besser. Aber man kommt auch hier in Landstriche, wo zu Skeletten abgemagerte Eritreer im Schatten der spärlichen Sträucher oder in Felshöhlen dahinvegitieren — neben sich Kinder mit aufgequollenen Hungerbäuchen.

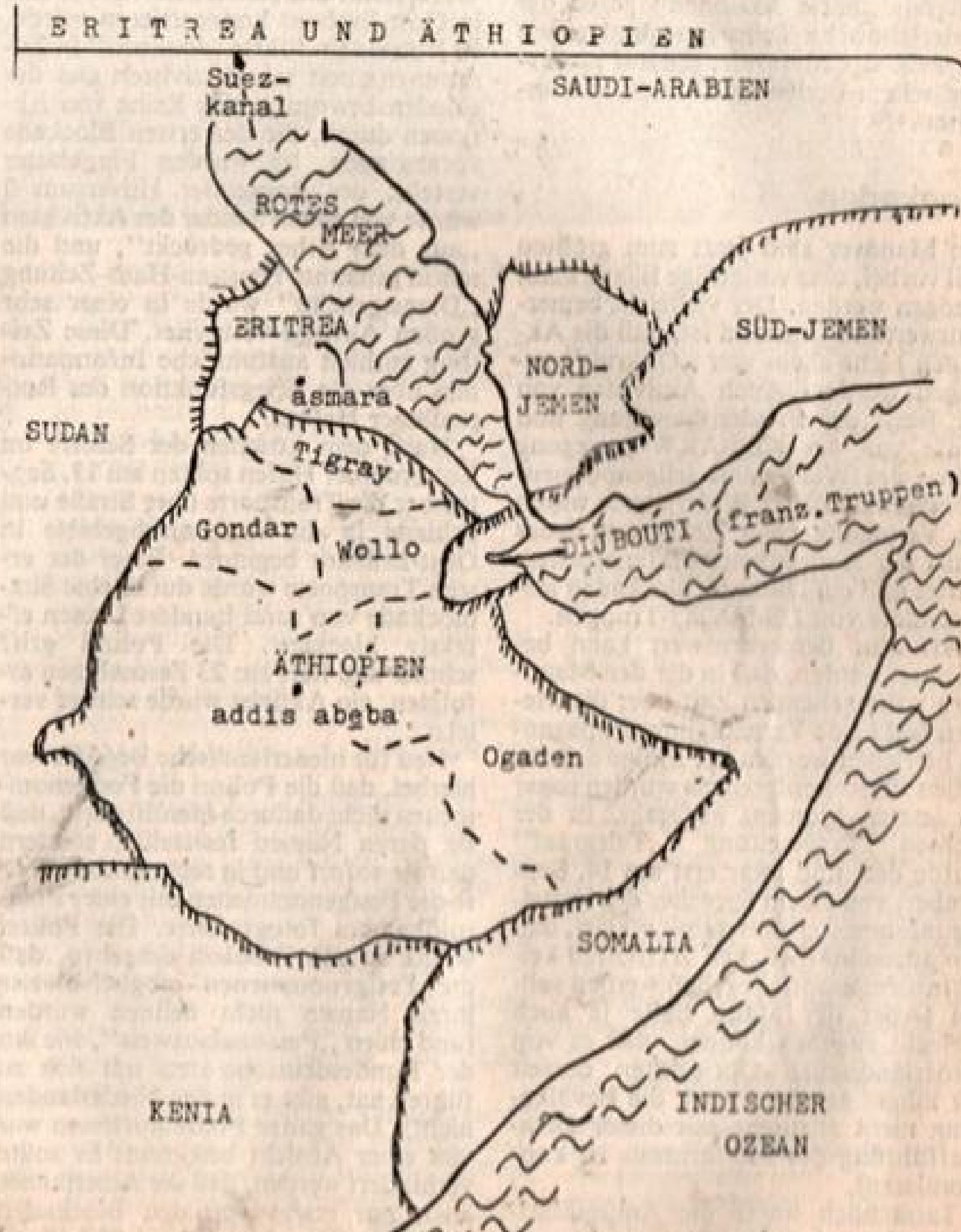
Wann immer nämlich die äthiopischen Truppen aus den großen Städten ausfallen und auf Vorratslager der Bauern stoßen, zünden sie diese Lager an. Viel häufiger noch werden die Felder dieser Bauern von den Jagdflugzeugen aus in Brand geschossen. Immer wieder sieht man in Eritrea dichte Rauchwolken über der verbrannten Erde hängen.

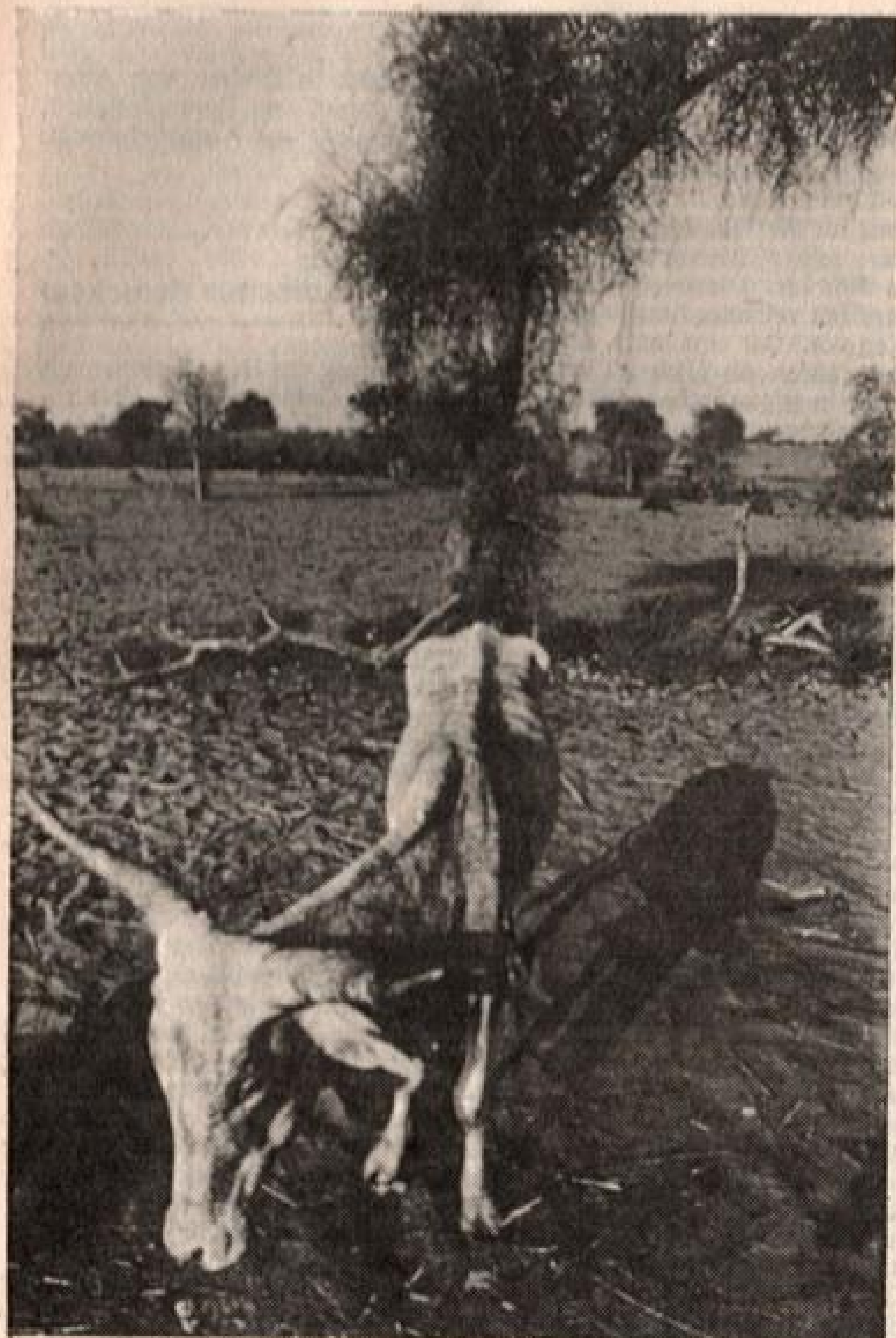
Die Bauern können meist nur nachts auf ihren Felder arbeiten, was den Ernteertrag auf ein Minimum reduziert hat. Tagsüber müssen sie nämlich damit rechnen, von der äthiopischen Luftwaffe während der Feldarbeit mit Bordkanonen und Bomben gejagt zu werden.

Doch nicht nur auf diese Weise versucht Äthiopien die um Unabhängigkeit kämpfenden Eritreer auszuhungern. Während der Fahrten und Märsche durchs Land stößt man auch häufig auf Tierkadaver. Äthiopische Jagdbomber beschießen nicht nur die als Transportmittel wichtigen Kamele. Sie feuern auch blindlings in die Rinder- und Ziegenherden, die bislang den Fleischreichtum des Landes ausmachten" (18).

Gerade der äthiopische Staat bittet nun die Weltöffentlichkeit darum, ihm ten" (18). Gerade der äthiopische Staat bittet nun die Weltöffentlichkeit darum, ihm Hilfsgelder und Spenden für die Hungernden zukommen zu lassen. Und das „im Namen" der Menschen in Eritrea und Tigray, gegen die er seit Jahren Krieg führt.

Fortsetzung nächste Seite





aus: Eritrea/Dürrekatastrophe, vgl. Anm. 1)

Forts. von vorheriger Seite

Zwar bestätigen internationale Gremien wie das Internationale Rote Kreuz oder der britische Botschafter in Äthiopien, daß die Hilfsgüter in Äthiopien ordnungsgemäß verteilt werden. Aber das kann auch heißen, daß die Güter auf Märkten verkauft werden und so nicht direkt bedürftige Menschen erreichen (19).

Und die Sache hat noch einen weiteren Haken: Die Hungernden leben zur Hälfte in den Gebieten von Tigray und Eritrea, die von Äthiopien aus praktisch nicht zu erreichen sind — ausgenommen die großen Städte. Es ist zu befürchten, daß diese Hilfe den Äthiopiern neue Munition für ihren Hungerkrieg verschafft: Sie erlaubt weitere Auffanglager zu errichten. Langfristig verschärft das noch den Hunger.

Zudem hat die EPLF in Lagern der äthiopischen Armee oft Nahrungsmittel gefunden, die aus Hilfssendungen an den äthiopischen Staat stammten (20).

tel gefunden, die aus Hilfssendungen an den äthiopischen Staat stammten (20).

Wirkliche Hilfe tut not!

Fast alle Hilfssendungen, die offiziell für die Hungernden bestimmt sind, gehen nach Äthiopien. Deshalb ist direkte Hilfe an die Dürreopfer in Tigray und Eritrea dringend notwendig. In beiden Gebieten arbeiten autonome Hilfsorganisationen der dortigen Bevölkerung: Die Eritrean Relief Association und die tigrayische Hilfsorganisation REST.

Die ERA arbeitet mit eigenem Personal. Sie unterhält Flüchtlingslager im Sudan für Menschen, die aus Eritrea vertrieben wurden. Die ERA unterhält und errichtet Schulen, Krankenhäuser und Waisenhäuser für die Opfer des Krieges. Sie versorgt Menschen in den Gebieten, die von der EPLF befreit sind. Sie widmet sich gerade den Menschen, die am schwersten unter der jetzigen Hungersnot zu leiden haben.

Hilfe an die ERA oder die REST ist ein Akt der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, deren Kampf nicht allein ein Kampf gegen Soldaten, sondern seit Jahren auch ein Kampf gegen den Hungertod ist.

Tigray Hilforganisation e.V. (REST)
Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart
Konto Nr. 109.653.5000
BLZ 600.101.11

Eritrea-Hilfswerk in Deutschland e.V.
Postscheckamt Köln, Kto-Nr. 4093-503
od. Deutsche Bank, Kto-Nr. 073 2222

Anmerkungen

1) Eritrea/Dürrekatastrophe/Ein Bericht der Eritrean Relief Association 1983; S. 3
2) Der Aufruf von K. Böhm, R. Neudeck, F. Duve, H. Böll, M.-L. Beck-Oberdorf, P. Kelly, L. Beckmann, W. Ludwig, Ch. Sodemann und dju-Ortsverband Bonn zur Hungerhilfe an Äthiopien nennt folgende Zahlen: *„Insgesamt sind in Tigray schätzungsweise eine Million Menschen, in Wollo 850.000, in Eritrea über 700.000 und in Gondar fast 500.000 Menschen von dieser jüngsten Hungersnot betroffen".* D.h., über die Hälfte der Hungernden befinden sich in Tigray und Eritrea.
3) Eritrea/Dürrekatastrophe ... S. 4f *„Seit 1970 war das Land siebenmal von Dürreperioden betroffen".*
4) Eritrea/Dürrekatastrophe ... S. 7 ff
5) ebenda, S. 8
6) „Verhungern linke Afrikaner anders?" von Peter Laudan im „Vorwärts", 7. April 83
7) Eritrea/Dürrekatastrophe ... S. 16f
8) „Eritrea/Bestandsaufnahme nach der äthiopischen Offensive/Ein Gespräch mit der EPLF" in „blätter des iz3w", Nr. 105, Nov. 1982; S. 50
9) „In einem eritreischen Flüchtlingslager im Sudan" in ‚Neue Zürcher Zeitung', 21.7.79
10) Eritrea/Dürrekatastrophe ... S. 16f
11) „Die Guerilleros vom „Roten Meer" von Jean-Louis Peninou, „liberation", 22. - 28.9.75 zitiert nach ‚Eritrea — Die hartnäckige Revolution' hrsg. v. Günter Schröder, Giessen 1980

trea — Die hartnäckige Revolution' hrsg. v. Günter Schröder, Giessen 1980

12) Eritrea, ‚Die hartnäckige ...', S. 10 (Vorwort)
13) blätter des iz3w, Nr. 105, Nov. 82, S. 59 Bei einer Auswertung verschiedener Pressequellen verweisen die „blätter" u.a. auf einen Arzt der Organisation „Medecins du Monde", der das Gas für Tränengas hält.
14) Vergleiche Berichte im Arbeiterkampf z.B. AK 118 u. 119 (1977): „Die internationalen Aspekte des eritreischen Befreiungskampfes"; AK 130 (1978): „So sehen wir das" (Ein Interview mit der EPLF); AK 137 (1978): Die revolutionären Kinder
14a) FR, 28.4.82
14b) epd, 1/83
14c) epd, 1/83, S. 23
14d) epd, 1/83, S. 24
14e) iz3w, Nr. 105, Nov. 82, S. 54
15) Eritrea Bestandsaufnahme ... S. 49
16) Eritrea, Die hartnäckige ... S. 9f; außerdem z.B. „The Daily Telegraph", March 28, 1983 unter der Überschrift „Aid for Ethiopia not halted by war ‚cash' claim": *„Ein Sprecher des Save the Cildren Fund in London sagte, die einzige Gegend, die vielleicht keine Hilfe bekomme, sei Tigre, das zum Hauptkampfgebiet für den Krieg mit Eritrea geworden sei."*
17) wie 6)
18) „Vier Millionen wollen ihre Unabhängigkeit" von Harald Irnberger, Frankfurter Rundschau, Silvester 1976, Beilage „Zeit und Bild"
19) The Times, 28. März, 1983: Unter der Überschrift „Aid to Ethiopia still getting through, relief agencies say" (Hilfsorganisationen berichten, die Hilfe komme noch nach Äthiopien durch) heißt es: *„Ein Sprecher der EG in Brüssel sagte gestern, daß die 80.000 Tonnen Weizen, die von der EG nach Äthiopien geschickt worden waren als der Beitrag dieses Jahres, auf dem offenen Markt in Addis Abeba verkauft wurden mit der Zustimmung der EG. Das eingenommene Geld wurde benutzt, um am Ort angebauten Mais (locally grown maize) zu kaufen um die Hungrigen zu ernähren".*
20) Peter Niggli: „Notizen aus Eritrea", taz 17.4.80

Eritrea Komitee & KB-Sympis Aachen

Durch Chile mit Frau Schulze...

Die Dame Felicitas Schulze, (noch) wohnhaft in Valparaiso, ist die bemerkenswerte Autorin eines Reiseführers: *,,Chile mit Robinson-Crusoe-Insel 'Juan Fernandez' und Osterinsel,,*, erschienen im Verlag **,,Volk und Heimat"** (8021 Buchenhain vor München). Übrigens bereits in der 3. Auflage (1. Auflage: 1977).

Kurz und knapp ist dort ein geschichtlicher Abriß zur Einführung zu finden. Ebenso kurz streift Frau Schulze unter der Rubrik ,,Die geschichtliche Entwicklung seit der Unabhängigkeit" das *,,Experiment des 'chilenischen Weges zum Sozialismus' des Marxisten Salvador Allende 1970 - 1973"*. Dieses Experiment bedeutete *,,ein bis zu dem Zeitpunkt in Chile noch nicht gekanntes, extrem radikales Regierungssystem, das der chilenischen Mentalität und der historischen Überlieferung des chilenischen Bürgertums"* (für die war es eigentlich nicht in erster Linie gedacht gewesen...) *,,nicht entsprach und an der Verkennung dieser Gegebenheiten zerbrach. Nach drei Jahren dieser Demokratie stand der Bürgerkrieg vor der Tür"*. Allerdings fanden sich auch Retter: *,,Angesichts dieser unhaltbaren, für die Mehrheit der Bevölkerung untragbar gewordenen Situation griffen die Streitkräfte ein, um das Land vor größeren Übeln zu bewahren"*.

Die darauf folgenden Zeilen zur ,,deutschen Einwanderung" sind von einer Kürze, die zum Träumen einlädt; sie enden so um die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts. Gleich darauf kann der interessierte Lateinamerika-Tourist erfahren, wo er nun überall deutsche Institutionen, deutsche Schulen und deutsche Burschenschaften antreffen kann, wobei das Wort ,,Deutsch" auch stets im Fettdruck zu lesen ist. Die berüchtigte ,,Colonia Dignidad" ist allerdings nicht erwähnt. Bißchen eigenständige Entdeckungslust soll der Reisende schließlich schon mitbringen.

Einige Seiten weiter, nach der Abteilung ,,Klima, Flora, Fauna", wird dem Touristen ein sorgenfreier Aufenthalt versprochen: *,,In Chile gibt es schon lange k e i n e N e g e r m e h r".*

Auch politisch ist alles paletti. Da-

m e h r".

Auch politisch ist alles paletti. Dabei bildet der ,,Carabineros-Korps" eine touristische Attraktion besonderer Art:

,,Nicht nur, daß die Carabineros sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen, ihre Tätigkeitsfeld erstreckt sich auf eine bemerkenswerte Sozialarbeit, unter die die Betreuung obdachloser, stromernder Kinder fällt, die in den von den Carabinieros eigens dafür eingerichteten Heimen zu brauchbaren Bürgern erzogen werden".

Am liebsten möchte man sich sowas als Souvenir nach Hause mitnehmen.

Es sei auch keine Seltenheit, entzückt sich Felicitas weiter, *daß die Besatzung von Polizeiwachen als Geburtshelfer einspringen, wenn werdende Mütter nicht mehr rechtzeitig ins Krankenhaus gelangen"*.

Fremde und Einheimische können sich stets *,,vertrauensvoll um Auskunft an die Carabineros wenden, sie werden*



„Stromernde" Jugendliche in Santiago: „Pinochet, ab in die Hölle"

immer höfliche Hilfbereitschaft finden".

Solche Tugenden kommen natürlich nicht von ungefähr. Dem von Pinochet wieder eingeführten sogenannten Staatsrat gehören eben solche wunderbaren Kreaturen an: *,,ehrwürdige, ehemalige Politiker, deren durch langjährige Erfahrung erprobter Rat wertvolle Beiträge zur Gesetzesreform leistet".*

Dieser Staat der Weisheit und Güte verfolgt die *,,Ziele des christlichen Humanismus, die Einheit der Nation, den Rechtsstaat und eine realistische Demokratie".*

Rechtsstaat und eine realistische Demokratie".

Besonders streng nimmt es der Staat mit der ,,Wahrung der Menschenrechte": *,,Das Recht der freien Persönlichkeitsentfaltung, die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die Zurückweisung des Klassenkampfes und aller sozialen Antogonismen, die Gleichberechtigung der Männer und Frauen vor dem Gesetz, die Freiheit der Auswahl des Arbeitsplatzes, das Eigentumsrecht und die nationale Sicherheit".*

Kulturell hat Frau Schulze auch Einiges zu bieten. So weiß sie von zwei Nobelpreisträgern aus Chile zu berichten: *,,Gabriela Mistral und Bablo Neruda"* (oder hieß er Ploba Neruda?).

Jammerschade, daß dieses Paradies nun auch am Zerfallen ist. Mensch kann aber davon ausgehen, daß bei der ganzen fürsorglichen Sozialarbeit die Carabinieros nicht ,,ihre eigentlichen Aufgaben" vergessen. Heime können sie ja dennoch einrichten, wo, bei voller Gleichberechtigung von Mann und Frau natürlich, die unrealistischen Chilenen noch zu ,,brauchbaren Bürgern" erzogen werden.

Und wenn's nicht klappt: dann wohin, Felicitas?

In Bolivien gab es auch mal schöne deutsche Kneipen. Die sind vorübergehend geschlossen. Die Wirte sitzen hier und dort. Ja, wohin? In Südafrika gibt es immer noch Neger.

E., KB-Frankfurt



Teilnehmer der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Busfahrers Miguel Zalava versuchen, sich der Sozialarbeit der Carabineros durch Flucht zu entziehen.

Peter Junk
„Wenn ich untergehe, laßt meine Bilder nicht sterben“
Felix Nussbaum (1904 Osnabrück — 1944 Auschwitz)

Wer war Felix Nussbaum? Antwort auf diese Frage geben eine 1982 erschienene Monographie „Felix Nussbaum — Leben und Werk“ (1) und eine von den Verfassern des Buches gemeinsam mit dem pädagogischen Dienst des Osnabrücker Kulturgeschichtlichen Museums erarbeitete Dauerausstellung „Felix Nussbaum und die Zeit 1904 — 1944“.

In der Einleitung zu dieser Ausstellung heißt es: „Felix Nussbaum rechnet nicht zu den bekanntesten Namen dieses Jahrhunderts — dennoch wird er als Leitfigur der ersten Jahrhunderthälfte in der europäischen Kunstgeschichte gelten. Wie kein Maler sonst hat er alle Erfahrungen der Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg in seinen Bildern festgehalten: von der beschaulichen Geborgenheit der Provinz, vom schnellen Erfolg in der Kunstmetropole Berlin, von der Unsicherheit des Exils, von Krieg und Internierung, von Angst und Isolation des Untergrundes und von der Ausrottung der Juden in Europa. Das Werk keines Künstlers seiner Generation ist so vielschichtig. Er war Protokollant dieser Zeit und ihr Opfer. Das Kulturgeschichtliche Museum Osnabrück besitzt die umfassendste Sammlung von Werken Felix Nussbaums auf der Welt. Sie wird ergänzt durch Leihgaben, Werke seiner Zeit- und Weggenossen aus Osnabrück, Berlin, Rom und Brüssel und zahlreiche Dokumente biographischen, zeitgeschichtlichen und politischen Inhalts, aus der heraus die Erfahrungen seiner Bilder als sein politisches Vermächtnis erkannt werden können: als Auftrag und Verpflichtung nicht zu vergessen, was geschehen ist.“

Heimatliche Motive

Begonnen hatte sein Leben heiter und unbeschwert. Geboren am 11. Dezember 1904 in Osnabrück wächst Felix Nussbaum in der Geborgenheit einer gutbürgerlichen jüdischen Kaufmannsfamilie mit Dienstpersonal, Chauffeur und Villa in bester Wohngegend an der Schloßstraße auf. Der Vater betreibt mit seinem Vetter einen Eisenhandel en gros und war wie alle deutschen Juden Soldat (Kavallerist) im Ersten Weltkrieg. Er ist national und liberal eingestellt. Die Familie lebt nicht streng

gros und war wie alle deutschen Juden Soldat (Kavallerist) im Ersten Weltkrieg. Er ist national und liberal eingestellt. Die Familie lebt nicht streng

nach den religiösen Gesetzen, sie ist eher eine finanzielle Stütze der Osnabrücker Gemeinde, die dem Reformjudentum zuzurechnen ist.

Kunst und Musik gehören ebenso zum bürgerlichen Habitus der lebensfrohen Familie wie die Ferien im Nordseebad Norderney und im mondänen Ostende. Der Vater ist begeisterter Amateurmaler und bestimmt den jüngeren Sohn Felix nach erfolgloser Schullaufbahn zum Studium der Kunst. Die Kunstgespräche im Hause Nussbaum kreisen um die vom Vater verehrten Malern van Gogh, Utrillo und Carl Hofer. Die etablierten Osnabrücker Maler gehören ebenso zu den künstlerischen Sehbedingungen seiner Jugend, wie die Progressiven der Kriegsgeneration, die der Vater materiell unterstützt. Dürerbund, der fortschrittliche Kunsthändler Otto Meyer und die Kunstpublizistik der Zeit markieren den formalen Rahmen, seine Heimat Osnabrück und Ostfriesland, woher seine Eltern stammen, den inhaltlichen Rahmen seiner frühen Entwicklung.

Heiter-ironische Bilder

Zum Studium geht er über Hamburg nach Berlin, in die deutsche Kunstmetropole, wo der in der Provinz schon



Felix Nussbaum, Selbstbildnis mit Judenpaß (Ende 1943, Öl auf Leinwand, 56x49 cm)

Felix Nussbaum, Selbstbildnis mit Judenpaß (Ende 1943, Öl auf Leinwand, 56x49 cm)

Felix Nussbaum: als Künstler verfemt, als Jude ins Exil getrieben, verfolgt, ermordet — die Kunstgeschichte weiß nichts von ihm ...
Als vor zwölf Jahren die überraschend aufgefundenen Bilder aus dem Nachlaß in seiner Heimatstadt Osnabrück vorgestellt wurden, riefen sie sichtlich Bestürzung und Erschütterung hervor. Erinnern jedoch konnte sich kaum jemand an ihn.
Daß der Künstler Felix Nussbaum so völlig in Vergessenheit geraten konnte, hatte nicht nur damit zu tun, daß Osnabrück etwas abseits des großen kulturellen Geschehens liegt. Schließlich galt Nussbaum im Berlin der endzwanziger Jahre bereits als vielbeachtetes Talent. Der Grund ist anderenorts zu suchen: zwölf Jahre faschistischer Herrschaft haben nicht nur Mord und Terror, sondern auch die brutale Unterbrechung aller künstlerischen Traditionen mit sich gebracht. Nach Kriegsende paßten Leistungen wie die Felix Nussbaums nicht in die Wiederaufbau-Zeit. Realistische Maler — gerade auch politisch engagierte — die das Verdrängen nicht zuließen, waren nicht von Interesse. So wurde eine ganze Generation, und mit ihr auch Felix Nussbaum, vergessen. Darüberhinaus steht er exemplarisch für den aus Deutschland vertriebenen Geist und die kulturelle Leistung des deutschen Judentums. Vor allem aber: seinem Werk, seinem Leben und Sterben kommt schon deswegen besondere Bedeutung zu, weil es — stellvertretend für die Millionen namenlosen Opfer — den Leidensweg der deutschen Juden für uns in allen seinen Stationen nachvollziehbar macht.

früh als Avantgardist anerkannte Künstler Erfolg und Bestätigung erwerben will. Er lernt bei Willy Jaeckel, Cesar Klein und Paul Plontke, wird 1928 Meisterschüler von Hans Meid. 1927 hat er, erst 23jährig, in Berlin in der Galerie Casper am Halleschen Ufer seine erste Einzelausstellung.

Er beteiligt sich mit den Künstlern seiner Generation an zahlreichen Ausstellungen, erhält wohlwollende Ausstellungskritiken und Artikel in den Kunstblättern, die sich erfreuen „an der naiv gelaunten Stillvergnügtheit der Betrachtungsweise“. Sein Gemälde „Der tolle Platz“, das er 1931 in der Sezession ausstellt, wird zum Tagesgespräch und macht ihn weit über Berlin hinaus als Maler vergnügt-satirischer Bilder bekannt.

Dekorative Fluchten

Als Krönung seines raschen Erfolges erhält er 1932 ein Stipendium der Berliner Akademie für die Villa Massimo in Rom. Einer seiner Mitstipendiaten heißt Arno Brecker. Dieses zufällige Zusammentreffen zeichnet bereits den weiteren Weg vor. Der eine setzt, nur wenige Jahre später, als Hitlers Lieblingsbildhauer in gigantischen Plastiken die Weltanschauung ins Bild, der der andere zum Opfer fiel.

Mit der Machtergreifung der Nazis holt ihn der Judenhaß Deutschlands in Rom ein. Persönliches Mißgeschick (wie der Brand seines Berliner Ateliers) und die bekannten Ereignisse in Deutschland nach dem 30. Januar: Boykott jüdischer Geschäfte, Entlassung von Professoren der Akademie, Bücherverbrennung waren vorausgegangen, als Josef Goebbels im Mai 1933 Rom und die Villa Massimo besucht. Nussbaum flieht Hals über Kopf aus Rom an die italienische Riviera, nach Alassio und Rapallo. Er wird nie mehr nach Deutschland zurückkehren. Für ein Jahr gelingt es ihm, den Schrecken seines panischen Aufbruchs von Rom und über die politische Entwicklung in Deutschland in Bildern außerordentlicher Harmonie und Schönheit zu beschwichtigen.

Der heitere, fast sorglose Ferienklang seiner italienischen Arbeiten überrascht. In Rapallo hat Felix Nussbaum seine aus Deutschland ausgereisten Eltern wieder. Glück auf Zeit — für eine kurze Spanne nur! Bald treibt die Eltern, die sich selbst jetzt noch mehr als Deutsche denn als Juden fühlen, das Heimweh zurück. Felix Nussbaum und seine Lebensgefährtin, die polnisch-jüdische Malerin Felka Platek, schätzen die bedrohlich gewordene Situation angemessener ein. Über Paris reisen sie Anfang 1935 mit einem Touristenvisum nach Belgien, Ostende ein. Das endgültige Exil beginnt.

Exil

Anfangs scheint das Leben in der Fremde Felix Nussbaum und sein Werk nur wenig zu verändern. Er malt und zeichnet weiterhin, was er auch bisher bevorzugt gemalt und gezeichnet hat: Fischerboote und Hafenszenen, harmlos scheinende Veduten.

Nach Ablauf seines Visums bekommt er zunehmend die Bedingungen der Emigration zu spüren: das Leben in Pensionen und der ständige Wechsel des Aufenthaltsorts, um in den Besitz einer jeweils nur ein halbes Jahr gülti-

der Emigration zu spüren: das Leben in Pensionen und der ständige Wechsel des Aufenthaltsorts, um in den Besitz einer jeweils nur ein halbes Jahr gülti-

gen Aufenthaltsgenehmigung zu kommen. Es fehlt ihm die Resonanz auf seine Kunst durch Kunstkritik und Ausstellungen in einem fremden Land, in dem jede Arbeitsaufnahme zur sofortigen Ausweisung führt. Er gerät in tiefe Krisen seines künstlerischen Selbstverständnisses.

Seine Bilder zeigen — z.B. durch häufige Verwendung von Masken und Vermummungen — die immer stärker werdende Unsicherheit, Selbstzweifel, sein Gefühl der Sinnlosigkeit der Arbeit und die Bedrohung durch die Emigrantenpolitik des Gastlandes. 1939 erlebt er als deutscher Jude den Beginn des Krieges im Ausland. Nun endgültig heimatlos findet er in seiner „politisch“ verstandenen Kunst eine neue Stabilität.

Angst und Isoaltion

Am 10. Mai 1940, als die faschistischen Truppen Frankreich und die Beneluxländer überfallen, werden unterschiedslos alle deutschen Emigranten — jüdische Flüchtlinge, Kommunisten, Sozialdemokraten — aber auch Gestapoleute — von den Behörden des angegriffenen Landes als „feindliche Ausländer“, als „fünfte Kolonne“ verhaftet. Am 10. Mai 1940 wird auch Felix Nussbaum, nunmehr in Brüssel wohnend, in seiner Wohnung in der Rue Archimede 22 aufgegriffen und in dem südfranzösischen Lager Saint Cyprien interniert.

Die Brutalität des Lagers, die Todesnähe setzen Ängste in ihm frei, die nach seiner Flucht zu seiner Frau in das von den Deutschen besetzte Brüssel Thema seiner Bilder werden. Die sich verschärfende Judengesetzgebung gestaltet er in den Erfahrungen des Internierungslagers: in Bildern von Angst und Bedrohung, von Sprachlosigkeit, von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein.

Jüdisches Schicksal

Mit dem Beginn der Deportationen aus den besetzten Gebieten in die Vernichtungslager des Ostens Mitte 1942, als ihn die Gestapo erstmals sucht, werden seine Bilder zum Tagebuch der Isolation des im Versteck vor den Nazis lebenden Juden. In dem bekannten Selbstbildnis mit Judenstern und Judenpaß fügt er sich in die über 10 Jahre als tödliche Bedrohung verdrängte Tatsache, daß er unausweichlich Jude im rassischen und rechtlichen Sinn der Nazis ist und daß er deren tödlicher Vernichtungsmaschinerie nicht entkommen kann. Er löscht in diesem Bild die Einträge von Nationalität und Geburtsort in seinem Ausweis und akzeptiert, daß seine Heimat ihn als Mensch nicht mehr schützt und als Künstler nicht mehr zur Kenntnis nimmt, daß ihn seine Heimatstadt ausgestoßen hat.

In tiefer gefühlsmäßiger Anteilnahme gestaltet er jene letzten Bilder, die vom jüdischen Schicksal handeln und die ihm Hoffnung zu überleben geben. Ihre singuläre Darstellung wird seinen posthumen Ruhm begründen.

1944 im Juli wird er aufgrund einer gezielten Denunziation mit seiner Frau verhaftet und über das Sammellager Mechelen nach Auschwitz deportiert. Seine Eltern und sein Bruder waren bereits Anfang 1944 von Amsterdam dorthin verschleppt worden.

* * *

„Gefangene in Saint Cyprien“ — Politisierung eines bürgerlichen Künstlers

Seit Saint-Cyprien geht ein Riß durch Nussbaums Leben und Werk. Alle Beliebigkeit fällt von ihm ab. Ein anderer Künstler begegnet uns jetzt als der, den wir bisher kannten. Internierung, Flucht aus dem Lager, das Leben im Untergrund und die ständige Bedrohung sind Schlüsselerlebnisse, die ihn nun zu seinem eigenen Thema finden lassen. Sofort nach seiner Rückkehr nach Brüssel im Spätherbst 1940 setzt Nussbaum seine leidvollen Erfahrungen ins Bild.

In den „Gefangenen in Saint-
nach Brüssel im Spätherbst 1940 setzt Nussbaum seine leidvollen Erfahrungen ins Bild.

In den „Gefangenen in Saint-Cyprien“ von 1942 (erste Vorzeichnungen entstehen schon Ende 1940) sitzen und stehen einige Männer, vor einem Stacheldrahtzaun postiert, um einen aus Brettern behelfsmäßig zusammengezimmerten Tisch, auf dem eine aus Pappe, Holz und Stacheldraht gefertigte Kugel steht, die sichtlich als Globus dient. Im Sand davor eine Konservendose, ein Paar zerrissene Schuhe, eine Ratte — Gefangenen-Camp.

Vier der Männer sitzen auf Bretterkisten direkt um den Tisch, hinter ihnen steht ein Nackter und daneben offenbar Felix Nussbaum, mit Hut, Stab und Bündel auf sein Entkommen anspielend.

Ein Mitgefangener Nussbaums berichtet: Am 10. Mai wurden alle deutschen Staatsangehörigen, die sich auf die stündlich im Radio ausgesendeten Aufrufe nicht meldeten, verhaftet und auf die jeweiligen Bürgermeisterämter gebracht. Nachts wurden sie per Lastwagen zum Sportpalast transportiert, 2000 — 3000 Personen, am nächsten Tag wurden sie in die Kaserne von Brüssel-Etterbeck geschafft, 5000 — 6000 Menschen. In mit Brettern vernagelten Güterwagen wurden sie — 70 Personen pro Waggon — ohne Wasser und Nahrung nach Frankreich abtransportiert. Bei der Ankunft in der Normandie waren alle bewußtlos, viele tot. Vor dem Weitertransport wurden sie einer Leibesvisitation unterzogen, „alle Wertgegenstände bekamen wir abgenommen. Ich sah dort zum ersten Mal Säcke von Geldscheinen und Schmuck und begann zu begreifen, daß es sich hier schon um Judenhaß der Wachmannschaften handelte. Sie wußten, daß wir zum größten Teil Juden waren, also reiche Leute sein mußten und mitverantwortlich für den Krieg, das wurde ihnen durch die tägliche Propaganda vorgemacht.“ Von dort wurden die Gefangenen nach Elne, der Bahnstation des Lagers Saint-Cyprien bei Per-

Fortsetzung nächste Seite

Peter Junk, geboren 1940 in Hamburg, studierte Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte in Hamburg und Münster. Nach langjähriger Volkshochschultätigkeit ist er heute als Diplom-Bibliothekar (Lektorat Kunst) in der Stadtbibliothek Osnabrück tätig. Er ist, gemeinsam mit Wendelin Zimmer, Autor des Buches „Felix Nussbaum: Leben und Werk“.



Felix Nussbaum, Gefangene in Saint-Cyprien (18. Juni 1942, Öl auf Leinwand, 68x138 cm)

Felix Nussbaum, Gefangene in Saint-Cyprien (18. Juni 1942, Öl auf Leinwand, 68x138 cm)

pignan an der südfranzösischen Küste nahe den Pyrenäen gebracht.

Im Lager, das 1937/38 von entlassenen Spanienkämpfern zwischen dem Meer und einem Sumpfgebiet errichtet worden war, befanden sich ca. 2000 „feindliche Ausländer". Es gab weder Einrichtungsgegenstände — nur was aus Kisten selbst gefertigt worden war —, noch einen festen Boden, man schlief im Sand. Einige der Baracken waren bereits zusammengebrochen und nicht mehr benutzbar. Das Lager war mit doppeltem Stacheldrahtzaun und elektrisch geladenem Draht gesichert.

Unter den Gefangenen in den einzelnen Lagern gab es trotz der sozialen Unterschiede und politischer Spannungen Kontakte. So trafen sich einige, um „Vorlesungen" abzuhalten und damit die Zeit des Wartens erträglicher zu machen. „Das Gemälde hat mich beeindruckt, es entspricht genau den Tatsachen bis auf die Mandoline ... Die Köpfe entsprechen dem damaligen Aussehen ... In diesem Fall dürfte es sich um eine Vorlesung über Geschichte gehandelt haben."

„Anfangs behielt man die Schuhe an" (jeder hatte nur das Paar, das er bei seiner Verhaftung trug), „um die Berührung mit dem heißen Sand zu vermeiden. So fielen diese in wenigen Wochen auseinander."

In der glühenden Hitze waren „die Leute von einer Apathie befallen und regten sich nur bei der Essensverteilung. Das Essen bestand aus rohem Gemüse, dünner Suppe und verschimmeltem Brot. Das führte nach 14 Tagen Haft bei vielen Häftlingen zu Dysenterie und Typhus", gegen die keinerlei Medikamente vorhanden waren.

„Die Wachmannschaften waren sehr streng und es kam nachts öfters zu Schießereien ... natürlich auch Tote."

Unter dem Schock des Lagers unterschrieb Felix Nussbaum am 3. August 1940 ein Papier der französischen Lagerleitung, in dem er um Rückführung ins Reich nachsuchte. Im Waffenstillstandsvertrag mit Frankreich war festgelegt worden, daß die Vichy-Regierung im unbesetzten Frankreich alle in Kriegs- und Zivilgefangenschaft festgehaltenen Deutschen auszuliefern hatte. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hielt sich eine deutsche Kommis-

festgehaltenen Deutschen auszuliefern hatte. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hielt sich eine deutsche Kommis-

sion am 12. und 13. August 1940 auch in Saint-Cyprien auf. „Jeder Einzelne von uns wurde verhört. Die Beamten, die ja zum Teil zehn Tage vorher noch als Gefangene unter uns gewesen waren, erkannten fast alle Personen wieder. So gab es dann für viele politische Flüchtlinge Abtransporte sofort in deutsche Konzentrationslager."

Mit dem zweiten Transport der Rückkehrwilligen wurde Felix Nussbaum in die Kaserne von Bordeaux transportiert. Da aber nur „Arier" nach Deutschland zurückkehren durften, wurden Juden wieder ins Lager zurückgebracht. Nussbaum gelang es mit Hilfe eines bestochenen Milchmannsaus der Kaserne zu fliehen. Er gelangte von Bordeaux mit einem Rot-Kreuz-Zug nach Paris und von dort weiter bis zum Gare du Midi in Brüssel.

Hier reglementierte das Militärrecht das Leben im besetzten Belgien. Am 28.10.1940 erließ der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich die erste „Verordnung über Maßnahmen gegen Juden", die unter anderem deren Registrierung vorschrieb. Am 24.12.1940 unterschrieb Felix Nussbaum das Formular des Judenregisters.

Sofort nach seiner Rückkehr zeichnete und malte Nussbaum mehrere Bilder, die seine Lagererfahrungen wiedergeben. Er muß diese Bilder schon während des Lageraufenthalts vor Augen gehabt haben. „Er glaubte an eine Gerechtigkeit und daß alles, was wir erlebten, ein großer Irrtum sei, trotz seiner Visionen, von denen er sprach, wenn er seine fürchterlichen Depressionen — Angstzustände hatte. Ich war deshalb sehr beeindruckt, diese Bilder zu sehen, die er erst später gemalt, aber von denen er mir damals erzählt hat: was man mit uns anstellten und daß man uns umbringen würde.".

Die Wachen waren oft betrunken, „denn auch sie hatten eine gewisse Angst". So ging es bis zum 26. Juni, als nach dem Abschluß des Waffenstillstands zwischen Frankreich und Deutschland die Waffenruhe eintrat.

„Selbstbildnis mit Judenpass" — Identifikation mit dem Judentum

Im Juni 1942 berichtet der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich in seinem „Tätigkeitsbericht Nr. 20 der Militärverwaltung für die Zeit vom 15. März — 1. Juni 1942", daß „die Judengesetzgebung in Belgien nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden (kann). Die Juden haben nur noch äußerst beschränkte Lebensmöglichkeiten. Der nächste Schritt wäre nunmehr ihre Evakuierung aus Belgien ...".

Am 28. Mai 1942 ist die „Verordnung zur Kennzeichnung der Juden" erlassen worden. Aufrufe zum Arbeitseinsatz im Reich über die Judenvereinigung laufen an. Nicht zuletzt ist Felix Nussbaum durch einen Bekannten, den seine Freunde für einen Spitzel der Gestapo halten, von Verrat bedroht.

Mutlosigkeit und Lähmung muß Felix Nussbaum überkommen haben, als er sich im „Selbstbildnis mit Judenpaß" dieser Wirklichkeit plötzlich im eigenen Bild gegenübersieht: Der Künstler, seine Kainsmale präsentierend: Judenpaß und gelben Stern. Den Hut tief in die Stirn gezogen steht er emotionslos starr der Realität seiner Vorstellungen gegenüber. Kraftlos biegt er das Revers seines Mantels um, unter dem der Stern sichtbar wird, den er solange vor sich selbst zu verbergen suchte. Der Mantelkragen, zum Schutz, um unerkannt zu bleiben, hochgeschlagen, bietet ihm keinen Schutz vor der eigenen Erkenntnis. Mit der Linken weist er kraftlos seinen mit „JUIF-JOOD" gestempelten Fremdenpaß vor. Ausweiskontrolle vor sich selbst. Ein harter Blick voller Fragen, Anklage, Ungewißheit.

Schutz suchend und doch zugleich ausweglos, ohne Rückzugsmöglichkeit, in die Ecke einer hohen Mauer gedrängt, ist kein Entkommen mehr möglich: er spielt im Selbstbildnis die Entdeckung seiner wahren Identität bei einer nächtlichen Kontrolle durch. Nicht Dokument ist diese Szene, sondern eine Vorstellung, die ihn dauernd verfolgt. Das Bild hat er nicht für einen Betrachter gemalt, nur für sich selbst. Alle Zeugen bestätigen, daß Felix Nussbaum den Judenstern in der Öffentlichkeit nicht getragen hat. Und auch einen Judenpaß hat er nie besessen. Er hat sich zwar am 24.12.1940 in das durch § 3 der „Verordnung über Maßnahmen gegen Juden" vom 22.10.1940 von allen belgischen Gemeindebehörden zu führende Judenregister der Stadt Brüssel eintragen lassen. Sein rückseitig auf den 26.6.1942 datiertes Paßbild könnte darauf hinweisen, daß er zeitweilig sogar daran dachte, auch zu dieser Zeit noch seiner amtlichen Meldepflicht nachzukommen und sich den vorgeschriebenen Paß ausstellen zu lassen. Sein deutscher Paß ebenso wie sein Fremdenpaß waren längst abgelaufen. Die Nr. 2985 des Ausweises ist die seines am 16.11.1939 (letztmalig) verlängerten Fremdenpasses, den er auch bei seiner Internierung bei sich hatte.

Selbstbildnis und Bild der Zeit. Die Nationalität „allemande" ist in „sans" (ohne) abgeändert. Dies entspricht der offiziellen Regelung, daß ein deutscher Jude ohne gültigen Paß staatenlos war. Die Eintragung des Geburtsortes ist bis zur Unkenntlichkeit übermalt, der rote, amtliche Judenstempel „JUIF—JOOD" ist an seine Stelle getreten. In dieser schmerzhaften Einsicht akzeptiert FElix Nussbaum, — anders als sein Vater, der diese Leistung bis zuletzt nicht vollbringen kann — daß ihn seine Heimat als Mensch nicht mehr schützt und als Künstler nicht mehr zur Kenntnis nimmt, daß ihn seine Heimatstadt ausgestoßen hat.

Das Bild ist unerbittlich in seiner fotografischen Schärfe, schonungslos in seinen giftigen Farben (wie das Gelb des Judensterns auf Mantel und Gesicht übergreift) und erstorben im schimmeligen Grau-Grün-Braun der Mauer. Felix Nussbaum realisiert unausweichlich, daß er Jude im rassischen und rechtlichen Sinn der Nazis ist und daß er deren tödlicher Vernichtungsmaschinerie nicht entkommen kann.

Ringsum nur hohe Mauer und darüber ein schmaler Streifen Zuversicht: Vögel in den Wolken, ein Blütenzweig, Licht noch in einem Fenster. Das Gebäude im Hintergrund, auf dessen Fenster noch Licht fällt, ist das Haus in der Rue Archimede 22. Dort, im zweiten Stock haben Nussbaums seit 1937 gewohnt. Der Baum im Hof des Hauses, dessen Äste im Bild „Gefängnishof" ein Mann kappte, treibt wieder einen blühenden Zweig. Hinter den dunklen Wolken des Nachthimmels erscheint ein helles Tagblau. Felix Nussbaum gibt die Hoffnung zu überleben nicht auf. Und die Abänderung seines Passes beweist: Nussbaum solidarisiert sich mit den Opfern, den Opfern seines Volkes. Der Maler sieht sich, weil Jude, selbst als Opfer. Die Identifikation mit dem Judentum, dem von ihm so lange verleugneten Glauben seiner Väter, ist endgültig vollzogen.

In der gesamten Kunst des antifaschistischen Widerstands ist kein Werk bekannt, das diesen doch so naheliegenden Gedanken aufgreift, sich selbst mit dem Zeichen der Verfolgung zu behaften. Das gibt diesem Bild seine entschieden politische Stoßrichtung.

Im Bild „Die Verdammten" findet man dieses Selbstbildnis als Eigenzitat wieder, auch hier ausweglos in eine Ecke gedrängt, eine unter zwölf Figuren (die zwölf Stämme Israels?), auf dem Todeskarren den Abtransport zur Vernichtung erwartend: er ist einer der Verdammten.

Am 5. Januar 1944 hat Felix Nussbaum dieses Bild vollendet. Am 31. Juli 1944 geht aus dem Sammellager Mechelen der letzte belgische Deportationszug ab. Die Häftlinge Nummer 284 und 285 heißen Felix und Felka Nussbaum. Am 3. August erreicht der Transport Auschwitz.

* * *

Überleben

Seit ihrer überhasteten Abreise aus Rom im Sommer 1933 haben Felix und Felka Nussbaum unter den beschwerlichen Bedingungen des Exils ihr Leben fristen müssen.

Viele traf die Flucht völlig unvorbereitet: ohne Mittel zum Aufbau einer neuen Existenz zu besitzen oder ohne bei den strikten Beschränkungen der Devisenausfuhr rechtzeitig Geld ins Ausland transferiert zu haben und ohne die Ausweispapiere verlängern zu können. Dennoch: die Flüchtenden waren froh, wenigstens jenseits des Machtbereichs der Nationalsozialisten in Sicherheit zu sein.

An eine Emigration mit ordnungsgemäßen Papieren, mit Ausreisegenehmigung und Einreisegenehmigung, war bereits seit 1934 kaum mehr zu denken, nachdem sich das westliche Ausland mit wenigen Ausnahmen (Verwandte oder Beziehungen zu einflußreichen Personen der Aufnahmeländer) der Einwanderung von Juden versperrt. So blieb nur die illegale Einwanderung, selten mit einem gültigen Touristenvisum, hauptsächlich von Organisationen oder berufsmäßigen Schleppern geführt.

Sicherheit vor der Ausweisung bestand für die Emigranten erst, wenn es gelang, den Aufenthalt im Gastland zu legalisieren. Doch eine Aufenthaltsgenehmigung war seit 1936 im westlichen Ausland kaum noch zu erhalten. Das einzige Land, das Flüchtlingen eine Aufenthaltsgenehmigung erteilte, wenn auch nur auf sechs Monate begrenzt, mit den üblichen schikanösen Behandlungen bei der Verlängerung, war Belgien. Die Flüchtlinge mußten die 15-km-Zone überschritten haben, sonst wurden sie sofort wieder zur Grenze zurückgebracht und ohne Verfahren den deutschen Behörden übergeben.

Neben der Sorge um das tägliche Brot war vor allem die ständige Bemühung um gültige Papiere das zentrale Thema all derer, die dem Faschismus hatten entkommen können.

Eines der wenigen erhaltenen Dokumente, die den Lebensweg Felix Nussbaums belegen, ist sein von den belgischen Behörden am 8. November 1937 ausgestellter Fremdenpaß, genauer: sein „Ausweis der Einschreibung in das Fremdenregister" (certificat d'inscription au registre des etrangers).

Aus ihm spricht die ganze Mühsal des Emigrantendaseins. Am Rand trägt er in roter Tinte den handschriftlichen amtlichen Vermerk: „Le porteur du present certificat s'engage, sous peine de renvoi immediat du royaume, a n'occuper en Belgique aucun emploi" (Der Träger des vorliegenden Ausweises verpflichtet sich, bei Strafe der sofortigen Ausweisung aus dem Königreich, in Belgien keine Arbeit aufzunehmen).

Mit diesem lapidaren Satz ist das Dilemma des Emigrantendaseins umschrieben. Abhängig von dem guten Willen des jeweils zuständigen Kommunalbeamten wurde die Aufenthaltserlaubnis nur dem erteilt, der nachweisen konnte, daß er der Öffentlichkeit nicht zur Last fallen würde: durch Vermögen, Unterstützung oder mindestens durch Eröffnung eines Kontos bei einer Bank. Eine Arbeitsgenehmigung wurde auf keinen Fall erteilt (denn auch Belgien besaß zu dieser Zeit eine hohe Arbeitslosenzahl und behielt freie Stellen seinen Staatsangehörigen vor).

Felix Nussbaum und Felka Platek, die 1935 aus Italien kommend über Paris nach Belgien einreisten, waren — wie nur wenige Emigranten — in der glücklichen Lage, beweisen zu können, daß sie ohne Arbeit leben konnten.

Ihre Akte der belgischen Fremdenpolizei (Dossier 146129) ist erhalten. Aus den minutiösen Eintragungen läßt sich das Leben Felix Nussbaums und Felka Plateks im Exil bis zum Kriegsbeginn lückenlos rekonstruieren.

Am 2. Februar treffen sie mit bis zum September gültigen Visa in Ostende ein. Auf Grund von Referenzen zweier bekannter Persönlichkeiten, des künstlerischen Direktors des Kursaals von Ostende, Dr. Desire Steyns, und des berühmten Malers James Ensor, verlängern die Behörden am 26. September ohne weiteres die Visa. Am 1. Oktober 1935 ziehen Nussbaums nach Molenbeek Saint Jean (Brüssel) in die rue Jennart 24. Die Gemeindebehörde stellt ihnen am 16. November einen Fremdenpaß aus. Hier leben sie das nächste halbe Jahr, unternehmen einen kurzen Abstecher nach Niveze bei Spa in den Ardennen und ziehen Ende Mai 1936 wieder nach Ostende in eine Pension in der Christina Ramp 11. Nach einem weiteren halben Jahr kehren sie nach Brüssel zurück, in die rue Marie de Bourgogne 56 (zwischendurch machten sie eine Reise nach Forest). Dann folgt ein weiteres halbes Jahr in Ostende, bevor sie sich am 9.9.1937 endgültig in Brüssel, zuerst in der rue Lipse 27, nach ihrer Heirat am 6. Oktober in der rue Archimede 22 niederlassen.

Beide verfügen nach einer Eintragung in ihrer Akte über 40.000 Francs an Ersparnissen und nach einem anderen Eintrag über eine monatliche Unterstützung von 800 Francs von einem Onkel namens van Dyk in London. So konnten sie leicht die geforderte „Zusage, keine Lohnarbeit anzunehmen", geben.

„Wir haben nicht gehungert, aber waren dauernd in Geldverlegenheit", berichtet Irmgard Keun, die wie Joseph Roth, Hermann Kesten, Stefan Zweig und viele andere ebenfalls in Ostende in den „hunderten billiger Hotels" lebte. Nusbaums ging es erheblich besser. Warum haben sie dann halbjährlich Wohnungen und Wohnort gewechselt?

Die

Dauerausstellung „Felix Nussbaum und die Zeit 1904 — 1944"

ist im Kulturgeschichtlichen Museum Osnabrück, Heger Tor Wall 28, zu besichtigen. Das Museum ist von Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, am Samstag von 10 bis 13 Uhr und am Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Fortsetzung nächste Seite


N° du dossier S. P. A 146.119
Nr van het dossier O. V
Nom / Naam Nussbaum
Prénoms / Voornamen Felice
Né à / Geboren te Osnabrück (Hannover) Allemagne
Le / Den 11 décembre 1904
Nationalité / Nationaliteit allemande
Signature du titulaire - Handteekening des houders,
Sceau communal
30F
IL 419090

Belgischer Fremdenpaß Nr. 412 für Felix Nussbaum, ausgestellt am 16. November 1935

Eines seiner letzten Bilder zeigt Felix Nussbaum in einer Dreiergruppe in kahlem Zimmer vor rissiger Wand mit Jarmulke, der rituellen Kopfbekleidung der Juden, und Gebetsmantel bekleidet, den Kopf kahlrasiert. Auf dem Tisch vor ihnen liegt eine Zeitung und ein nicht angenähter Judenstern. Felix hebt, wie um die drohende Gefahr zu bannen, die rechte Hand. Groß und drohend fällt ein Schatten auf die Wand und verdunkelt dort eine auf die Wand geheftete Karte. Leben zwischen Hoffnung und Angst, zwischen dem auf der Karte eingezeichneten Vormarsch der Alliierten und der kurzgeschorenen Haartracht des KZ-Häftlings.

Es ist nur schwer vorstellbar, daß Nussbaum unter diesen Umständen so lange unentdeckt blieb — noch schwerer vorzustellen, daß er in dieser Situation noch die Kraft zu künstlerischer Arbeit fand.

Physisch erschöpft („die Angst war seinem Gesicht abzulesen", berichten die Nachbarn) und oftmals von Angst gelähmt, malt er, um in der mechanischen Tätigkeit des Malens sich zu beruhigen. Willy Billestraet, der Felix Nussbaum oft beim Malen zuschaute, berichtete: „An manchen Tagen konnte er nicht arbeiten, weil ihm die Hände vor Nervosität und Angst zitterten."

Vor allem aber malt er, um anzuklagen, um — seine Bilder sind oft taggenau datiert — ein Tagebuch des Grauens zu hinterlassen, sich selbst in einem Akt der Selbstbehauptung gegen Tod und Gefahr zu sichern.

Die Kunst des antifaschistischen Widerstands ist fast ausnahmslos durch Zeichnungen repräsentiert. Dafür gibt es einen einleuchtenden Grund: schon der Terpentingeruch der Ölmalerei konnte verräterisch und damit lebensgefährlich sein. Daß Felix Nussbaum so viele Ölgemälde hinterlassen hat, das allein schon gibt seinem Werk eine einzigartige Bedeutung.

Neben der Mansarde in der Rue Archimède 22 besaßen Nussbaums bei der Familie Billestraet, die sie noch von Ostende her kennen, in der nahe gelegenen Rue General Gratry 23 eine Souterrainwohnung. Eine Ausweichwohnung zu besitzen konnte in dieser Zeit lebensrettend sein. Zwischen diesen beiden heimlichen Asylen sind sie nachts häufig hin und her gewechselt, ohne jemandem etwas davon zu sagen; die Bewohner des Hauses in der Rue Archimède 22 wußten nicht einmal etwas von der zweiten Wohnung, Kenntnis von Adressen bedeutet für den Mitwisser in Verhören Gefährdung.

In dieser Ausweichwohnung hatte sich Nussbaum ein Atelier eingerichtet, mit Staffelei und Brennofen. Freunde kauften für ihn billige Kaufhauskeramik, die Nussbaum bemalte, selbst brannte und die seine Freunde unter ihrem eigenen Namen, ja unter den Augen der Gestapo und teilweise sogar an Gestapoangehörige verkauften. So konnte er seinen Lebensunterhalt bestreiten. Seine eigentliche Arbeit aber leistete er in seinen Gemälden, wie unter Zwang — mit Pinseln, Farben und Leinwänden, die ebenfalls Freunde besorgten. Die Malerei hält ihn aufrecht, ist Mittelpunkt seines Daseins. Ihr zuliebe nimmt er die Gefahr, bei seinen allnächtlichen Wechseln zwischen Wohnung und Atelier einer der vielen Razzien in die Arme zu fallen, bewußt auf sich. Ihr zuliebe bittet er Freunde, seine Bilder durch das besetzte Brüssel zu einem Fotografen zu tragen, um sie wenigstens im Foto zu erhalten (tatsächlich sind etliche Bilder nur als Fotoabzug auf uns gekommen). Und noch kurz vor seiner Verhaftung gilt seine letzte Sorge seinen Bildern: er bittet einen Freund sie zu verstecken: „Wenn ich untergehe, laßt meine Bilder nicht sterben!"

* * *

Der letzte Wunsch des Künstlers ist erfüllt worden. Die Stadt Osnabrück hat einen Großteil seiner Bilder angekauft — mithilfe großzügiger Spenden aus weiten Kreisen der Bevölkerung. Ob Felix Nussbaum dies gewollt hätte, bleibt fraglich. Nicht umsonst hat er sich ja im „Selbstbildnis mit Judenpaß" von seiner Geburtsstadt losgesagt. Aber wenigstens dieses Eine ist damit sichergestellt: seine Bilder leben. Leben und legen Zeugnis ab von Haß und Terror, von der Zerstörung eines künstlerischen Schaffens, von der Ermordung einer Person und eines ganzen Volkes.

Es liegt an uns, sein Werk nicht ungeschehen zu machen: „Das Gedächtnis ist das Fundament aller Zivilisation. Wer immer uns auffordert, alles zu vergeben und vergessen, mutet uns zu, wir sollten solche Barbaren werden, wie es jene Mörder sind, die sich selbst alles vergeben und alle ihre unmenschlichen Untaten vergessen haben. Politisch will ich von Vergebung nichts hören! Es darf, was damals geschehen ist, nie wieder geschehen!" (Jean Amery)

(1) Peter Junk/Wendelin Zimmer: Felix Nussbaum. Leben und Werk. Köln/Bramsche: DuMont/Rasch 1982. 264 Seiten, DM 98,—

Belgischer Fremdenpaß Nr. 412 für Felix Nussbaum, ausgestellt am 16. November 1935

Forts. von vorheriger Seite

Aufenthaltsgenehmigungen wurden von den kleineren Gastländern wie Belgien nicht nur wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten so zurückhaltend ausgestellt — sie waren vielmehr bemüht, alles zu vermeiden, was der mächtige faschistische Nachbar als Verletzung der Neutralität auslegen konnte.

Emigranten erhielten normalerweise eine sogenannte „carte blanche" (weißer Ausweis). Sie bedeutete die Einschreibung in das Fremdenregister und war 6 Monate gültig. Sie war leichter zu erneuern, wenn man sie an einem neuen Wohnort neu beantragte, statt sie an der alten Adresse zu verlängern. Nur äußerst selten erhielt ein Flüchtling eine sogenannte „carte jaune" (gelber Ausweis). Sie bedeutete die Einschreibung in das belgische Bevölkerungsregister, beinhaltete eine zweijährige Aufenthaltserlaubnis und stellte den Emigranten dem belgischen Staatsbürger nahezu gleich. Der Besitzer eines solchen Papiers durfte nicht ausgewiesen werden.

Am 11. Juni 1937 wurde der Antrag Felkas auf Ausstellung einer „carte jaune" von den Behörden abgelehnt. In der Hoffnung dadurch den Ausweis zu bekommen, heirateten sie und nahmen eine feste Wohnung in Brüssel. Ihr Antrag vom 8. November 1937 wurde abgelehnt; sie erhielten wieder nur eine „carte blanche". Die Unsicherheit, ausgewiesen zu werden, blieb weiterhin bestehen.

Untergrund

Spätestens seit 1940, seit der Besetzung Belgiens durch die Deutschen, seit seiner Flucht aus dem Lager, geht es für Felix Nussbaum nicht mehr nur um Mühsal und Erschwernisse des Exilalltags, sondern ums nackte Überleben. Anfangs ist er mit seinem Wohnsitz in der Rue Archimède 22, in die er zurückkehrt, den Behörden noch bekannt, ist ins Judenregister eingetragen und kommt noch bis Mitte 1942 der amtlichen Meldepflicht nach — bis auch in Belgien der „Judenstern" eingeführt wird und die ersten Aufrufe zum „Arbeitseinsatz im Osten" erfolgen.

Seit Ende Juli 1942 stellt der „Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich — Militärverwaltungschef" über die Zwangsvereinigung des Judenrates „Arbeitseinsatzbefehle" zu, sich im Sammellager, der Kaserne Dossin in Mechelen einzufinden. Der erste Transport mit 1.080 Juden verläßt Mechelen am 4. August 1942 in Richtung Auschwitz. In Flugblättern des belgischen Widerstands und über den englischen Sender waren die Juden, die den Arbeitseinsatzbefehlen freiwillig nachgekommen waren, eindringlich gewarnt und über den wahren Zweck des Einsatzes aufgeklärt worden. Sie gingen wieder in den Untergrund. Verschärfte Razzien waren die Folge. Am 19. Januar 1943 geht der 19. Transport nach Auschwitz ab, wieder mit 1.000 Personen.

Auch Nussbaums gehen in den Untergrund. Der befreundete Bildhauer Dolf Ledel nimmt sie für ein halbes Jahr in seiner Wohnung auf. Die Witwe des Bildhauers berichtet: „Seit 1936 waren wir mit Felix Nussbaum in großer Freundschaft verbunden und besuchten uns wechselweise. Eines Abends trafen wir bei Felix einen gewissen Kern an. Er behauptete, Jude und ein großer Förderer der Emigranten zu sein. Mein Mann fand Kern äußerst unsympathisch, mißtraute ihm und war Felix gegenüber äußerst besorgt. Felix jedoch entzog Kern nicht sein Vertrauen. Im Januar 1942 aber kam Felix atemlos und voller Entsetzen in unserer Wohnung an, sie seien verloren, die Gestapo suche sie. Daraufhin haben wir sie ca. 6 Monate bei uns versteckt. Nur wußte Kern ja genau über uns alle Bescheid. Im Juni 1942 sind wir darum in den Maquis gegangen. Felix und Felka aber sind in ihre Wohnung zurückgekehrt." Da auch diese Wohnung der Gestapo bekannt ist, quartiert sie der Vermieter des Hauses, Mitglied des belgischen Widerstandes, in der direkt über der Wohnung gelegenen, bisher nie benutzten Mansarde ein. Dort vermutet sie die Gestapo nicht.

Hier, mehr eingesperrt als verborgen, mit einer aus Sicherheitsgründen immer geschlossenen und verhängten Dachluke als einzigem Kontakt zur Außenwelt, verbringen Nussbaums die letzten zwei Jahre. Selten nur lassen sie sich — als letzte Überlebende einer längst „judenreinen" Straße — außerhalb ihrer vier Wände sehen, zum Einkauf in einem gegenüberliegenden Laden, deren Besitzer sie decken. Freunde versorgen sie mit Geld und Nahrung, der Vermieter mit gefälschten Lebensmittelkarten — und mit Informationen.

In den „Meldungen aus Belgien und Nordfrankreich des Beauftragten der Sicherheitspolizei und des SD" Nr. 12/44 heißt es: „In fast allen Wohnungen der illegal lebenden Juden sind Wandkarten vorgefunden worden, auf denen der Frontverlauf eingezeichnet war und zwar stets der, wie er von der Feindseite aus angegeben wird." Nussbaums Vermieter bestätigt: „Ich habe Felix stets über alle Neuigkeiten, die ich aus dem englischen Sender wußte, informiert. Über den Stand der alliierten Truppen wußte er genau Bescheid."

Entgegnung auf den Leserbrief in AK 237 "Computer können nicht denken"

Entgegnung auf den Leserbrief in AK 237 "Computer können nicht denken"

Computer-Kriegs'spiele' - Bedürfnisse nach Träumen, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten?

Lieber Leserbriefschreiber aus Köln!

Vorab: Du schreibst, mein Artikel in AK 232 („Spaß für alle ohne Ende?") sei „*in seinen Sachaussagen, aber auch in seiner Methode recht typisch, wie Linke und solche, die sich dafür halten, sich mit der aktuellen imperialistischen Massenkultur auseinandersetzen*". Diese vielversprechende Ankündigung ist eine von vielen Behauptungen, die durch wenig Substanz, aber umso mehr durch blöde Polemik glänzen und mit z.T. völlig unberechtigter Kritik untermauert werden. So, wie Du Deine Kritik führst, kann ich dies nur als arrogante Besserwisserei bzw. dumme Anpinkelei, nicht als solidarischen Beitrag verstehen. Es wäre der Bedeutung des Themas wesentlich angemessener gewesen, Deine im Forschungsprojekt gewonnenen Erfahrungen zum allgemeinen Nutzen und als Anreiz einzubringen, einige Deiner Gedanken konkret weiterzuführen, statt Dich als der Fachmann für „Binär- Logik" aufzuspielen.

Nun zu einigen Aussagen in Deinem Artikel: Du schreibst, es gäbe einen „*erkennbaren Trend*" zu mehr friedlichem Computer- Spielzeug, was allerdings unbelegt bleibt. Es wäre ja nicht uninteressant, wenn es diesen gäbe, auch die Hintergründe usw. festzustellen. Es würde darüberhinaus nicht eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem „Vergnügen für die ganze Familie" überflüssig machen, in denen Kindern militaristische Propaganda auf dem Stand modernster Kriegstechnik untergejubelt wird: Cruissile Missile, Space Hawk, Missile War, Breakout, Lasergeschütze, Angriffsverbände, Stoßtrupps, Materialschlachten, schlagkräftige Verteidigungssysteme — um nur ein paar **Fakten** zu nennen.

Du kritisierst, bei den Computer-Kriegs„spielen" ginge es bei allen Dir bekannten Spielen nicht um Städtezerstörung, sondern darum, diese zu verhindern. Diese womöglich „*sinnlose Haarspalterei*" würde von den „*Millionen Einwohnern dieser Städte, zu deren Beschützern sich die Kinderkommission aufschwingt ... etwas anders beurteilt werden, wenn es diese Einwohner nur gäbe*". Leider hast Du meinen Gedanken aus dem Gesamtzusammenhang gerissen. Ich hatte anhand von Zitaten und Bildern aus Anleitungs- und Werbebroschüren geschildert, daß in diesem „Feierabendvergnügen" in der sehr effektreichen Kombination von abstrakten Pünktchenbildern, Originalkampfgeräuschen („*...Und lodern und prasseln da nicht echte Flammen, obwohl das nur aus dem Lautsprecher kommen kann?...*") und fachlich militaristischer Anleitung, wie sie aus Bundeswehr-Computerlehrgängen bekannt ist, völlig untergeht, daß in **Wirklichkeit** in diesen abstrakten „*Städten, Straßen, Fabriken auch noch lebende Menschen wohnen*".

In der Abstraktheit dieser Spiele wird der ganze reale Hintergrund der Kriegsvorbereitungen mit gleichen Inhalten (Autorität, Gehorsam, Befehl, Disziplin, Anpassung, Duckmäusertum, Phantasielosigkeit) sozusagen „spielerisch" indoktriniert. Kinder haben nur die Wahl, diese Spiele und damit diese militaristischen Inhalte zu spielen oder nicht. Im übrigen ist es so, daß der **Aufbau** von **Feindbildern**, gegen die es gilt, die Städte vor Zerstörung zu verteidigen, ein wesentlicher Bestandteil militaristischer Propaganda zur Kriegsvorbereitung (Verteidigung des Vaterlandes) ist, um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das die Durchführung eines Krieges erleichtert. Dazu gehören die Inhalte, wie sie in den militärischen Computerspielen — von diesen war auch nur die Rede — perfekt und spannend angeboten werden. Da brauchen nur noch die Worte ausgetauscht zu werden. In gewisser Weise erinnert mich Deine Argumentation an die Logik der Militaristen, die die Pershing II- Raketen damit verharmlosen und schmackhaft machen wollen, indem sie erzählen, es seien ja gar keine **Angriffswaffen**, sondern nur **Verteidigungswaffen**. Selbst wenn man dieser Logik folgen wollte, würde der Einsatz dieser Waffen bei gegebener militärischer Optionen sowohl von uns als auch von unseren Nachbarn nichts mehr übrig lassen, d.h. auch der Einsatz dieser angeblichen „Verteidigungs"- Waffen führt zur totalen Vernichtung. Die ideologischen Absichten bleiben auch auf der abstrakten Ebene dieser „Spiele" die gleichen.

Im interessantesten Teil Deines Beitrags kritisierst Du nicht die **Ideologie** der „gleichen Spiele", sondern die immer gleichen „Programme" bzw. die ihnen zugrunde liegende gleiche „Binär- Logik" sei „*in höchstem Maße gewalttätig*", da die Menschen gezwungen würden „*sich unter Vorspiegelung realer Ereignisse auf eine unmenschliche Maschinenlogik einzulassen, sich ihr anzupassen*". Und diese Gewöhnung bestimmter Formen „*der Wahrnehmung und Analyse der Wirklichkeit ... ginge weit über ihre Brauchbarkeit in den kommenden Produktions- und anderen Schlachten hinaus*". Sicherlich findet gegenwärtig in viel stärkerem Maße als früher eine Kulturzerstörung in den verschiedenen Unterhaltungsmedien statt. Aber dies ist m.E. nur eine und nicht zwangsläufige Seite des „*Mensch-Maschinen-Dialogs*". Mit der gleichen Binär-Logik könnten ja z.B. auch hochqualifizierte Intelligenz- und Lernspiele etwa für den Unterricht von Vorschulkindern entwickelt werden usw., d.h. nicht die Binär-Logik, sondern die **Inhalte**, die mittels der „Programme" auf Grundlage der Binär-Logik vermittelt werden, sind Ursache der Kulturzerstörung. Die Diskussion um die Entmenschlichung und Zerstörung von Arbeitsplätzen durch Computer bzw. Roboter liegt m.E. dort schief, wo übersehen wird, daß der Hauptwiderspruch im „*Mensch-Maschinen-Dialog*" in dem unmenschlichen Einsatz dieser Technik gemäß den Interessen der Herrschenden liegt und nicht in den Computern als solchen. Millionen Menschen könnten z.B. bei Verwendung dieser Maschinen gemäß den Interessen der Arbeiter ohne Lohnverzicht — die Produktivität sinkt ja durch den Einsatz der Computerelektronik nicht; ganz im Gegenteil wächst der Reichtum der Reichen - sich wissenschaftlich, künstlerisch und ganz nach ihren eigenen Bedürfnissen betätigen und ihr Leben organisieren. Nicht der Computer, sondern die herrschenden Verhältnisse müssen bekämpft werden. Das soll allerdings nicht sinnvollen Schutzaktionen von Arbeitern und Angestellten gegen Entlassungen durch Einführung der Bildschirmtechnik widersprechen. Dieser Widerspruch prägt m.E. auch in ähnlicher Weise Deine Schlußaussagen „*Eskapismus? — Was denn sonst?*".

Sofern ich es überhaupt richtig verstehen konnte, kritisierst Du, daß die Computer-Kriegs-„Spiele" ein „*verbreitetes Bedürfnis nach dieser anderen Wirklichkeit*" ist, in die derzeit „*Millionen Menschen*" vor der Wirklichkeit fliehen und fern von den realen Anforderungen des Lebens — in einer Scheinwelt (das bedeutet „Eskapismus") ihre „*Träume, Wünsche, Hoffnungen und Ängste*" austräumen. Das ist mir beim besten Willen so nicht nachvollziehbar. Zur imperialistischen Kulturpolitik gehört neben der Vermittlung allen möglichen ideologischen Drecks zur Erhaltung dieses Systems eben auch ganz konkret militaristische Propaganda zu vermitteln: Je spaßiger, umso erfolgreicher. Mit diesen Computer-Kriegs„spielen" können die Menschen —wenn überhaupt — nur Träume und Hoffnungen „verwirklichen", die ihren ureigensten Interesssen absolut entgegenstehen.

C.,Kinderkommission/Hamburg

Sprayheit

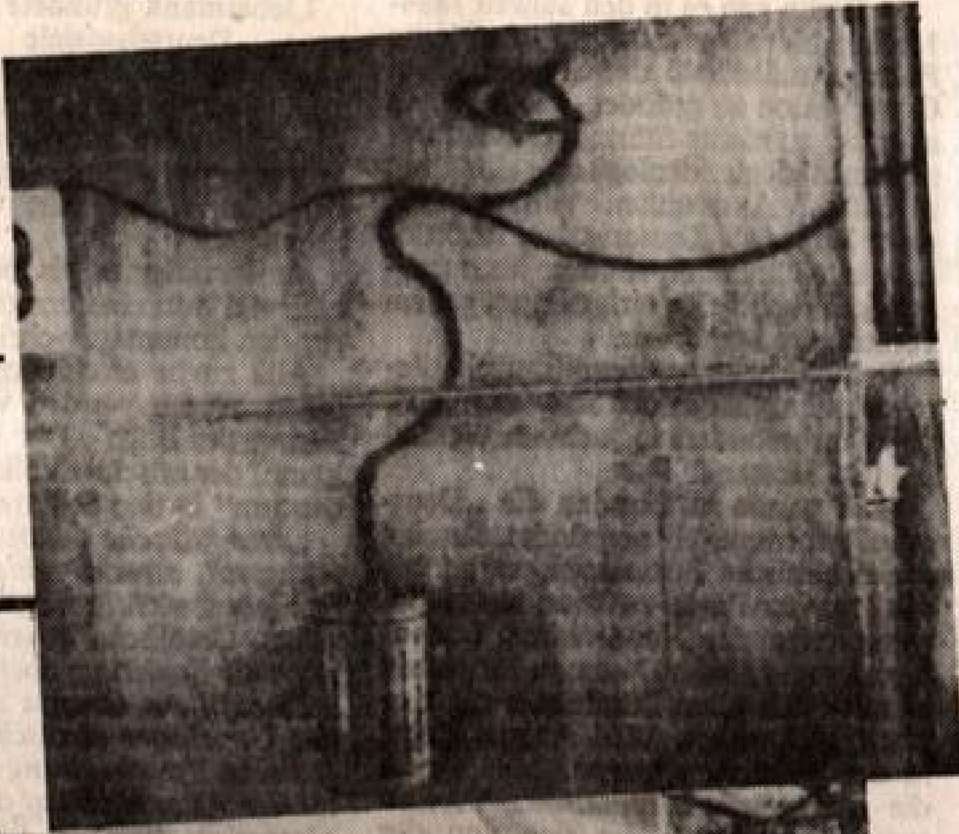
„...Und eines Tages bin ich sozusagen als kleiner Kunstreisender in ein naheliegendes Dörflein hineingewandert und wollte den Rokoko-Saal sehen, der hat dem Oberpfarrer gehört. Und der hat mich ganz schroff abgewiesen, der war ganz mürrisch und hat meine Rachlust herausgefordert. Und ich sagte mir: Na warte, ich will dir mal... Das war so ein dickbäuchiger Kaplan, irgend so ein höherer Würdenträger. Dann bin ich nachts um zwei Uhr bei Mondschein losmarschiert und bin bei seiner Residenz angekommen. Es war ein sehr schönes Gebäude, und sein Haus war genau neben der Kirche. Und da habe ich ihm einen unerhört häßlichen, dickbäuchigen Teufel als Türwächter hingepflanzt — nein, das waren zwei sogar. Die waren so gruselig, sahen so furchtbar aus und saßen da und haben den Pfarrer erwartet. Und dann muß man sich vorstellen, daß am Sonntag morgen all die Leute in die Kirche gehen und das gesehen haben. So hat das begonnen...“ (Der Sprayer himself in: „Spuren“ 1/83)

Vorsicht Starkstrom
Plakate ankleben verboten
Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt

Der Beton ist grau, die Betongehwege auch. Der Beton ist viereckig, die Betongehwege auch. Der Beton ist sauber, die Betongehwege auch. Da kommt ein Hund und hebt sein Bein. Dann kommt ein Mann und sprüht auf den Beton ein öffentliches Ärgernis. Das geht ganz schnell.

Aber weil Beton kein öffentlichtliches Ärgersin zu sein hat, sondern sauber wie fleißige Beamten dahinter, kommt ein grünes Uniform und nimmt den Mann mit. Und sperrt ihn hinter Beton, ganz ordentlich. Und jetzt ist der Mann ein Fall für die Justiz...





„Harald Nägeli hat es verstanden, über Jahre hinweg mit beispielloser Härte, Konsequenz und Rücksichtslosigkeit die Einwohner von Zürich zu verunsichern und ihren auf unserer Rechtsordnung beruhenden Glauben an die Unverletzlichkeit des Eigentum zu erschüttern.“ (Urteil des Obergericht Kanton Zürich)

„...hat der Angeklagte selber den engültigen Beweis erbracht, daß er sich nicht an die geltende Rechtsordnung zu halten gedenkt, sondern tut und läßt, was ihm gerade beliebt. Sechs Monate Gefängnis sind für das, was sich der Angeklagte auf Kosten zahlreicher Geschädigter und auch der Allgemeinheit erlaubt hat, einfach zu wenig. (...) Der Angeklagte ist ein Vorläufer der heutigen Schmierfinken, welche zusehens unsere Stadt versauen, und es gilt nun zu zeigen, daß derartigen Verschandlungstendenzen mit der vollen Härte des Gesetzes begegnet wird.“ (Berufungsantrag der StA gegen 1. Urteil, lt. „taz“, 3.9.83)

„...sich der Angeklagte offensichtlich mit etwelchem Stolz als 'der zürcher sprayer' bezeichnet (Urk. 22). Dies sowie die Hemmungs- und Rücksichtslosigkeit, mit der er während langer Zeit zahllose fremde Bauten besprayt hat, sind Umstände, die auch ohne entsprechendes psychiatrisches Gutachten die Annahme einer verminderten Zurechnungsfähigkeit rechtfertigen.“ (2. Urteil, Obergericht Kanton Zürich, S. 29/30)

„...Bezeichnenderweise unterließ es der Angeklagte auch, seine Zeichnungen zu signieren.“ (ebd., S. 28)

„...Daß der Beschwerdeführer seine Zeichnungen als Alarmbotschaft an die Gesellschaft, (...) als Ausdruck seines innern Widerstands gegen die fortschreitende Verbetonisierung der Stadt verstanden haben wollte, berücksichtigte die Vorinstanz im Zusammenhang mit der Frage der Zurechtnungsfähigkeit.“ (Urteil des Schweizerischen Bundesgerichtshofs, S. 6)

Kunst





L, Kulturkommission







Name: Harald Naegeli
Staatsangehörigkeit: Schweiz
Beruf: Künstler, seit 1977 Sprayer von Zürich

N. erstmals 1979 verhaftet, in 1. Instanz (1981) verurteilt wegen Sachbeschädigung in 181 Fällen zu sechs Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung + Schadensersatz + Prozeßkosten, in 2. Instanz zu neun Monaten ohne Bewährung, ansonsten s.o., endgültige Bestätigung durch Schweizerischen Bundesgerichtshof, seit 1982 per internationalen Haftbefehl gesucht. + + + N. wurde am 27.8.83 an der dänischen Grenze in Haft genommen, am 15.9.83 gegen 40.000 DM Kaution aus der Auslieferungshaft entlassen. + + + Der Fall N. ist wegen „grundsätzlicher Bedeutung der Rechtsfrage“ an den Bundesgerichtshof überstellt worden. + + + Gegen die Verhaftung des Sprayers, der bis dahin unbehelligt in der BRD gelebt und gearbeitet hatte, haben J. Beuys und andere schweizer und deutsche Künstler und angesehene Größen des Kulturbetriebes protestiert. Die Fachhochschule Gestaltung Wiesbaden hat dem Sprayer ab WS 83 eine Lehrauftrag angeboten. Ein schweizer Architekt hat die Stadt Zürich wegen „Zerstörung von Kunstwerken“ und auf Rücknahme ihrer Klage verklagt. Des Sprayers schweizer Anwälte haben die „Außervollzugsetzung“ des Haftbefehls beantragt, seine deutschen Anwälte mühen sich mit den (Wind)mühlen der hiesigen Justiz. + + + Derweil läßt die Stadt Zürich z.B. mit dem Tourismusheft „Merian“ Werbung für sich machen — mit vier Doppelseiten Kunst vom Sprayer. (alle Angaben nach FR, FAZ, „taz“)

Quellennachweis:
Kunstforum International, Bd. 50, Köln 1/83
Merian — Zürich, 36. Jg., Hamburg 1/83
„Spuren“ — Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft, Hamburg 1/83

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil VIII

Völkische Bewegung und Jahrhundertwende

Bismarks Rücktritt und die Ernennung des Generals Leo von Caprivi zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten bedeuteten einen Wendepunkt in der Geschichte des Reiches. Insgesamt war die wirtschaftliche Lage schlecht und die amerikanische Konkurrenz wurde spürbar. Die sozialdemokratische Bewegung wuchs immer stärker an. 1878, zur Zeit des Sozialistengesetzes, hatte die SPD 437.000 Stimmen. Nach 11 Jahren Unterdrückung erreichte sie nun 1.427.323.

Caprivi versuchte einen neuen Kurs der Entspannung nach Außen und der Versöhnung nach Innen. Die Sozialgesetzgebung wurde ausgeweitet, die Wirtschaftspolitik beruhte auf einer gemäßigten Zollpolitik, beides unterstützt von der Sozialdemokratie und gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen. Überdies waren die Konservativen über die Ablehnung eines Schulgesetzes, das den Kirchen die Aufsicht über den Religionsunterricht an preußischen Schulen geben sollte, nicht weniger aufgebracht. Die öffentliche Auseinandersetzung um christlich-konservative und liberale Schulpolitik bot naturgemäß die beste Möglichkeit für anti-liberale und antisemitische Angriffe. Die Konservativen befürchteten die Ausschaltung von Aristokratie und Kirche und stattdessen einen immer stärkeren Einfluß der Sozialdemokraten.

Bis zur Ära Caprivi (1890-1894) war die Konservative Partei ein loser Haufen und keine durchstrukturierte Partei. Komitees von Standespersonen, meistens Adelige, besorgten alles. Die Rechtsradikalen unter ihnen, geleitet von Wilhelm von Hammerstein (seit 1881 Leiter der „Kreuzzeitung" — siehe Anm.1) gewannen großen Einfluß.

Für Hammerstein und Stoecker war es von größter Dringlichkeit, die Partei auf ein offen antisemitisches Programm festzulegen: Die Führung des politischen Antisemitismus begann nämlich Stoeckers Händen zu entgleiten und drohte, anti-konservativ zu werden.

1887 war Boeckel als erster antikonservativer Antisemit in den Reichstag gewählt worden. Außerdem hatte 1889 in Bochum ein Antisemiten-Kongreß stattgefunden, ohne daß Stoecker auf ihn Einfluß gewinnen konnte.

Weiterhin brauchten die Konservativen, um die Schlacht im Parlament gegen die Caprivi-Regierung und die Sozialdemokratie auszufechten, nun eine Massenbewegung von rechts.

Nach einigem Hin und Her fand 1892 in Berlin wieder ein konservativer Parteitag mit über 1.000 Delegierten, darunter vielen Angehörigen des Mittelstandes, statt. Ins Parteiprogramm wurde wieder ein aggressiver Antisemitismus aufgenommen: *„Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundung unseres Volkslebens. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesell-**fessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesell-**schaftlichen Bande. Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir wollen die Monarchie von Gottesgnaden unangetastet wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zugunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken.*

Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten. Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche Konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat" (zitiert nach Paul W.Massing, „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus", Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd.8, S.69).

Den entscheidenden Auftrieb bekam die rechte Massenbewegung durch die Gründung des „Bundes der Landwirte". Der „Bund der Landwirte", mit seinem anti-liberalen, antisemitischen und arbeiterfeindlichen Programm wurde zum Hauptorganisator dieser Massenbewegung. Um die Jahrhundertwende zählte der „Bund der Landwirte" fast eine viertel Million Mitglieder, davon mehr als die Hälfte westlich der Elbe, das heißt dort, wo bisher preußische Konservative nur schwach verankert gewesen waren. Durch die Verbindung mit dem „Bund der Landwirte" konnten sich die Konservativen zu einer Massenpartei über das ganze Reichsgebiet entwickeln.

Bei den Wahlen 1893 zeigte sich, daß die Antisemiten, sei es der „Bund der Landwirte", Stoeckers „Christlichsoziale Partei" oder eine der unabhängigen radikal antisemitischen Gruppen, auf dem Lande und in Kleinstädten mehr Zugkraft besaßen als die Konservativen. Über die Arbeitsteilung zwischen Konservativen und Antisemiten schrieb ein durch „Panaschieren" gewählter Abgeordneter: *„Die konservative Partei trug die Kosten des Wahlfeldzuges und die antisemitische Partei stellte die Redner für die Bearbeitung der Ortschaften; sie verfügte nämlich über die eifrige Jugend"* (Massing), S.74). Eine ähnliche Arbeitsteilung fand später zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten statt. Die größten Erfolge bei der Wahl 1893 errangen die Sozialdemokraten einerseits, die Antisemiten andererseits: Die Antisemiten gewannen einen Stimmenzuwachs von über 450%, sie zogen mit 16 statt bisher 5 Abgeordneten in den Reichstag und konnten somit erstmals eine eigene Fraktion bilden.

Die Sozialdemokratie erhielt 1.786.700 Stimmen, dreimal soviel wie 1887 und 300.000 Stimmen mehr als 1890.

Angespornt durch die Könige von Sachsen und Württemberg, den preußischen Ministerpräsidenten Eulenburg, durch die Konservativen um Hammerstein, den kurz vorher gegründeten ultra-nationalistischen „Alldeutschen Verband" und den „Bund der Landwirte" — die ihren gemeinsamen Feind in Parlamentarismus, Liberalismus und Sozialismus sahen — wurde nun auf die Strategie des Staatsstreiches gesetzt. Eine aufeinanderfolgende Reihe von Wahlen und Reichstagsauflösungen sollte die Nation darauf vorbereiten. Allerdings kamen diese Pläne nie zur Ausführung.

Als im Juni 1894 der französische Präsident Sadi Carnot ermordet wurde, ergriff der Kaiser stattdessen die Gelegenheit beim Schopf, um energische Schritte gegen die umstürzlerischen Kräfte in Deutschland zu verlangen.

Zum Nachfolger Caprivis und Eulenburgs (preußischer Ministerpräsident nach Caprivis Rücktritt) wurde der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst berufen. Unter seiner Zum Nachfolger Caprivis und Eulenburgs (preußischer Ministerpräsident nach Caprivis Rücktritt) wurde der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst berufen. Unter seiner Regierung entwickelte sich die Politik der Unterdrückung nach innen und des Abenteurertums nach außen, die den wilhelminischen Imperialismus kennzeichnet. Die Konservativen und die einstmals liberale Bourgeoisie trafen sich in ihrem Bestreben nach Vernichtung der jungen sozialistischen Arbeiterbewegung, nach Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und nach Beendigung der sogenannten „sozialen Philantropie".

Die völkische Bewegung

Sowohl der konservativ-protestantische also auch der völkische Antisemitismus fanden ihren Ausgangspunkt in Berlin. Zunächst schlechter organisiert, konnten die Völkischen in den neunziger Jahren die Führung der antisemitischen Bewegung an sich reißen. Der erste Propagandist einer politischen Organisation mit einem radikalen Antisemitismus als einzigem Ziel war Moritz Busch.

1880 hatte er in der Zeitschrift „Grenzbote" eine Artikelserie veröffentlicht, die später in Buchform unter dem Titel „Israel und die Gojim" publiziert wurde. Busch, der bereits unter Bismarck seine journalistische Karriere begonnen hatte und als dessen publizistischer Handlanger galt, forderte eine von allen Parteien unterstützte Organisation, die nur dem Zweck gewidmet sein sollte, die Juden aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Auch Wilhelm Marrs „Antisemiten-Liga" (1879) und Ernst Henricis „Soziale Reichspartei" (1880) hatten Ähnliches versucht, allerdings erfolglos. Henricis Versuch mit der „Sozialen Reichspartei" kündigte allerdings die spätere Tendenz an:

Er forderte eine Zentralisation der Regierungsgewalt, eine aggressive Außenpolitik, die Versöhnung des liberalen Mittelstandes und der Arbeiterklasse mit dem Kaiserreich im Zeichen eines ungehemmten Imperialismus. Kurze Zeit arbeitet Henrici mit dem ultrakonservativen ehemaligen Offizier Max Liebermann von Sonnenberg zusammen, der später gemeinsam mit Nietzsches Schwager Bernard Förster eine eigene Organisation aufbaute, den „Deutschen Volksverein". Diesen unterstellte er dem Konservativen Zentralkomitee in Berlin.

In Berlin gab es in den Jahren 1884-1885 mehrere Versuche, antisemitische Parteien außerhalb der Stoeckerschen Organisation zu gründen, die wenn sie allesamt zu nichts führten, den Antisemitismus doch ideologisch salonfähig machten. Antisemiten galten nicht mehr länger als Konservative, Reaktionäre und ähnliches, sondern als durchaus fortschrittliche, aufgeklärte, gar revolutionäre Menschen.

Der völkische Antisemitismus breitete sich zunächst in den Provinzen aus, dabei insbesondere in Sachsen, Westfalen und Hessen.

1880 wurde in Dresden die „Deutsche Reformpartei" gegründet, die eine sozial ähnliche Zusammensetzung wie die Stoecker-Partei aufwies: kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Ladenbesitzer und niedere Beamte. Ihr gelang es mit Hilfe eines Bündnisses mit den Nationalliberalen, 1884 August Bebel in der Wahl zu schlagen. 1886 wurde die „Deutsche Antisemiten-Vereinigung" gegründet, die sich von der Stoecker-Bewegung distanzierte. Sie forderte eine Sondergesetzgebung, durch welche die Juden zu Fremden gemacht werden sollten.

Einer ihrer Gründer, Boeckel, wurde 1887 in den Reichstag gewählt (s.o.). 1890, als drei weitere Anhänger Mandate errangen, bildete er eine unabhängige antisemitische Reichstagsgruppe, die 1893 stark genug war, um eine Fraktion zu stellen. Boeckel war im oberhessischen Marburg-Frankenberg-Kirchhain gewählt worden, einem industriell und landwirtschaftlich rückständigem Gebiet. Auch die dort ansässigen Juden, Viehhändler, Gastwirte, Hypothekenvermittler, teilten diese Rückständigkeit. Mit seinen Parolen *„Bauern! Macht euch frei vom jüdischen Zwischenhandel!"* und seiner ständigem Gebiet. Auch die dort ansässigen Juden, Viehhändler, Gastwirte, Hypothekenvermittler, teilten diese Rückständigkeit. Mit seinen Parolen *„Bauern! Macht euch frei vom jüdischen Zwischenhandel!"* und seiner Propaganda für bäuerliche Kreditgenossenschaften und „judenfreie" Märkte genoß Boeckel größte Popularität.

Seine Broschüre „Die Juden, die Könige unserer Zeit" (2) soll eine Auflage von anderthalb Millionen erreicht haben! Seine Zeitung „Der Reichsherold" vereinigte Judenhaß und Antikonservativismus: Boeckel trat für Pressefreiheit und für die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf Preußen ein; gemeinsam mit den Freisinnigen und den Sozialdemokraten war er für eine Reichseinkommenssteuer und gegen die Erhöhung des Militäretats. Ebenso lehnte er alle kirchlichen Ansprüche auf Kontrolle der öffentlichen Erziehung ab. Sowohl die Konservativen als auch den „Bund der Landwirte" lehnte er ab, als „zu rechts".

Wichtiger Hintergrund für das Entstehen zweier unterschiedlicher antisemitischer Bewegungen, für die Spaltung des Antisemitismus, war die Landwirtschaftskrise sowie die Zoll- und Finanzpolitik der Regierung.

Während die Stoeckersche Bewegung den Junkern bzw. Großagrariern nahe stand, war Boeckel Sprecher der kleinen Bauern. Das Wohlergehen der Getreide- und Futtermittelproduzenten hing von hohen Preisen für ihre Haupternten ab, darum forderten sie Schutzzölle und Regierungssubsidien; die kleinen Bauern hingegen ernährten sich von Milchwirtschaft und Viehzucht und brauchten billiges Futter.

Dieser Gegensatz zwischen Junkern und Bauern zieht sich durch die gesamte Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik durch (siehe Massing, S.86).

Hinzu kam die Unzufriedenheit des Mittelstandes, der sich durch die Konservativen verraten fühlte.

1889 einigten sich Boeckel und Liebermann auf dem Antisemiten-Tag in Bochum auf ein Programm, das sowohl die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes wie auch die Verstaatlichung der Hauptindustrien forderte. Dennoch konnten sich die beiden Flügel der antisemitischen Bewegung, der sogenannte „demokratische" Boeckelscher Art und der sogenannte Antisemitismus „der feinen Leute", darüberhinaus nicht verständigen.

Liebermann gründete bald seine eigene „Deutschsoziale Partei" (Bochum) und Boeckel seine „Antisemitische Volkspartei", die er 1893 in „Deutsche Reformpartei" umtaufte. Wie schon erwähnt, erreichten sie 1893 bei den Wahlen eine viertel Million Stimmen.

Antisemitismus als politische Kraft bedeutet nun eine ernsthafte Drohung für den konservativ-christlichen Staat.

Alle zuvor erschienenen antisemitischen Werke wurden von Herrmann Ahlwardts Buch „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum" in den Schatten gestellt.

„Der jüdische Oktopus, behauptete Ahlwardt, strecke seine Fangarme in alle lebenswichtigen Sphären der deutschen Gesellschaft; weder das Heer noch die Regierung noch irgendeine gesellschaftliche Gruppe seien imstande, das Ungeheuer abzuschütteln ... Eine jüdische Verschwörung habe 1878 hinter den Attentaten auf den alten Kaiser gestanden; jüdische Banquiers hätten hochgestellte Mitglieder der herrschenden Dynastie finanziell versklavt; Juden übten durch Bestechung der Beamten einen beherrschenden Einfluß in einigen Ministerien aus; mit ihren Handlangern mißbrauchten und untergrüben sie die gesunden und stabilen Beziehungen zwischen den sozialen Schichten und beuteten das deutsche Volk aus" (Massing, S.89).

Eine weitere Broschüre Ahlwardts, „Judenflinten", erreichte binnen Wochen 20 verkaufte Auflagen. Ahlwardt fand nicht nur Anhänger im unteren Berliner Mittelstand, sondern auch auf dem Lande. 1892, ohne jede Organisation und ohne Wahlfonds, bekam er in seinem Wahlbezirk (Arnswalde-Friedberg in Pommern) zweimal soviel Stimmen wie der Kandidat der Konservati-Berliner Mittelstand, sondern auch auf dem Lande. 1892, ohne jede Organisation und ohne Wahlfonds, bekam er in seinem Wahlbezirk (Arnswalde-Friedberg in Pommern) zweimal soviel Stimmen wie der Kandidat der Konservati-ven. (In der Stichwahl entschlossen sich diese, für ihn zu stimmen, wie sie es auch bei Boeckels Wahl in Westdeutschland getan hatten).

Ahlwardts Schlachtruf *„Gegen Junker und Juden!"* richtete sich gegen die beiden Seiten, von denen sich die Bevölkerung unterdrückt sah.

Merkmale des völkischen Antisemitismus

„Untersucht man die deutsche antisemitische Literatur, Bewegung und Agitation des neunzehnten Jahrhunderts, so kann man einige unerwartete und merkwürdige Beobachtungen machen.

Die unversöhnlichsten Judenhasser kamen aus den Städten, nicht vom Land; sie waren keine christlichen Eiferer, sondern verhielten sich der Kirche gegenüber gleichgültig, wenn nicht direkt feindlich; fast alle gehörten den ‚gebildeten' Schichten an. Die bösartigste Sorte von Antisemitismus verbreiteten Lehrer, Studenten, Industrie- und Handelsangestellte, untere Beamte, Freiberufler und Anhänger der verschiedensten Sekten: Mitglieder von Lebensreformbewegungen, Roggenbrot-Enthusiasten, ‚Zurück-zur-Natur'-Schwärmer und Gegner der Vivisektion.

Aus solchen Gruppen kamen die fanatischsten Judenhasser, nicht von den Bauern, den Rittergutsbesitzern, oder der orthodoxen Geistlichkeit, wie eng der Horizont dieser Kreise auch gewesen sein mag" (Massing, S.96).

Der Kirche erschienen die Juden im wesentlichen als eine im Unglauben verharrende Minderheit, den Konservativen waren sie eine kulturelle und politische Gefahr, den Bauern ein wirtschaftliches Übel.

In den Städten aber hatten die Beziehungen zwischen Juden und neuem wie altem Mittelstand den Charakter des Konkurrenzkampfes.

1871 machten die etwa 500.000 deutschen Juden 1,2% der Gesamtbevölkerung aus. Bis 1914 sank dieser Wert um fast ein Viertel auf 0,9% bei einer Gesamtzahl von 600.000 Juden. Das heißt, der Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug stets durchschnittlich ein Prozent.

Zwei Drittel der Juden lebten in Preußen; sie konzentrierten sich auf die Großstädte. 1914 waren bereits 60% aller Juden Großstädter, aber nur 20% aller Nicht-Juden. Jeder vierte Jude hatte 1914 seinen Wohnsitz in Berlin. In der Einkommenshöhe rangierte die jüdische Minderheit ziemlich über dem Durchschnitt; unter den 100 reichsten Preußen befanden sich 30 Juden.

Das drückt sich auch in der sozialen Schichtung aus: Vier Fünftel der deutschen Juden zählten um 1900 zum oberen und mittleren Bürgertum, mehr als 50% von ihnen waren Selbständige (doppelt soviel wie in der Gesamtbevölkerung). In den 90er Jahren gab es an machen humanistischen Gymnasien Berlins bis zu 25% jüdische Schüler; im Durchschnitt der höheren Schulen Preußens machten Juden 8% aus, in einzelnen Fächern (insb. Medizin und Naturwissenschaften) lag die Zahl noch erheblich höher. Allerdings blieben sie von Führungspositionen im Staat ausgeschlossen (3).

Während der Antisemitismus eines Treitschkes oder Stoeckers einem abendländischen Nationalismus entsprang, wo Assimilation nicht die beste Lösung, sondern die ausgesprochene Pflicht der Juden war, teilte der völkische Antisemitismus so gut wie nichts mit christlichen Traditionen oder Werten. Einig waren sich beide Richtungen darin, daß die Juden Unheil für Wirtschaft und Kultur bedeuteten.

Der „Antisemiten-Katechismus" (1893) des Theodor Fritsch zum Beispiel enthielt genügend Anklagepunkte, die auch Stoecker gepredigt hatte.

„1. Sie haben durch Auswucherung viele Bauern, Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere usw. vollständig ruiniert und ... dem moralischen Untergang preisgegeben...

9. Alles machen sie käuflich: Ämter, Titel, Namen, Ehre, Liebe und so fort. Sie richten besonders in der weiblichen Jugend unseres Volkes eine unerhörte sittliche Verwüstung an. Das niedrigsinnliche Naturell der Juden und ihr Mangel an Scham und Gewissen macht sie zu den verwegensten Verführern. Auch der berüchtigte ‚Mädchen-Handel' wird fast ausschließlich von Juden betrieben. (...)

*11. Sie haben selbst die Regierungen durch schlaue Finanz-Operationen in ihre Fesseln geschlagen. ... Durch ihre internationalen Beziehungen beeinflussen die Juden alle Staats-Cabinette und halten die Regierungen gegenseitig in Schach, so daß kein einzelner Staat wagen kann, gegen die Judenschaft vorzugehen — ohne sofort die Nachbar-Staaten auf den Hals gehetzt zu erhal-**halten die Regierungen gegenseitig in Schach, so daß kein einzelner Staat wagen kann, gegen die Judenschaft vorzugehen — ohne sofort die Nachbar-Staaten auf den Hals gehetzt zu erhal-**ten"* (zit. nach Massing, S.100, 101).

Bei allen Gemeinsamkeiten unterschied sich der völkische Antisemitismus von demjenigen „der feinen Leute" durch seine düsteren Visionen von deutscher Tragödie und Untergang. Die Anhänger der Völkischen standen zwischen den alten und neuen Mächten, identifizierten sich weder mit einer starken Gesellschaftsschicht noch mit einer der führenden, etablierten Parteien.

Als sich um 1880 der völkische Antisemitismus in Deutschland entfaltete, waren Rassentheorien in Europa bereits wohlbekannt. Nicht nur auf deutschem Boden waren sie gewachsen. Gobineau hatte als erster mit seinem Werk über die „Ungleichheit der menschlichen Rassen" den Versuch einer biologistischen Geschichtsschreibung getätigt. In ganz Europa durchwucherten Rassenressentiments die nationalistischen Bewegungen (4a). Überall waren im 19. Jahrhundert Antisemitismus und Nationalismus eng verbunden.

Allerdings trafen in Deutschland die Kräfte, die den Antisemitismus züchteten und benutzten, auf weniger Widerstand als in England oder Frankreich. Während es den Anti-Dreyfusards in Frankreich (4b) um die Wiederherstellung einer bereits 1789 verlorenen Macht ging, hatten in Deutschland die Konservativen und die Klerikalen nie die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft verloren. In England und Frankreich war die Bourgeoisie Trägerin der nationalen Idee, in Deutschalnd aber die Aristokratie, die die Nationalidee den Mittelklassen abgenommen und mit konservativ-klerikalen Emblemen ausstaffiert hatte (Massing, S. 104). Zwar war Deutschland um die Jahr-

Fortsetzung nächste Seite

hundertwende ein führender Industriestaat geworden; seine politische Struktur jedoch blieb vorindustriell. Im kaiserlichen Deutschland übten Kleinbürgertum und Mittelklassen so gut wie keinen Einfluß auf die Regierungsgewalt aus. Nicht demokratischer, sondern Kastengeist durchzog die deutsche Gesellschaft. Überdies hatte der Liberalismus in Deutschland nie einen entscheidenden Sieg erringen können. Die Gegner der Juden waren also mächtig, die Verteidiger der Juden denkbar schwach.

In der Gedankenwelt der Völkischen nahm „Die Natur" einen zentralen Platz ein. *„Individuen wie Kulturen sahen sie unabänderlichen Naturgesetzen unterworfen. Ziel des Menschen sollte es sein, sich seines Blutes bewußter zu werden, und damit seines Schicksals, seiner Bestimmung, seiner Pflichten, die die Natur ihm auferlegt hatte. Diese Biologisierung der Geschichte galt den Völkischen als die höchste Offenbarung der Naturwissenschaft, in deren Namen sie den ihnen gebührenden Platz in der Hierarchie der Menschheitsrassen beanspruchten. Während es sich bei dem christlich-konservativen Kampf gegen die Juden um die Erhaltung einer Gesellschaftsordnung handelte, in der es nach dem Willen Gottes Hohes und Niederes gab, predigte der völkische Antisemitismus den Herrschaftsanspruch der Nation als einer rassenbedingten Gemeinschaft und sah in der Unterdrückung ‚des Juden', als des Untermenschen, eine naturgegebene Pflicht"* (Massing, S. 106). Die biologisch-sexuellen Aspekte des Rassenmythos faszinierten die Völkischen nicht weniger: immer wieder tauchen Begriffe wie „*Blutschande*", „*Blutreinheit*" u.ä.m. auf. Eines der „Zehn Deutschen Gebote" aus Theodor Fritschs „Antisemiten-Katechismus" lautet: „*Erachte es als ein Verbrechen, Deines Volkes edele arische Art durch Judenart zu verderben. Denn wisse, das jüdische Blut ist unverwüstlich und formt Leib und Seele nach Juden-Art bis in die spätesten Geschlechter*" (ebda.). Die Juden waren für die Völkischen doppelt ruchlos: einerseits hemmungslose Sexualitätsfixierte, andererseits permanente Verschwörer. So formulierte Ahlwardt: „*Dasjenige Volk, welches sich zuerst und am gründlichsten seiner Juden entledigt und dadurch die Bahn für seine naturgemäße Kulturentwicklung frei macht, ist zum Kulturträger und folglich auch zum Beherrscher der Welt berufen*" (zitiert nach Massing, S.107). Später verkündete Hitler: „*Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Welt werden*". Im völkischen Wortschatz bedeutete „jüdisch" so gut wie: egoistisch, unsozial, asozial, häßlich, schleimig, sinnlich. Juden wurde ihre sogeannte Unproduktivität vorgeworfen („Raffen statt Schaffen"), die von ihnen betriebene „Zersetzung" des Staates.

Von den 70 antisemitischen Abgeordneten, die seit Otto Boeckel im Reichstag saßen, bekannten sich alle bis auf zwei Ausnahmen zum Prote-

Von den 70 antisemitischen Abgeordneten, die seit Otto Boeckel im Reichstag saßen, bekannten sich alle bis auf zwei Ausnahmen zum Prote-

stantismus, soweit sie sich überhaupt einer Religion zurechneten. Beruflich waren sie kleinere Kaufleute, Handwerker, Lehrer, Anwält, Beamte und Angestellte. Aus der Großindustrie oder aus der Finanz- und Handelswelt stammte keiner. Ebenso war kein einziger Industriearbeiter unter ihnen. Bei 43 Mitgliedern der Gruppe liegen Angaben über ihre Schulbildung vor: 19 hatten die Universität besucht, nur 13 besaßen lediglich höhere Schulbildung, die übrigen hatten das Abitur bestanden bzw. Kunstgewerbe- oder Fachlehrveranstaltungen besucht. Keiner der völkischen Abgeordneten konnte sich einen Namen machen, ob auf intellektuellem, künstlerischem oder technischem Gebiet. Insgesamt stellten Lehrer und Oberlehrer ein großes Kontingent der völkischen Führerschaft: Henrici, Bernhard Förster, Paul Förster, Dühring, Ahlwardt u.a. Im Gegensatz zur Stoeckers Bewegung litten die Völkischen an Geldmangel. Vor 1906 erhielten Mitglieder des Reichstags weder Gehalt noch Tagegelder. In der völkischen Führerschaft traf man vor allem auf Besessene, Fanatiker. Zwar war der Einfluß der Völkischen unter Bauern und Landarbeitern überaus stark (besonders zum Höhepunkt der Agrarkrise); der eigentliche Kern aber des Judenhasses war eine kleine „Elite", für die die Rassentheorie einer Lebensphilosophie gleichkam. Sie träumte von einer zugleich konkurrenzlosen, solidarischen, machtvollen und expansiven Gesellschaft auf der Grundlage des kleinen, aber „gesicherten" Privateigentums: der Volksgemeinschaft. Diese völkische Gemeinschaft sollte unabhängig sein von Kirche, Macht und Reichtum, auf zeitlosen, unzerstörbaren Eigenschaften beruhen, jenen arischen Eigenschaften, die dazu beitragen würden, Deutschland wiederherzustelllen „*im unsterblichen Geiste von Ehre, Schönheit, Freundschaft und Profitregelung*". Die Völkischen gaben den deklassierten sozialen Klassen Zuversicht, Stolz und Geborgenheit. Reinheit des Blutes sollte das höchste Prinzip der Nation sein — man brauchte folglich weder reich noch vornehm zu sein, um die Führung in Staat und Gesellschaft zu beanspruchen.

In den zwei Jahrzehnten von 1895 bis zum ersten Weltkrieg verlor der politische Antisemitismus an Anziehungskraft. 1903 fiel die Zahl der Mitglieder der Antisemiten-Fraktion im Reichstag auf 11, 1912 waren es nur noch 7. Allerdings hatten sie zwischendurch, 1907, wieder 17 Mandate erringen können. Die verschiedenen antisemitischen „Helden" zögen sich zurück. Bernhard Förster zum Beispiel und seine Frau Elisabeth (Nietzsches Schwester) wanderten schon 1886 nach Paraguay aus, um dort eine „judenreine" Kolonie zu gründen, „Neu-Germania". 1889 beging Förster Selbstmord. Hermann Ahlwardt eröffnete in Berlin einen Zigarrenladen. Otto Boeckel starb 1923 in völliger Vergessenheit.

Die Sozialisten und die Juden-Frage

Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung lehnte Antisemitismus in Theorie und Praxis ab. 1844 war Marx' Beitrag „Zur Judenfrage" in „Deutsch-französische Jahrbücher" veröffentlicht worden (siehe auch Teil VII dieser Serie). Diese Schrift blieb allerdings weitgehend unbekannt, bis Franz Mehring sie 1902 in der Nachlaßausgabe der Marxschen Schriften nachdruckte (5). Für die Führer der sozialdemokratischen Bewegung war sie dennoch Muster für eine revolutionär-sozialistische Behandlung des Juden-Problems: Innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sei die Lösung der Judenfrage genauso wenig machbar wie die Emanzipation der Frauen oder der Arbeiterklasse. Nur im Sozialismus könne sie gelöst werden.

Die Klassenanalyse bestimmte die Haltung der Sozialisten zum Antisemitismus.

In einer von vielen offiziellen Erklärungen der Prtei heißt es: „*Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeutertum*" (August Bebel, „Die sozialdemokratische Partei und der Antisemitismus", in „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Köln 22.-29. Oktober 1893", zit. nach Massing, S.168).

tismus", in „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Köln 22.-29. Oktober 1893", zit. nach Massing, S.168).

Ebenfalls 1893 formulierte Eduard Bernstein:
„*Die Stärke des Antisemitismus ist die Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Übel... Bei den Massen des Volkes wird der Antisemitismus nur da Anhang gewinnen, wo die Sozialdemokratie noch nicht Licht in die Köpfe gebracht hat oder wo noch — wie bei Kleinbauern und Kleinbürgern — das falsch verstandene Interesse den Blick trübt*" (Eduard Bernstein, „Das Schlagwort und der Antisemitismus", in „Neue Zeit" 1892/93, Bd. XI, Nr 2, S. 234).

Die Sozialdemokraten sahen einen direkten Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Stellung der Juden und dem Antisemitismus. Sowohl Bebel als auch Liebknecht, Kautsky oder Franz Mehring sahen „*eine zentrale Ursache für Antisemitismus in der Tatsache, daß Juden als die Agenten einer durch Undurchsichtigkeit und Anonymität ihrer Ausbeutungsformen charakterisierten Wirtschaftsordnung in Erscheinung traten*" (Massing, S. 171).

Gleichwohl analysierten sie psychologische und soziologische Aspekte des Antisemitismus. Kautsky schrieb dazu: „*Der Jude ist der Stadtmensch comme il faut geworden; in ihm finden wir gehäuft und bis ins Extrem entwickelt alle die Eigenschaften, die den Stadtbewohner im Guten wie im Bösen auszeichnen, ihm gegenüber ist der Christ ein reiner Bauer, auch der städtische Christ; stammt doch auch der christliche Städter in der Regel direkt oder indirekt von Bauern ab. Was uns als der unüberbrückbare Rassengegensatz zwischen dem ‚Arier' und dem ‚Semiten' erscheint, ist in Wahrheit nur der durch besondere Verhältnisse ins Extrem getriebene Gegensatz zwischen dem Bauern und dem Städter*" (Karl Kautsky, „Das Judentum",, in „Neue Zeit" 1890, Bd. VIII, S.27).

Allerdings mußten die deutschen Sozialisten ihre Grundauffassung vom Antisemitismus als Antikapitalismus aufgrund der Wut und Gewalt des russischen Antisemitismus überprüfen. Dort, in Osteuropa, wurden arme jüdische Handwerker, Proletarier und kleine Ladenbesitzer verfolgt (6). Dort waren Juden nicht vorwiegend Kapitalisten oder Intellektuelle, sondern gehörten allen Schichten an, einschließlich Proletariern und Handwerkern.

Als wesentlicher Faktor für den dort wütenden Antisemitismus sah Kautsky die Unterschiede in Sitten, Kleidung, Sprache, die die Juden von ihrer Umgebung absonderten. Die meisten Marxisten, und unter ihnen viele jüdische Sozialisten, sahen die Auflösung der Juden als besonderer Gruppe als die einzige Lösung gegen den Antisemitismus an. Darum müsse der Assimilationsprozeß gefördert werden.

Die Politik der Sozialisten

Sowohl zu Zeiten Stoeckers als auch zu Zeiten Ahlwardts bezogen die Sozialisten Stellung zum Antisemitismus in ihrer Praxis.

Am Silvesterabend 1880 hatten Antisemiten in Berlin randaliert. Die Sozialdemokraten riefen zu einer Massenversammlung auf: „Stellung der Arbeiter zur Judenfrage". Ebenso erfolgreich wie jene war die anschließende Reihe ähnlicher Versammlungen. Oft erschienen auch Arbeiter auf antisemitischen Veranstaltungen und übernahmen dort die Tribüne. Konsequent lehnte die Sozialdemokratische Partei auch alle Versuche Stoeckers und Bismarcks ab, sie in ein Bündnis gegen die Fortschrittler hineinzumanövrieren. Diese prinzipielle Position hatte sich in der Auseinandersetzung mit dem antisemitischen Anarchisten Eugen Dühring und dem antisemitischen Kathedersozialisten Adolph Wagner herauskristallisiert.

In den Stadtverordnetenwahlen von Berlin 1883 stellte die Partei einen jüdischen Kandidaten, Paul Singer, auf. Singer war ein sehr erfolgreicher Kleiderfabrikant; er wurde im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt. 1884 wurde er Reichstagsmitglied, 1885 Fraktionsvorsitzender, 1886, unter dem Sozialistengesetz, aus Berlin ausgewiesen. Von seinem illegal gedruckten Abschiedsbrief wurden in Berlin 20.000 Exemplare verteilt. 1887 wurde Singer wieder in den Reichstag gewählt, mit der höchsten Stimmenzahl von allen Berliner Kandidaten. Insgesamt gelang es der Sozialdemokratie trotz der Unterdrückung, ihre Stimmenzahl in Berlin in den Wahlen von 1884 gegenüber 1881 zu verdoppeln und mehr neue Mitglieder zu gewinnen, als die Konservativen und Antisemiten zusammen.

Auf den völkischen Antisemitismus Anfang der 90er Jahre reagierte die Sozialdemokratische Partei zunächst abwartend. Der völkische Antisemitismus hatte einen ganz anderen Charakter als

Auf den völkischen Antisemitismus Anfang der 90er Jahre reagierte die Sozialdemokratische Partei zunächst abwartend. Der völkische Antisemitismus hatte einen ganz anderen Charakter als

sein konservativer Gegenpart. In den Völkischen sahen die Sozialisten „wildgewordene Kleinbürger".

Die Haltung zu den Völkischen wurde — wenn auch indirekt — von der innerparteilichen Debatte um den weiteren Kurs beeinflußt: würde die Partei eine zweite Kraftprobe wie das Sozialisten-Gesetz bestehen können? Engels, formell kein Mitglied, beteiligte sich besonders stark an den Diskussionen der deutschen Sozialisten.

Er rechnete mit der Möglichkeit, daß die 1848 erstickte bürgerliche Revolution doch noch zum Durchbruch käme. Unter dem Eindruck des Riesenwahlerfolgs von 1890 schrieb er an Karl Liebknecht:

„*In drei Jahren können wir die Landarbeiter haben, und dann haben wir die Kernregimenter der preußischen Armee*" (zit. nach P. Massing, S. 188).1891 sagte Engels „eine mehr und mehr revolutionäre Wendung" voraus, die ungefähr 1898 eintreten werde.

Doch zurück zur Sozialdemokratie und dem völkischen Antisemitismus: Klar war allen Sozialdemokraten, unabhängig von ihren jeweiligen Positionen, daß die Krise in der Landwirtschaft die ländliche Bevölkerung für den Antisemitismus anfällig mache. Die „Agrarfrage" wurde ein heiß umstrittenes Thema. Nach einigem Hin und Her fanden 1893 auf dem Kölner Parteitag die Diskussion über den Antisemitismus statt. Über die Ursachen des Antisemitismus war man sich einig, keineswegs aber über den Kampf dagegen. Ein Delegierter in Köln meinte z.B., die Ahlwardt-Boeckel-Bewegung enthielte revolutionäre Elemente. Andere vertraten, ein erfolgreicher Kampf gegen den bäuerlichen Antisemitismus erfordere ein Programm zum Schutze des kleinen Eigentums. Bebel formulierte den Beschluß des Kölner Parteitages von 1893: „*Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann*" („Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Köln 22.-28. Oktober 1893").

Die offizielle Linie besagte also, Antisemitismus sei eine leidenschaftliche Reaktion gegen den Kapitalismus. Die antisemitische Bewegung richte sich irrtümlicherweise gegen einzelne Kapitalisten, statt den Kapitalismus insgesamt anzugreifen. Wohl wurde diese Linie von der Hoffnung auf einen baldigen Sieg des Sozialismus und eine unvermeidlich schnelle Proletarisierung der Mittelschichten getragen. Überhaupt, so dachten wohl viele, kündige sich in der antisemitischen Bewegung bereits der Niedergang des Kapitalismus an. Im Widerspruch dazu stand die Realität: um 1895 begann eine Periode industrieller Hochkonjunktur, die alles in allem bis kurz vor den 1. Weltkrieg andauerte. Während dieser Zeit verwandelte sich die Sozialdemokratische Partei in eine legale Reformpartei. Innerhalb derselben Organisation waren (noch) revisionistische Sozialisten und radikale Marxisten. — Die Weimarer Zeit und die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum sozialistischen Zionismus und zum russischen Antisemitismus im nächsten AK.

E., KB-Frankfurt

Anmerkungen

1) „Kreuzzeitung": 1848 gegründet, ist ihr eigentlicher Name „Neue Preußische Zeitung", wegen des Kreuzes über dem Titel nannte man sie allgemein „Kreuzzeitung". Chefredakteur war Wagener, ein Freund Stoeckers und Förderer der antisemitischen „Christlichsozialen Partei". Ab Juni 1875 veröffentlichte die „Kreuzzeitung" eine Serie „Ära-Artikel", die die „verjudete Finanz- und Wirtschaftspolitik des neuen deutschen Reiches" zum Thema hatte.

2) Der Titel der Boeckelschen Broschüre ist offensichtlich der „Studie" des französischen Fourieristen A. Toussenel „Les Juifs, rois de l'epoque" (1845) entliehen. Alphonse Toussenel gilt als Vater des französischen Antisemitismus. Toussenel war nicht der einzige (utopische) Sozialist, der antisemitische Parolen verfocht. Fourier selber meinte: „*Das Volk, das den Heiland kreuzigt, soll Volk Satans genannt werden, und nicht Volk Gottes, zumal die Religion unvermeidlich aus ihm einen Feind der Menschheit macht*" (zit. nach Francois Georges Dreyfus, „Antisemitismus in der III. französischen Republik", dtv 81, S.232).

Besonders tat sich der „Anarchist" Proudhon hervor: „*Man muß ihre Vertreibung aus Frankreich verlangen, ausgenommen derjenigen, die mit Französinnen verheiratet sind; man muß den Kultus verbieten, denn der Jude ist der Feind der Menschheit, man muß diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten. Heine, Weill und andere sind nur Spione; Rothschild, Cremieux, Marx, Fould sind böse, neidische Wesen, die uns hassen. Der Haß der Juden und auch des Engländers muß als eine konstante politische Glaubenslehre in Rechnung gestellt werden*" (Weill war Schriftsteller, Cremieux Politiker und Fould zeitweise Finanzminister — zit. nach F.G. Dreyfus, s.o., S. 233).

3) Zahlen-Angaben nach Hans-Günter Zmarzlik, „Antisemitismus im deutschen Kaiserreich 1871-1918", in „Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv 1981, S. 250-251).

4a) In dieser Periode wurde bzw. war die Einigung Italiens und Deutschlands

Zmarzlik, „Antisemitismus im deutschen Kaiserreich 1871-1918", in „Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv 1981, S. 250-251).
4a) In dieser Periode wurde bzw. war die Einigung Italiens und Deutschlands

abgeschlossen, auch erreichte die nationale Bewegung der slawischen Völker (insbesondere auf dem Balkan) teilweise politischen Erfolg. Ebenso entstand in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die jüdische Nationalbewegung. Ihr Programm: einerseits bilden alle Juden, an jedem Ort der Welt, eine Nation. Dies nicht nur wegen der gemeinsamen Vergangenheit, sondern auch aus der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft. Andererseits soll das Wirken für eine Nation autonom vom jüdischen Volk betrieben werden durch die Zusammenfassung der nationalen Kräfte und die Stärkung bzw. Errichtung unabhängiger jüdischer Institutionen.

Parallel dazu begannen Politiker in Europa (insb. in England) mit der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu liebäugeln, als einer Schranke zwischen der Türkei und Ägypten.

Einer der ersten, die für einen jüdischen Nationalstaat eintraten, war Manuel Mordechai Noah in den Vereinigten Staaten. Er propagierte die Gründung eines solchen Staates („Ararat") in der Nähe von New York. Der deutsche jüdische Sozialist Moses Hess formulierte in seinem Buch „Rom und Jerusalem" (1862) ähnliche Hoffnungen auf eine staatliche Wiedergeburt in Palästina mit dem Beistand Frankreichs.

Im Sommer 1880 wurde in Bukarest ein „Verein für die Ansiedlung in Palästina" gegründet, der v.a. Zulauf bekam, nachdem im Frühjahr 1881 die Pogromwelle in Rußland einsetzte.

1881 entstanden zahlreiche jüdische nationalistische Gruppen in Rußland aufgrund dieser Ereignisse. Im Westen fand diese Bewegung zunächst kein breites Echo. 1885 erst wurde der Begriff „Zionismus" offiziell eingeführt. 1894 trat eine Konferenz zionistischer Vereinigungen in Paris zusammen. Der erste zionistische Kongreß fand 1897 mit 200 Delegierten in Basel statt. Theodor Herzl (1860-1904) hatte zuvor (1896) sein Buch „Der Judenstaat — Versuch einer modernen Lösung" veröffentlicht, das in ganz Europa auf größte Begeisterung bei Zionisten stieß. Der 1897er Kongreß nahm das „zionistische" oder „Basler Programm" an, dessen Hauptsatz lautete: „*Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina*".

4b) Dreyfus-Affäre: Die ersten antisemitischen Anzeichen meldeten sich in Frankreich zu Beginn der achtziger Jahre, bei der Verschärfung des Kampfes zwischen dem republikanisch-radikalen Lager und den monarchistisch-klerikalen Elementen.

Unmittelbarer Anlaß für die antisemitische Propaganda war der Zusammenbruch der katholischen Bank „Union Generale", wofür das „jüdische Kapital" verantwortlich gemacht wurde. Die Schrift von Edouard Drumont „La France juive" (1886) wurde in Hunderttausenden Exemplaren verkauft. 1891 verlangte ein antisemitischer Abgeordneter im Parlament, die Juden aus Frankreich zu vertreiben, wobei ihn 32 Abgeordnete unterstützten. Von Beginn des Jahres 1892 an erschien eine antisemitische Tageszeitung „Libre Parole", deren Chefredakteur Drumont war.

Zum neuerlichen antisemitischen Ausbruch kam es, als Alfred Dreyfus, ein jüdischer Offizier im Generalstab, aufgrund einer Spionageanklage verhaftet wurde. Die Öffentlichkeit war in zwei Lager gespalten: die Dreyfusards und die Anti-Dreyfusards. Im Januar 1898 veröffentlichte die Zeitung „L'Aurore" den berühmten Artikel des Schriftstellers Emile Zola "J'accuse", in dem Zola den Generalstab der Rechtsbeugung anklagte und ihn bezichtigte, den wahren Spion zu decken. Es kam daraufhin zu antisemitischen Krawallen in mehreren französischen und algerischen Städten. 1899 wurde Dreyfus begnadigt, erst 1906 wurde er durch einen Freispruch völlig entlastet.

Die Folgen der Dreyfus-Affäre führten zu einem Rückgang des Einflusses militärischer und klerikaler Kreise und zur Stärkung des radikalen Lagers. Kurz darauf wurde ein Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche verabschiedet.

Die Folgen der Dreyfus-Affäre führten zu einem Rückgang des Einflusses militärischer und klerikaler Kreise und zur Stärkung des radikalen Lagers. Kurz darauf wurde ein Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche verabschiedet.

Nur in Algerien blieben die Antisemiten einflußreich. Bereits 1882 hatten dort französische Siedler antisemitische Vereinigungen gegründet. Drumont und andere Führer der Bewegung kandidierten in algerischen Distrikten zur Parlamentswahl. Während der Dreyfus-Affäre wurde ein (französischer) Antisemit in Algier Bürgermeister. 1897 kam es in Algerien zu Pogromen.

5) Franz Mehring: Von allen sozialdemokratischen Journalisten und Schriftstellern hat Franz Mehring als Berliner Korrespondent der „Neuen Zeit" am meisten zur Diskussion über den politischen Antisemitismus (sowie den Philosemitismus) beigetragen. Unter anderem schrieb er eine Broschüre über Stoecker. Ab 1886 gab er die „Berliner Volkszeitung" heraus, 1891 wurde er Mitherausgeber der „Neuen Zeit" und mit Rosa Luxemburg und Paul Lensch auch der „Leipziger Volkszeitung", einer der größten Tageszeitungen der Partei.

6) In der kurzen Periode zwischen der Ermordung Alexanders II. und der Ernennung seines Nachfolgers Alexander III. kam es in zahlreichen ukrainischen Gouvernements zu Pogromen, die „Stürme im Süden", wie sie jüdische Schriftsteller bezeichneten.

Anfang Mai 1881 brach in Odessa ein 3-tägiges Pogrom aus. Im Sommer 1881 wurden über 100 jüdische Gemeinden betroffen. 1882 wurden („provisorische") anti-jüdische Verordnungen proklamiert. Diese Politik wurde von Nikolaus II. fortgesetzt, der selber anti-jüdische Zeitungen finanzierte. In Kisinev (Hauptstadt Bessarabiens) wurde eine geheime antisemitische Organisation ins Leben gerufen; im April 1903 wurden dort über 50 Menschen getötet, 500 verletzt und hunderte von Wohnungen und Geschäften geplündert. Neben der sozialistischen Bewegung in Rußland nahmen zum Beispiel auch Schriftsteller wie Maxim Gorki gegen den Antisemitismus in Rußland energisch Stellung

Karl Kraus

Unser Gastautor Karl Kraus (1874 bis 1936) war Journalist und Schriftsteller in Wien. Die meiste Zeit davon als literarischer Einzeltäter, vor allem als Herausgeber und einziger Autor seiner Zeitschrift „Die Fackel". Der im Rückblick wichtigste Teil seiner Arbeit galt der Polemik gegen dessen journalistische Verherrlichung... und Vorbereitung. Wer Kraus nicht kennt und ihn aufgrund dieser kleinen Anmerkung (sowie des oben nachgedruckten Textes, versteht sich) ins Fach „antimilitaristischer fortschrittlicher Schriftsteller" einsortieren will, hält allerdings kaum mehr als einen Mosaikstein der ganzen Wahrheit in der Hand. Zu entdecken, „wer Karl Kraus wirklich war", ist ein Abenteuer, zu dem auch der Schreiber dieser Notiz nur wenige kleine Schritte getan hat.

Der moderne Atomkrieg hat dazu geführt, daß der Schlachtfeld-Tourismus alten Stils nicht mehr viel zu besichtigen vorfinden würde, nachdem es erst einmal „geknallt" hat. Die konsequente Weiterentwicklung ist der Schlachtfeld-Tourismus **v o r** der Schlacht: „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht". Dagegen noch polemisieren zu können, wäre für Karl Kraus sicher ein diabolisches Vergnügen gewesen.

Reklamefahrt zur Hölle

In meiner Hand ist ein Dokument, das, alle Schande dieses Zeitalters überflügelnd und besiegelnd, allein hinreichen würde, dem Valutenbrei, der sich Menschheit nennt, einen Ehrenplatz auf dem kosmischen Schindanger anzuweisen. Hat noch jeder Ausschnitt aus der Zeitung einen Einschnitt in die Schöpfung bedeutet, so steht man diesmal vor der toten Gewißheit, daß einem Geschlecht, dem solches zugemutet werden konnte, kein edleres Gut mehr verletzt werden kann. Nach dem ungeheuren Zusammenbruch ihrer Kulturlüge und nachdem die Völker durch ihre Taten schlagend bewiesen haben, daß ihre Beziehung zu allem, was je des Geistes war, eine der schamlosesten Gaukeleien ist, vielleicht gut genug zur Hebung des Fremdenverkehrs, aber niemals ausreichend zur Hebung des sittlichen Niveaus dieser Menschheit, ist ihr nichts geblieben als die hüllenlose Wahrheit ihres Zustands, so daß sie fast auf dem Punkt angelangt ist, nicht mehr lügen zu können, und in keinem Abbild vermöchte sie sich so geradezu zu erkennen wie in diesem:

Schlachtfelder-Rundfahrten im Auto!

veranstaltet durch die Basler Nachrichten.

Reklamefahrten vom 25. Sept. bis 25. Okt. zum ermässigten Preis von Fr. 117.-

Unvergeßl. Eindrücke

Keine Paß-Formalitäten!

Anmeldung

bei uns und Ausfüllung eines Fragebogens genügt.

Als Herbstfahrt besond. zu empfehlen!

„... Eine Fahrt durch das Schlachtfeldergebiet von Verdun vermittelt dem Besucher den Inbegriff der Grauenhaftigkeit moderner Kriegführung. Es ist nicht nur für das französische Empfinden das Schlachtfeld „par excellence", auf dem sich letzten Endes der Riesenkampf zwischen Frankreich und Deutschland entschied. Wer immer diesen Abschnitt mit Fort Vaux und Fort Douaumont im Mittelpunkt gesehen hat, wird auf keinem Schlachtfeld des Westens mehr einen so tiefen Eindruck erhalten. Wenn der ganze Krieg Frankreich 1,400 000 Tote gekostet hat, so fiel fast ein Drittel von diesen in dem ein paar Quadrat-Kilometer umfassenden Sektor von Verdun, und mehr als doppelt so stark waren hier die Verluste der Deutschen. In dem kleinen Abschnitt, wo mehr als eine Million, vielleicht 1½ Millionen Menschen verbluteten, gibt es keinen Quadratzentimeter Oberfläche, der nicht von den Granaten durchwühlt wurde. Man durchfahre hernach das Gebiet der Argonnen- und Somme-Kämpfe, man durchwandere die Ruinen von Reims, man kehre zurück über St.-Mihiel und durch den Priesterwald: alles ist nur die kleinliche Wiederholung von Einzelheiten, die sich bei Verdun zu einem unerhört großartigen Gesamtbild von Grauen und Schrecken vereinigen ..."

600 km Bahnfahrt II. Klasse. Einen ganzen Tag im bequemen Personen-Auto über die Schlachtfelder. Übernachten, erstklassige Verpflegung, Wein, Kaffee, Trinkgelder, Paßformalitäten und Visum von Basel bis wieder zurück nach Basel alles inbegriffen im Preise von 117 Fr. Schweizerwährung.

Infolge sorgfältigster Organisation hat der Reisende von der Abfahrt von Basel bis zur Wiederankunft in Basel nicht mehr das Geringste auszugeben.

Die Basler Nachrichten veranstalten diese Rundfahrt, um jedem Schweizer zum Preise von **117 Franken** Gelegenheit zum Besuche der Schlachtfelder zu geben, in der Weise, dass den Teilnehmern alle Formalitäten und Reise-Schwierigkeiten abgenommen werden.

Die Teilnehmer erhalten nach Einzahlung von Fr. 117 auf Postscheckkonto V 5616 Schlachtfelderfahrten der Basler Nachrichten, Basel, ein Ticket, durch das ohne jede weitere Auslage folgendes geboten wird:

Sie fahren im Schnellzug II. Klasse abends von Basel ab.
Sie werden am Bahnhof in Metz abgeholt und im Auto ins Hotel geführt.
Sie übernachten in einem erstklassigen Hotel, Bedienung und Trinkgeld inbegriffen.
Sie erhalten am Morgen ein reichliches Frühstück.
Sie fahren in einem bequemen Personenauto in Metz ab und durch das Schlachtfeldergebiet von 1870/71 (Gravelotte)
Sie besichtigen in Etain unter erklärender Führung das hochinteressante Blockhaus (Quartier des Kronprinzen und Sitz eines grossen deutschen Hauptquartiers).
Sie fahren durch die zerstörten Dörfer ins Festungsgebiet von Vaux mit den riesigen Friedhöfen mit hunderttausenden von Gefallenen.
Sie besichtigen unter Führung die unterirdischen Kasematten des Forts Vaux.
Sie besuchen das Ossuaire (Beinhaus) von Thiaumont, wo die Überreste der nicht agnoszierten Gefallenen fortwährend eingeliefert und aufbewahrt werden.
Sie haben freien Eintritt ins Fort Douaumont.
Sie besuchen die Tranchée des Baionettes oder des Ensevelis.
Sie fahren am Ravin de la Mort entlang, an den Carrières d'Haudromont und am Train Sauveur vorbei, am Fusse der Côte du Poivre nach Verdun.
Sie erhalten im besten Hotel von Verdun ein Mittagessen mit Wein und Kaffee, Trinkgeld inbegriffen.
Sie haben nach dem Essen Zeit zur Besichtigung des zerschossenen Verdun, der Ville-Martyre.
Sie fahren am Nachmittag zurück durch das schrecklich verwüstete Gebiet von Haudinmont und gelangen wieder durch das Kampfgebiet von 1870/71 (Mars-la-Tour, Vionville usw.) nach Gravelotte und Metz.
Sie erhalten in Ihrem Hotel in Metz ein Diner mit Wein und Kaffee, Trinkgeld inbegriffen.
Sie werden nach dem Nachtessen im Auto zur Bahn gebracht.
Sie fahren im Nachtschnellzug II. Klasse zurück nach Basel.

Alles inbegriffen im Preise von 117 Franken bei reichlicher Verpflegung in erstklassigen Gasthäusern.

Jeder Anfragende erhält einen gedruckten Führer mit genauem Reiseprogramm und allen nötigen Anweisungen. Die Fahrten werden jeden Tag ausgeführt. Jedem Teilnehmer ist ein bequemer Platz garantiert.

Anerkennungs- u. Dankschreiben von früheren Reiseteilnehmern liegen in grosser Zahl in unserm Bureau auf.



Aber was bedeutet wieder jenes Gesamtbild von Grauen und Schrecken, das ein Tag in Verdun offenbart, was bedeutet der schauerlichste Schauplatz des blutigen Deliriums, durch das sich die Völker für nichts und wieder nichts jagen ließen, gegen die Sehenswürdigkeit dieser Annonce! Ist hier die Mission der Presse, zuerst die Menschheit und nachher die Überlebenden auf die Schlachtfelder zu führen, nicht in einer vorbildlichen Art vollendet?

Sie erhalten am Morgen ihre Zeitung.

Sie lesen, wie bequem Ihnen das Überleben gemacht wird.

Sie erfahren, daß 1 1/2 Millionen eben dort verbluten mußten, wo Wein Kaffee und alles andere inbegriffen ist.

Sie haben von jenen Märtyrern und jenen Toten entschieden den Vorzug einer erstklassigen Verpflegung in der Ville-Martyre und am Ravin de la Mort.

Sie fahren im bequemen Personen-Auto aufs Schlachtfeld, während jene nur im Viehwagen dahin gelangt sind.

Sie hören, was Ihnen da alles zur Entschädigung für die Leiden jener geboten wird und für ein Erlebnis, wovon Sie bis heute Zweck, Sinn und Ursache nicht zu erkennen vermochten.

Sie begreifen, daß es veranstaltet wurde, damit einmal, wenn von der Glorie nichts geblieben ist als die Pleite, wenigstens ein Schlachtfeld par excellence vorhanden sei.

Sie erfahren, daß es doch etwas Neues an der Front gibt und daß es sich heut dort besser leben läßt als ehedem im Hinterland.

Sie erkennen, daß das, was die Konkurrenz bieten kann, die bloß über die Toten der Argonnen- und Somme-Schlachten, über die Beinhäuser von Reims und St.Mihiel verfügt, eine Bagatelle ist neben der erstklassigen Darbietung der Basler Nachtichten, denen es unzweifelhaft gelingen wird, mit den Verlusten von Verdun ihre Abonnentenliste aufzufüllen.

Sie verstehen, daß das Ziel die Reklamefahrt und diese den Weltkrieg gelohnt hat.

Sie erhalten, und wenn Rußland verhungert, ein reichliches Frühstück, sobald sie sich entschließen, dazu auch noch die Schlachtfelder von 1870/71 mitzunehmen, es geht in einem.

Sie haben nach dem Mittagessen noch Zeit, die Einlieferung der Überreste der nicht agnoszierten Gefallenen mitzumachen, und nach Absolvierung dieser Programmnummer noch Lust zum Nachtessen.

Sie erfahren, daß die Staaten, deren Opfer Sie in Krieg und Frieden sind, Ihnen sogar, und das will viel heißen, die Paßformalitäten ersparen, wenn die Reise aufs Schlachtfeld geht und Sie sich nur rechtzeitig bei der Zeitung ein Ticket besorgen.

Sie erkennen, daß diese Staaten Strafparagraphen haben, welche das Leben und sogar die Ehre von Preßpiraten ausdrücklich schützen, die aus dem Tod einen Spott und aus der Katastrophe ein Geschäft machen und den Abstecher zur Hölle als Herbstfahrt besonders empfehlen.

Sie werden Mühe haben, diese Paragraphen nicht zu übertreten, aber dann den Basler Nachrichten eine Anerkennungs- und Dankschreiben schicken.

Sie bekommen unvergeßliche Eindrücke von einer Welt, in der es keinen Quadratzentimeter Oberfläche gibt, der nicht von Granaten und Inseraten durchwühlt wäre.

Und wenn Sie dann noch nicht erkannt haben, Daß Sie durch ihre Geburt in eine Mördergrube geraten sind und daß eine Menschheit, die noch das Blut schändet, das sie vergossen hat, durch und durch aus Schufterei zusammengesetzt ist und daß es vor ihr kein Entrinnen gibt und gegen sie keine Hilfe — dann hol' Sie der Teufel nach einem Schlachtfeld par exellence!

entnommen aus:
Das Karl Kraus Lesebuch
Herausgegeben von
Hans Wollschläger
Diogenes Verlag